

Niedersachsen-Monitor 2009



Niedersachsen

Z 6 - j / 09

Niedersachsen-Monitor 2009



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Zu beziehen durch: LSKN - Schriftenvertrieb -
Postfach 91 07 64, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. 0511 9898-3166, Fax -4133
E-Mail: vertrieb@lskn.niedersachsen.de
Internet: www.lskn.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im Dezember 2009
ISSN 1432-5756

© Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Hannover, 2009.
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

Textteil I und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Familie und Beruf.....	12
Erwerbstätigkeit.....	14
Wirtschaft und Einkommen.....	19
Globalisierung.....	26
Finanzen.....	29
Innovation.....	36
Wissenschaft.....	41
Humanpotenzial.....	43
Umwelt.....	45
Soziale Probleme, Sicherheit.....	48
Fazit.....	53

Tabellenteil I

Bevölkerung.....	56
Familie und Beruf.....	58
Erwerbstätigkeit.....	60
Wirtschaft und Einkommen.....	62
Globalisierung.....	67
Finanzen.....	70
Innovation.....	74
Wissenschaft.....	76
Humanpotenzial.....	78
Umwelt.....	79
Soziale Probleme, Sicherheit.....	83

Textteil II

Niedersachsen in Europa.....	88
------------------------------	----

Tabellenteil II

Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder.....	94
Bevölkerung 2000 bis 2007.....	95
Bruttoinlandsprodukt 2001 bis 2006.....	95
Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2001 bis 2006.....	95
Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen (%) 2003 bis 2007.....	95
Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2003 bis 2007.....	95

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil I und Schaubilder



Einführung

Der *Niedersachsen-Monitor* erscheint mit dieser Ausgabe zum zwölften Mal. Er bezweckt wie in den Vorjahren eine umfassende Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Länder- und Bundesvergleich. Von 1998 bis 2008 wurde das Tabellenprogramm aufgrund neuer Erkenntnisinteressen mehrfach von anfangs 35 auf 48 Tabellen erweitert, wobei das Grundkonzept des *Monitors* beibehalten wurde. In der Ausgabe 2009 sind besonders viele Ergänzungen enthalten, mit denen der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) auf eine veränderte Nachfrage reagiert hat. Es kommen einige ganz neue Kapitel hinzu, so dass die Zahl der Ländertabellen von 48 auf 78 ansteigt.

Neu sind die Kapitel „Familie und Beruf“, „Globalisierung“, „Wissenschaft“ sowie „Umwelt“. Diese Themen markieren wichtige Themenfelder des gesellschaftlichen und politischen Diskurses, für die der LSKN wichtige empirische Basisinformationen bereitstellt. Die Auswahl der konkreten Indikatoren sowie methodische Änderungen gegenüber dem Vorjahr werden im Rahmen der einzelnen Kapitel dargelegt und begründet.

Teil 2 des *Monitors* behandelte bisher wechselnde Schwerpunktthemen. Ab dieser Ausgabe wird sich Teil 2 immer mit dem Thema „Niedersachsen in Europa“ befassen. Auf Basis einiger wichtiger Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, wird das Land im Rahmen und im Vergleich mit der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten dargestellt.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Statistisches Monitoring verfolgt das Ziel, durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und Strukturen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen zu begleiten und zu fundieren. Im Mittelpunkt steht dabei die systematische Informationsbereitstellung durch die Dokumentation von Veränderungen und Entwicklungsmustern. In diesem Sinne stellt der erste Teil des *Monitors* kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands insgesamt dar. Mittels hochverdichteter Indikatoren werden ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demographie, Familie und Beruf, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft und Einkommen, Globalisierung, Finanzen, Innovation, Wissenschaft und Kultur, Humanpotenzial, Umwelt sowie Soziales und Sicherheit.

Die Gesamtkonzeption des Ländervergleichs im Niedersachsen-Monitor, vor allem die Auswahl und Gestaltung der Tabellen und Schaubilder, stammt von Prof. Lothar Eichhorn, Fachbereichsleiter im LSKN. Die hiermit vorgelegte Analyse von Strukturen und Entwicklungspfaden der Länder wurde von Prof. Lothar Eichhorn sowie den Fachgebietsleitern Dr. Dirk Soyka und Dr. Wolfgang Vorwig durchgeführt.

Der *Ländervergleich* basiert auf einer Sammlung von 78 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich analysiert werden. Die Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation immer noch zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10 Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als Westdeutschland, die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als Ostdeutschland zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2008, die älteren Vergleichsdaten stammen somit meist aus 2007 bzw. 2003. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2008 gab. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2009 bzw. 2004 und 2008 zum Vergleich. Wenn im folgenden Text von „kurzfristig“ die Rede ist, so ist der Vorjahresvergleich gemeint; „mittelfristig“ meint den Fünf-Jahres-Vergleich.

Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen. Zumeist sind dies amtliche Veröffentlichungen, die ganz überwiegend im Internet zu finden sind. Zum Teil sind einige aktuelle Angaben beim Statistischen Bundesamt erfragt worden. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. In manchen Fällen, so z.B. bei Tabellen, die auf monatlichen Konjunkturerhebungen beruhen, kann es kleine Abweichungen zwischen den hier publizierten Angaben und denen einzelner Statistischer Ämter für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich geben.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind oft für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Sie müssen standardisiert werden, um triviale Aussagen, wie z.B. dass es im großen Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslo-

senquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen. Bei allen Indikatoren, die sich auf den Bevölkerungsstand beziehen, liegt – wenn nicht in der Tabelle anders angegeben – der Stand vom 30. Juni eines Jahres zu Grunde.

Bevölkerung

Zahl der Einwohner sinkt schneller

Am 31.12.2008 lebten in Niedersachsen 7 947 244 Einwohner (Tab. 1). Das waren - 0,3 % weniger als 2007 und - 0,6 % weniger als am Jahresende 2003. Damit sank jetzt zum vierten Mal in Folge die Bevölkerungszahl des Landes, und zwar exakt im Gleichschritt mit der Bundesentwicklung. Der Höhepunkt des Bevölkerungswachstums war mit seinerzeit etwa über 8 Mio. Einwohnern im Juli 2005 erreicht – seitdem geht die Bevölkerungszahl Jahr für Jahr leicht zurück. Das Tempo der Abnahme nimmt dabei zu. Im Jahr 2007 ging die Zahl der Einwohner verglichen mit dem Vorjahr nur um - 11 001 Personen bzw. - 0,1 % zurück. 2008 beschleunigte sich die jährliche Abnahme auf - 24 440 Personen bzw. - 0,3 %. Das entspricht in etwa der Bevölkerung der Stadt Helmstedt.

Im Vergleich zum Jahr 2007 konnten nur noch die Stadtstaaten Berlin (+ 0,5 %) und Hamburg (+ 0,1 %) leichte Zuwächse erzielen. Seit einigen Jahren ist ein gewisser Trend „zurück in die Stadt“ erkennbar – der Trend zum Fortzug in die zentrennahen „Speckgürtel“ der Städte ist gebremst, und die großen Städte wachsen wieder leicht an. Das liegt an der klassischen Attraktivität der Städte und den Vorzügen der Urbanität: Das Angebot an Arbeitsplätzen und differenzierten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ist höher als auf dem Lande, und das gleiche gilt in vielen Fällen auch für Betreuungsmöglichkeiten für Senioren. Zudem bremsen steigende Treibstoffkosten den Zug ins Umland. Man kann dies auch in Niedersachsen beobachten: Während die Bevölkerung des Landes insgesamt sank, stiegen die Einwohnerzahlen der vier größten Städte des Landes – Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück – zum Teil deutlich.

In allen Flächenländern und in Bremen kam es zu Bevölkerungsrückgängen, die insgesamt im Osten (- 0,6 %) stärker als im Westen (- 0,2 %) ausfielen. Sachsen-Anhalt musste mit - 1,3 % die größte Einbuße hinnehmen. Im mittelfristigen Fünfjahresvergleich werden die Unterschiede zwischen den Ländern noch deutlicher sichtbar. Die Spannweite reicht hier von einem Plus von + 2,2 % in Hamburg bis zu - 5,6 % in Sachsen-Anhalt.

Weiterhin rückläufige Geburtenzahlen – der demographische Wandel beschleunigt sich

2008 kamen in Niedersachsen 64 887 Kinder zur Welt (Tab. 2). Das bedeutet gegenüber 2007 einen Rückgang um - 0,7 % und gegenüber 2003 sogar um - 8,0 %. Diese Entwicklung war deutlich ungünstiger als die von Deutschland insgesamt, wo die Zahl der Geburten im Vorjahresvergleich „nur“ um - 0,3 % und im Fünfjahresver-

gleich um - 3,4 % sank. Im mittelfristigen Vergleich zu 2003 war die niedersächsische Abnahmerate von - 8,0 % die bundesweit höchste. Die Geburtenhäufigkeit – Geborene je 1 000 Einwohner – lag noch 2003 in Niedersachsen mit 8,8 über dem Bundesdurchschnitt von 8,6. 2008 lag die Geburtenhäufigkeit des Landes mit nur noch 8,1 unter dem Bundesschnitt von 8,3.

Das liegt vor allem an Angleichungstendenzen zwischen Ost und West: In Ostdeutschland, wo in den Jahren nach der Wende die Geburtenzahlen dramatisch sanken, stieg im Fünfjahresvergleich die Zahl der Geburten um + 6,3 %; zugleich sank sie im Westen um - 5,5 %. Die Geburtenhäufigkeit Ostdeutschlands lag 2008 bei 8,1 (dem Wert Niedersachsens) und unterschied sich damit nicht mehr besonders stark von der Westdeutschlands mit 8,4.

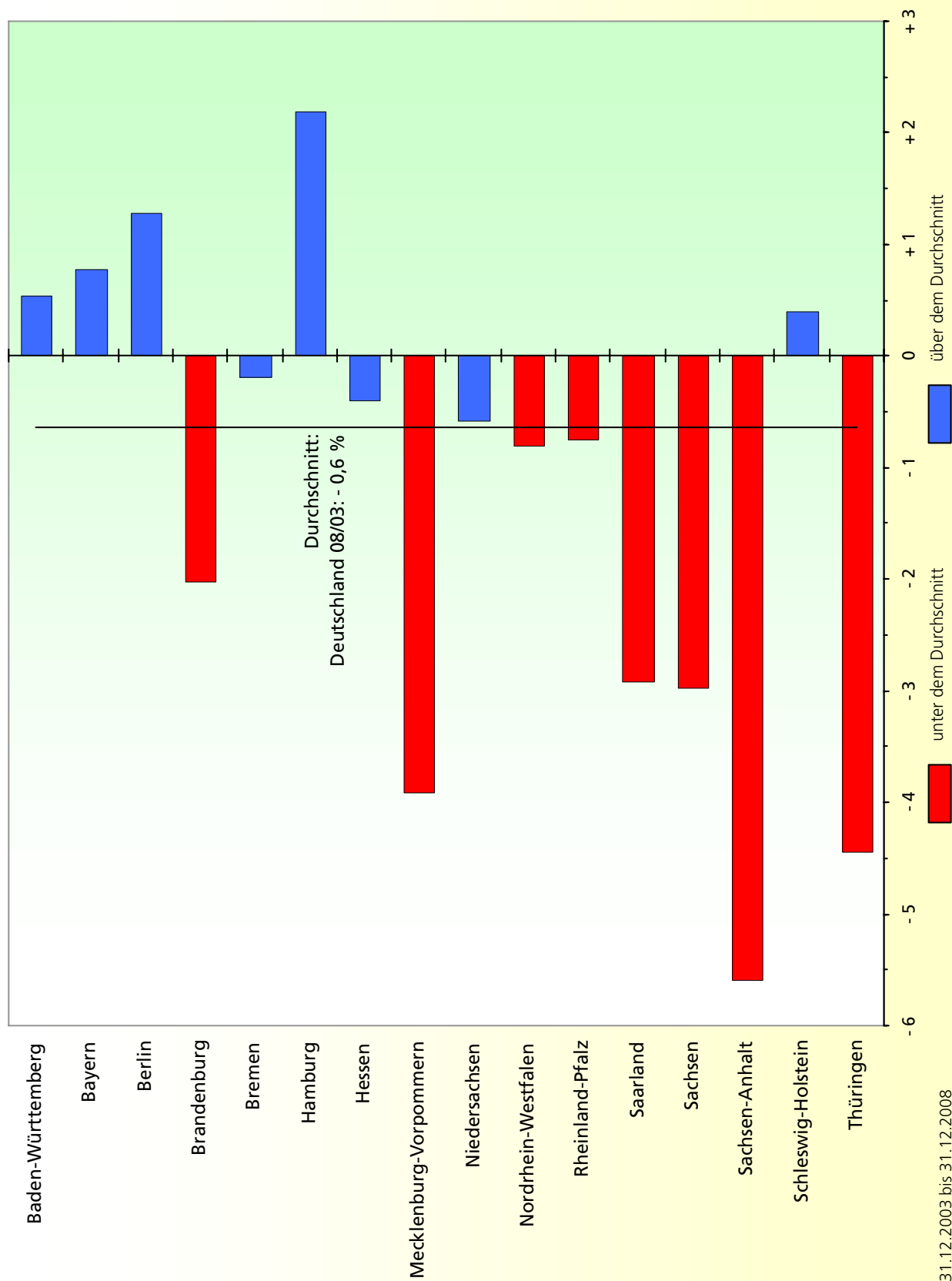
Eine demographische Besonderheit ist, dass die Geburtenhäufigkeit bundesweit in den Stadtstaaten Hamburg (9,5) und Berlin (9,3) am höchsten ist. „Normalerweise“ kommen in ländlichen Gegenden und damit in den Flächenländern relativ mehr Kinder zur Welt als in den Städten. Der Grund für diese Besonderheit liegt darin, dass sehr viele junge Frauen – also potenzielle Mütter – wegen des guten Arbeitsplatzangebots nach Hamburg und Berlin gezogen sind.

Mit umgekehrten Vorzeichen kann man die Entwicklung in Niedersachsen sehen. Interessanterweise stieg die „zusammengefasste Geburtenziffer“ – also die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens im Durchschnitt zur Welt bringt, wenn man die aktuellen Geburtenziffern zu Grunde legt – in Niedersachsen leicht an. 2006 lag diese Ziffer bei 1,385. 2007 betrug sie 1,410 und 2008 stieg sie abermals auf jetzt 1,419. Sie müsste bei 2,1 liegen – der „magischen Zahl“ der Demographie, bei der Bestandserhaltung der Bevölkerung vorliegen würde. Maßnahmen wie das Elterngeld und verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder zeigen also durchaus Wirkung, wenngleich eine nur geringe. Vor allem aber: *Obwohl die „zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer“ stieg, sanken die Geburtenzahlen, und zwar darum, weil die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter abnimmt.*

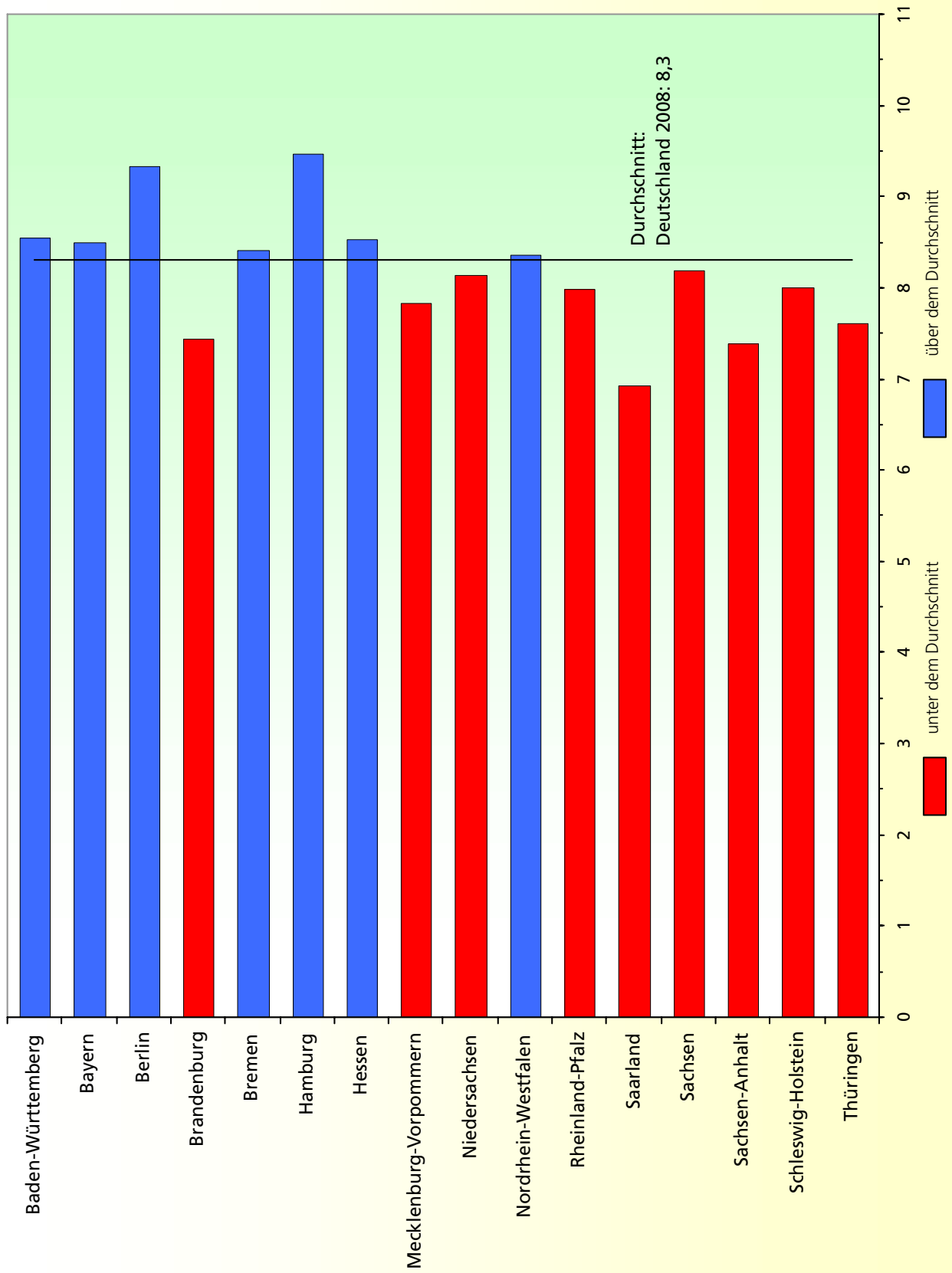
Komponenten der Bevölkerungsbewegung: Wanderungssaldo erstmals seit 1985 negativ, immer höherer Sterbeüberschuss

Der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Tab. 3) betrug 2008 in Niedersachsen - 19 987. Das bedeutet, dass 1987 mehr Menschen starben als Kinder geboren wurden. Dieser Saldo rutscht von Jahr zu Jahr mehr in den negativen Bereich, und zwar darum, weil bei relativ

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2003 bis 2008



Lebendgeborene je 1 000 Einwohner 2008



konstanten Sterblichkeitsverhältnissen – Jahr für Jahr sterben in Niedersachsen gut 80 000 Menschen – die Geburtenzahlen zurückgehen. Gegenüber dem Vorjahr 2007 erhöhte sich der Negativsaldo noch einmal um 3 036. Dieselbe Entwicklung ist auch bundesweit feststellbar, vollzieht sich in Niedersachsen aber überdurchschnittlich schnell. Bezieht man den Saldo auf je 1 000 Einwohner, um Niedersachsens Werte mit denen Deutschlands vergleichbar zu machen, so sieht man, dass diese Zahl in Niedersachsen und in Deutschland 2003 gleichermaßen bei - 1,8 lag. 2008 lag sie bundesweit bei - 2,0, in Niedersachsen aber schon bei - 2,5.

Der Wanderungssaldo (Tab. 4) konnte über lange Jahre den Sterbeüberschuss ausgleichen. Das ist aber seit 2005 nicht mehr der Fall. Die Entwicklung im Bundesgebiet ist deutlich: Noch 2003 lag der Wanderungssaldo – also der Überschuss der Zu- über die Fortgezogenen – bei + 142 648 Personen, 2007 immerhin noch bei + 43 910. 2008 gab es erstmals seit Jahren keinen Positivsaldo mehr, sondern ein Minus von - 55 724. In Niedersachsen gibt es dieselbe Entwicklung: 2003 gab es im Lande einen Zuwanderungsgewinn von + 27 735, der sich bis 2007 auf + 5 905 verringerte. 2008 war der Wanderungssaldo mit - 4 337 erstmals seit dem Jahr 1985 negativ. Der Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner ging entsprechend von 3,5 (2003) auf - 0,5 (2008) zurück. Die relative Abnahme ist in Niedersachsen damit höher als die im Bundesgebiet, wo die entsprechenden Kennwerte bei 1,7 (2003) und - 0,7 (2008) lagen. Bei der Interpretation der Wanderungsdaten des Jahres 2008 ist allerdings zu berücksichtigen, dass in den Meldungen des Jahres 2008 bundesweit auch zahlreiche Melderegisterkorrekturen zum Tragen kommen, die im Zuge der Einführung der „persönlichen Steueridentifikationsnummer“ durchgeführt wurden. Insofern sind die Negativsalden des Jahres 2008 durch diese Bereinigungen statistisch überhöht, was aber nichts am Grundtrend ändert.

Ein Grund für die Abnahme der Zuwanderung ist das allmähliche Verlöschen des Zustroms der Spätaussiedler: 2008 kamen nur noch 4 472 Menschen ins Grenzdurchgangslager Friedland. 2003 waren es noch 73 160.

3,1 % mehr Eheschließungen – im Norden wird oft geheiratet

2008 gaben sich in Niedersachsen 39 234 Paare das Jawort (Tab. 5). Das waren + 3,1 % mehr als im Vorjahr, aber im mittelfristigen Vergleich ein Rückgang um - 3,9 %. Diese Veränderungsdaten bewegen sich in etwa im Bundestrend: Auch deutschlandweit gab es 2008 + 2,2 % mehr Eheschließungen als 2007, aber - 1,5 % weniger als 2003. Im Vergleich zu 2003 gab es kräftige Zunahmen in Ostdeutschland, wobei Mecklenburg-Vorpommern mit einem Plus von + 32,9 % herausragt. Ostdeutschland insgesamt legte im Fünfjahreszeitraum + 14,4 % zu, Westdeutschland verlor zugleich - 4,6 %.

Wie die Häufigkeitszahl „Eheschließungen je 10 000 Einwohner“ zeigt, handelt es sich hier um einen Angleichungsprozess zwischen Ost und West. Auch 2008 lag die Eheschließungshäufigkeit im Westen insgesamt mit einem Wert von 46,5 noch über der des Ostens (42,3), aber der Abstand ist gering geworden: 2003 lagen die Werte noch bei 48,8 (Westen) und 37,0 (Osten). Niedersachsens Eheschließungshäufigkeit war und ist überdurchschnittlich: Der Landeswert von 49,2 liegt klar über dem Bundesdurchschnitt von 45,9. Im Ländervergleich ist Mecklenburg-Vorpommern mit einem Wert von 62,5 sehr auffällig. Überhaupt wird in den nördlichen Flächenländern (Schleswig-Holstein: 58,5; Brandenburg: 46,5 und eben Niedersachsen: 49,2) häufiger geheiratet als im Süden. Demgegenüber übten die Paare in Berlin (34,3) und Hamburg (37,4) eine auffällige Zurückhaltung.

Zahl der Ehescheidungen steigt weiter

2008 ließen in Niedersachsen 20 368 Paare ihre Ehe gerichtlich scheiden (Tab. 6). Das waren - 7,1 % weniger Scheidungen als 2003, aber + 3,5 % mehr als 2007. Die Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen verlief in der Vergangenheit wie folgt: Bis zum Jahr 2003, als der Höchststand von 21 921 erreicht wurde, stieg die Zahl der Scheidungen kontinuierlich von Jahr zu Jahr an. Danach gab es Rückgänge bis 2006; diese waren im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zuvor die Zahl der Eheschließungen langfristig zurückging – und man muss eben, um sich scheiden zu lassen, zunächst einmal verheiratet sein. Seitdem steigt aber die Zahl der Scheidungen wieder an.

Bundesweit trat eine ähnliche Tendenz auf. Allerdings ging die Zahl der Ehescheidungen in Niedersachsen mittelfristig weniger stark zurück als in Deutschland insgesamt (Niedersachsen: - 7,1 %; Deutschland - 10,3 %), und im kurzfristigen Vergleich 2008 zu 2007 ist der niedersächsische Anstieg von + 3,5 % deutlich höher als die + 2,6 % bundesweit. Im Vergleich zu 2007 ging in sieben Ländern die Zahl der Scheidungen zurück und in neun stieg sie an, am deutlichsten neben Niedersachsen in Nordrhein-Westfalen (+ 6,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 6,5 %).

Die Scheidungshäufigkeit lag in Niedersachsen schon 2003 mit 27,4 Scheidungen je 10 000 Einwohner höher als bundesweit mit seinerzeit 25,9. 2008 lagen die entsprechenden Werte bei 25,6 (Niedersachsen) und 23,4 (Deutschland). Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung hat sich damit der Abstand Niedersachsen-Bund von 1,5 auf 2,2 erhöht. Im bundesweiten Ländervergleich fällt übrigens auf, dass die Scheidungshäufigkeit in den 10 Westländern deutlich höher ist als in 6 Ost-Ländern. Insgesamt deuten diesen Zahlen darauf hin, dass die Bindungskraft der Institution Ehe tendenziell abnimmt, in Niedersachsen stärker als anderswo.



Familie und Beruf

Der Themenbereich „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ steht genau zwischen dem Thema Demographie und dem Thema Erwerbstätigkeit; er stellt gleichsam eine Brücke oder ein Scharnier zwischen beiden Themata dar. Darum wurde im *Monitor* das neue Kapitel „Familie und Beruf“ zwischen die Kapitel „Bevölkerung“ und Erwerbstätigkeit platziert. Es besteht im Kern aus vier Tabellen, die die Betreuungssituation von Kindern (Tab. 7 und 8), die Aufteilung des neu geschaffenen Elterngeldes zwischen Mann und Frau (Tab. 9) und die Verfügbarkeit von sozialversicherungspflichtigen Teilarbeitsplätzen (Tab. 10) untersuchen. Damit wird versucht, verschiedene Facetten dieses Problembereichs zu beleuchten: Männer und Frauen müssen gemeinsam ihre familiären Pflichten, vor allem auch ihren Kindern gegenüber, und ihre beruflichen Aufgaben unter einen Hut bekommen. Die traditionelle Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern – „der Mann muss hinaus ins feindliche Leben, und drinnen waltet die züchtige Hausfrau“ – spielt zwar noch – vor allem in den Köpfen – eine Rolle, wird aber den Notwendigkeiten des modernen Lebens und den Wünschen beider Geschlechter längst nicht mehr gerecht. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau wird gegenwärtig neu justiert, wobei lange Zeit übrigens die Frauen das beweglichere Geschlecht waren: Zu einem Zeitpunkt, als die Frauen schon längst dabei waren, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, waren die meisten Männer immer noch auf ihr stark berufsorientiertes Verhalten festgelegt. Da es jetzt erforderlich ist, das Erwerbspotenzial der Frauen schon aus demographischen Gründen voll auszuschöpfen und da es ebenfalls aus demographischen Gründen dringend erforderlich ist, dass die Geburtenrate wieder ansteigt und dass die Kinder vernünftig und liebevoll erzogen werden, und da es schließlich auch immer mehr Männer gibt, die sich stärker als bisher als Vater und Bezugspunkt ihrer Kinder definieren, muss dreierlei geschehen: Öffentliche Hilfen zur Betreuung gerade der kleinen Kinder müssen verstärkt werden, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern muss verändert werden und die Wirtschaft muss familienfreundliche Arbeitsplätze bereit stellen; ein Indikator dafür sind sozialversicherungspflichtige Teilzeitjobs.

Bei den Kleinkindern liegt die Betreuungsquote bei 9,1 %

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schreibt in seinem Internetangebot: „Der Ausbau der Kindertagesbetreuung soll weiter beschleunigt werden. Darin sind sich Bund, Länder und Kommunen einig. Das Kinderförderungsgesetz (KiföG), das am 16. Dezember 2008 in Kraft trat, ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Das KiföG setzt Meilensteine für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Bildung für alle Kin-

der und für bessere Zukunftsperspektiven in Deutschland. Bis zum Jahr 2013 soll es bundesweit im Durchschnitt für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz geben – rund ein Drittel der neuen Plätze werden in der Kindertagespflege geschaffen.“ (<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Kinder-und-Jugend/kinderbetreuung.html>). Dies ist eine ehrgeizige Zielvorgabe – wie nahe kommt das Land diesem Ziel?

Am 15. März 2008 belief sich die Zahl der Kinder unter drei Jahren in Niedersachsen, die in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen oder in Kindertagespflegeverhältnissen betreut wurden, auf 18 085 (Tab. 7). Das waren rechnerisch + 69,5 % mehr als 2006; ältere Vergleichsdaten stehen nicht zur Verfügung. Im Vergleich zu 2006 hat damit Niedersachsen die größten Zuwachsraten bei der Zahl der betreuten Kinder aufzuweisen; auch die kurzfristige Zuwachsrate von + 29,3 % im Vergleich zu 2007 liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von + 12,9 % (Westdeutschland: + 21,6 %, Ostdeutschland + 3,7 %). Die Betreuungsquote – Zahl der betreuten Kinder je 100 Kinder des entsprechenden Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres – lag und liegt in Niedersachsen weit unter dem Bundesdurchschnitt von 17,6 %. 2008 lag die Quote in Niedersachsen erst bei 9,1 % – das ist zwar eine deutliche Steigerung gegenüber 2006 (seinerzeit: 5,1 %), bedeutet aber trotzdem immer noch den letzten Platz unter den Ländern.

Bis zur Zielmenge von 33 % – wobei sich diese auf die verfügbaren Plätze, die hier genannte Zahl aber auf die Zahl der tatsächlich betreuten Kinder bezieht – ist es also noch ein weiter Weg. Im Ländervergleich weisen alle ostdeutschen Länder deutlich höhere Werte als die westdeutschen auf. In den Ländern Ostdeutschlands gab es 2008 hohe Betreuungsquoten von bis zu 52,7 % in Sachsen-Anhalt. Dies ist immer noch eine Nachwirkung der DDR-Vergangenheit mit ihrem stark ausgebauten System der öffentlichen Kleinkinderbetreuung. Die westdeutschen Länder hatten 2008 eine Durchschnittsquote von 12,1 %; der Stadtstaat Hamburg (20,1 %) zieht diesen Durchschnitt noch nach oben. Der im Bundesvergleich sehr niedrige Wert Niedersachsens relativiert sich also, wenn nur die westdeutschen Flächenländer vergleichend herangezogen werden. Es gibt im Lande bestimmte sehr traditionell geprägte ländliche Regionen, in denen die alte Mann-Frau-Rollenverteilung scheinbar noch stabil ist und in denen eine entsprechend geringe Nutzung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorliegt.

Ganztagsbetreuungsquote von 10,9 % bei den Dreibis unter Sechsjährigen

Die Tabelle 8 berichtet über die ganztägige Kindertagesbetreuung der drei- bis unter sechsjährigen Kinder; Stich-

tag ist auch hier der 15. März, und die Bezugszahl für die Berechnung der Besuchsquoten ist ebenfalls der 31.12. des Vorjahres. Hier liegt bewusst der Akzent auf der Ganztagsbetreuung, denn nur bei dieser Betreuungsform ist es für beide Elternteile relativ problemfrei möglich, ihrer jeweiligen Erwerbstätigkeit nachzukommen. Die im Berufsleben immer stärker geforderte Flexibilität und schnelle Verfügbarkeit kollidiert stark mit starren Zeiten, zu denen mittags oder am frühen Nachmittag die Sprösslinge aus der Kita abgeholt werden müssen.

In Niedersachsen wurden im März 2008 23 653 Kinder betreut. Das waren + 26,8 % mehr als 2006 (Deutschland: + 17,1 %) und + 9,6 % mehr als 2007 (Deutschland: + 9,5 %). Die Zuwachsraten bleiben aber deutlich hinter denen bei der Kleinkinderbetreuung zurück. Die Ganztagsbetreuungsquote lag 2008 in Niedersachsen bei 10,9 %; eine niedrigere Quote hatte nur Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt von 27,1 % setzt sich zusammen aus schon traditionell hohen Werten für die ostdeutschen Länder und einem deutlich niedrigeren Wert von 19,9 % für den Westen. Sachsen hält hier mit einer 66 %-Quote eine Spitzenposition. In Niedersachsen konnte die Quote innerhalb von zwei Jahren von 8,0 % um 2,9 Prozentpunkte erhöht werden.

Die bisher feststellbare deutliche Zunahme beider Betreuungsquoten – sowohl der der bis zu Dreijährigen als auch der der drei- bis unter sechsjährigen Kinder – geht übrigens bundesweit nicht nur auf einen Ausbau der Angebote, sondern auch auf den demographisch bedingten Rückgang der Zahl der Kinder der entsprechenden Altersgruppen zurück.

Jeder siebte Bezieher von Elterngeld ist ein Mann

Das Elterngeld gibt es seit dem 1. Januar 2007; es ersetzt das bis dahin gezahlte Erziehungsgeld. Elterngeld wird als Entgeltersatz für 12 bis maximal 14 Monate nach der Geburt eines Kindes gezahlt. Seine Höhe richtet sich nach dem vorhergegangenen Nettoeinkommen des Elternteils, das den Antrag auf Elterngeld stellt. Dieser Elternteil muss seine Erwerbstätigkeit aufgeben oder zumindest reduzieren. Die Statistik des Elterngeldes (Tab. 9) wurde erstmals 2007 durchgeführt, aber bereits ab Januar 2008 auf ein neues Konzept umgestellt. Daher liegt derzeit kein vergleichbares Material für eine auch nur rudimentäre Zeitreihe, sondern nur für einen ersten Ländervergleich vor. Eine Zeitreihe, der man Entwicklungstendenzen ablesen kann, wird sich im Lauf der nächsten Jahre allmählich aufbauen.

Im Jahr 2008 wurden in Niedersachsen 67 645 Leistungsbezüge von Elterngeld beendet. Vor der Geburt des Kindes waren 78 % der männlichen und 51 % der weiblichen

Leistungsbezieher erwerbstätig. Die Zahl der Leistungsbezüge bezieht sich nicht nur auf Geburten aus 2007, sondern z. T. auch schon aus dem Jahr 2008. Der Anteil der Männer an den Leistungsbeziehern lag bei 14,3 %, der Frauenanteil entsprechend bei 85,7 %. Die niedersächsischen Väter zeigen damit ein relativ traditionelles Rollenmuster: Elternzeit und damit die Zeit der intensiven Betreuung der Kleinkinder wird ganz überwiegend von Frauen wahrgenommen. Nur jeder siebte Bezieher von Elterngeld ist ein Mann. Moderner zeigen sich die ostdeutschen Männer mit im Durchschnitt 17,9 % sowie bayerische und hamburgische Väter. Der Männeranteil ist in Berlin mit 20,4 % am höchsten und im Saarland mit nur 9,5 % am niedrigsten.

Fast 15 % Zuwachs bei den Teilzeitarbeitsplätzen – Männeranteil bei der Teilzeit steigt ganz langsam

Am 30.6.2008 gab es in Niedersachsen 478 000 sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze (Tab. 10). Das waren + 5,3 % mehr als im Vorjahr und sogar + 14,9 % mehr als im Juni 2003. Diese Zuwachsraten liegen in etwa im Bundesdurchschnitt, wobei die Entwicklung in Ostdeutschland etwas günstiger verlief als in Westdeutschland. 2008 standen je 1 000 Einwohner in Niedersachsen 60,0 sozialversicherungspflichtige Teilzeitjobs zur Verfügung. Das scheint im Bundesvergleich (Deutschland: 60,9) leicht unterdurchschnittlich zu sein, ist es in Wirklichkeit aber nicht: Die Arbeitsplätze werden ja am Arbeitsort, die Einwohner aber am Wohnort registriert. Hier kommt also die zentralörtliche Funktion von Bremen, Bremerhaven und Hamburg ins Spiel, die ja auch ihrem niedersächsischen Umland Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Hamburg weist 81,4 und das Land Bremen 83,1 Teilzeitjobs pro 1 000 Einwohner auf. Man kann daher sagen, dass Niedersachsens Bevölkerung auf ein überdurchschnittliches Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zurückgreifen kann; entsprechendes gilt für Schleswig-Holstein.

Von den 478 000 Teilzeitarbeitenden waren 409 000 Frauen, das ist ein Anteil von 85,6 %. 2003 lag er noch bei 87,5 %. Umgekehrt stieg der *Männeranteil* von 12,5 % (2003) und 13,9 % (2007) auf 14,4 %. Jeder siebte Teilzeitarbeitsplatz wird von einem Mann besetzt. Zwar möchte manch eine oder einer, der in Teilzeit arbeitet, eigentlich lieber voll arbeiten – oft aber wird Teilzeitarbeit genutzt, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Der langsame Anstieg des Männeranteils scheint daher auf einen maskulinen Mentalitätswandel hinzudeuten. Die starre Fixierung vieler Männer auf eine Erwerbskarriere, die es undenkbar erscheinen ließ, dass der Mann und nicht die Frau die Karriere zugunsten der Kinder zurückstellt, bröckelt allmählich. Neue Männer braucht das Land zwar immer noch, aber einige sind schon da.

Erwerbstätigkeit

Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter – Zuwächse in allen Bundesländern

Die Zahl der in Niedersachsen lebenden Erwerbstätigen (Tab. 11) lag nach Erkenntnissen des Mikrozensus im Jahr 2008 bei gut 3,6 Mio. Menschen. Das waren 1,0 % mehr als ein Jahr zuvor und sogar 6,3 % mehr als im Mai 2003. Diese Entwicklung lag in etwa im Bundestrend: Deutschlandweit stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um + 1,5 und im Fünfjahresvergleich um + 7,1 %. Alle Länder ohne Ausnahme konnten Zuwächse erzielen, nirgendwo gab es Abnahmen. Im mittelfristigen Vergleich stehen Brandenburg mit einem Plus von 10,0 % und Hamburg (+ 9,8 %) am besten da. Den geringsten Zuwachs von „nur“ + 3,6 % gab es in Sachsen-Anhalt. Aufgrund einer methodischen Umstellung des Mikrozensus, der seit 2005 ganzjährig durchgeführt wird und nicht mehr in einem Frühjahrsmonat wie bis 2004, ist dieser mittelfristige Vergleich zwar leicht beeinträchtigt, der positive Gesamttrend steht aber außer Frage.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen (Tab. 12) entwickelte sich sogar noch etwas günstiger. Hier gab es in Niedersachsen Zuwächse von + 1,2 % im Vorjahres- und + 7,6 % im Fünfjahresvergleich. Die Zuwachsraten lagen damit höher als die der Gesamterwerbstätigkeit von Männern und Frauen. Im Bund-Länder-Vergleich gibt es nahezu das gleiche Bild wie bei der Gesamterwerbstätigkeit: Die Zuwächse in Niedersachsen liegen in etwa im Bundestrend, sind aber etwas schwächer. Die Erwerbstätigenquote der Frauen – der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Frauen im Erwerbsalter von 15 bis unter 65 Jahren – stieg in Niedersachsen von 57,5 % (2003) auf 62,2 % im Jahr 2008 an. Diese Quote liegt in Niedersachsen schon seit langem etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 64,2 % (2008). Sie wird einerseits bestimmt vom Ausmaß der Erwerbslosigkeit, vor allem aber auch vom Erwerbsverhalten. Je stärker die Frauen im Erwerbsalter einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, desto höher ist die Erwerbstätigenquote – vorausgesetzt, sie finden einen Arbeitsplatz. Daher ist die Erwerbstätigenquote der Frauen in Ostdeutschland höher als die in Westdeutschland. Je stärker das Frauenbild traditional geprägt ist – die Frau in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter –, desto geringer ist tendenziell die Erwerbstätigenquote. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind aber nicht sehr hoch: Die Skala reicht von 67,9 % in Brandenburg bis 59,6 % in Bremen.

Die Selbständigenquote (Tab. 11) gibt an, wie viel Prozent der Erwerbstätigen selbstständig tätig sind. Diese Quote lag in Niedersachsen im Jahr 2008 bei 9,9 %: In etwa jeder Zehnte ist selbstständig. Diese Quote ist im Bundesvergleich relativ niedrig. Die Skala reicht hier von 16,0 % in Berlin bis 8,1 % in Sachsen-Anhalt; der Bundesdurch-

schnitt liegt bei 10,7 %. Im Zeitvergleich ist die Selbständigenquote des Landes zurückgegangen: Von 2003 bis 2007 lag sie immer im zweistelligen Bereich mit einem Höhepunkt im Jahr 2005. Auch die absolute Zahl der Selbständigen in Niedersachsen sank: 2007 lag sie noch bei 370 000, 2008 nur noch bei 358 000, ein Minus von 22 000 Personen. Da zugleich die Gesamterwerbstätigkeit anstieg und im Betrachtungszeitraum eine überwiegend günstige Konjunktur vorherrschte, kann man davon ausgehen, dass die hohe Selbständigenquote des Jahres 2005 (seinerzeit 10,8 %, absolut 368 000 Personen) auch dadurch zustande kam, dass Selbständigkeit als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit („Ich AG“) angesehen wurde, und dass es auch ein gewisses Ausmaß an Scheinselbständigkeit gab. Einige der seinerzeit Selbständigen wollten dies eigentlich gar nicht sein, sondern suchten eine möglichst sichere abhängige Beschäftigung. Da die Chancen dafür stiegen, haben sich die Verhältnisse jetzt wieder normalisiert.

Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um 2,5 % – Frauen profitieren besonders

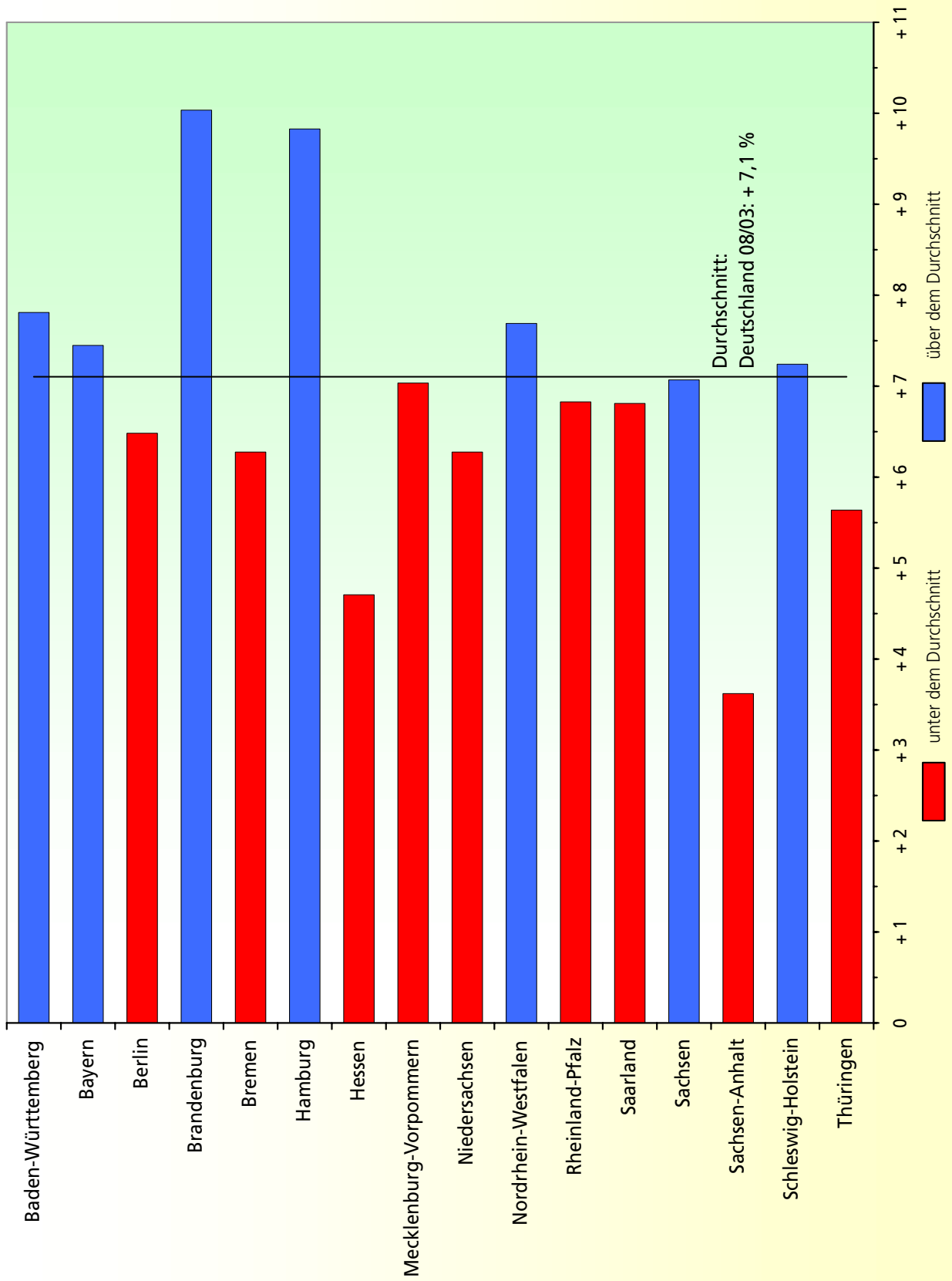
Am 30.6.2008 waren in Niedersachsen 2 416 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen tätig (Tab. 13). 1 071 000 davon waren Frauen, ein Anteil von gut 44,3 %. Dieser Frauenanteil, der in den letzten Jahren weitgehend konstant blieb, liegt ziemlich exakt im Schnitt der westdeutschen Länder (44,1 %), aber unter dem Bundesdurchschnitt von 45,1 %. Das liegt am höheren Frauenanteil in Ostdeutschland (49,5 %), was wiederum auf die traditionell höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen in Ostdeutschland zurückgeht.

Gegenüber 2007 stieg die Zahl der Jobs in Niedersachsen um + 2,5 %, gegenüber 2003 um + 1,7 %. Diese Zunahme liegt insgesamt im Bundestrend (Deutschland: + 2,2 % gegenüber 2007, + 1,9 % gegenüber 2003). Im Vergleich zum 30.6.2007 gab es in allen Bundesländern mehr oder weniger starke Zuwächse; der schmale Pfad bewegte sich zwischen einem Minimum von + 1,4 % in Sachsen-Anhalt und einem Maximum von + 3,4 % in Hamburg. Die Frauenbeschäftigung entwickelte sich im Vergleich zu 2007 noch etwas günstiger: In Niedersachsen gab es ein Plus von + 2,8 %, bundesweit eins von + 2,6 %.

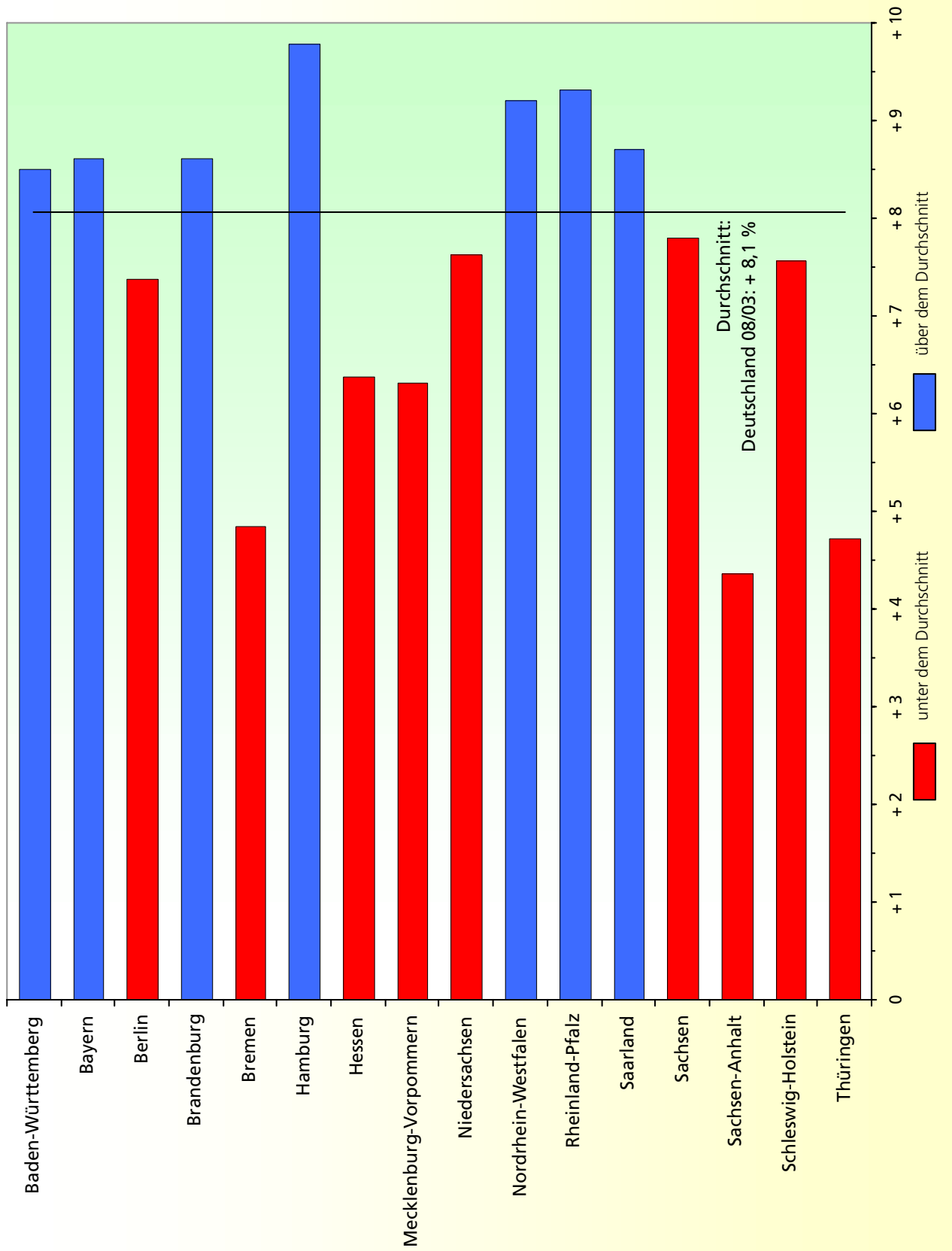
Arbeitslosenquote steigt 2009 wieder an

Daten über Arbeitslose (Tab. 14) liegen aus den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) immer sehr aktuell vor, und der *Monitor* kann daher in diesem Fall

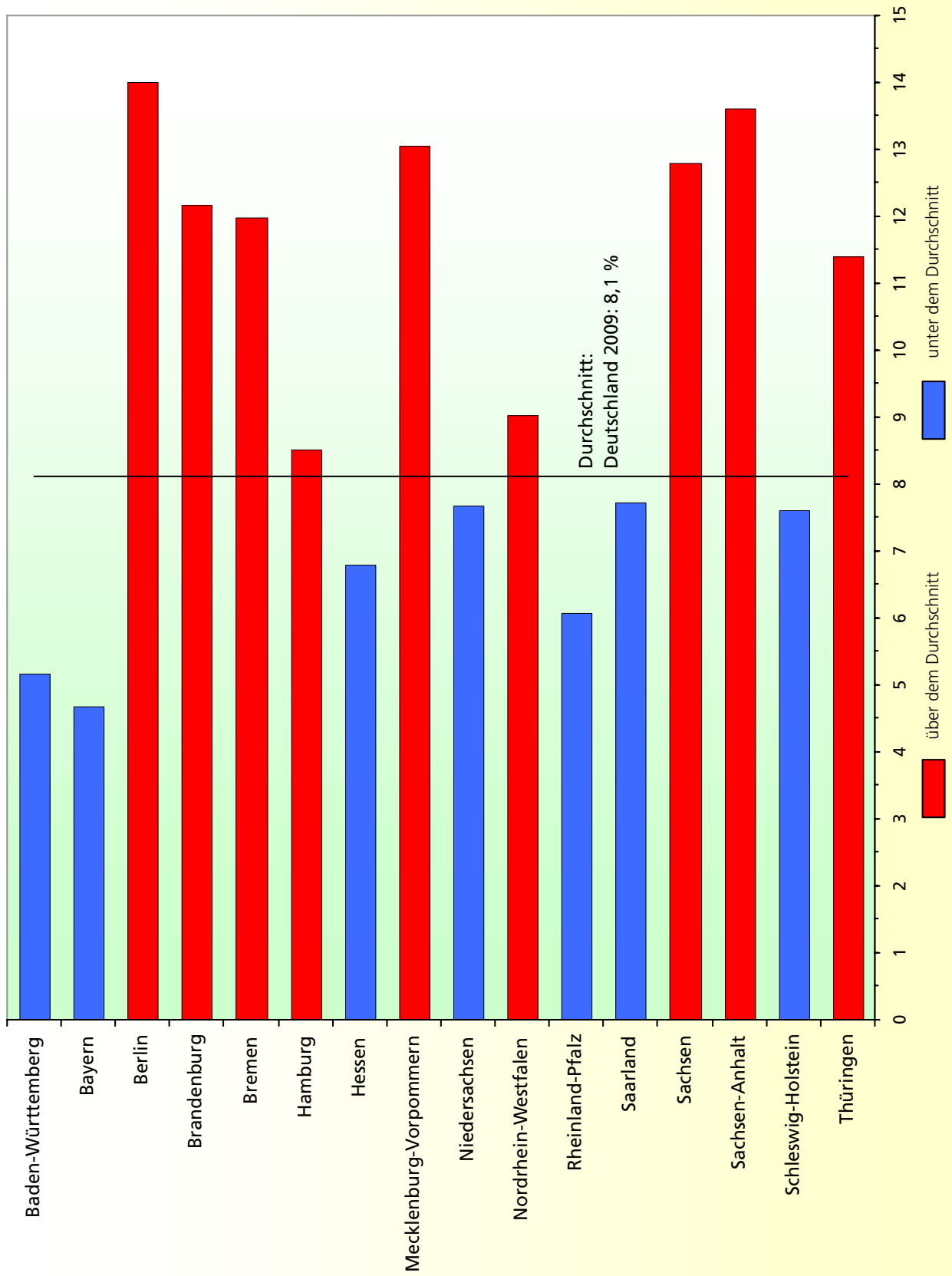
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2003 bis 2008



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 2003 bis 2008



Arbeitslosenquote am 30.6.2009



auf Daten des Juni 2009 zurückgreifen, während ansonsten sein aktueller Rand meist das Jahr 2008 oder ein noch älteres Berichtsjahr ist. Die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit September 2008 die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt negativ beeinflusst, wirken sich auf die Daten von 2008 noch kaum aus, sehr wohl aber auf die aktuellen Arbeitsmarktdaten der Tabellen 14, 15 und 16.

Im Juni 2009 waren in Niedersachsen 305 592 Menschen arbeitslos gemeldet. Das waren + 4,4 % mehr als im Juni 2008, aber - 14,6 % weniger als im Juni 2004. Bundesweit kann man in allen Ländern denselben Trend beobachten: Die Arbeitslosigkeit ging bis 2008 stark zurück, und die Wirtschaftskrise, die im Herbst 2008 einsetzte, beendete einstweilen diese positive Entwicklung. Die Arbeitslosenzahlen gingen mittelfristig im Vergleich zu 2004 in Ostdeutschland (- 30,2 %) deutlich stärker zurück als im Westen (- 13,1 %). Niedersachsens Abnahmerate von - 14,6 % liegt damit zwar unter der gesamtdeutschen von - 19,5 %, ist aber im Vergleich nur der westdeutschen Länder recht günstig. Im kurzfristigen Vergleich zu 2008 ging die Zahl der Arbeitslosen in drei ostdeutschen Ländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) trotz Krise weiter zurück; überall sonst stieg sie mehr oder weniger deutlich an. Der Zuwachs von + 4,4 % in Niedersachsen ist im bundesweiten Vergleich (Deutschland: + 7,9 %, Westdeutschland: + 11,8 %) sehr moderat. Auch das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit hat mit dazu beigetragen, dass die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen nur um + 12 914 Personen stieg.

Die Arbeitslosenquote Niedersachsens lag im Juni 2009 bei 7,7 %. Im zeitlichen Vergleich ist sie damit gegenüber dem Vorjahresmonat (7,4 %) um + 0,3 Prozentpunkte angestiegen, lag aber immer noch deutlich unter dem Wert vom Juni 2004 (9,1 %). Im Bund-Ländervergleich lag die aktuelle Quote des Landes klar niedriger als der entsprechende Deutschland-Wert (Juni 2009: 8,1 %); vor allem die ostdeutschen Länder haben eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit. Der niedersächsische Arbeitsmarkt hat sich damit als vergleichsweise stabil erwiesen, was sich auch schon anhand der absoluten Zahlen der Arbeitslosen andeutete: Die Arbeitslosenquote stieg in Niedersachsen „nur“ um + 0,3 %, bundesweit aber um + 0,6 %.

32 661 jugendliche Arbeitslose

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren (Tab. 15). Deren Zahl lag im Juni 2009 in Niedersachsen bei 32 661. Das waren zwar

+ 18,3 % mehr als im Vorjahresmonat, aber immer noch - 12,1 % weniger als im Juni 2004. Bundesweit lagen die entsprechenden Veränderungsdaten bei + 19,0 % im Vorjahresvergleich und - 21,2 % im Vergleich zum Juni 2004. Interessanterweise entwickelten sich die Werte für die ostdeutschen Länder insgesamt deutlich günstiger als für die 10 westdeutschen Länder – mittelfristig ging in Ostdeutschland die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um - 32,9 % zurück. Das hängt unter anderem auch mit der nach wie vor existenten Ost-West-Binnenwanderung zusammen: Junge Menschen verlassen Ostdeutschland in großer Zahl, um im Westen zu studieren und zu arbeiten. Das ist zwar langfristig für Ostdeutschland ein großes Problem und für die Westländer ein erheblicher Zugewinn, kurzfristig aber entlastet es im Osten den dortigen Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag im Juni 2009 in Niedersachsen bei 7,4 % und damit 1,1 Prozentpunkte höher als im Juni 2008. Bundesweit lag die Quote bei 7,5 %, wobei sie zwischen 4,2 % (Bayern) und 14,5 % (Berlin) streute. In allen ostdeutschen Ländern lag die Jugendarbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt.

Arbeitsmarkt entwickelt sich für Frauen deutlich günstiger als für Männer – Zahl der arbeitslosen Frauen bis Juni 2009 rückläufig

Im Juni 2009 waren in Niedersachsen 140 140 Frauen arbeitslos gemeldet (Tab. 16). Das waren - 6,3 % weniger als im Juni 2004; die Arbeitslosenquote der Frauen lag im Juni 2009 bei 7,6 % und damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7,8 %. Wirklich bemerkenswert ist aber die kurzfristige Entwicklung, vor allem im Vergleich zu der der Männer: *Die Zahl der arbeitslosen Frauen nahm von Juni 2008 bis Juni 2009 um 5 884 Personen bzw. - 4,0 % ab.* Damit lag die Arbeitslosenquote der Frauen im Juni 2009 unter der der Männer von 7,8 %. Noch im Vorjahr waren die Verhältnisse umgekehrt: Im Juni 2008 lag die Arbeitslosenquote der Männer mit seinerzeit 6,9 % deutlich günstiger als die der Frauen von seinerzeit 8,0 %. Bundesweit sind ähnliche Entwicklungsverläufe beobachtbar.

Die Arbeitslosenquote der Männer stieg demgegenüber im Jahresvergleich von 6,9 auf 7,8 %. Die Folgen der Wirtschaftskrise treffen derzeit die Männer härter als die Frauen. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass Männer häufiger als Frauen in produzierenden, exportorientierten und daher konjunkturtauglichen Branchen arbeiten als Frauen. Frauen sind stärker in dienstleistenden Berufen und Branchen tätig, und diese sind bisher von der Krise weniger stark betroffen.

Wirtschaft und Einkommen

Niedersächsische Wirtschaftsleistung steigt überdurchschnittlich

Das niedersächsische Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag im Jahr 2008 bei 214 Mrd. € in jeweiligen Preisen. Damit hatte Niedersachsen einen Anteil von 8,6 % am gesamten in Deutschland produzierten BIP. Jeder niedersächsische Erwerbstätige erwirtschaftete im Jahr 2008 eine durchschnittliche Leistung von 58 371 € (BIP pro Erwerbstätigen). Dieser Wert lag um 5,5 % unter dem nationalen Durchschnitt.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die erzielte Leistung der gesamten niedersächsischen Wirtschaft im Jahr 2008 real um + 1,7 % und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von + 1,3 % (Tab. 17). Zwischen den Ländern gab es dabei relativ geringe Unterschiede. Die höchste Zuwachsrate erreichte Hamburg mit + 2,1 %, die niedrigste verzeichnete Baden-Württemberg mit + 0,6 %.

Mittelfristig betrachtet wuchs die Wirtschaftsleistung in Niedersachsen von 2003 bis 2008 real um + 10,3 %. Alle Bundesländer konnten in diesem Zeitraum Wachstum verzeichnen. Die stärkste relativ Zunahme erreichte das Saarland (+ 14,4 %), danach folgen Bayern (+ 11,6 %), Baden-Württemberg (+ 10,4 %) und Niedersachsen. Am niedrigsten war das Wachstum in Berlin (+ 5,0 %) und Schleswig-Holstein (+ 6,4 %). Der bundesweite Durchschnitt lag bei + 9,0 %, wobei es zwischen West- (+ 9,2 %) und Ostdeutschland (+ 8,1 %) keine gravierenden Unterschiede gab.

Arbeitsplatzentwicklung auf Bundesniveau

In Niedersachsen waren im Jahr 2008 knapp 3,7 Mio. Personen erwerbstätig. Im Vergleich zu 2007 bedeutet dies eine Zunahme um + 1,6 % (Tab. 18). Auf Bundesebene war die Entwicklung mit + 1,4 % ähnlich. Wie beim BIP lagen die Länder auch bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen relativ eng beieinander. Die höchsten relativen Zuwächse bei den Arbeitsplätzen konnten im Vorjahresvergleich Hamburg (+ 2,2 %), Berlin (+ 2,1 %) und Niedersachsen (+ 1,6 %) realisieren. Am geringsten waren sie in Thüringen (+ 0,4 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 0,6 %).

Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 17 und 18 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ verwendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 11 und 12 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Die „Erwerbstätigen“ der Tabellen 11 und 12 werden am *Wohnort* gezählt; diese Daten stam-

men aus dem Mikrozensus, der großen Haushalts- und Bevölkerungsstichprobe. Dies sind *bevölkerungsstatistische* Daten, die sich seit dem Berichtsjahr 2005 auf einen Jahresdurchschnitt beziehen; bis dahin galten sie für einen Monats des Frühjahrs. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 17 und 18 auf die Erwerbstätigen *am Arbeitsort*; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2008 wieder und stammen aus der *Erwerbstätigenrechnung*. Dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die konzeptionell eng verwandten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in sektoraler und regionaler Verteilung zu erstellen. Es sind somit im eigentlichen Sinne wirtschafts-, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Datenquelle sachadäquat. Will man wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, greift man zu den Mikrozensusdaten. Will man wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nimmt man die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

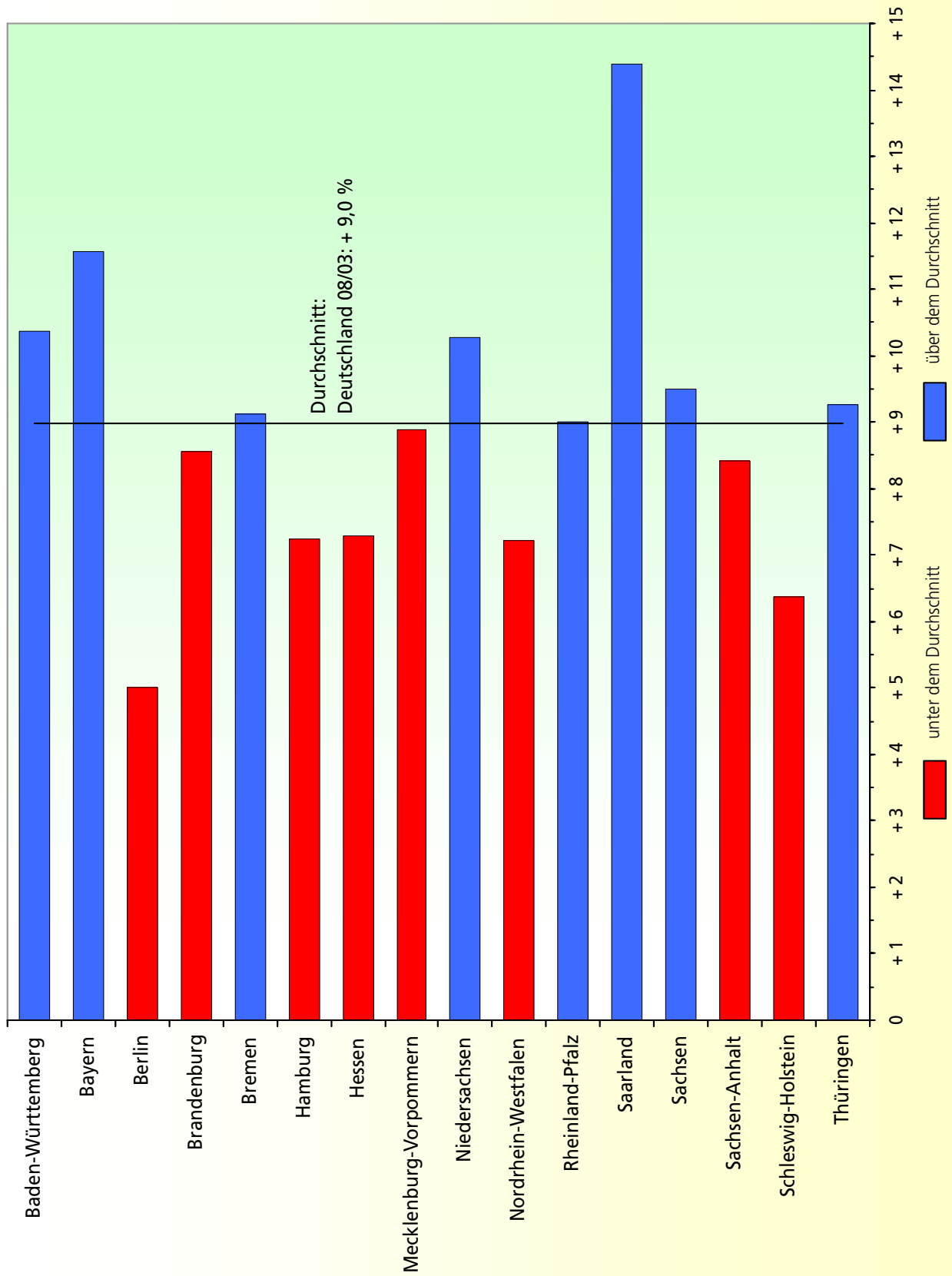
Im mittelfristigen Vergleich entwickelte sich Niedersachsen im Hinblick auf das Arbeitsplatzangebot in etwa im Bundestrend, aber auch hier war der Verlauf etwas günstiger. Von 2003 bis 2008 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um + 4,2 % zu, auf Bundesebene waren es + 4,1 %. Relativ am stärksten stiegen die Zahlen der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum in Hamburg und Berlin mit jeweils + 7,3 %. Am schwächsten verlief die Zunahme von Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt (+ 1,2 %) und Thüringen (+ 1,9 %).

Mehr als zwei Drittel aller niedersächsischen Erwerbstätigen arbeiten in Dienstleistungsbranchen (72,6 %). Im Produzierenden Gewerbe sind ein Viertel (24,2 %) und im Primärsektor sind 3,2 % beschäftigt. Im Tertiär- und Sekundärsektor liegt Niedersachsen auf dem Bundesniveau, während es im Primärsektor auf Grund der hohen Bedeutung der Landwirtschaft in Niedersachsen leicht darüber liegt. Die Gewichtung der Verteilung ist in allen Bundesländern ähnlich und verdeutlicht die Entwicklung Deutschlands hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft.

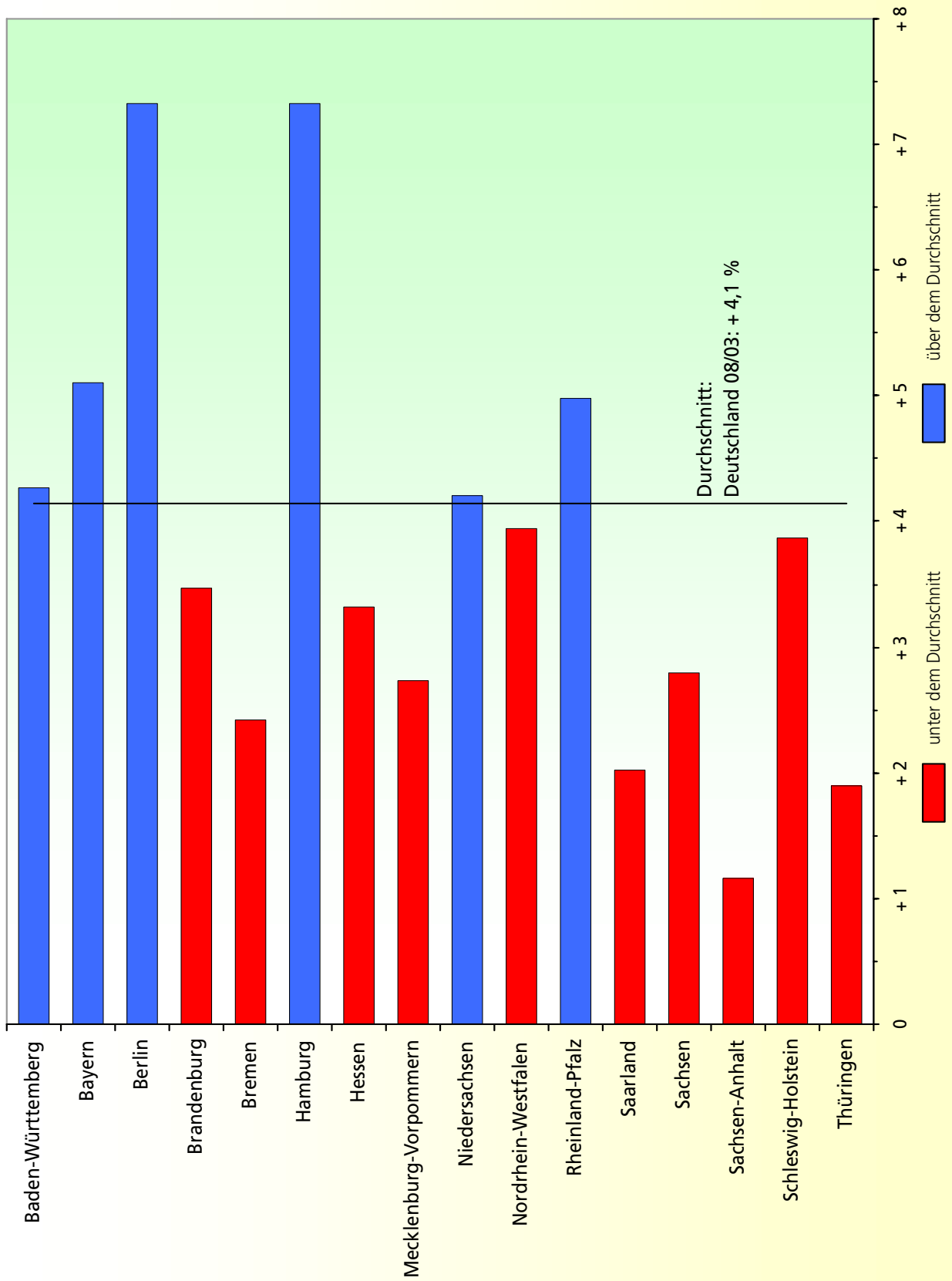
Zuwachs der Agrarproduktion um 2,6 %

Die Bruttowertschöpfung (BWS) in der niedersächsischen Land- und Forstwirtschaft und Fischerei erreichte im Jahr 2008 ein Volumen von knapp 3 Mrd. € (Tab. 19). Im Bundesranking lag Niedersachsen damit nach Bayern mit knapp 4 Mrd. € an zweiter Stelle. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die BWS in Niedersachsen um + 2,6 %, während sie auf Bundesebene um + 4,0 % zunahm.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2003 bis 2008 in Prozent



Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2003 bis 2008



Mittelfristig stieg die Wirtschaftsleistung im niedersächsischen Primärsektor von 2003 bis 2008 um + 18,2 % und damit deutlicher als der Bundesdurchschnitt mit + 13,7 %. Niedersachsen hatte einen Anteil von 15,1 % an der gesamten Bruttowertschöpfung in diesem Sektor. Allein Bayern verzeichnete hier mit 20,2 % einen höheren Beitrag.

Bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen als Messgröße für die Arbeitsproduktivität lag im Jahr 2008 der Durchschnittswert in Niedersachsen bei 24 816 € und damit um 8,5 % über dem Bundesdurchschnitt. Dies verdeutlicht einen relativ hohen Spezialisierungsgrad mit einer effizienten Arbeiterledigung in den niedersächsischen Betrieben.

Auch wenn der Anteil der niedersächsischen Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei mit 1,5 % an der gesamten Bruttowertschöpfung relativ niedrig erscheint, so ist die Bedeutung dieses Sektors ungleich höher zu bewerten. Insbesondere die Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft, die Produktion nachwachsender Rohstoffe und die Erzeugung regenerativer Energien sind Leistungen, die die Land- und Forstwirtschaft zu einem wichtigen und unentbehrlichen Teil unserer Volkswirtschaft machen. Außerdem baut das Ernährungsgewerbe, eine der wichtigsten industriellen Branchen, die zudem relativ krisenfest ist, auf den landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf.

Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe steigt um + 2,4 %

Das Verarbeitende Gewerbe, der Bergbau, die Energie- und Wasserversorgung und die Bauwirtschaft, die zusammen das Produzierende Gewerbe bilden, erreichten im Jahr 2008 eine Wirtschaftsleistung von 58,8 Mrd. € (Tab. 20). Gegenüber dem Vorjahr 2007 entsprach dies einer Zunahme um + 2,4 %. Niedersachsens Zuwachsrate lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von + 0,8 %. Prozentual war das Wachstum nur in Sachsen-Anhalt (+ 4,9 %), Thüringen (+ 2,8 %) und dem Saarland (+ 2,7 %) höher. Ein knappes Drittel der niedersächsischen Bruttowertschöpfung entfiel im Jahr 2008 auf das Produzierende Gewerbe (30,6 %).

Von 2003 bis 2008 stieg die BWS in Niedersachsen um + 10,2 % und damit geringer als der nationale Durchschnitt von + 16,4 %. Am stärksten nahm die BWS in diesem Zeitraum im Saarland (+ 30,4 %) zu, gefolgt von Sachsen-Anhalt (+ 28,8 %) und Sachsen (+ 27,2 %). Das geringste Wachstum wiesen die norddeutschen Stadtstaaten Hamburg (+ 2,2 %) und Bremen (+ 3,1 %) auf.

Je Erwerbstätigem lag die BWS in Niedersachsen bei 66 300 € und damit mit 379 € leicht über dem Bundesdurchschnitt. Nach wie vor sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auffallend. Erzielte ein

Erwerbstätiger in Westdeutschland eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung von 68 232 €, so lag diese in Ostdeutschland bei 54 056 €, eine Differenz von 14 176 €.

Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich steigt um + 1,6 %

Der Dienstleistungssektor trug 2008 zu zwei Dritteln (67,9 %) zur gesamten Bruttowertschöpfung in Niedersachsen bei. Die monetären Wirtschaftsleistungen beliefen sich auf knapp 130,5 Mrd. €. Unter den Dienstleistungssektor fallen Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Banken und Versicherungen, Unternehmensnahe Dienstleistungen, die Immobilienbranche, öffentliche und private Dienstleister inklusive des Gesundheitswesens und des Staates.

Im Vergleich zu 2007 wuchs der niedersächsische Dienstleistungssektor um + 1,6 % und damit im gleichen Tempo wie der Bundesdurchschnitt. Im mittelfristigen Vergleich nahm die Wirtschaftsleistung des Tertiärsektors von 2003 bis 2008 um 11,7 % zu und lag damit deutlich über dem nationalen Durchschnitt von + 7,5 %. Allein Bremen konnte in diesem Zeitraum eine höhere prozentuale Zunahme mit + 13,3 % erzielen. In Sachsen-Anhalt (+ 1,9 %) und Thüringen (+ 3,8 %) lagen die Zuwachsraten am niedrigsten.

Ein Erwerbstätiger erbrachte in Niedersachsen eine durchschnittliche BWS von 48 941 € und lag damit um 3 764 € unter dem Bundesdurchschnitt. Wie im Sekundärsektor lagen auch hier West- und Ostdeutschland deutlich auseinander. In Westdeutschland errechnete sich eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigem von 54 842 €, für Ostdeutschland lag diese bei 43 653 €. Dies entsprach einer Differenz von 11 189 €.

Insolvenzen um 6,9 % rückläufig – entgegen dem Bundesergebnis

Im Vergleich zu 2007 sind die Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen im Jahr 2008 um - 6,9 % auf 2 333 gesunken (Tab. 22). Diese positive Entwicklung zeigt sich nur in den Ländern Bremen (- 13,2 %), Saarland (- 12,9 %), Brandenburg (- 11,4 %) und Bayern (- 11,3 %) noch deutlicher ausgeprägt. In Deutschland insgesamt ergibt sich in 2008 eine leichte Zunahme bei den Insolvenzen um + 0,4 % gegenüber dem Vorjahr. Hierbei ist ein klarer Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern festzustellen: In Westdeutschland nahmen die Insolvenzen um + 1,2 % zu, während sie in Ostdeutschland um - 2,4 % sanken (Tab. 22).

Bei Betrachtung der Firmeninsolvenzen je 10 000 existierende Unternehmen sank die Quote auf Bundesebene von

134,9 in 2003 auf 93,3 in 2008. Diese Entwicklung zeigt sich in allen Bundesländern. In Niedersachsen ging die Quote im gleichen Zeitraum von 125,2 auf 86,9 zurück.

99,7 % der Unternehmen sind KMU mit Jahresumsatz unter 50 Mio. €

Die niedersächsische Unternehmensstruktur ist geprägt durch einen hohen Anteil an kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die einen Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. € erwirtschaften. Diese Unternehmen hatten im Jahr 2007 einen Anteil von 99,7 % an allen niedersächsischen Unternehmen und erzielten aus Lieferungen und Leistungen (Terminologie aus dem Steuerrecht, entspricht nahezu dem Umsatz) ein Volumen von 178 Mrd. € (Tab. 23 u. 24). Der Anteil der in den KMU erwirtschafteten Lieferungen und Leistungen an dem von allen Unternehmen erreichten Volumen betrug 39,3 % und lag damit über dem nationalen Schnitt von 37,5 %. Entsprechend erwirtschafteten in Niedersachsen 0,3 % Großunternehmen 60,7 % der gesamten Lieferungen und Leistungen. Besonders stark ist Ostdeutschland von KMU geprägt. Diese hatten 2007 einen Anteil von 58,7 % an den insgesamt in Ostdeutschland erwirtschafteten Lieferungen und Leistungen. Der entsprechende Anteil im Westen betrug 35,5 %.

Der hohe Anteil an KMU in Niedersachsen kann sich als Vorteil für die niedersächsische Wirtschaft bei der Bewältigung und Überwindung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise erweisen, da diese oft flexibler als Großunternehmen auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagieren können.

2007 stieg in Niedersachsen die Anzahl aller Unternehmen im Vergleich zu 2006 leicht um + 0,5 % und im mittelfristigen Vergleich zu 2003 um + 7,9 %. Auf Bundesebene nahm die Zahl der Unternehmen um + 1,3 % auf 3,1 Mrd. im Vergleich zum Jahr 2006 zu und entsprechend zu 2003 um + 7,7 %.

Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Niedersachsen konnten im Jahr 2007 den Umfang ihrer Lieferungen und Leistungen um + 5,1 % auf 453,8 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr steigern und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt von + 4,4 %. Niedersachsen hatte einen Anteil von 8,8 % am Gesamtvolumen der Lieferungen und Leistungen in Deutschland und lag damit an vierter Position nach Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Umsatz legt mit + 6,7 % überdurchschnittlich stark zu

Die niedersächsischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und Gewinnung von Steinen und Erden erzielten im Jahr 2008 einen Umsatz von 180,2

Mrd. € und verbesserten das Ergebnis des Vorjahres um + 6,7 % (Tab. 25). Damit lag der Zuwachs deutlich über dem nationalen Durchschnitt von + 2,6 %. Nur Bremen (+ 13,8 %) und das Saarland (+ 7,0 %) erzielten höhere Zunahmen.

Auch im mittelfristigen Vergleich entwickelte sich Niedersachsen überdurchschnittlich. Von 2003 bis 2008 konnten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes ihre Umsätze um + 30,1 % steigern. Deutliche Zuwächse erreichten auch Sachsen-Anhalt (+ 53,7 %), das Saarland (+ 44,7 %), Sachsen (+ 39,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+ 36,8 %). Auf Bundesebene erhöhten sich die Umsätze im Durchschnitt um + 20,4 %, wobei die Entwicklung in Ostdeutschland (+ 25,8 %) dynamischer verlief als im Westen (+ 19,8 %).

Umsätze im Bauhauptgewerbe steigen wieder – Zuwachs von + 8,5 %

Die niedersächsische Bauwirtschaft konnte das Jahr 2008 mit einem Umsatzplus von + 8,5 % gegenüber dem Vorjahr abschließen und erzielte einen Umsatz in Höhe von knapp 9,2 Mrd. € (Tab. 26). Damit lag Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt von + 6,0 % und hatte einen Umsatzanteil von 10,6 % am Bundesergebnis. Die Länder mit den höchsten Umsätzen im Bauhauptgewerbe – Bayern (+ 6,3 %), Nordrhein-Westfalen (+ 7,4 %) und Baden-Württemberg (+ 5,8 %) – lagen unter der niedersächsischen Zuwachsrate. Starke Zunahmen wurden in den Stadtstaaten Bremen (+ 41,1 %) und Hamburg (+ 28,3 %) erzielt. Allein Mecklenburg-Vorpommern musste ein Minus (- 11,1 %) hinnehmen.

Im mittelfristigen Vergleich von 2008 zu 2003 stieg der Umsatz im niedersächsischen Baugewerbe mit + 6,7 % deutlich schneller als im nationalen Durchschnitt von + 3,0 %, wobei dieser in zwei heterogene Entwicklungen zerfällt: Einem Plus von + 6,9 % im Westen stand ein Minus von - 8,9 % im Osten gegenüber.

Überdurchschnittliche Zuwächse im Tourismus

2008 war für den niedersächsischen Tourismus ein positives Jahr. Mit 36,9 Mio. Übernachtungen konnte das Vorjahresergebnis um + 2,8 % übertroffen werden (Tab. 27). 2008 ist das beste Jahr seit 2001, wo knapp 37,1 Mio. Übernachtungen von den niedersächsischen Beherbergungsbetrieben gemeldet wurden. Relativ stark legten auch Bremen mit + 7,8 % (knapp 1,7 Mio. Übernachtungen), Mecklenburg-Vorpommern mit + 4,5 % (27,5 Mio.) und Hamburg mit + 4,4 % (7,7 Mio.) zu. Allein das Saarland musste einen leichten Rückgang von - 0,9 % im Vergleich zum Jahr 2007 hinnehmen. In Deutschland insgesamt wurden im Jahr 2008 knapp 370 Mio. Übernachtungen

tungen registriert, ein Plus von + 2,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese Angaben basieren auf Meldungen von Beherbergungsbetrieben mit neun oder mehr Betten und von Campingplätzen.

Im mittelfristigen Vergleich entwickelte sich Niedersachsen unterdurchschnittlich. Von 2003 bis 2008 nahmen die Übernachtungen um + 4,1 % zu, während sie im Bundesdurchschnitt um + 9,2 % zulegten. Hier lässt sich ein klarer Unterschied zwischen West und Ost erkennen. In Westdeutschland stiegen die Übernachtungen im gleichen Zeitraum um + 7,3 % und in Ostdeutschland um + 15,8 %. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass 76 % der Übernachtungen in den alten Bundesländern anfallen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Gastes betrug im Jahr 2008 in Niedersachsen 3,2 Tage. Nur in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein blieben die Gäste mit durchschnittlich jeweils 4,2 Tagen länger. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2,8 Tagen. Dies belegt, dass Niedersachsen nicht nur für Kurzurlaube, sondern auch vornehmlich für längere Urlaube als Ziel ausgewählt wird.

Höhe und Entwicklung der Verdienste wird in vier Tabellen dokumentiert

Die Tabelle 28 zum verfügbaren Einkommen pro Einwohner stammt aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder. Sie stellt zumindest begrifflich die umfassendste Datenquelle über die Einkommen der Bevölkerung dar. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Mit dieser volkswirtschaftlichen Aggregatzahl, die wohlgemerkt *netto und pro Einwohner* berechnet wird – wird die kurz- bis mittelfristige Gesamtentwicklung der Einkünfte *aller* Einwohner, also z.B. auch der Selbständigen, der Rentner und der Arbeitslosen, dargestellt.

Die Hauptquelle für die statistische Erfassung der Verdienste der Arbeitnehmer, die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“, hat eine grundlegende Umgestaltung erfahren. Das Verdienststatistikgesetz als relevante Rechtsgrundlage wurde 2006 novelliert. Die Daten ab Berichtsjahr 2007 sind mit den Vorjahren nicht sinnvoll vergleichbar. Unter anderem änderte sich der Berichtskreis, es

wurde die nicht mehr zeitgemäße Aufgliederung in Arbeiter und Angestellte bzw. Löhne und Gehälter fallengelassen, es werden auch Daten für Teilzeitbeschäftigte erhoben, und es werden seit 2007 auch Daten für Arbeitnehmer in der Leistungsgruppe 1 erhoben, die zuvor außerhalb der Betrachtung lagen. Diese sind Führungskräfte in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse der Tabellen 29, 30 und 31 basieren auf Daten aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung, aus der sie relevante Jahresergebnisse für 2007 und 2008 destillieren. Die Tabellen 29 und 30 stellen die Verdienste der Vollzeitbeschäftigten dar, Tabelle 31 die der Teilzeitbeschäftigten. Um sie vergleichbar zu machen, wird für beide Beschäftigtengruppen auch der Stundenverdienst ausgewiesen.

Die regionale Zuordnung hat hier leider immer noch eine Besonderheit: Das Statistische Bundesamt zählt in seiner Fachveröffentlichung das Land Berlin komplett zu den „alten Bundesländern“; dieser muss (leider) gefolgt werden, weil die Daten anderweitig nicht zur Verfügung stehen. Die Tabellen 29 bis 31 ordnen also entgegen der Geographie Berlin „Westdeutschland“ zu, und „Ostdeutschland“ besteht nur aus den fünf ostdeutschen Flächenländern.

Verfügbares Einkommen steigt um + 1,7 %, das entspricht dem Bundesschnitt

Im Jahr 2007 lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in Niedersachsen bei 17 689 €, das entspricht einer leichten Zunahme um + 1,8 % gegenüber dem Jahr 2006 (Tab. 28). Das Einkommen stieg damit in gleicher Höhe wie der Bundesdurchschnitt (+ 1,7 %). Beim Ländervergleich fällt auf, dass sich die Zuwachsraten relativ homogen entwickeln. Dabei gab es in Baden-Württemberg mit + 2,0 % die höchste und in Berlin mit + 0,8 % die niedrigste Zunahme. Mittelfristig betrachtet stieg das verfügbare Einkommen in Niedersachsen von 2002 bis 2007 um + 9,3 %, analog der Zunahme von + 9,6 % auf nationaler Ebene.

Im Bundesdurchschnitt lag das verfügbare Einkommen im Jahr 2007 bei 18 411 € je Einwohner. Die in Niedersachsen erreichten 17 689 € je Einwohner entsprachen dabei 96,1 % des Bundesniveaus. Niedersachsen lag damit an neunter Position unter den Ländern.

Unterdurchschnittliches Verdienstniveau in Niedersachsen – Bruttoverdienst von Vollzeitbeschäftigten steigt um 3,2 % ...

Vollzeitbeschäftigte erzielten im Jahr 2008 einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 39 402 €, das ist ein Zuwachs von + 3,2 % gegenüber dem Vorjahr (Tab.

29). Die niedersächsische Steigerungsrate lag damit höher als der Bundesdurchschnitt mit + 2,8 %, der Verdienst blieb aber absolut 1 858 € unter dem bundesweiten Durchschnitt. Die höchsten durchschnittlichen Bruttojahresverdienste wurden 2008 in Hessen (47 186 €), Hamburg (46 447 €) und Baden-Württemberg (44 123 €) erarbeitet. Die niedrigsten Verdienste wies Thüringen mit 30 117 € auf. Niedersachsen rangierte mit 39 402 € im Ländervergleich an zehnter Position.

Starke Unterschiede gibt es nach wie vor zwischen West- und Ostdeutschland. So erzielte ein Vollzeitbeschäftigter in Westdeutschland einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 42 905 € und sein ostdeutscher Kollege nur 31 201 €. Dies ist ein Unterschied von 11 685 €, eine Differenz von - 27,3 %.

... der von vollzeitbeschäftigten Frauen um 3,5 %

Vollzeitbeschäftigte Frauen hatten 2008 einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 33 312 € (Tab. 30). Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einer Zunahme von + 3,5 %. Trotz der überdurchschnittlichen Steigerung – auf Bundesebene lag die Steigerungsrate bei + 2,9 % – reichte der niedersächsische Durchschnittsverdienst nicht an das Bundesniveau von 34 800 € heran. Wie bei den Bruttoverdiensten insgesamt wurden auch von den vollzeitbeschäftigten Frauen in Hessen (39 509 €) und Hamburg (39 280 €) die höchsten Ergebnisse erreicht. Die niedrigsten Bruttoverdienste gab es in Thüringen mit 28 775 €.

Auch bei den vollzeitbeschäftigten Frauen existiert ein West-Ostgefälle. In Westdeutschland lagen die durchschnittlichen Bruttoverdienste bei 35 752 €, in Ostdeutschland bei 30 200 €. Die Differenz von 5 552 € entspricht - 15,5 % weniger zur Verfügung stehende Kaufkraft.

Im Vergleich der Tabellen 29 und 30 zeigt sich, dass die Frauenverdienste in Niedersachsen im Jahr 2008 bei 84,5 % des durchschnittlichen Verdienstniveaus lagen; deutschlandweit lag dieser Indikator bei 84,3 %. Der Verdienstrückstand hat sich gegenüber 2007 leicht verringert; seinerzeit kamen die weiblichen Beschäftigten in Niedersachsen auf 84,3 % des Durchschnitts.

Bruttostundenverdienst von Teilzeitbeschäftigten steigt um + 3,3 %

Teilzeitbeschäftigte verdienten im Jahr 2008 durchschnittlich 15,59 € brutto pro Stunde (Tab. 31). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Bruttoverdienste um + 3,3 %. Bundesweit erhielt ein Teilzeitbeschäftigter durchschnittlich 15,91 € je Stunde und damit + 2,4 % mehr als im Vorjahr. Obwohl der niedersächsische Verdienst relativ stärker anstieg, bekamen Teilzeit Arbeitende in Niedersachsen 0,32 € pro Stunde weniger als im Bundesdurchschnitt.

Die höchsten Verdienste konnten in Hamburg (17,77 €) und Hessen (17,35 €) realisiert werden, während das niedrigste Niveau in Sachsen-Anhalt mit 12,31 € je Stunde gegeben war.



Globalisierung

Das Kapitel „Globalisierung“ ist neu. Unter dem Begriff Globalisierung versteht man verschiedene Erscheinungsformen einer zunehmenden internationalen Verflechtung. Diese Verflechtung sieht man vor allem an folgenden Phänomenen, die über nationale Grenzen hinweggehen:

- Bewegung von Menschen durch Wanderungen, aber auch durch Tourismus;
- internationaler Austausch von Waren im Welthandel;
- internationale Unternehmens- und Kapitalverflechtung;
- internationaler Austausch von Informationen im weitesten Sinne;
- Umweltphänomene, die z. T. durch menschliche Tätigkeit beeinflusst sind und die sich nicht an von Menschen gezogene Grenzen halten.

Aus all dem resultiert eine zunehmende Bedeutung von übernationalen Gremien – EU, UN und Weltwährungsfonds gehören zu den wichtigsten dieser Institutionen –, denn zahlreiche politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme sind rein regional oder national nicht vernünftig lösbar. Auf jeden Fall sind Deutschland und Niedersachsen in ein enges Geflecht von internationalen Beziehungen eingebunden. Der *Monitor* versucht, das Ausmaß und die Entwicklung dieser Verflechtung mit sieben Tabellen darzustellen. Diese beziehen sich auf den Handel (Ausfuhr und Einfuhr), die Kapitalverflechtung (Investitionen ausländischer Unternehmen in Niedersachsen und umgekehrt), den Auslandsumsatz der Industrie, den Tourismus und die Wanderungsverflechtung mit dem Ausland.

Ausfuhr stieg trotz beginnender Wirtschaftskrise um + 4,1 % ...

Niedersachsens Exportwirtschaft hat das Jahr 2008 trotz der sich zum Ende des Jahres anbahnenden Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem Zuwachs von + 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr positiv abgeschlossen (Tab. 32). Sie lag damit über dem durchschnittlichen bundesweiten Exportzuwachs von + 3,1 %. Im Vergleich zum Jahr 2003 bedeutet dies eine Zunahme um knapp + 50 %. Die prozentual höchsten Ausfuhrzuwächse verzeichneten im Jahr 2008 die Länder Mecklenburg-Vorpommern (+ 21,8 %), Bremen (+ 15,7 %) und Brandenburg (+ 15,3 %). Rückgänge mussten dagegen Berlin (- 6,9 %), Nordrhein-Westfalen (- 1,4 %) und Sachsen (- 1,0 %) hinnehmen.

Das niedersächsische Exportvolumen belief sich 2008 auf 76,7 Mrd. €, während aus Deutschland insgesamt Waren im Wert von 994,8 Mrd. exportiert wurden. Im Ranking der Bundesländer hinsichtlich des Exportvolumens rangiert Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen (21,3 % An-

teil), Bayern (19,3 %) und Baden-Württemberg (18,7 %) an vierter Stelle. Niedersachsens Anteil am bundesdeutschen Gesamtexport beträgt knapp 10 %.

... und auch die Einfuhr entwickelte sich mit + 10,6 % noch deutlich positiv

Das Volumen ausländischer Waren, welches von Niedersachsen im Jahr 2008 importiert wurde, stieg um + 10,6 % auf knapp 74,8 Mrd. € im Vergleich zu 2007 (Tab 33). Von Deutschland wurden im gleichen Zeitraum Waren im Wert von 823,1 Mrd. € importiert, das entspricht einem Plus von + 6,4 %. Von 2003 bis 2008 erhöhte sich das niedersächsische Importvolumen überdurchschnittlich um knapp + 60 %, während es bundesweit um + 53,0 % wuchs. Die einfuhrstärksten Länder sind wie beim Export Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 24,0 %, gefolgt von Baden-Württemberg (16,5 %), Bayern (16,4 %) und Niedersachsen (9,5 %).

Niedersächsische Unternehmen erhöhen ihre Auslandsinvestitionen um 14 %

Im Jahr 2007 betrug der Wert der Investitionen niedersächsischer Unternehmen im Ausland knapp 55 Mrd. €. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um + 14,0 % (Tab. 34). Im mittelfristigen Vergleich stieg die Investitionssumme von 2002 bis 2007 um + 54,7 %.

Wie bei den ausländischen Investitionen in Deutschland (s.u.) liegen auch bei den Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland die gleichen Bundesländer vorn: 29,4 % der insgesamt von deutschen Unternehmen im Jahr 2007 im Ausland investierten 823 Mrd. € stammen aus Nordrhein-Westfalen. Es folgen Bayern mit einem Anteil von 23,9 %, Hessen (15,0 %) und Baden-Württemberg (13,7 %). Die von niedersächsischen Unternehmen ausgegebenen knapp 55 Mrd. € entsprechen einem Anteil von 6,7 %. Damit wurde eine um das Dreifache höhere Summe im Ausland investiert, als von ausländischen Unternehmen in Niedersachsen eingesetzt wurde.

Auslandsinvestitionen wachsen weiter – Anteil Niedersachsens bei 2,7 %

Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Niedersachsen haben im Jahr 2007 um + 3,5 % auf knapp 17,2 Mrd. € gegenüber dem Jahr 2006 zugenommen (Tab. 35). Im Vergleich zum Jahr 2002 bedeutet dies eine Zunahme um + 48,8 %. Die Angaben in Tabelle 35 beruhen, wie auch die der Tabelle 34, auf Daten der Deutschen Bun-

desbank und verdeutlichen das Investitionsvolumen ausländischer Unternehmen an Unternehmen in den jeweiligen Bundesländern zum Stichtag 31.12.; es handelt sich nicht um Bewegungsdaten, sondern um *Bestandsdaten*, die den Gesamtwert der Unternehmensbeteiligungen des Auslands in Deutschland bzw. deutscher Unternehmen im Ausland abbilden.

Durch die zunehmende Globalisierung steigen auch die Auslandsinvestitionen in Deutschland. Je nach Konzentration und Sitz der Firmenzentralen verteilen sich diese Investitionen aber unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer. Von den im Jahr 2007 in Deutschland investierten 634 Mrd. € aus dem Ausland entfielen allein 27,7 % auf Nordrhein-Westfalen. Danach folgen Hessen mit einem Anteil von 18,0 %, Bayern (16,1 %) und Baden-Württemberg (13,3 %). Niedersachsen konnte nur 2,7 % der Auslandsinvestitionen für sich verbuchen.

Deutschlandweit stiegen die Investitionen aus dem Ausland im Jahr 2007 um + 7,8 % im Vergleich zu 2006. Ostdeutschland konnte dabei deutlich um + 20,7 % zulegen, im Vergleich zu einem Zuwachs von + 7,0 % in Westdeutschland. Dabei ist aber zu beachten, dass das Investitionsvolumen in Ostdeutschland nur 6,2 % der gesamten, vom Ausland investierten Summe ausmacht.

Auslandsumsatz steigt im Jahr 2008 mit + 6,7 % überdurchschnittlich

Eine positive Entwicklung nahm der Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen. Der Zuwachs von + 6,7 % in 2008 im Vergleich zum Vorjahr war deutlich höher als der Bundesdurchschnitt mit + 1,9 % (Tab. 36). Die Länder mit den höchsten Auslandsumsätzen – Bayern (+ 0,3 %), Nordrhein-Westfalen (+ 2,7 %) und Baden-Württemberg (- 2,4 %) – lagen mit ihren Veränderungsraten z. T. relativ deutlich unter bzw. knapp über dem für Deutschland insgesamt errechneten Mittelwert. Im mittelfristigen Vergleich stieg der Auslandsumsatz von 2003 bis 2008 um 42,7 %. Die relativ stärksten Zuwachsraten hatten hier im Vergleich der letzten fünf Jahre Sachsen-Anhalt (+ 128,5 %) und Hamburg (+ 80,2 %).

Niedersachsen rangiert mit einem Auslandsumsatzvolumen von 79,5 Mrd. € an vierter Position. Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes lag in den beiden letzten Jahren in Niedersachsen konstant bei 44 %. Im Jahr 2003 machte dieser 40,1 % aus.

Auslandstourismus weiter zunehmend: + 4,5 % Zuwachs

Die Beherbergungsbetriebe in Deutschland können sich über eine zunehmende Zahl von Gästen aus dem Ausland

freuen (Tab. 37). Die Übernachtungen sind von knapp 42 Mio. in 2002, über knapp 55 Mio. in 2007 auf fast 57 Mio. im Jahr 2008 gestiegen. Von 2002 bis 2008 nahm der Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste an den Übernachtungen insgesamt in Deutschland von 12,3 % auf 15,3 % zu. In Niedersachsen ist dieser Anteil stark unterdurchschnittlich: Zwar stieg er von 6,2 % (2003) auf 7,7 % im Jahr 2008 – aber diese 7,7 % sind nur gut die Hälfte des Bundesdurchschnitts.

Bei den ausländischen Gästen waren im Jahr 2008 Bayern mit 12,8 Mio. Übernachtungen, Nordrhein-Westfalen (knapp 8,1 Mio.) und Baden-Württemberg (7,7 Mio.) am stärksten gefragt. Die niedrigsten Übernachtungsumfänge wiesen das Saarland (264 Tausend), Bremen (378 Tausend) und Sachsen-Anhalt (464 Tausend) auf. Niedersachsen konnte mit insgesamt knapp 2,9 Mio. Übernachtungen ausländischer Gäste einen Zuwachs gegenüber 2007 von + 4,5 % erzielen und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von + 3,2 %.

Die ausländischen Gäste blieben durchschnittlich 2,4 Tage in Niedersachsen und damit etwas länger als im für Deutschland errechneten Mittel von 2,3 Tagen. Dies zeigt, dass sich die ausländischen Gäste für Niedersachsen interessieren und sich für den Besuch Zeit nehmen. Nur in Rheinland-Pfalz (2,9 Tage), Mecklenburg-Vorpommern (2,7 Tage) und Berlin (2,6 Tage) blieben die Gäste noch länger.

Zuwanderung aus dem Ausland geht zurück, aber weiterhin positiver Saldo von 11 727 Personen

Im Jahr 2007 zogen 70 754 Personen aus dem Ausland nach Niedersachsen, und umgekehrt gab es 59 027 Fortzüge aus Niedersachsen ins Ausland. Das ergab einen positiven Wanderungssaldo von + 11 727 Personen (Tab. 38). Kein anderes Bundesland hat einen derart hohen Auslandswanderungssaldo aufzuweisen. Bundesweit gab es 2007 einen Positivsaldo von insgesamt 43 912 Personen, wobei nur 2 Länder – Hessen und Sachsen-Anhalt – einen negativen Saldo hatten. Auch die Beziehungszahl „Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner“ liegt in Niedersachsen mit einem Wert von 1,5 deutlich über dem Deutschland-Durchschnitt von 0,5. Nur die Stadtstaaten Bremen und Hamburg hatten 2007 höhere Werte.

Zugleich sieht man aber auch, dass der positive Wanderungssaldo Deutschlands und vor allem Niedersachsens sehr stark abnimmt. Noch im Jahr 2002 lag der Saldo des Landes bei + 99 228, mittelfristig ging er also um - 87 501 Personen zurück. Dieser starke Rückgang hat – ebenso wie der nach wie vor sehr hohe Positivsaldo – den Grund in einer Besonderheit des Landes Niedersachsen: Das Grenz-

durchgangslager Friedland im LK Göttingen nimmt alle deutschstämmigen Spätaussiedler und ihre Angehörigen auf, die aus Russland, Kasachstan und anderen vor allem osteuropäischen Staaten nach Deutschland kommen. Von Friedland aus werden sie auf die Bundesländer verteilt, wobei das Grenzdurchgangslager nicht nur als „Verteilerstation“ fungiert; vielmehr finden hier intensive Integrationsbemühungen, z. B. Sprach- und Orientierungskurse, statt. 1989 kamen auf dem Höhepunkt der Ausreisewelle 171 813 Personen nach Friedland, seitdem geht die Zahl der Spätaussiedler laufend zurück. Dies liegt vor allem daran, dass die meisten deutschstämmigen Personen aus Osteuropa mittlerweile nach Deutschland gekommen sind, das liegt aber auch an verschärften Einreisebestimmungen. Im Jahr 2002 wurden – der eigenen Statistik des Grenzdurchgangslagers entnommen – noch 91 317 Personen in

Friedland aufgenommen, 2007 waren es nur noch 5 017 und 2008 sank die Zahl auf 4 472.

Zieht man die Zahl von 5 917 Spätaussiedlern 2007 vom positiven Wanderungssaldo des Landes (= 11 727 Personen) ab, so ergibt sich immer noch ein hoher Positiv-Saldo von 5 810 Personen. Auch diese Zahl, die den „Friedland-Sondereinfluss“ eliminiert und so eine volle Vergleichbarkeit mit den Daten der anderen Länder herstellt, ist im Bundesvergleich recht hoch: Der Indikator „Auslandswanderungssaldo je 1 000 Einwohner“ liegt – ohne Friedland – bei 0,7 und damit immer noch höher als der Bundesdurchschnitt von 0,5. Diese Zahl zeigt: Niedersachsen ist ein attraktives Land mit überdurchschnittlicher Zuwanderung. Und da die Zuwanderungszahlen überdurchschnittlich sind, müssen auch überdurchschnittliche Anstrengungen zur Integration der Neubürger geleistet werden.



Finanzen

Gesamtausgaben steigen in Niedersachsen unterdurchschnittlich

Die bereinigten Gesamtausgaben haben in Niedersachsen mit + 2,7 % langsamer zugenommen als in Deutschland insgesamt (+ 3,6 %). Die höchsten Zuwächse gab es in Bayern (+ 11,0 %) und Hamburg (+ 6,9 %), die geringsten in Nordrhein-Westfalen (+ 0,6 %) sowie Berlin und Sachsen-Anhalt (jeweils + 0,7 %). Auch gegenüber 2003 blieb der Anstieg der Gesamtausgaben in Niedersachsen unterdurchschnittlich. Wiederum befindet sich Bayern mit + 15,0 % an der Spitze. In immerhin vier Ländern liegen die bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2008 unter denen von 2003. Je Einwohner gerechnet weist Niedersachsen wie in den Vorjahren die niedrigsten Ausgaben auf. Generell liegen die Ausgaben der Stadtstaaten über denen der Flächenländer. In der letzten Spalte von Tabelle 39 sind die bereinigten Gesamtausgaben auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen. In Niedersachsen liegt diese Quote mit 15,5 % etwas über dem deutschen Durchschnitt. Den höchsten Wert hat Berlin (23,8 %), den niedrigsten Hamburg (12,4 %). In Ostdeutschland ist die Quote deutlich höher als in Westdeutschland, was an dem immer noch deutlich niedrigeren BIP je Einwohner in den neuen Ländern liegt.

Überdurchschnittlicher Anstieg der Personalausgaben

Die Personalausgaben sind in Niedersachsen um 3,0 % gestiegen und haben damit stärker als in Deutschland insgesamt und auch etwas stärker als die bereinigten Gesamtausgaben zugelegt. Den stärksten Anstieg verzeichnete Bayern, zu einem deutlichen Rückgang kam es in Thüringen. Gegenüber 2003 sind die Personalausgaben der Länder und Kommunen nur um 0,5 % gestiegen, Niedersachsen lag mit + 2,0 % darüber. Je Einwohner gerechnet hat Niedersachsen leicht unterdurchschnittliche Personalausgaben.

Die Personalausgabenquote – also der Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben – liegt in Niedersachsen bei 38,7 % und damit um rd. 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen. Der Spitzenwert ist in Baden-Württemberg mit 40,7 % zu finden, die niedrigsten Personalausgabenquoten haben Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 29,2 %). Die Vergleichbarkeit der Personalausgaben wird allerdings durch Ausgliederungen – in Niedersachsen beispielsweise im Bereich der Hochschulen – eingeschränkt.

Kräftiger Anstieg der Sachinvestitionen in Niedersachsen

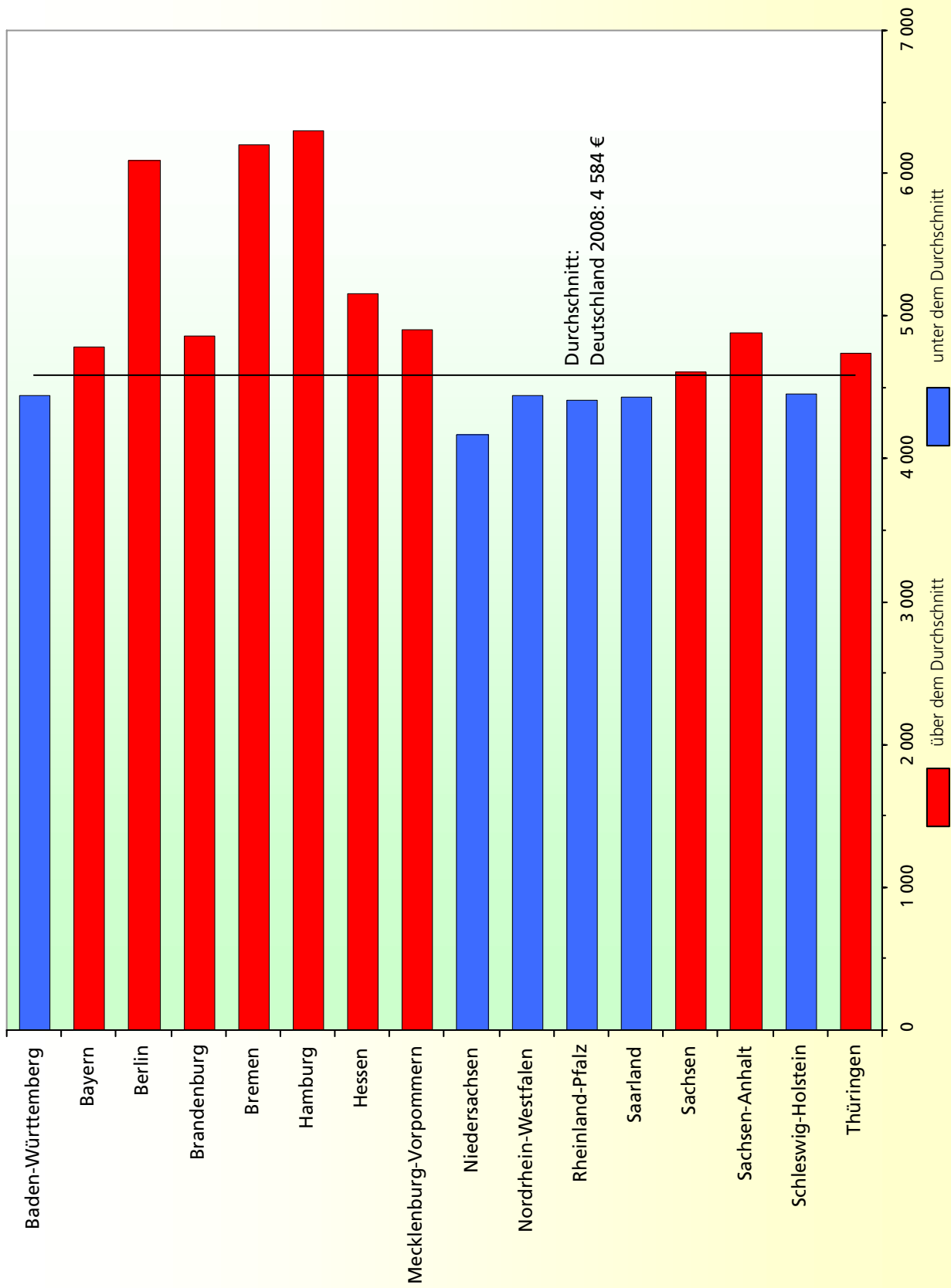
Die Sachinvestitionen sind in Niedersachsen mit 16,5 % weit überdurchschnittlich gestiegen (Deutschland insgesamt 3,9 %). Lediglich in Hamburg ist die Zunahme mit 23,7 % noch größer, und in 7 Ländern sind die Investitionen gegenüber 2007 sogar gesunken. Im Fünfjahresvergleich sind die Sachinvestitionen in Niedersachsen allerdings um - 8,2 % zurückgegangen. Dies ist eine noch deutlich schlechtere Entwicklung als in den Ländern und Kommunen insgesamt (- 4,5 %). Je Einwohner werden in Niedersachsen 241 € investiert, das ist der viertniedrigste Wert nach Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die Pro-Kopf-Investitionen in Sachsen und Bayern sind dagegen mehr als doppelt so hoch. Entsprechend bleibt die Sachinvestitionsquote in Niedersachsen sehr niedrig, sie liegt mit 5,8 % erheblich unter dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen (7,2 %). Auch hier liegen die Werte von Sachsen (11,2 %) und Bayern (10,6 %) an der Spitze, während Berlin mit nur 1,3 % den niedrigsten Wert aufweist.

Hohe Belastung durch Zinsausgaben

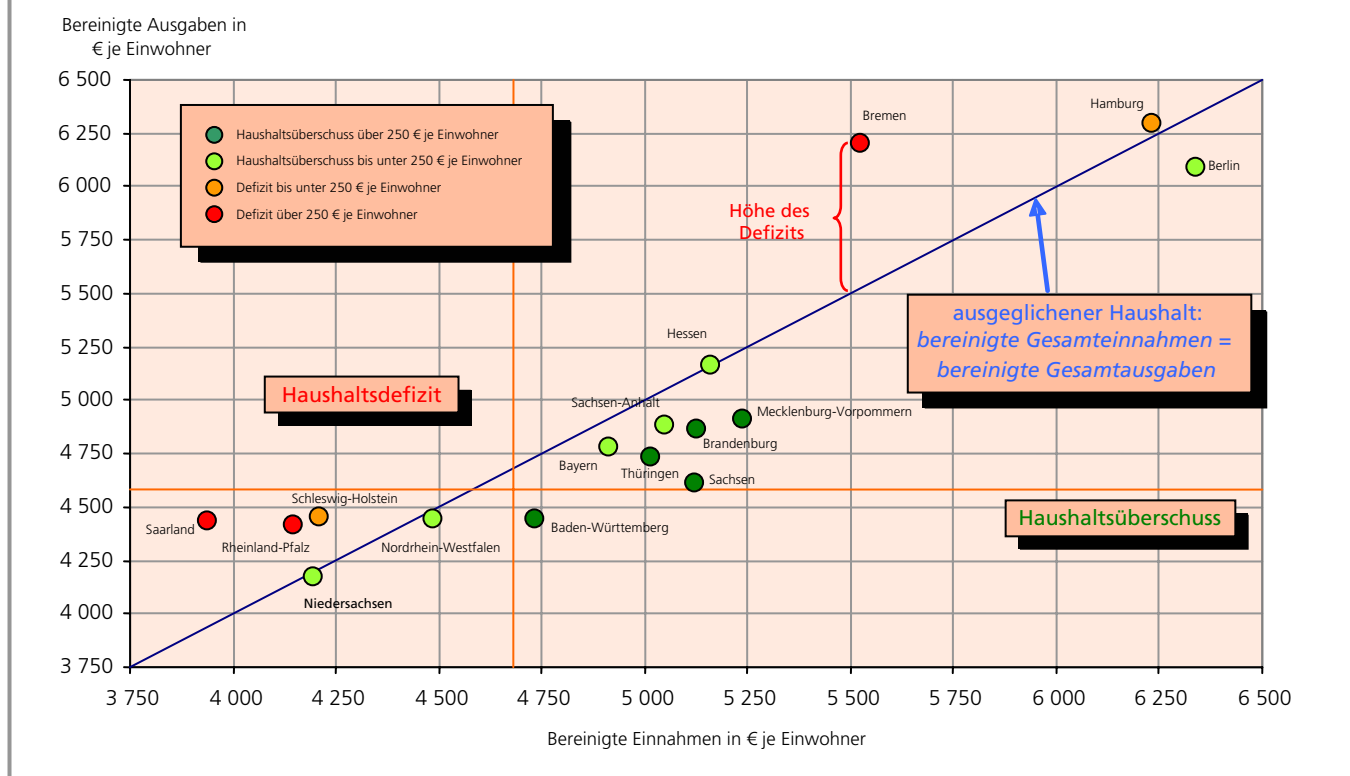
Die Zinsausgaben der Länder und Kommunen insgesamt an den Kreditmarkt sind 2008 zwar leicht gesunken, stellen aber weiterhin eine hohe Belastung der Haushalte dar. In Niedersachsen gab es zwar einen nur leichten Anstieg um 0,7 %, dennoch sind die Zinsausgaben um 834 Mio. € bzw. 43,4 % höher als die Ausgaben für Sachinvestitionen, wobei Berlin sogar rd. achtmal mehr für Zinsen als für Investitionen ausgibt. Deutschlandweit liegen die Sachinvestitionen dagegen um 1,2 Mrd. € über den Zinsausgaben. Gegenüber dem Jahr 2003 sind die Zinsausgaben in Niedersachsen um - 2,0 % gesunken, während sie in allen Ländern und Kommunen zusammen um 1,1 % gestiegen sind. Auch hier gibt es eine weite Spannweite zwischen den Ländern, die von - 23,4 % in Sachsen bis + 21,0 % in Bremen reicht. Die Zinsausgaben je Einwohner betragen in Niedersachsen 346 €, in 10 Ländern sind sie z. T. deutlich höher: Bremen beispielsweise muss 907 € je Einwohner an Zinsen zahlen, in Berlin sind es 672 €. Sehr niedrige Werte weisen Bayern (126 €) und Sachsen (157 €) auf.

Die letzte Spalte von Tabelle 42 gibt an, wie viel Prozent der Steuereinnahmen rechnerisch für Zinsen ausgegeben werden müssen. Niedersachsen liegt mit 11,3 % knapp 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Besonders hohe

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2008



Bereinigte Ausgaben und Einnahmen der Länder und Kommunen 2008



Werte weisen Bremen (25,9 %) und Berlin (21,6 %) auf, sehr niedrige Werte Bayern (3,4 %), Baden-Württemberg (5,4 %) und Sachsen (5,6 %). Im Fünfjahresvergleich ist die Zinssteuerquote deutlich gesunken, in Niedersachsen um rd. 4 Prozentpunkte.

durch Steuern, Niedersachsen liegt mit 72,9 % leicht darüber. In Hamburg machen die Steuereinnahmen sogar 83,8 % der Einnahmen aus, in Berlin sind es mit 49,2 % am wenigsten.

Nur geringer Anstieg der Gesamteinnahmen

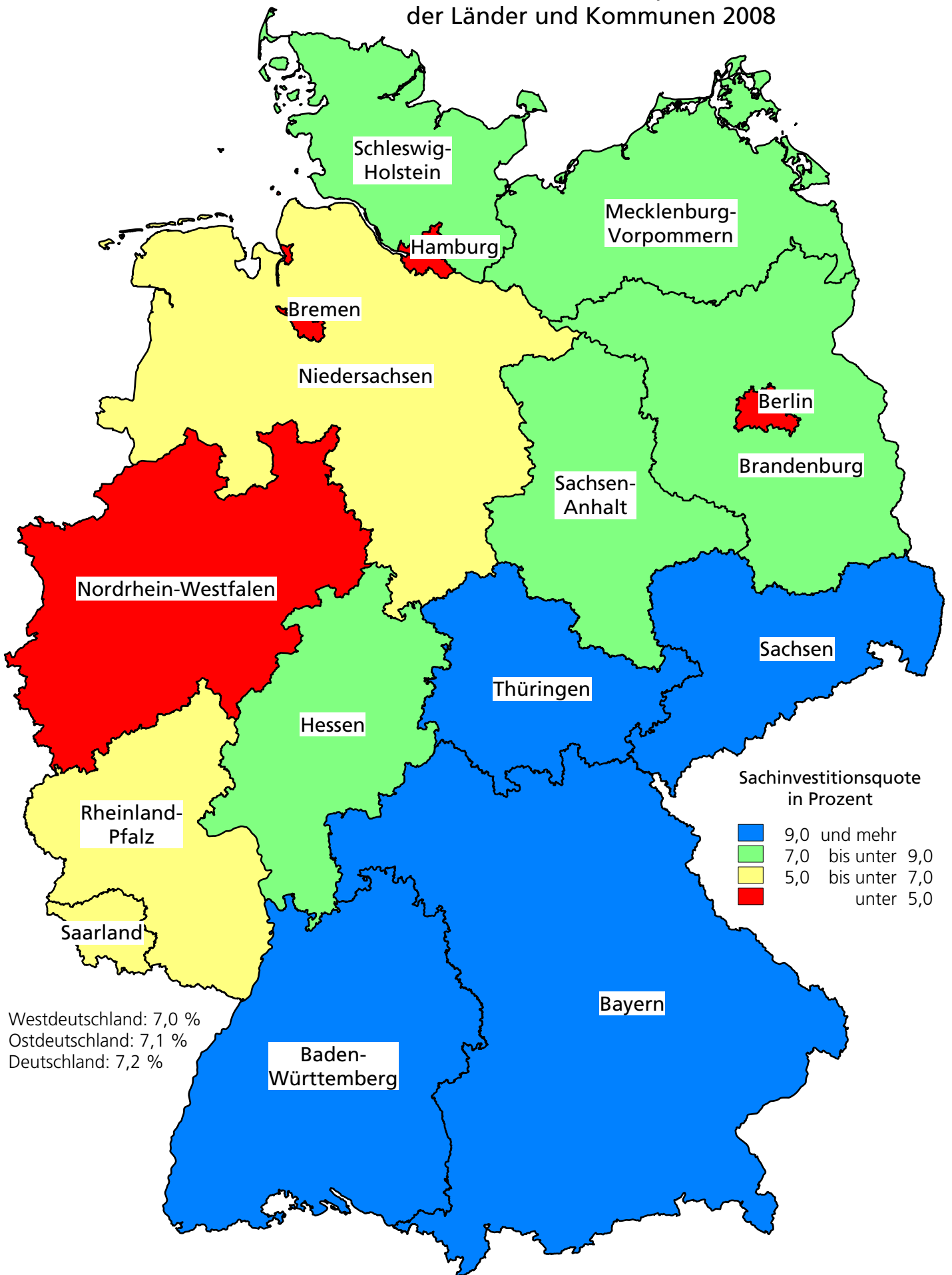
Die Zunahme der bereinigten Gesamteinnahmen hat sich deutlich abgeschwächt und beträgt in allen Ländern und Kommunen zusammengenommen nur noch 1,2 %, in Niedersachsen sind sie mit 2,6 % deutlich stärker gestiegen. Bei den Einnahmen je Einwohner rangiert Niedersachsen trotzdem mit 4 197 € auf dem drittletzten Platz, deutlich vom Spitzenreiter Berlin (6 338 €) entfernt. Gegenüber 2003 haben die Gesamteinnahmen beträchtlich zugelegt, Niedersachsen befindet sich hierbei mit 21,1 % nur wenig unter dem Durchschnitt von Deutschland (21,3 %). Auch hier liegt Berlin mit 33,9 % vorne. Einen nur sehr schwachen Anstieg mussten Bremen (5,1 %) und das Saarland (6,6 %) hinnehmen.

Niedersachsen konnte im Jahr 2008 den dritthöchsten Zuwachs aller Länder bei den Steuereinnahmen verbuchen, trotzdem sind die Steuereinnahmen je Einwohner weiterhin deutlich niedriger als im Durchschnitt. Im Mittel erzielen die Länder und Kommunen 72,3 % ihrer Einnahmen

Länderfinanzausgleich

In Tabelle 45 sind die Zahlungen des Länderfinanzausgleichs zusammen mit den Ergänzungszuweisungen des Bundes dargestellt. Für Niedersachsen spielen diese Zahlungen eine vergleichsweise geringe Rolle, das Land erhält 61 € je Einwohner. Das ist unter den Nehmerländern der zweitniedrigste Wert nach Nordrhein-Westfalen. Entsprechend machen diese Zahlungen nur 1,5 % der bereinigten Gesamteinnahmen von Niedersachsen aus, in Nordrhein-Westfalen sind es sogar nur 0,1 %. Berlin dagegen erhält 28,2 % seiner bereinigten Gesamteinnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, in allen ostdeutschen Ländern zusammen sind es fast ein Viertel. In absoluten Werten ist Bayern mit 2 938 Mio. € der größte Zahler, gefolgt von Baden-Württemberg und Hessen. Die höchsten Zahlungen je Einwohner erhält Berlin mit 1 790 €, was auch den Spitzenplatz bei den bereinigten Gesamteinnahmen je Einwohner erklärt. Am stärksten belastet wird Hessen mit - 410 € je Einwohner. Der deutliche Verlust für Niedersachsen von - 543 Mio. € gegenüber 2003 resultiert aus geänderten Verteilungsregeln der Bundesergänzungszuweisungen.

Sachinvestitionsquote der Länder und Kommunen 2008

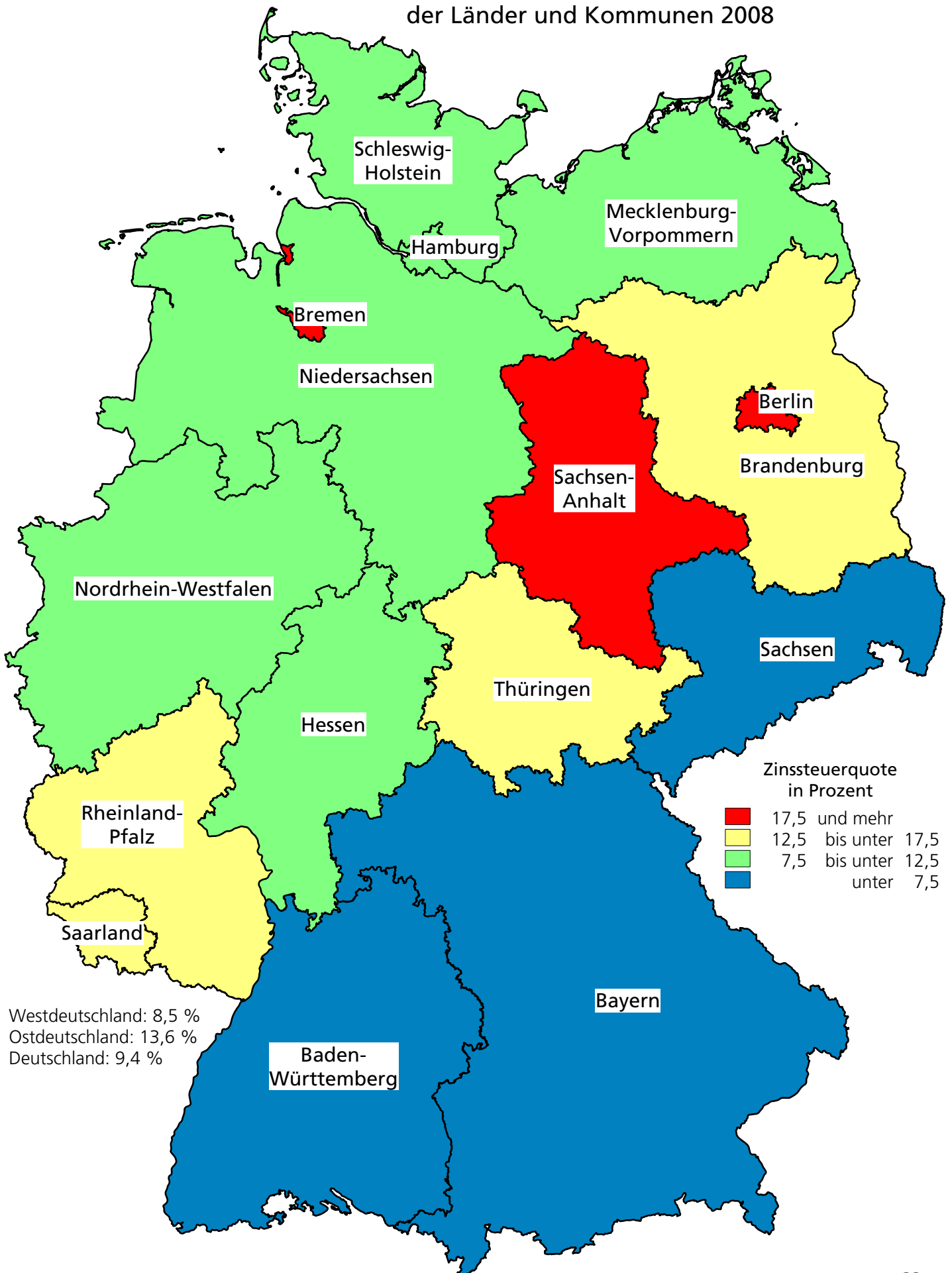


Westdeutschland: 7,0 %
 Ostdeutschland: 7,1 %
 Deutschland: 7,2 %

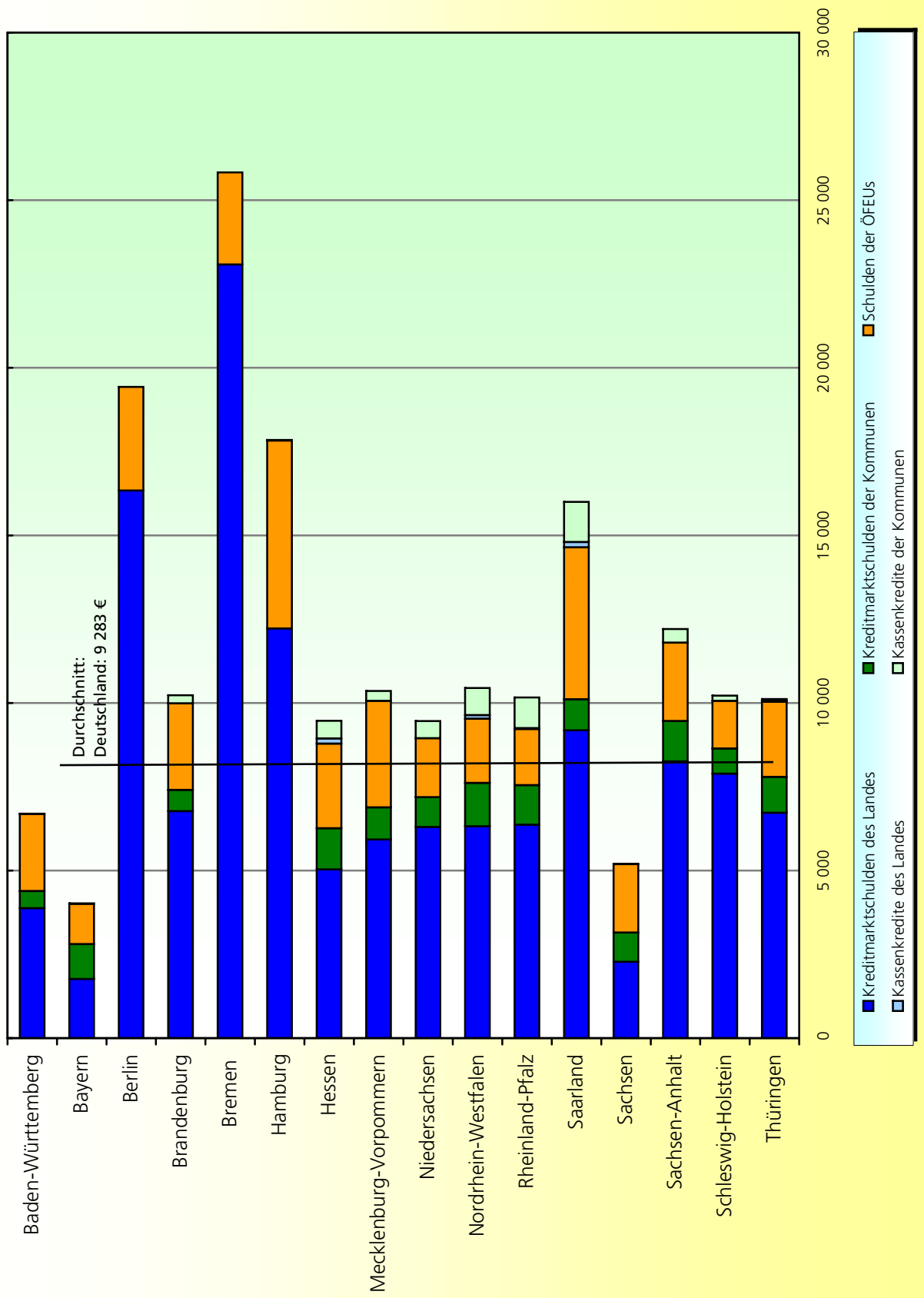
Sachinvestitionsquote
in Prozent

- 9,0 und mehr
- 7,0 bis unter 9,0
- 5,0 bis unter 7,0
- unter 5,0

Zinssteuerquote der Länder und Kommunen 2008



Schulden der Länder, Kommunen und öffentlichen Unternehmen (ÖFEUs) in Euro je Einwohner
am 31.12.2008



zit Bremen mit - 674 € sowie das Saarland (- 497 €). Niedersachsen liegt mit 27 € klar unter dem Durchschnitt von 100 €, hat aber gegenüber dem Vorjahr nur einen geringen Rückgang zu verzeichnen.

In fünf Ländern hat sich der Saldo gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Bemerkenswert ist die Veränderung gegenüber dem Jahr 2003: Damals lag das Finanzierungsdefizit noch bei - 40,1 Mrd. €. In Niedersachsen hat sich der Saldo um 4,5 Mrd. € verbessert, in Nordrhein-Westfalen sogar um 10,4 Mrd. €, und es gibt kein Land, das beim Saldo nicht besser da steht als vor 5 Jahren.

Die letzte Spalte von Tabelle 46 bezieht den Finanzierungssaldo auf das BIP. Interessant ist hier vor allem der Vergleich zu 2003: Damals lag der Indikator für alle Länder und Kommunen bei - 1,9 %, er hat sich also um 2,2 Prozentpunkte verbessert, in Niedersachsen lag die Steigerung bei 2,4 Prozentpunkten. Mit + 6,6 Prozentpunkten gab es die günstigste Entwicklung in Berlin.

Hohe Schuldenlast der Länder und Kommunen

Die Kreditmarktschulden der Länder und Kommunen (Tab. 47) sind 2008 um - 4,1 Mrd. € gesunken. In Niedersachsen kam es zu einem Anstieg um 501 Mio. € bzw. 0,9 % auf nun 57,3 Mrd. € bzw. 7 190 € je Einwohner. Deutlich stärker haben sich die Kreditmarktschulden in Bremen (+ 6,8 %) und im Saarland (+ 3,5 %) erhöht. In Sachsen dagegen konnte der ohnehin vergleichsweise niedrige Schuldenstand besonders kräftig um - 11,6 % reduziert werden. Insgesamt zeigen sich bei den Schulden je Einwohner extreme Unterschiede: Den Maximalwert weist

Bremen mit 23 084 € je Einwohner auf, in Bayern sind es nur 2 806 €. Trotz der günstigen Entwicklung der beiden vergangenen Jahre liegen die Kreditmarktschulden erheblich über dem Wert von 2003: Für alle Länder und Kommunen zusammen ist ein Anstieg um 57,7 Mrd. € bzw. 11,6 % zu verzeichnen, Niedersachsen liegt mit 11,8 % nur wenig darüber. Auffällig sind auch beim Fünfjahresvergleich die sehr hohen Zuwachsraten von Bremen (+ 44,0 %) und dem Saarland (+ 32,6 %).

Die Kreditfinanzierungsquote gibt an, inwieweit die Ausgaben der Haushalte durch den Kreditmarkt finanziert werden. Entsprechend dem Rückgang der Kreditmarktschulden ist die Kreditfinanzierungsquote für Deutschland insgesamt mit - 1,1 % negativ, in Niedersachsen liegt sie bei 1,5 %. Einen geradezu dramatischen Wert erreicht sie in Bremen mit 23,7 %.

In Tabelle 48 sind außer den Kreditmarktschulden der Länder und Kommunen (den Kernhaushalten) auch die Schulden der öffentlichen Unternehmen sowie die Kassenkredite der Kernhaushalte dargestellt. Die Schuldenlast stellt sich damit um 205,6 Mrd. € größer dar. Die niedersächsischen Schulden liegen bei dieser erweiterten Betrachtungsweise bei 75,4 Mrd. € bzw. 9 464 € je Einwohner. Die letzte Spalte von Tabelle 48 bezieht den Schuldenstand auf das BIP. Hierbei zeigen sich zwischen den Ländern deutliche Unterschiede: Im Durchschnitt liegt der Schuldenstand der Länder und Kommunen bezogen auf das BIP bei 30,6 %, Niedersachsen ist mit 35,2 % deutlich darüber positioniert. Den weitaus höchsten Wert weist Berlin mit 76,0 % auf, gefolgt von Bremen (61,6 %) und Sachsen-Anhalt (54,4 %). Bayern hat dagegen eine Schuldenquote von nur 11,3 %, Baden-Württemberg von 19,8 %.



Innovation

Gewerbeanmeldungen rückläufig – Abmeldungen steigen

Im Jahr 2008 gingen die Gewerbeanmeldungen in Niedersachsen um - 4,2 % auf 70 636 im Vergleich zum Vorjahr zurück (Tab. 49). Nur in Berlin (- 7,1 %) und in Sachsen-Anhalt (- 7,0 %) gab es eine höhere prozentuale Abnahme bei den Gewerbeanmeldungen. Die höchsten Zunahmen waren in Hamburg (+ 3,9 %), im Saarland (+ 2,9 %) und in Sachsen (+ 1,3 %) zu verzeichnen. Bundesweit fielen die Anmeldungen im Jahr 2008 um - 1,8 % auf 833 281. Hierin dokumentieren sich möglicherweise bereits die ersten Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die im vierten Quartal 2008 deutlich wurde.

Korrespondierend zur Abnahme der Gewerbeanmeldungen stieg die Zahl der Abmeldungen (Tab. 50) bundesweit um + 3,3 % auf 732 275 im Jahr 2008. Gleichzeitig stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen in Niedersachsen um + 3,4 % auf 62 812. Besonders deutlich erhöhten sich die Abmeldungen in Hamburg um + 14,0 %. Die höchsten Rückgänge meldeten Bremen (- 3,8 %) und Berlin (- 2,5 %) im Vergleich zu 2007.

Von 2003 bis 2008 erhöhten sich bis auf Mecklenburg-Vorpommern in allen Bundesländern die Gewerbeabmeldungen. In Niedersachsen lagen diese mit einer Zunahme um + 11,4 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt von + 12,1 %.

Industrie investiert im Jahr 2007 ein Fünftel mehr als im Vorjahr, aber nach wie vor unterdurchschnittliche Investitionsquote

Die niedersächsischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden weiteten im Jahr 2007 ihre Investitionen deutlich aus. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Investitionsausgaben um + 22,3 % auf 4,5 Mrd. € (Tab. 51). Neben Niedersachsen hatten nur das Saarland (+ 57,8 %) und Sachsen-Anhalt (+ 22,8 %) höhere relative Zuwächse bei ihren Investitionen. Auch die in Bezug auf das Investitionsvolumen stärksten Bundesländer Bayern (+ 15,6 %), Nordrhein-Westfalen (+ 21,4 %) und Baden-Württemberg (+ 11,7 %) hatten zweistellige Zuwachsraten. Auf Bundesebene lag die Zunahme bei + 14,5 %. Bei der Differenzierung nach West- und Ostdeutschland fällt auf, dass 83,6 % der 55,6 Mrd. in Deutschland im Jahr 2007 investierten Euro in Westdeutschland ausgegeben wurden. Die niedersächsischen Investitionen haben einen Anteil von 8,2 % an den gesamtdeutschen Investitionen.

Bei einem mittelfristigen Vergleich des niedersächsischen Investitionsvolumens zeigt sich allerdings, dass dieses von 2007 zu 2002 um - 2,4 % zurück ging. Auf Bundesebene nahmen die Investitionen entsprechend um + 12,9 % zu. Die Investitionsquote je tätiger Person lag im Jahr 2007 in Niedersachsen bei 8 832 €. Auf Bundesebene wurden je Beschäftigtem 9 161 € ausgegeben. Der niedrigste Wert wurde mit 7 208 € in Schleswig-Holstein und der höchste mit 14 417 € in Sachsen-Anhalt ermittelt.

Patentanmeldungsintensität weiter unterdurchschnittlich, aber deutliche Zunahme der Patentanmeldungen um 23,4 %

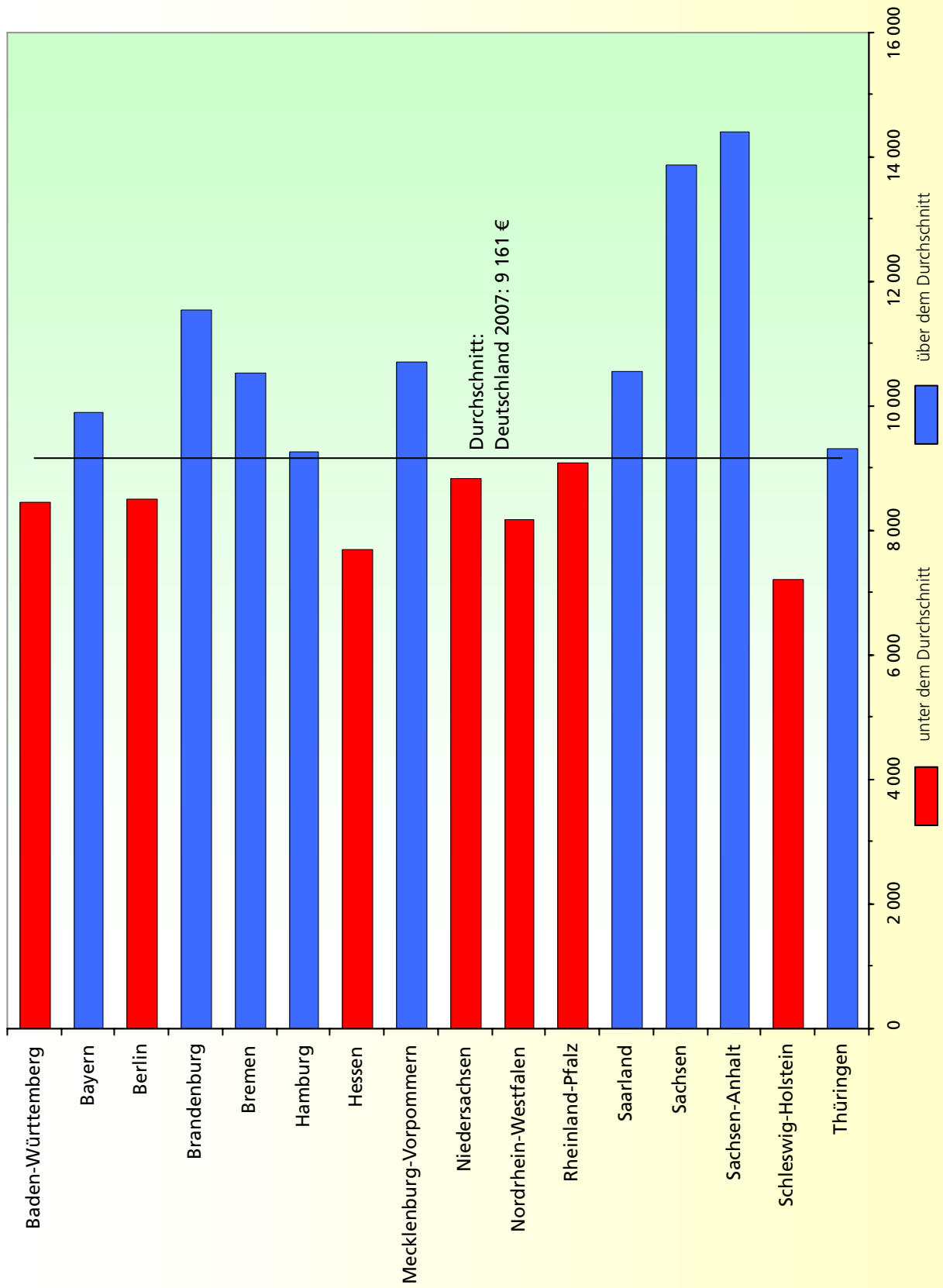
Im Jahr 2008 meldeten niedersächsische Unternehmen und Personen mit 3 351 Neuerungen + 23,4 % mehr Patente an als im Vorjahr (Tab. 52). Damit setzte sich der positive Trend des Jahres 2007 auch 2008 fort. Im Jahr 2008 wurden bundesweit 49 240 Ideen zum Patent angemeldet, dies entspricht einer Zunahme von + 2,9% gegenüber dem Vorjahr. Als Indikator für die Innovationskraft eines Landes ist diese Zahl von besonderer Bedeutung, und der hohe Zuwachs in Niedersachsen ist daher sehr positiv einzuschätzen. Nach den traditionell innovationsstarken Ländern Baden-Württemberg und Bayern folgt Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen auf dem vierten Rang in Bezug auf die Menge der angemeldeten Patente. Niedersachsen hatte einen Anteil von 6,8 % am Bundesergebnis.

Als Indikator für die Intensität der Patentanmeldungen und damit der Innovationskraft der Länder werden die Anmeldungen je 10 000 Einwohner herangezogen. Diese lagen im Jahr 2008 in Niedersachsen bei 42, im innovationsstärksten Bundesland Baden-Württemberg mit 140 mehr als dreimal so hoch. Auf Bundesebene wurden durchschnittlich je 10 000 Einwohner 60 Patente angemeldet.

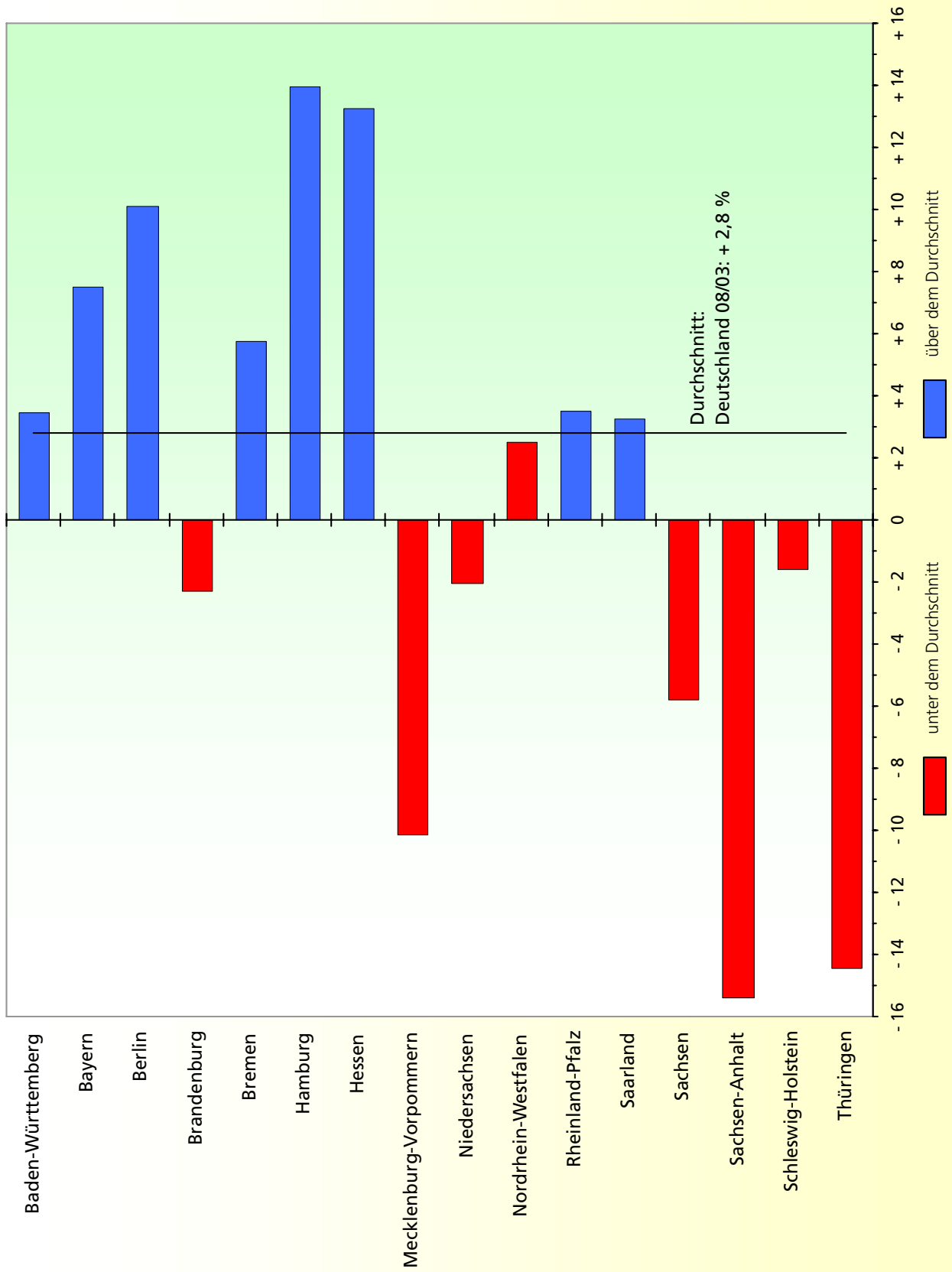
Anzahl der Internet-Domains steigt um + 10,6 % – unterdurchschnittlicher Domain-Besatz in Niedersachsen

Internet-Domains sind für die Identifikation von Internetseiten notwendig und können sowohl von Unternehmen als auch von Privatpersonen beantragt werden. Sie ermöglichen eine eindeutige und einmalige Kennung für den jeweiligen Besitzer zur Präsenz im Internet. Die zentrale Registrierungsstelle DENIC registriert und verwaltet die Domains in Deutschland. Die in Tabelle 53 hinterlegten Daten basieren auf Angaben von DENIC über „de-domains“, also solche mit der Länderkennung für Deutschland. Für andere Arten von Domains – z.B. .org, .com und .edu – liegen keine regionalisierten Angaben vor.

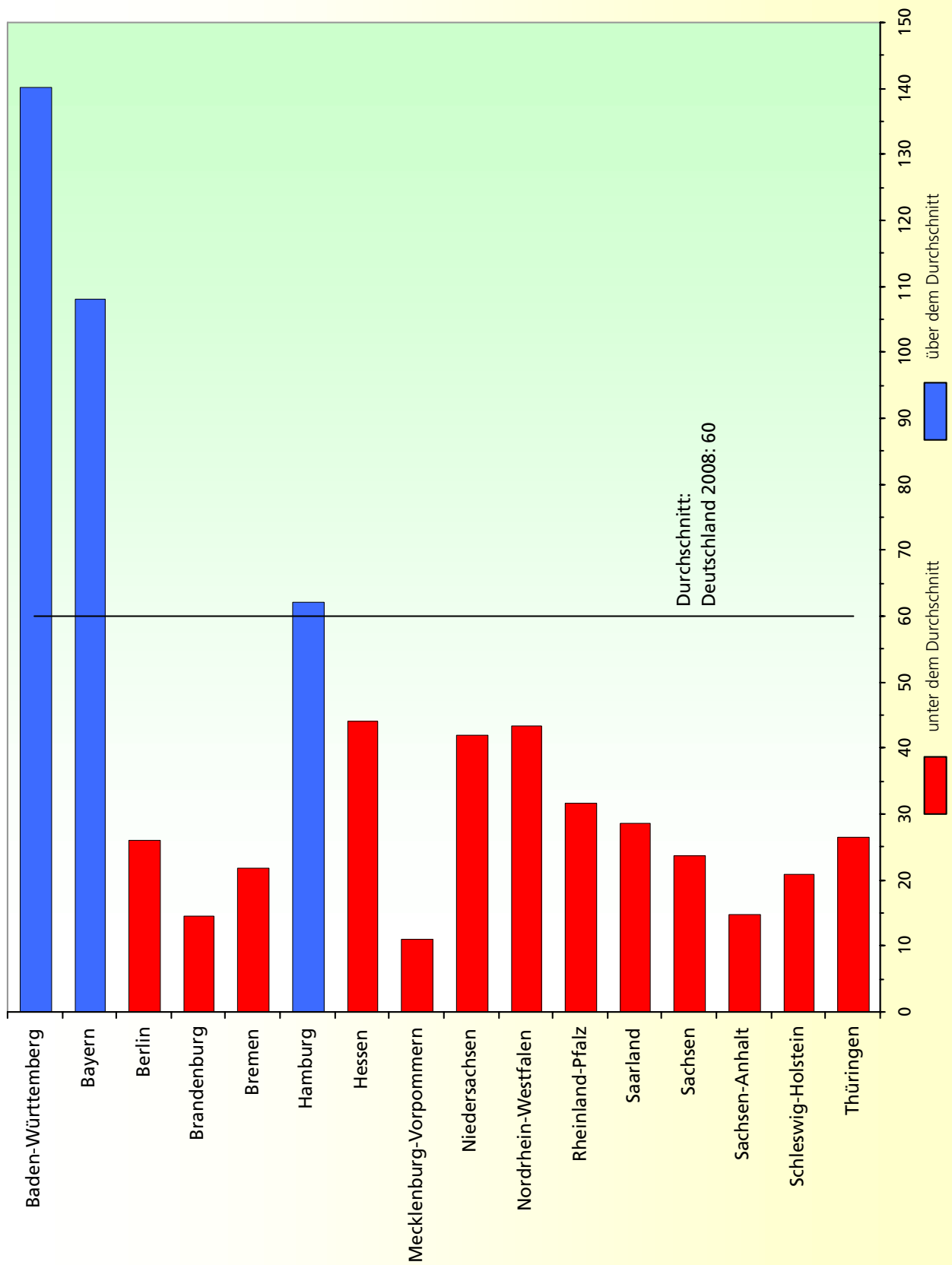
Investitionen in Euro je Beschäftigten 2007
 - Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 2003 bis 2008



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2008



Die Anzahl der Internet-Domains wird als Indikator für die Innovationskraft eines Landes angesehen. Insgesamt zeigt sich in allen Bundesländern sowohl im kurz- als auch im mittelfristigen Vergleich eine stetige Zunahme. In Niedersachsen waren 2008 911 931 Internet-Domains registriert. Im Vergleich zu 2007 entsprach dies einer Zunahme um + 10,6 %. Niedersachsen lag damit leicht unter der nationalen Zuwachsrate von + 11,1 % und hatte einen Anteil an allen in Deutschland registrierten Domains von 8,1 %. Die Länder mit den höchsten Anteilen waren im Jahr 2008 Nordrhein-Westfalen (23,2 %), Bayern (18,1 %) und Baden-Württemberg (12,8 %). Die geringsten Anteile hatten Bremen (0,8 %), das Saarland (1,0 %) und Mecklenburg-Vorpommern (1,1 %). Im Vergleich zum Jahr 2006 nahm die Anzahl der Domains in

Niedersachsen um + 14,4 % zu. Auf Bundesebene waren es + 18,0 %.

Um die Durchdringung der Gesellschaft mit Domains zu erfassen, lässt sich die Zahl der Domains je 1 000 Einwohner heranziehen. In Niedersachsen waren im Jahr 2008 je 1 000 Einwohner 114,4 Domains registriert. Im Vergleich dazu lag der Bundesdurchschnitt bei 137,2 Domains. Deutlich über dem nationalen Durchschnitt lagen Hamburg (269,0 Domains), Berlin (196,8) und Bayern (162,5). Die wenigsten Domain-Registrierungen je 1 000 Einwohner waren in Sachsen-Anhalt (60,1), Mecklenburg-Vorpommern (75,1) und Thüringen (78,3) zu verzeichnen. Zwischen West- und Ostdeutschland zeigten sich deutliche Unterschiede. Während in Westdeutschland 145,6 Domains je 1 000 Einwohner registriert waren, lag die Zahl in Ostdeutschland bei 103,6.

Wissenschaft

Aufgrund der steigenden Bedeutung des Themas wurde ein neues Kapitel „Wissenschaft“ aufgenommen, das anhand von sechs Tabellen versucht, einige aussagefähige Eckdaten im Bund-Ländervergleich zu erschließen. Der Themenbereich „Kultur“ ist leider überhaupt noch nicht vertreten. Wir haben vor, das Thema „Wissenschaft und Forschung“ und auch das Thema „Kultur“ in späteren Ausgaben des *Monitors* weiter auszubauen; dabei wird es unter anderem um die Prüfung gehen, ob spezielle Auswertungen der Finanzstatistik (Jahresrechnungsstatistik) in der Lage sein werden, im Zeit- und Regionalvergleich völlig vergleichbare Daten zumindest über den Mitteleinsatz in diesem Bereich zu liefern.

Studienanfängerquote von 30 %

2007 nahmen 26 689 Studentinnen und Studenten in Niedersachsen ein Studium auf (Tab. 54). Das waren 7,4 % der bundesweit insgesamt 361 360 Erstsemester. Zum Vergleich: Der Anteil der Schulentlassenen mit allgemeiner Hochschulzugangsberechtigung (Tab. 61) in Niedersachsen an den Hochschulzugangsberechtigten bundesweit betrug im Jahr 2007 9,1 %, der Anteil der Hochschulabsolventen (Tab. 56) in Niedersachsen 8,5 % und der Anteil der akademisch ausgebildeten SV-Beschäftigten in Niedersachsen (Tab. 62) 6,9 % bezogen auf das Bundesgebiet.

Verglichen mit dem Vorjahr nahm die Zahl der Erstsemester in Niedersachsen um + 8,8 % zu, bundesweit betrug der Zuwachs + 4,8 %. Im Jahr 2008 ist die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen erneut angestiegen. Sie liegt nach Angaben des Wissenschaftsministeriums nun bei 27 989.

Die Studienanfängerquote lag in Niedersachsen 2007 bei 29,9 %. Sie wurde analog der Abiturienten- und Schulabrecherquote berechnet, indem man die jeweilige Zahl auf den Durchschnitt der entsprechenden Altersjahre bezog. Bei der Studienanfängerquote wurde der Durchschnitt der 19- bis unter 25-Jährigen gewählt; die Altersgruppe umfasst sechs Jahre und ist damit relativ groß. Das muss so sein, weil ein Studium sich nicht immer direkt an die Schule anschließt; oft liegen Wehr- und Ersatzdienst oder eine Ausbildung dazwischen.

Diese Art der Berechnung der Studienanfängerquote unterscheidet sich von dem im internationalen Vergleich oft angewandten „Quotensummenverfahren“. Dieses berechnet für jedes Altersjahr einzeln die Studienanfänger (oder auch Absolventen) und bezieht diese auf die Bevölkerung des jeweiligen Altersjahres. Alle diese so gewonnenen Quoten, z.B. für die 25-Jährigen, aber auch genauso für die

70-Jährigen, werden addiert; das Verfahren funktioniert insoweit so ähnlich wie das, das bei der zusammengefassten Fruchtbarkeitsziffer verwendet wird. Wir haben uns gegen dieses Verfahren entschieden, weil zum einen nicht alle dafür benötigten Daten veröffentlicht sind und weil es u. E. nicht sichergestellt ist, dass – zumal bei kleineren Ländern – die so ermittelte Quote immer kleiner als oder gleich 100 % ist.

Die Studienanfängerquote Niedersachsen von knapp 30 % lag im Ländervergleich relativ niedrig. Das liegt u.a. an der zentralörtlichen Funktion der Stadtstaaten Berlin (50,9 %), Hamburg (59,4 %) und Bremen (64,9 %), die auch für zahlreiche niedersächsische Einwohner Studienplätze bereitstellen. Ähnlich niedrige Werte wie Niedersachsen weisen Brandenburg (26,6 %), Sachsen-Anhalt (29,6 %) und Schleswig-Holstein (28,4 %) auf, also auch alle Länder im norddeutschen Raum, die mit den Stadtstaaten funktional eng verflochten sind. Bundesweit lag die Studienanfängerquote bei 37,1 %.

Zahl der Studierenden auf 137 765 im Wintersemester 2007/2008 gesunken

Im Wintersemester (WS) 2007/2008 studierten insgesamt 137 765 Menschen an Niedersachsens Hochschulen (Tab. 55). Das waren - 5,8 % weniger als im Vorjahr und sogar - 10,9 % weniger als im WS 2002/2003. Auch in Deutschland verringerte sich die Zahl der Studentinnen und Studenten von 2006 auf 2007, und zwar um - 1,9 %. Mittelfristig blieb die Zahl deutschlandweit mit + 0,1 % stabil. Die Entwicklungsrichtung unterscheidet sich dabei deutlich zwischen Ost und West. In Ostdeutschland nahm die Zahl der Studentinnen und Studenten zu, in Westdeutschland ging sie zurück. Den größten mittelfristigen Zuwachs gab es mit + 22,3 % in Mecklenburg-Vorpommern, die größten Abnahmeraten gab es mit - 10,9 % in Niedersachsen und mit - 10,4 % in Nordrhein-Westfalen. Bei der Interpretation der Zahl der Studierenden ist zu berücksichtigen, dass die eigentliche Zielgröße des Hochschulsystems die Zahl der Akademiker ist. Ceteris paribus bewirkt eine Verringerung der Zahl der Studienzeiten auch immer eine Verringerung der Zahl der Studierenden.

Ein wichtiger Indikator für die Attraktivität des Hochschulwesens ist der Anteil der so genannten „Bildungsausländer“. Bildungsausländer sind diejenigen Studentinnen und Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben. Dieser Anteil lag im WS 2007/2008 in Niedersachsen bei 9,0 % und damit deutlich höher als 2002 mit seinerzeit 7,9 %. Der Anteil der Bildungsausländer war noch 2002 in Niedersachsen im Bundesvergleich relativ niedrig; 2007 aber war die Quote des Lan-

des von 9,0 nahezu identisch mit der Bundesquote von 9,1 %. Der Anteil der Bildungsausländer lag 2007 mit jeweils 13,9 % am höchsten in Bremen und im Saarland. Die niedrigsten Werte wiesen Mecklenburg-Vorpommern (5,5 %) und Thüringen (6,0 %) auf.

Zahl der Hochschulabsolventen steigt mittelfristig um 37 % – Frauenanteil 55 %

Die Zahl der Absolventen, die ein Erststudium an Niedersachsens Hochschulen erfolgreich beendet haben (Tab. 56), lag 2007 bei 20 473 Personen. Damit stieg die Absolventenzahl im mittelfristigen Vergleich zu 2002 um + 37,0 % und im Vorjahresvergleich um + 5,8 %. Dieser starke Zuwachs der Absolventenzahlen liegt im bundesweiten Trend. In Deutschland insgesamt betrug der Anstieg mittelfristig + 39,0 % und kurzfristig + 8,6 %. Im Fünfjahresvergleich stieg die Absolventenzahl in allen Ländern kräftig; der Wachstumskorridor bewegte sich zwischen + 17,1 % im Saarland und + 77,0 % in Brandenburg.

Mehr als die Hälfte der niedersächsischen Absolventen waren Frauen: Von 2002 bis 2007 stieg der Frauenanteil von 48,7 auf 55,1 %. Er lag damit deutlich höher als die bundesweiten 51,8 %. Der Frauenanteil war 2007 mit 55,8 % in Sachsen-Anhalt am höchsten; am niedrigsten lag er mit 45,3 % im Saarland.

Frauenanteil bei Promotionen und Habilitationen stark steigend, aber noch deutlich unter 50 %

Die Tabellen 57 und 58 informieren über Promotionen und Habilitationen. Die Promotion ist die Verleihung des akademischen Grades „Doktor“. Die Habilitation setzt die Promotion voraus. Mittels der Habilitation wird in einem akademischen Prüfungsverfahren die Lehrbefähigung für ein wissenschaftliches Fach festgestellt. Im Jahr 2007 gab es in Niedersachsen 1 755 Promotionen (Tab. 57) und 150 Habilitationen (Tab. 58). Im Vergleich zu 2002 ging die Zahl der Promotionen in Niedersachsen um - 14,3 % zurück, während die der Habilitationen im gleichen Zeitraum um + 7,9 % stieg. In Deutschland insgesamt war die Entwicklung genau andersherum: Es gab eine mittelfristige Zunahme von + 3,5 % bei den Promotionen und zugleich

eine Abnahme um - 14,5 % bei den Habilitationen. Vor allem in einigen ostdeutschen Ländern – Brandenburg: + 66,5 %, aber auch Sachsen (+ 29,7 %) und Sachsen-Anhalt (+ 19,1 %) – gab es bei den Promotionen hohe Zuwachsraten.

Der Frauenanteil in Niedersachsen erhöhte sich innerhalb von fünf Jahren bei den Promotionen von 37,6 auf 43,7 % und bei den Habilitationen von 21,6 auf 32,0 %. Diese kräftigen Zuwachsraten zeigen, dass Niedersachsens Frauen auch in diesem Bereich auf die 50 %-Marke zusteuern. Interessant ist, dass ein gewisses Hierarchiegefälle, das aber auch mit dem Alter der Absolventen zu tun haben kann, immer noch vorhanden ist: Die Frauenquote lag 2007 bei den Hochschulabsolventen bei 55,1 %, bei den Promotionen bei 43,7 % und bei den Habilitationen bei 32,0 %. Je höher der akademische Grad, desto niedriger die Frauenquote. Im Bundesvergleich lag die Frauenquote des Landes bei den Promotionen leicht, bei den Habilitationen deutlich über dem Bundesdurchschnitt; der Abstand betrug 1,5 bzw. 7,7 Prozentpunkte.

Zahl der Professoren bleibt konstant

2007 waren an Niedersachsens Hochschulen 3 167 Professoren tätig (Tab 59). Deren Zahl hat sich bundesweit und auch in Niedersachsen nicht stark verändert: Sie lag im Lande - 0,9 % niedriger als 2003 und + 1,9 % höher als 2007. Im Ländervergleich stehen im mittelfristigen Vergleich zum Teil starke Zunahmen (+ 10,8 in Brandenburg, + 9,1 % in Berlin) – recht kräftigen Abnahmen gegenüber, so z.B. in Hamburg mit - 11,3 % und Sachsen-Anhalt mit - 8,1 %. Jeder Professor hatte 2007 rein rechnerisch in Niedersachsen 43,5 Studentinnen und Studenten zu betreuen, bundesweit lag diese Betreuungsrelation bei 51,1.

Wenn sich auch die Zahl der Professoren nicht sehr änderte, so gab es doch Bewegung in der Zusammensetzung nach Geschlechtern. Die Zahl der Professorinnen in Niedersachsen stieg nämlich um 22,9 % von 536 (2003) auf 659 (2007). Der Frauenanteil erhöhte sich damit von 16,8 auf 20,8 % und lag damit deutlich über dem Deutschland-Durchschnitt von 16,2 %. Nur in Berlin (23,9 %) lag der Frauenanteil noch höher, am niedrigsten war er in Schleswig-Holstein (11,1 %) und Bayern (12,0 %).

Humanpotenzial

Problematische Datenlage bei den Schulstatistiken – aktuelle bundesweite Vergleichsdaten sind nicht verfügbar

Der *Monitor* enthält wie jedes Jahr zwei Tabellen mit Daten der Schulstatistik, und zwar einerseits eine Tabelle über die Zahl und Quote der Schulabbrecher (Tab. 65), andererseits über die Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung und die Abiturientenquote (Tab. 66). Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist für die bundesweite Zusammenstellung vergleichbarer Daten der Schulstatistik verantwortlich; die entsprechende Fachveröffentlichung der KMK, die Daten für das Berichtsjahr 2007 enthält, erschien erst im März 2009. Die Veröffentlichung der KMK mit Daten für das Berichtsjahr 2008 soll erst im Frühjahr 2010 erscheinen. Die Schulstatistik ist bundesweit ein schwieriges Terrain, weil es in diesem Fachgebiet auf Grund der Kulturhoheit der Länder kein Bundesgesetz geben kann, das verbindlich und einheitlich bestimmte Erhebungen und Erhebungsmerkmale anordnet. Sowieso ist die Schullandschaft nach Bundesländern äußerst unterschiedlich. Die Koordinierung der Ergebnisse von 16 länderspezifischen Schulstatistiken mit ihren jeweiligen Besonderheiten und die Erstellung eines Ergebnisses für Deutschland ist – obwohl es natürlich Absprachen bezüglich der Erhebungen gibt – offenbar äußerst schwierig.

In der Vergangenheit hat der LSKN versucht, durch Anforderung von Vorab-Tabellen und durch Nutzung von Datenbeständen des Statistischen Bundesamtes trotz dieser Verhältnisse möglichst aktuelle Daten zu liefern. Dieses Verfahren hat sich aber als fehleranfällig herausgestellt, u.a. weil es nachträgliche Korrekturen an den Daten gab. Der *Monitor* kann daher die Tab. 60 und 61 nicht aktualisieren; Ergebnisse für das Land Niedersachsen liegen natürlich vor. Diese werden im analysierenden Text verarbeitet.

2008 nur noch 6 780 Schulabbrecher in Niedersachsen – Quote sinkt auf 7,4 %

Die Zahl der Jugendlichen, die ohne mindestens einen Hauptschulabschluss die allgemein bildenden Schulen verlassen (Tab. 60), ist in Niedersachsen im Jahr 2007 auf nur noch 6 931 gesunken. In diesen Zahlen sind auch die entsprechenden Abgänger aus Förder- und Sonderschulen enthalten, also von solchen Schulformen, deren Ziel nicht primär der Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist. Gegenüber dem Vorjahr ging diese Zahl um - 10,6 % zurück, und gegenüber dem Jahr 2002 trat sogar eine Verminderung um - 20,1 % ein. Dies ist ohne jeden Zweifel ein erfreuliches Ergebnis, denn die Schulabbrecher haben natürlich einen denkbar schlechten Start ins Erwerbsleben:

Überall in der Wirtschaft haben sich die Qualifikationsanforderungen erhöht, und ohne zumindest einen Hauptschulabschluss sind die Chancen z.B. auf eine Lehrstelle gering; zugleich erhöht sich das Risiko einer späteren Arbeitslosigkeit erheblich. Auch bundesweit gingen die Zahlen der Schulabbrecher zurück, und zwar kurzfristig um - 7,1 % und mittelfristig um - 17,3 %, also etwas weniger deutlich als in Niedersachsen. In Ostdeutschland gingen die Abbrecherzahlen zumindest absolut deutlich stärker zurück als im Westen.

Um zu ermitteln, welches Ausmaß das Problem der Schulabbrecher hat und wie es sich entwickelt, reichen allerdings die absoluten Zahlen nicht aus. Der Rückgang der absoluten Werte kann ja auch rein demographisch bedingt sein, und zwar dadurch, dass schwächer besetzte Jahrgänge das Schulsystem verließen. Daher wurde für einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich die Zahl der Schulabbrecher in Relation gesetzt zur entsprechenden in etwa gleichaltrigen Bevölkerung, also dem Durchschnitt der 14- bis 15-Jährigen am 1. Januar des Berichtsjahres. Diese im Folgenden „Schulabbrecherquote“ genannte Beziehungszahl lag in Niedersachsen im Jahr 2007 bei 7,5 % und damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, aber um 0,2 Prozentpunkte leicht über dem Schnitt der westdeutschen Länder. Bundesweit gab es eine sehr starke Ost-West-Differenz: Während die Abbrecherquote im Osten bei 13,9 % lag, betrug sie im Westen nur 7,3 %. Die bundesweit besten Werte gab es in Baden-Württemberg mit 6,0 % und Nordrhein-Westfalen sowie Bayern mit jeweils 7,0 %. Die Schulabbrecherquote lag in Niedersachsen im Jahr 2002 bei 9,7 %, 2006 bei 8,2 % und 2007 bei 7,5 %. Sie ging mittelfristig deutlich zurück, und die Entwicklung verlief in Niedersachsen alles in allem besser als im Bundesgebiet insgesamt.

In dieser Tabelle werden übrigens die oben erwähnten Schwächen der Datengrundlage deutlich sichtbar: In der aktuellen Ausgabe der einschlägigen Fachveröffentlichung der KMK gibt es immer noch keine endgültigen Werte für das Land Hessen im Jahr 2007. Die im Jahr 2006 gezählten 5 435 hessischen Schulabbrecher wurden – um einen Anhaltspunkt für die bundesweiten Strukturen und Entwicklungen zu haben – auch für 2007 „imputiert“, also als Ersatz für real vorhandene Zahlen genommen. Die Schulabbrecherquote Hessens stieg – auch wenn keine realen Zahlen für 2007 vorlagen – fiktiv leicht an: Die Zahl der Abbrecher blieb ja gleich, aber die Bezugszahl der 14- bis 15-jährigen Hessen verringerte sich.

Wie verlief am aktuellen Rand die Entwicklung in Niedersachsen? Im Jahr 2008 konnten hier günstige Entwicklungen beobachtet werden. Die Zahl der Schulabbrecher sank auf 6 780, gegenüber 2007 ein Rückgang um - 2,2 %. Die Abbrecherquote sank noch einmal von 7,5 auf 7,4 %.

Abiturientenquote 2008 bei 27,7 %

Bei der Berechnung der Abiturientenquote (Tab. 61) wird ähnlich vorgegangen wie bei der Berechnung der Schulabbrecherquote: Die absolute Zahl der Schulentlassenen aus den allgemein bildenden sowie berufsbildenden Schulen mit Hochschulreife wird bezogen auf die entsprechenden Altersjahrgänge am 1.1. des Berichtsjahres. Die Tabelle 61 übernimmt sowohl die Grundzahlen als auch die Quoten aus der Veröffentlichung der KMK; diese enthält keine nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Angaben.

Bei der Berechnung sind drei Besonderheiten zu berücksichtigen: Erstens muss man bei der Abiturientenquote auch die berufsbildenden Schulen, an denen man z. T. ebenfalls das Abitur erwerben kann, berücksichtigen. Zweitens muss man beachten, dass in vier Ländern (Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen und seit 2007 auch in Sachsen-Anhalt) die Hochschulreife nach 12 Jahren, in den übrigen Ländern (noch) nach 13 Schuljahren erworben wurde. Entsprechend wurde für die Abiturientenquote in den genannten drei Ländern der Durchschnitt der 17- bis 19-jährigen Einwohner verwendet, während in allen anderen Bundesländern die 18- bis 20-Jährigen herangezogen wurden. Drittens gehen in die Zahlen der Kultusministerkonferenz, die hier zugrunde gelegt werden, nicht nur Absolventen des Schulsystems ein, sondern auch die Ergebnisse so genannter „Nichtschülerprüfungen“. Hier handelt es sich um Personen, die sich z.B. an Volkshochschulen im Rahmen des Zweiten Bildungsweges auf die Abiturprüfung vorbereiteten und diese dann vor einem staatlichen Prüfungsausschuss erfolgreich absolvierten.

2007 erlangten in Niedersachsen 27 686 Jugendliche die allgemeine Hochschulreife. Das waren 2 671 Personen mehr als im Vorjahr und sogar 6 118 junge Frauen und Männer mehr als 2002. Die Zahl der Abiturienten stieg damit binnen fünf Jahren in Niedersachsen um + 28,4 % und damit deutlich schneller als im Bundesdurchschnitt von + 19,5 %. Im Ländervergleich ist zu berücksichtigen, dass in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 gleich zwei Jahrgänge auf einmal zum Abitur geführt wurden. So erklärt sich, dass die dortige Abiturientenzahl im Vorjahresvergleich um + 80,3 % und die Abiturientenquote auf stolze 47,7 % anstieg. Für einen Ländervergleich muss man diese Quote in etwa halbieren – sie läge dort also ca. bei 23,9 %. Diese schulpolitische Besonderheit in Sachsen-Anhalt beeinflusst natürlich auch ein wenig das Bundesergebnis. Auch hier ist, wie bei den Daten über Schulabbrecher, leider zu beachten, dass der Veröffentlichung der KMK noch kein endgültiges Ergebnis für das Bundesland Hessen 2007 zu entnehmen war.

Trotz dieser Einschränkungen ist die Abiturientenquote die entscheidende Kennziffer für einen Zeit- und Ländervergleich. Sie lag in Niedersachsen 2007 bei 30,0 % und

damit deutlich höher als 2002 (24,7 %) und 2006 (27,8 %). Obwohl der Vergleich mit Gesamtdeutschland durch die o. g. Besonderheiten in Sachsen-Anhalt beeinträchtigt ist, ergibt sich ein Aufholprozess: Niedersachsens Abiturientenquote lag 2007 nur noch um 1,1 Prozentpunkte unter der Deutschlands von 31,1 %. Fünf Jahre zuvor betrug der Rückstand noch 2,0 Prozentpunkte. Niedersachsen hatte 2007 also seinen früheren Rückstand zu anderen Ländern so gut wie wettgemacht.

Am aktuellen Rand der Entwicklung ist ein Rückgang feststellbar: Im Jahr 2008 erlangten in Niedersachsen 25 877 Frauen und Männer die allgemeine Hochschulreife. Die Abiturientenquote sank damit um 2,3 Prozentpunkte auf 27,7 %.

Immer mehr hochqualifizierte Beschäftigte

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss (Tab. 62) steigt weiterhin kräftig und in jeder Beziehung überdurchschnittlich an. Am 30.6.2008 arbeiteten in Niedersachsen 191 993 dieser hochqualifizierten Beschäftigten. Das entsprach einem Anteil von 7,9 % an allen Beschäftigten, ein voller Prozentpunkt mehr als 2003, als diese Quote noch bei 6,9 % lag. Im Bundesvergleich (Deutschland insgesamt: 10,1 %) ist dies immer noch relativ gering. Das liegt unter anderem daran, dass sich die Arbeitsplätze der Hochqualifizierten in den Stadtstaaten konzentrieren (bundesweiter Höchstwert: Berlin mit 13,9 %) und damit die auch in anderen Bereichen feststellbare Verzerrung auftritt: Viele universitär ausgebildete Niedersachsen haben ihren Arbeitsort in Bremen (11,2 % Anteil) und vor allem Hamburg (12,9 %). Diese für norddeutsche Flächenländer typische Verzerrung schlägt auch bei Schleswig-Holstein mit einer Hochqualifiziertenquote von nur 6,4 % zu Buche.

Bemerkenswert ist die Entwicklung: Die Zahl der Hochqualifizierten stieg im Vergleich zum Vorjahr in Niedersachsen um + 5,1 %. Zum Vergleich: Die Gesamtbeschäftigung (vgl. Tab. 13) wuchs im Lande gleichzeitig um + 2,5 %; bundesweit nahm die Zahl der Hochqualifizierten um + 4,2 % zu. Im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2003 stieg die Zahl der Hochqualifizierten in Niedersachsen sogar um + 17,4 %. Bundesweit gab es ein Plus von + 11,9 %, und nur Hamburg (+ 19,6 %) weist einen höheren Zuwachs auf.

Interessant ist der Ost-West-Vergleich. Schon traditionell haben – u.a. bedingt durch Besonderheiten des DDR-Bildungssystems – die ostdeutschen Länder eine überdurchschnittlich hohe Hochqualifiziertenquote. Bis 2008 hat sich dies erhalten. Ostdeutschland insgesamt wies 2008 eine Hochqualifiziertenquote von 11,3 % im Vergleich zu Westdeutschland von 9,8 % auf. Sie steigt in Ostdeutschland im mittelfristigen Vergleich zu 2003 nur noch langsam um + 2,9 % (Westdeutschland: + 14,6 %).



Umwelt

Das Kapitel „Umwelt“ ist erstmals im *Monitor* enthalten. Mit insgesamt 7 Tabellen werden verschiedene Aspekte des Politikfeldes Umwelt/Umweltschutz im Ländervergleich abgebildet, und zwar die Bereiche Flächenverbrauch, Öko-Landbau, Wasserverbrauch, Abfallaufkommen, erneuerbare Energien und CO₂-Emissionen. Die Datenlage erlaubt nicht in allen Fällen, das übliche Schema des *Monitors* – Zeitreihen im Fünfjahresvergleich – anzuwenden, allein schon darum, weil manche Daten mehrjährige Erhebungen als Quelle haben. Für viele Umweltthemen sind im Übrigen kaum Länderdaten verfügbar: Fließgewässer und Immissionslagen halten sich nun mal nicht an Ländergrenzen, andere Daten – z.B. über Boden- und Grundwasserbelastungen – haben sehr kleinräumige Strukturen und sind ebenfalls für einen Ländervergleich ungeeignet. Kurz: Wir haben unter Nutzung aller verfügbaren Quellen – Umwelt- und Agrarstatistiken, Umweltökonomische Gesamtrechnungen und Energiebilanzen – so gut es geht versucht, eine Auswahl zu treffen, die ein Gesamtbild auf Bundesländerebene ergibt.

Flächenverbrauch von 10 Hektar pro Tag

6 363 km² und damit gut 13 % der Landesfläche wurden in Niedersachsen Ende 2007 als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen (Tab. 63). Die „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ umfasst alle Flächen, die für Verkehrs-, Wohn- und industrielle Zwecke genutzt werden, und zwar + 0,6 % mehr als 2006 und + 4,0 % mehr als 2002. Dieser Zuwachs wird als „Flächenverbrauch“ bezeichnet. Dieser Begriff ist in gewisser Weise irreführend, denn die Fläche wird ja nicht verbraucht, sondern „nur“ einer anderen Nutzungsart zugeführt. Die Bodenfläche ist aber ein Gut, das kaum vermehrbar ist, und sie kann nur einer Nutzungsart dienen. Wenn also Wiesen und Weiden verschwinden zugunsten einer Bebauung oder einer neuen Straße, kann man durchaus von Flächenverbrauch reden. Dieser Flächenverbrauch umfasst in Niedersachsen 10 Hektar pro Tag, bundesweit sind es 96 Hektar pro Tag. Das Tempo des Flächenverbrauchs ist aber zurückgegangen: 2002 waren es im Lande noch 11,8 Hektar pro Tag.

Im Ländervergleich wird sichtbar, dass der Flächenverbrauch überall noch weiter voranschreitet. Besonders aussagekräftig ist der mittelfristige Vergleich von 2007 mit 2002: In Niedersachsen nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche um + 4,0 % zu und damit weniger als im Bundesdurchschnitt von + 4,5 %. In Ostdeutschland (Sachsen-Anhalt: + 13,5 %!) war er deutlich höher als in Westdeutschland. Die geringsten Zuwächse hatte die Bundeshauptstadt Berlin mit + 0,7 %, wobei bemerkenswert ist, dass sogar hier die Siedlungs- und Verkehrsfläche – wenn auch nur langsam – zunimmt.

Bedeutung des Öko-Landbaus steigt – große Wachstumspotenziale

Ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2007 in Niedersachsen über eine Fläche von 74 810 Hektar (Tab. 64). Sie hielten damit einen Anteil von 2,9 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dabei wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der Öko-Betriebe in die Berechnung einbezogen, unabhängig davon, ob diese bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet und noch konventionell bewirtschaftet wird. Dies geht aus den Agrarstrukturerhebungen hervor, die im Zweijahresrhythmus durchgeführt werden. Der Anteil der Öko-Landfläche stieg damit um 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2005 und um 0,7 Prozentpunkte gegenüber 2003.

Im Bundesvergleich ist das eher wenig. In Deutschland insgesamt hält der Öko-Landbau mittlerweile einen Anteil von 5,1 %, Spitzenwerte treten in Brandenburg (10,1 %), Saarland (9,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (8,8 %) auf. Den höchsten Wert hat Berlin mit 11,1 % – da die Bundeshauptstadt als Agrarstandort aber keine Rolle spielt, ist dies eher eine Fußnote. Die niedrigsten Anteilewerte gibt es in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. In Ostdeutschland hat der Öko-Landbau mit 6,7 % ein höheres Gewicht als in Westdeutschland (4,3 %). Für das Agrarland Niedersachsen ergeben sich hier noch große Entwicklungspotenziale, denn die Verbraucher verlangen aus Gesundheits-, Tierschutz- und ökologischen Gründen zunehmend nach ökologisch produzierten Nahrungsmitteln und sind auch bereit, dafür höhere Preise zu bezahlen.

Wasserverbrauch sinkt – Im Westen höherer Verbrauch als in Ostdeutschland

Wasser ist Bedingung allen Lebens und das wichtigste menschliche Nahrungsmittel. Deutschland ist ein Land, das – im Gegensatz zu mediterranen und subtropischen Ländern – keinen Wassermangel hat, sondern gesegnet ist mit reichen natürlichen Vorkommen. Das Trinkwasser der öffentlichen Wasserversorgung in Niedersachsen ist in aller Regel von höchster Qualität und uneingeschränkt verbrauchs- und genussfähig. Wer den Standard gewohnt ist, dass aus dem Hahn erstklassiges Trinkwasser aus dem Harz oder aus der Heide kommt, kann sich nur schwer an stark gechlortes Oberflächenwasser gewöhnen. Trotz unseres Wasserreichtums ist das Wasser ein schützenswertes und schutzbedürftiges Gut; daraus ergibt sich unter anderem, dass mit diesem Gut sparsam umgegangen werden muss.

Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen von den öffentlichen Wasserversorgern 464 Mio. m³ Wasser an Letztverbraucher abgegeben (Tab. 65), das weitaus meiste davon (371 Mio. m³) an Haushalte und Kleingewerbe. Das entspricht einem täglichen Pro-Kopf-Verbrauch von 128 Litern. Dieser Pro-Kopf-Verbrauch Niedersachsens liegt exakt im Schnitt der westdeutschen Länder und leicht über dem Bundeswert von 122 Litern. Die höchsten Pro-Kopf-Werte traten 2007 in Nordrhein-Westfalen (135 Liter), Schleswig-Holstein, Hamburg und Bayern (je 133 Liter) auf. Relativ geringe Werte gibt es in Ostdeutschland, so vor allem in Sachsen mit nur 85 Litern. Gründe hierfür liegen z. B. in der unterschiedlichen Bedeutung des Kleingewerbes und des Tourismus. In den östlichen Bundesländern wurde in den 1990er Jahren kräftig in die Infrastruktur der öffentlichen Wasserversorgung investiert, so dass die Kosten für die Trinkwasserversorgung pro Haushalt im Osten im Schnitt etwa ein Drittel höher sind als im Westen. Ob der geringere Wasserverbrauch in den östlichen Bundesländern Ursache oder Wirkung des höheren Wasserpreises ist, kann nur spekuliert werden.

In allen Bundesländern bis auf Thüringen ging der Pro-Kopf-Verbrauch zurück, wobei die Vergleichsdaten sich aufgrund des dreijährigen Erhebungsrhythmus der Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung auf die Jahre 2004 und 2001 beziehen. Im langfristigen Vergleich 2007 zu 2001 fiel in Niedersachsen der Pro-Kopf-Verbrauch um - 2,1 %, bundesweit waren es sogar - 4,3 %. Besonders starke Rückgänge gab es in Schleswig-Holstein sowie den drei Stadtstaaten.

Hohes Abfallaufkommen in Niedersachsen liegt in erster Linie am Sammelfleiß der Bevölkerung

Das Aufkommen an Haushaltsabfällen (Tab. 66) belief sich 2007 in Niedersachsen auf 4,033 Mio. Tonnen. Jeder Niedersachse produziert im Schnitt 506 Kilogramm (kg). Im Vergleich zu den Jahren 2003 und 2006 bedeutet dies Zuwächse um kurzfristig + 1,4 % und mittelfristig um + 2,4 %. Als Haushaltsabfall werden hier nicht nur die in Restabfalltonnen entsorgten Abfälle und ähnliches gezählt, sondern auch die getrennt gesammelten Abfälle zur Verwertung wie z.B. Glas, Papier und Verpackungen („gelber Sack“) sowie Bioabfall.

Das Pro-Kopf-Aufkommen in Niedersachsen von 506 Kilogramm Haushaltsabfällen ist bundesweit eines der höchsten. Das Saarland liegt gleich auf, Rheinland-Pfalz liegt nur geringfügig darunter. Dies ist nahezu ausschließlich auf die hohe Sammelleistung der Niedersachsen bei den organischen Abfällen zurückzuführen – in keinem Bundesland wird mehr Bioabfall getrennt gesammelt: im Schnitt 152 kg pro Einwohner. Auch bei der Sammlung von Wertstoffen wie Glas, Papier und Leichtverpackungen liegt Niedersachsen mit 155 kg je Einwohner über dem bundesweiten Durchschnitt von 146 kg.

Im Vergleich zu 2003 ging in 9 Ländern das Abfallaufkommen zurück, und bundesweit wuchs es in demselben Zeitraum um + 0,5 %. Ähnlich wie beim Wasserverbrauch gibt es auch bei der Masse der Haushaltsabfälle ein klares West-Ost-Gefälle, das im Verlauf der Jahre sogar noch anstieg: Während im Schnitt der ostdeutschen Länder pro Einwohner 396 Kilogramm anfielen, waren es im Schnitt der 10 westdeutschen Länder 469 Kilogramm. Dies ist teilweise auf die regional unterschiedliche Einstufung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen zurückzuführen. Der größte Effekt kommt aber auch hier durch das unterschiedliche Sammelverhalten beim Bioabfall zustande: Im Osten werden lediglich 53 kg getrennt gesammelt, im Westen sind es im Schnitt 120 kg.

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch steigt

Die Landesregierung strebt an, den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch deutlich zu erhöhen. Fossile Brennstoffe (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl und Erdgas) sind nur begrenzt verfügbar, sie müssen überwiegend aus dem Ausland importiert werden, und ihre Verfeuerung trägt zum Klimawandel bei; die Atomenergie ist – u.a. aufgrund der ungelösten Entsorgungsfrage – sehr umstritten. Bei erneuerbaren Energieträgern (Solarenergie, Wasser, Wind und Biomasse) ist der CO₂-Ausstoß gering bzw. maximal so hoch wie der ursprüngliche „Input“. Ihre Nutzung gibt der Landwirtschaft neue Impulse, und die Herstellung von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen ist ein expandierender Wirtschaftszweig. Die Tabellen 67 bis 69 zeigen auf Basis von Ergebnissen der Energiebilanzen verschiedene Indikatoren zum Thema „erneuerbare Energien“ und CO₂-Ausstoß. Die Berechnung der Energiebilanzen ist äußerst aufwendig; daher beziehen sich die aktuellsten Daten auf 2006, und auch diese sind nicht vollständig.

Die Tabelle 67 zeigt die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch. Primärenergie bedeutet den ursprünglichen Einsatz von Energieträgern. Aufgrund von Leitungs- und Umwandlungsverlusten – man denke an die Kühltürme der Kraftwerke – ist dieser Einsatz immer höher als der Endenergieverbrauch. Der Verbrauch erneuerbarer Energien hat in Niedersachsen stark zugenommen. Im Jahr 2000 lag er erst bei 7 038 Millionen Kilowattstunden (kWh), 2006 schon bei 31 900. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch stieg von 1,7 % (2000) über 5,0 % (2004) auf 7,9 % (2006). Dieser Anteil liegt im Bundesvergleich (Deutschland: 5,9 %) sehr hoch. Im Vergleich 2006 zu 2000 stieg der Anteil in Niedersachsen um + 6,1 Prozentpunkte, bundesweit waren es + 3,7 Punkte. Zu diesem hohen Anteil haben die günstigen Standortfaktoren Niedersachsens für Windenergie und Energie aus Biomasse beigetragen.

Stromproduktion: 16 % Anteil erneuerbarer Energie

Die Tabelle 68 zeigt für die Jahre 2004 bis 2006 – die Zeitreihen bauen sich hier erst langsam auf, aktuellere und ältere Daten sind nicht verfügbar – die Entwicklung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Im Unterschied zu Tabelle 67 geht es also nicht um den Verbrauch, sondern um die Erzeugung, in diesem Fall speziell von Elektrizität.

Im Jahr 2006 wurden im Stromexportland Niedersachsen fast 11 Mrd. Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Das entspricht insgesamt einem Anteil von 15,9 % an der gesamten Stromerzeugung des Landes. Mehr als zwei Drittel (72 %) davon stammt aus der Windkraft. Der Anteilswert von 15,9 % liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von 11,3 % und auch deutlich höher als noch 2004, als er erst bei 12,6 % lag. Nur Bayern produziert mehr Strom aus erneuerbaren Energien als Niedersachsen; gut 15 % des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern stammen aus Niedersachsen.

Energiebedingte CO₂-Emissionen gehen mittelfristig zurück

Die Tabelle 69 stellt dar, welche energiebedingten CO₂-Emissionen durch Primärenergieverbrauch entstehen; die-

se Daten sind also nicht produktions-, sondern verbrauchsbezogen. Aktuellste Werte gibt es für 2006. Datenbasis sind die Energiebilanzen; da eine solche bisher für Niedersachsen nur alle 2 Jahre produziert wurde – ab Berichtsjahr 2007 wird es diese jährlich geben – können für das Land nur Informationen über „gerade Jahre“ geliefert werden. Bei den Energiebilanzen, die sehr aufwendig berechnet werden, ist das Deutschland-Ergebnis nicht völlig mit der Summe der Länderwerte identisch – in das nationale Ergebnis gehen Daten ein, die auf Länderebene nicht zur Verfügung stehen.

Die Gesamtmenge der energiebedingten CO₂-Emissionen belief sich 2006 in Niedersachsen auf gut 70 Mio. Tonnen. Das waren 8,8 % der Gesamtmenge Deutschlands. Gegenüber dem Jahr 2000 gingen die Emissionen Niedersachsens um - 5,7 % zurück, bundesweit waren es nur - 0,1 %. Die Emissionen entstanden vor allem in der Energiewirtschaft (Anteil von 32 %), gefolgt von den Haushalten sowie Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (26 %), dem Verkehrssektor (23 %) und dem Verarbeitenden Gewerbe (18 %). Die Energiewirtschaft verursacht zwar auch in Niedersachsen den höchsten Prozentanteil, dieser ist aber im Bundesvergleich (Deutschland: 46 %) niedrig.

Soziale Probleme, Sicherheit

Das Themengebiet der sozialen und öffentlichen Sicherheit wird mit 9 Tabellen statistisch abgebildet. Diese Tabellen folgen in etwa dem Lebenszyklus der Menschen und den problematischen Lebenslagen, die diesen begleiten: Sie beginnen mit Schwangerschaftsabbrüchen, Alleinerziehenden und vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Es folgen Daten über Bezieher von Mindestsicherungsleistungen und ALG II sowie Verbraucherinsolvenzen. Es schließt sich eine Tabelle über Pflegebedürftige an. Daten über die öffentliche Sicherheit – Straftaten und Verkehrsunfälle – schließen das Kapitel. Die Tabellen über Mindestsicherungsleistungen und Pflegebedürftige sind neu.

Abermals weniger Abtreibungen

Im Jahr 2008 ließen 9 734 niedersächsische Frauen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen (Tab. 70); das bedeutet gegenüber 2007 eine Abnahme um - 2,6 %. Bundesweit ging die Zahl der Abtreibungen um - 2,2 % zurück. Da nahezu alle Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung vorgenommen werden und medizinische oder kriminologische Indikationen äußerst selten sind, kann man davon ausgehen, dass diese Abbrüche Ausdruck einer problematischen Lebenslage oder Notlage sind.

Nun könnte dieser Rückgang auch etwas mit der allgemeinen Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zu tun haben. Um diesen Einfluss zu eliminieren und die Zahlen auf der Zeit- und Regionalachse wirklich vergleichbar zu machen, wurde die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zur Zahl der Lebendgeborenen in Beziehung gesetzt. In Niedersachsen kamen 2008 auf je 1 000 Lebensgeborene 150 Abbrüche (Vorjahr: 153). Diese Zahl liegt in etwa im Durchschnitt der westdeutschen Länder (151), aber deutlich unter dem Deutschland-Wert von 167. Hier wird ein deutliches Ost-West- und Stadt-Land-Gefälle sichtbar: im Durchschnitt der sechs ostdeutschen Länder lag diese Beziehungszahl bei 233. In Berlin lag sie bei 302, und auch die anderen beiden Stadtstaaten weisen überdurchschnittliche Werte auf.

Zahl der Alleinerziehenden nimmt überdurchschnittlich zu

Die Zahl der Alleinerziehenden (Tab. 71) belief sich in Niedersachsen 2008 auf 246 000. Das bedeutet gegenüber 2007 eine Zunahme von + 3,4 % und gegenüber 2005 sogar eine Zunahme um + 9,8 %. Das Jahr 2005 wird darum als Referenzjahr für den mittelfristigen Vergleich gewählt, weil es keine älteren vergleichbaren Daten gibt. Datenquelle für die Alleinerziehenden ist die große Bevöl-

kerungsstichprobe Mikrozensus, und diese hat im Jahr 2005 eine auch methodisch-begriffliche tiefgehende Umgestaltung erfahren. Im Sinne des Mikrozensus sind Alleinerziehende solche Frauen und Männer, die ohne festen Lebenspartner Kinder betreuen. Der Familienstand, ob verheiratet oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Es ist evident, dass es für Alleinerziehende aufgrund des fehlenden Partners erheblich schwieriger ist als für Menschen in festen Partnerschaften, Kinderbetreuung und -erziehung, Beruf und alltägliche Lebensführung miteinander zu vereinbaren. Sie haben in vielen Fällen recht prekäre Lebensbedingungen und – mitsamt ihrer Kinder – auch ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.

Die Zahl der Alleinerziehenden steigt in Niedersachsen erheblich schneller als im Bundesdurchschnitt. Im Vorjahresvergleich betrug die Zuwachsrate in Niedersachsen + 3,4 %, bundesweit waren es + 1,6 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 2005 steht der niedersächsischen Zuwachsrate von + 9,8 % ein bundesweit vergleichsweise moderater Anstieg von + 3,8 % gegenüber. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2005 in Niedersachsen nur 28 Alleinerziehende auf 1 000 Einwohner; das waren deutlich weniger als die 31 je 1 000 bundesweit. Durch die stärkere Zunahme im Lande liegen 2008 die Werte für Deutschland (32) und Niedersachsen (31) eng beieinander. Im Ländervergleich sind zwei Strukturen beobachtbar: Der Anteil der Alleinerziehenden liegt in den drei Stadtstaaten deutlich höher als in den Flächenländern, und er liegt in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland, wobei sich dieser Strukturunterschied aber vor allem in den ostdeutschen Flächenländern im Laufe der Jahre immer mehr abschwächt.

Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche steigt abermals stark an

Im Jahr 2008 haben die Jugendämter in Niedersachsen 2 933 „vorläufige Schutzmaßnahmen“ für Kinder und Jugendliche angeordnet (Tab. 72). Das bedeutet im Zeitvergleich eine deutliche Zunahme um ca. ein Drittel: Gegenüber 2007 nahm die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen um + 31,2 %, gegenüber 2003 sogar um + 36,4 % zu. Auch bundesweit gab es deutliche Zunahmen von + 14,4 % im Vorjahres- und + 17,8 % im Fünfjahresvergleich, aber diese Raten sind doch deutlich niedriger als die in Niedersachsen.

Vorläufige Schutzmaßnahmen können ergriffen werden, wenn Gefahren für Kinder und Jugendliche erkannt werden oder diese selbst darum bitten. Die Maßnahmen erfolgen nach § 42 Abs. 1 SGB VIII meist in Form einer Inobhutnahme – eine solche kann z. B. ergriffen werden,

wenn Minderjährige nachts ohne Begleitung in Rotlichtvierteln angetroffen werden –, seltener in Form einer Herausnahme, z.B. aus einer gefährdenden familiären Situation. Derartige gravierende Maßnahmen werden nur getroffen, wenn es schwerwiegende Gefahren für das seelische oder leibliche Wohl der Kinder gibt. Solche Gefahren können bestehen in sexuellem Missbrauch, Misshandlungen oder auch völliger Vernachlässigung und unzureichender Betreuung durch überforderte Eltern. „Vorläufige Schutzmaßnahmen“ sind also Ausdruck schwerer akuter Probleme.

Man kann an der Zunahme dieser Maßnahmen erkennen, dass solche Problemlagen häufiger geworden sind. Der sehr starke Zuwachs um ca. ein Drittel geht aber mit hoher Sicherheit auch darauf zurück, dass die verantwortlichen Stellen zu recht genauer hinsehen und seltener wegsehen. Es gab in vergangenen Jahren bundesweit einige spektakuläre Fälle von Kindesmisshandlung und -verwahrlosung, bei denen nicht nur die Eltern, sondern auch die Jugendämter, Schulen und andere verantwortliche Stellen in die Kritik geraten sind.

Im Ost-West-Vergleich wird deutlich, dass die Zahl der „vorläufigen Schutzmaßnahmen“ im Westen steigt, im Osten aber sinkt. Dies geht zum geringeren Teil darauf zurück, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Ostdeutschland abnimmt. Die Beziehungszahl „Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche“ eliminiert solche Einflüsse. Diese Beziehungszahl lag 2008 in Ostdeutschland mit 36 weiterhin deutlich höher als in Westdeutschland (21) und im Bundesdurchschnitt (24). In Niedersachsen kamen auf 10 000 Kinder und Jugendliche 20 Schutzmaßnahmen – diese Zahl bedeutet zwar eine deutliche Zunahme gegenüber 2007 (15), sie ist im Bundesländervergleich aber immer noch unterdurchschnittlich.

Jeder zehnte Einwohner bezieht Mindestsicherungsleistungen

Die Tabelle 73 mit Daten der sozialen Mindestsicherung ist neu. Sie bildet erstmals umfassend die „bekämpfte Armut“ ab, also die Zahl der Menschen, die staatliche Unterstützungsleistungen erhalten, um ihnen ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe zu gewährleisten. Entsprechende Daten liegen erst ab dem Berichtsjahr 2006 vor: 2005 trat die umfassende Sozialreform der Hartz IV-Gesetzgebung in Kraft, die vor allem die Zusammenlegung von Sozialhilfeleistungen für Erwerbsfähige und der früheren Arbeitslosenhilfe bezweckte. Für das erste Jahr 2005 gibt es praktisch keine verwertbaren und belastbaren Daten. Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung gehören

- Arbeitslosengeld II / Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II),

- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII),
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII),
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- Laufende Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die weitaus bedeutendste Hilfeart stellen die Leistungen nach dem SGB II dar; Ende 2006 waren in Niedersachsen 708 113 Personen Bezieher derartiger Leistungen. Demgegenüber gab es im Lande 2006 nur noch 4 859 Empfänger von laufenden Leistungen der Kriegsofopferfürsorge; bis 2008 sank diese Zahl noch einmal auf nur noch 4 187. Entsprechende Daten werden nur alle 2 Jahre erhoben, so dass das in der Tabelle 78 dargestellte Gesamtbild der sozialen Mindestsicherung 2007 bezüglich der Kriegsofopferfürsorge auf die Daten von 2006 zurückgreift.

Ende des Jahres 2007 bezogen 796 821 Niedersachsen Leistungen der sozialen Mindestsicherung (Tab. 73). Das waren 24 356 Personen bzw. - 3,0 % weniger als 2006. Dieser Rückgang ist vor allem auf sinkende Zahlen von SGB II-Empfängern zurückzuführen. In allen Bundesländern gab es diesen positiv zu bewertenden Rückgang. Am niedrigsten fiel er in Berlin (- 0,1 %), am kräftigsten in Mecklenburg-Vorpommern (- 6,3 %) aus. Niedersachsens Abnahmerate liegt exakt im Bundesdurchschnitt von - 3,0 %.

Am aussagekräftigsten ist die Mindestsicherungsquote, die Zahl der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen bezogen auf die Einwohnerzahl. Diese lag in Niedersachsen Ende 2007 bei knapp 10,0 % und damit etwas höher als im Bundesdurchschnitt von 9,8 %. Jeder Zehnte ist also auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Bei der Mindestsicherungsquote tritt im Ländervergleich die bekannte Südwest-Nordost-Struktur auf: Sehr niedrigen Quoten in Bayern (5,0 %), Baden-Württemberg (5,4 %) und Rheinland-Pfalz (7,2 %) stehen sehr hohe Quoten in Sachsen-Anhalt (16,2 %), Bremen (17,0 %) und vor allem Berlin (20,0 %) gegenüber. Auffällig ist auch, dass in allen Stadtstaaten (Hamburg: 13,7 %) überdurchschnittliche Quoten auftreten.

Zahl der Empfänger von SGB II-Leistungen sinkt 2009 auf 654 000

Die Tabelle 74 kann erheblich aktueller sein als die Tabelle 73. Während letztgenannte die Gesamtzahl der Bezieher von Mindestsicherungsleistungen auflistet und dazu alle Daten aus den Rechtskreisen SGB II und SGB XII heranziehen muss, kann sich Tabelle 74 ausschließlich auf die stets sehr aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit

aus dem Rechtskreis SGB II über „Hartz IV-Empfänger“ (= Empfänger von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld) konzentrieren. Sie hat daher den Stand vom April 2009.

Im April 2009 gab es in Niedersachsen 653 851 Empfänger von SGB II-Leistungen. Das waren zwar + 3,0 % mehr als 2005, aber - 5,0 % weniger als im Vorjahresmonat. Mittelfristig verlief damit die Entwicklung in Niedersachsen in etwa im Durchschnitt der Länder Westdeutschlands (+ 3,3 %) und etwas ungünstiger als im Bundesdurchschnitt von + 1,3 %. Im kurzfristigen Vorjahresvergleich liegt die Abnahmerate des Landes deutlich höher als die der westdeutschen Länder insgesamt (- 3,8 %).

Die Abnahmeraten liegen kurz- wie mittelfristig in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Das kann man von den Empfängerquoten (SGB II-Empfänger je 1 000 Einwohner) nicht sagen – im Gegenteil. Die Empfängerquote liegt in Ostdeutschland bei 13,5 % und in Westdeutschland bei 6,9 %. Bundesweit und in Niedersachsen liegt diese Quote bei 8,2 %. Die Quote streut zwischen einem Maximum von 17,4 % in Berlin und einem Minimum von 3,9 % in Bayern. Das schon oft beschriebene Südwest-Nordost-Gefälle ist hier deutlich sichtbar, es hat sich von 2008 auf 2009 aber leicht abgeflacht.

Zahl der Verbraucherinsolvenzen erstmals rückläufig

Im Jahr 2008 wurden in Niedersachsen 13 299 Verbraucherinsolvenzen (Tab. 75) angemeldet. Erstmals seit der Einführung dieses Rechtsinstituts ist damit die Zahl der insolventen Privatpersonen im Vorjahresvergleich zurückgegangen, und zwar um - 2,4 %. Bundesweit ging die Zahl etwas stärker um - 6,7 % zurück, und zwar in Ostdeutschland mit - 16,4 % recht kräftig und in Westdeutschland mit - 3,7 % deutlich weniger stark. Im mittelfristigen Vergleich zu 2003 ist eine sehr deutliche Steigerungsrate (Niedersachsen: + 208 %, Deutschland + 192 %) erkennbar. In den Vorjahren konnte man im Fünfjahresvergleich sogar noch viel stärkere Zuwachsraten beobachten. Die Zuwachsrate von + 208 % bedeutet nicht, dass die Zahl der Personen in äußerst prekären Einkommenslagen sich dreifach hätte, sondern zeigt eher an, dass das relativ neue Instrument der Verbraucherinsolvenz bei Schuldner, aber auch bei Anwälten, Gerichten, Verbraucherschützern und Schuldnerberatern erstmal richtig bekannt werden musste, um wirken zu können. In der Vergangenheit zeigte es sich oft bei tiefergehenden Regionalvergleichen auf Stadt- und Landkreisebene, dass eine geringe Zahl von Verbraucherinsolvenzen auch ein Indikator dafür sein kann, dass in bestimmten Problemregionen nicht genug Schuldnerberatungsstellen tätig sind.

In Niedersachsen kamen auf 10 000 Einwohner 16,7 Verbraucherinsolvenzen, ein leichter Rückgang gegenüber 2007 (17,1). Bundesweit kamen 11,9 Verbraucherinsolven-

zen auf je 10 000 Einwohner, also deutlich weniger als in Niedersachsen. Das Problem der Armut – hier in Gestalt von stark überschuldeten Privathaushalten – ist also durchaus nicht gelöst, der erstmalige Rückgang im Jahr 2008 ist aber ein gutes Zeichen.

Rasche Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen

Die Tabelle 76 mit Daten der Pflegestatistik wurde neu in den *Monitor* aufgenommen, weil die demographische Entwicklung dafür sorgt, dass zunehmend mehr Menschen ein hohes Alter erreichen und damit fast automatisch die Zahl der Pflegebedürftigen ansteigt: Das Risiko, zum „Pflegefall“ zu werden, ist zwar in jedem Lebensalter vorhanden, steigt aber ab dem 80. Lebensjahr stark an. Da zugleich die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinkt und künftig weiter sinken wird, ergibt sich eine mit Gewissheit wachsende gesellschaftliche Problemlage. Die Pflegestatistik wird nur alle zwei Jahre in „ungeraden Jahren“ durchgeführt, so dass die Tabelle 76 das übliche *Monitor*-Schema vom Vorjahres- und Fünfjahresvergleich verlassen muss. Die aktuellsten Daten von 2007 werden mit solchen von 2005 und 2003 verglichen.

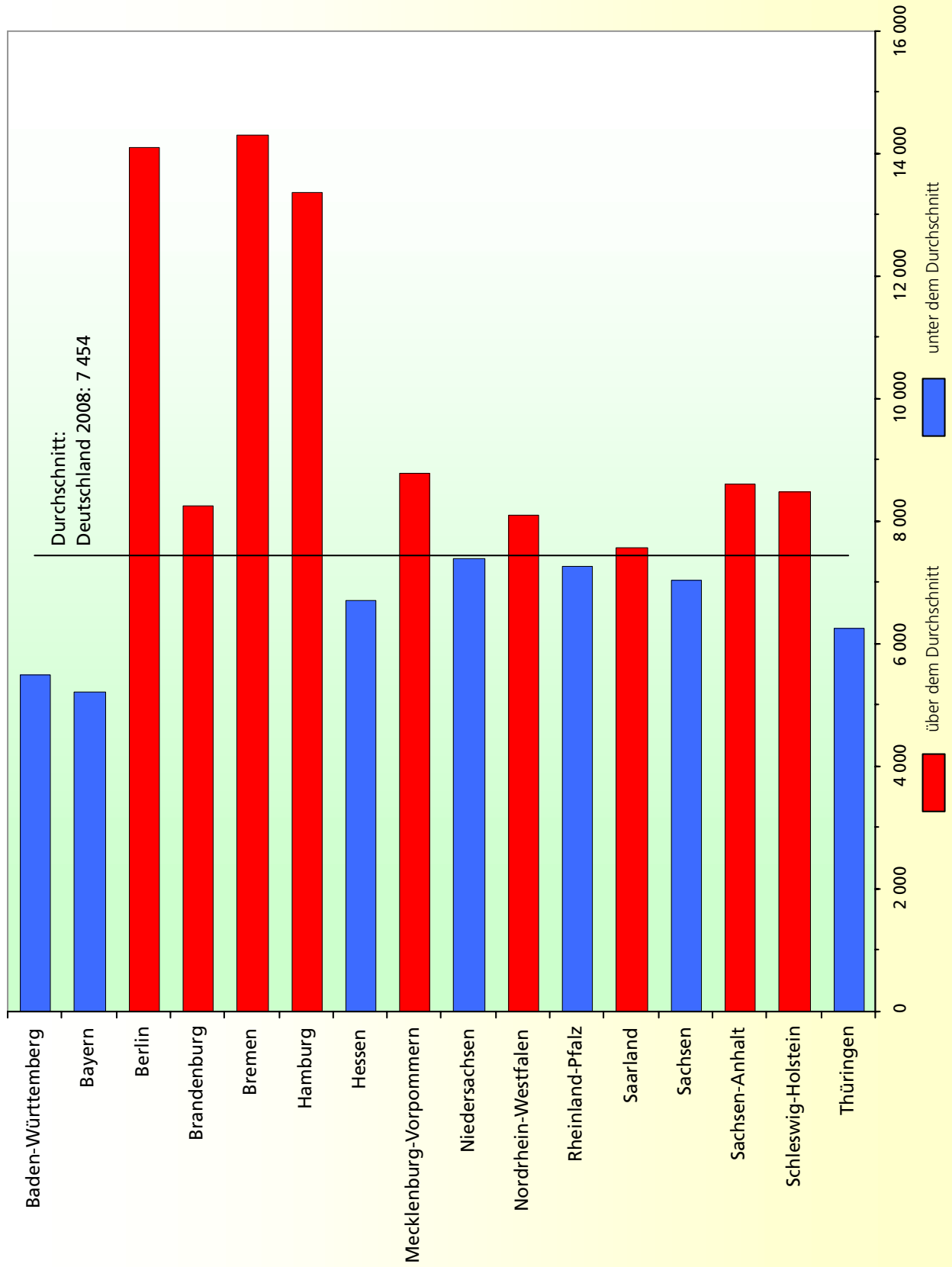
2007 gab es in Niedersachsen 242 196 Pflegebedürftige. Das waren 6,3 % mehr als 2005 und schon 10,9 % mehr als 2003. In nur vier Jahren wuchs die Zahl der Pflegebedürftigen um 23 833 – das ist in etwa die Größenordnung einer kleineren Kreisstadt wie Osterode am Harz. Die Zuwachsraten des Landes liegen leicht über den entsprechenden Raten im Bundesdurchschnitt von + 5,6 % bzw. + 8,2 %. Bundesweit ist bemerkenswert, dass der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in Ostdeutschland deutlich stärker ausfällt als im Westen; so stieg deren Zahl in Brandenburg von 2003 bis 2007 um + 22,9 % und in Mecklenburg-Vorpommern um + 16,6 %. Die hohen Zuwachsraten in diesen beiden nordostdeutschen Ländern könnten allerdings mit vergleichsweise sehr niedrigen Zuwächsen in Hamburg und Berlin korrespondieren. Aber auch ohne diesen Effekt bleibt festzuhalten, dass der mittelfristige Zuwachs an Pflegebedürftigen in Ostdeutschland insgesamt mit + 11,9 % viel höher ist als in Westdeutschland mit + 7,2 %.

Die pflegebedürftigen Personen machten 2007 in Niedersachsen 3,0 % der Bevölkerung aus. Bundesweit lag die Quote bei 2,7 % etwas niedriger, wobei diese sich zwischen einem Minimum von 2,2 % (Baden-Württemberg) und einem Maximum von 3,4 % (Mecklenburg-Vorpommern) bewegt.

Zahl der Straftaten sinkt um - 2,8 % – Aufklärungsquote steigt auf 58,5 %

Die Zahl der Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind (Tab. 77), sank in Niedersachsen binnen Jahresfrist auf

Straftaten je 100 000 Einwohner 2008



589 987 im Jahr 2008. Das entspricht einem Rückgang von - 2,8 % (Deutschland: - 2,6 %). Auch im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2003 sank im Lande die Zahl der Straftaten, und zwar um - 0,6 %. Bundesweit gab es im gleichen Zeitraum einen Rückgang um - 6,9 %. Von 2007 auf 2008 sank die Zahl der Straftaten in 14 von 16 Ländern; Zunahmen gab es nur in den südwestlichen Ländern Saarland und Rheinland-Pfalz. Einen besonders hohen Rückgang von - 7,7 % konnte Brandenburg melden. In Ostdeutschland (- 4,0 %) lag die Abnahmerate deutlich über der von Westdeutschland (- 2,2 %).

Die Kriminalitätsbelastung einer Region wird durch die Häufigkeitszahl „Straftaten je 100 000 Einwohner“ gemessen. Diese Häufigkeitszahl lag 2008 in Niedersachsen bei 7 404 und in Deutschland bei 7 454. Dabei gibt es ein deutlich ausgeprägtes Stadt-Land- sowie Ost-West-Gefälle. In allen drei Stadtstaaten liegt die Zahl der Straftaten je 100 000 Einwohner im fünfstelligen Bereich (Bremen: 14 368, Berlin 14 096, Hamburg 13 368). Ostdeutschland weist mit 8 989 eine deutlich höhere Häufigkeitszahl auf als Westdeutschland mit 7 067. Die niedrigsten Werte wurden in Bayern (5 203) und Baden-Württemberg (5 502) gemessen. Bei der Interpretation aller dieser Zahlen ist natürlich die Dunkelfeldproblematik zu beachten: Es handelt sich um Daten über die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten, und deren Zahl ist u.a. vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung beeinflusst. In diese Aggregatzahl gehen zudem alle Delikte, unabhängig von ihrer Schwere, ein.

Die Aufklärungsquote – der Anteil der Straftaten, die die Polizei als „aufgeklärt“ registriert, an allen Straftaten – stieg in Niedersachsen von 56,9 % (2007) auf 58,5 % im Jahr 2008. Bundesweit ging sie zugleich von 55,0 auf 54,9 % ganz leicht zurück. Regional gibt es große Unterschiede: Während in den drei Stadtstaaten und auch in Schleswig-Holstein mehr als die Hälfte der Straftaten unaufgeklärt bleibt, werden in Bayern (64,7 %) und Thüringen (64,5 %) nahezu zwei Drittel polizeilich aufgeklärt. Zwischen Ost-

und Westdeutschland gibt es hier nur geringe Unterschiede.

Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr sinkt um 2,8 %

2008 verunglückten auf Niedersachsens Straßen 44 612 Personen (Tab. 78). Das waren - 2,8 % weniger als 2007 und sogar - 7,7 % weniger als 2003. „Verunglückte“ sind all die Personen, die durch Verkehrsunfälle körperlich zu Schaden kamen, sei es als Schwer- oder Leichtverletzte oder gar als Getötete. 595 Personen, - 5,9 % weniger als im Vorjahr, starben in Folge von Verkehrsunfällen. Seit Anfang der siebziger Jahre geht die Zahl der Verunglückten und der Verkehrstoten fast kontinuierlich zurück, obwohl die Motorisierung weiter voranschritt. Ursachen für diese erfreuliche Entwicklung sind gesetzgeberische Maßnahmen (z.B. Promille-Höchstgrenzen, Einführung von Höchst- und Richtgeschwindigkeiten, Gurtanlegepflicht), aber auch sicherere Fahrzeuge, verbesserte und entschärfte Straßen und natürlich die Verkehrsüberwachung durch die Polizei.

Bundesweit ging die Zahl der Verunglückten sogar noch stärker zurück, und zwar mit - 5,2 % im Vorjahres- und - 11,8 % im Fünfjahresvergleich. Die stärksten Rückgänge im Vergleich zu 2003 traten in den ostdeutschen Ländern Brandenburg (- 24,1 %), Mecklenburg-Vorpommern (- 22,3 %) und Thüringen (- 22,1 %) auf. Nur in Berlin stieg die Zahl der Verunglückten im gleichen Zeitraum um + 5,5 %.

Die Häufigkeitszahl „Verunglückte je 100 000 Einwohner“ sank in Niedersachsen auf 560 (Vorjahr: 575). Sie liegt trotz des deutlichen Rückganges der Unfallzahlen klar über dem Bundesdurchschnitt von 504. Ein wichtiger Grund dafür liegt darin, dass das Flächenland Niedersachsen zugleich auch ein Durchgangsland ist, durch das die großen Ost-West- und Nord-Süd-Verkehrsströme des europäischen Transitverkehrs laufen.



Fazit

Kann man ein zusammenfassendes Fazit ziehen aus all den zum Teil divergenten Entwicklungstendenzen, die – auf Basis von 78 Tabellen mit hoch aggregierten Daten – in verschiedenen Themengebieten herausgearbeitet wurden? Das soll im Folgenden zumindest versucht werden, indem gleichermaßen aus verschiedenen kleinen Steinchen ein Mosaik erstellt wird. Ein Mosaik erschließt sich dem Betrachter nicht durch die mikroskopische Analyse mit der Lupe, sondern erst dann, wenn man einen Schritt zurück geht und sozusagen „makroskopisch“ das Ganze betrachtet.

Diese zusammenfassende Darstellung und Analyse, verfasst im Oktober 2009, bezieht sich überwiegend auf Daten des Jahres 2008. Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit September 2008 tiefe Spuren hinterlässt, sind in diesen Daten noch kaum ablesbar. Durch den zeitlichen Abstand von gut einem Jahr aber ist es zumindest im Ansatz möglich zu erkennen, ob das Land Niedersachsen mehr oder weniger gut gerüstet ist für die Aufgaben, die die nähere Zukunft bringen wird. Diese Aufgaben bestehen vor allem in der Entwicklung nachhaltiger Antworten auf

- den *Klimawandel* und andere Umweltentwicklungen,
- die *demographische Entwicklung*,
- die *Wirtschafts- und Finanzkrise* unter Einschluss der Krise der öffentlichen Haushalte,
- den *Trend zur gesellschaftlichen Spaltung* und Erosion von Milieus, Werten und Strukturen.

Diese Entwicklungen sind internationaler und nicht regionaler Natur, und alle Antworten auf sie können letztlich nur im internationalen Kontext wirksam sein.

Beginnen wir mit der *Umwelt* als dem Elementarstem: Niedersachsen ist hier gut aufgestellt durch einen relativ hohen Anteil regenerativer Energien. Positiv schlagen auch der leicht sinkende Wasserverbrauch, rückläufige CO₂-Emissionen und der hohe Recycling-Anteil beim Abfall zu Buche. Dies alles zeigt auch ein ausgeprägtes ökologisches Denken großer Teile der Bevölkerung. Problematisch ist, dass der Flächenverbrauch zwar rückläufig ist, aber mit immer noch 10 Hektar pro Tag viel zu schnell voranschreitet, und dass der Ökolandbau mit einem Anteil von nur 2,9 % im Vergleich mit anderen Ländern immer noch unterrepräsentiert ist.

Der *demographische Wandel* schritt 2008 weiter fort: Zum vierten Mal in Folge sank die Einwohnerzahl des Landes, die Geburtenzahlen gingen überdurchschnittlich stark zurück und die Zuwanderung nahm ab. Das Tempo der Bevölkerungsabnahme steigt. Der Trend zur Alterung der

Gesellschaft äußerte sich in einem starken Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen, und der Trend zur Individualisierung zeigte sich in einem weiteren Wachstum der Zahl der Alleinerziehenden und der Ehescheidungen. Das Land hat vor allem bei der öffentlichen Kinderbetreuung noch einen großen Nachholbedarf.

Die *wirtschaftliche Entwicklung* war 2008 insgesamt gut. Die Wirtschaft und auch die Zahl der Arbeitsplätze wuchsen, und zwar etwas schneller als im Bundesdurchschnitt. Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs zunahm. Es gab gegen den Bundes-trend weniger Firmenzusammenbrüche. Zum Wirtschaftswachstum trugen überdurchschnittliche Ergebnisse im Verarbeitenden Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Tourismus bei.

Die Lage der *öffentlichen Finanzen* der Länder und Kommunen hat sich im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr etwas verschlechtert, war seinerzeit aber immer noch als günstig einzuschätzen. Die Ausgaben stiegen zwar schneller als die Einnahmen, aber dennoch ist der Finanzierungssaldo erneut positiv. In Niedersachsen war die Entwicklung sogar etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte zwar erste Spuren hinterlassen, ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen werden sich aber erst in den Daten für 2009 widerspiegeln.

In den eng zusammenhängenden *Themengebieten Humanpotenzial* und *Innovation* ist das Bild heterogen: Die Schulabbrecherquote ist 2008 gesunken, aber leider zugleich auch die Abiturientenquote; wie dieses Ergebnis sich einordnet, kann mangels bundesweiter Vergleichsdaten noch nicht gesagt werden. Zahl und Anteil hochqualifizierter Arbeitnehmer steigen weiterhin kräftig; das Land holt hier auf. Auch die Zahl der Hochschulabsolventen legte in fünf Jahren deutlich zu.

Die Zahl der Existenzgründungen ging 2008 zurück, und zugleich stieg die Zahl der Gewerbeabmeldungen. Die Investitionen der Industrie sind 2007 zwar gestiegen, aber die Investitionsintensität Niedersachsens blieb unterdurchschnittlich. Ähnliches gilt für Patentanmeldungen und Internet-Domains: Zwar gibt es deutliche zweistellige Zuwachsraten, aber die relative Intensität beider Indikatoren bleibt im Bundesvergleich niedrig.

Die *Entwicklung der Sozialdaten* ist überwiegend positiv. Von der Struktur her wissen wir, dass es in Niedersachsen unterdurchschnittliche Einkünfte und Verdienste gibt. Die neuesten Daten zeigen, dass diese Struktur geblieben ist, allerdings konnte der Rückstand leicht verringert werden. 10 % der niedersächsischen Bevölkerung waren 2007 auf

irgendeine Art staatlicher Mindestsicherungsleistungen angewiesen; diese Quote, die erst neuerdings berechnet werden kann, ist leicht überdurchschnittlich.

2008 scheint die Zahl der Menschen in problematischen Lebenslagen verschiedener Art gesunken zu sein: So gingen z.B. sowohl die Zahl der Abtreibungen als auch die der Verbraucherinsolvenzen zurück. Ein großes Problem gibt es bei auffälligen Kindern und Jugendlichen: Die Zahl der „vorläufigen Schutzmaßnahmen“ stieg innerhalb eines Jahres um + 31 %. Es ist anzunehmen, dass dieser hohe Zuwachs nicht nur die Zunahme von Problemlagen, sondern mindestens genauso widerspiegelt, dass jetzt genauer hingeschaut und rascher gehandelt wird. Für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist wichtig, dass die Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr abnahm, genauso wie die Zahl der Straftaten. Zugleich stieg die Aufklärungsquote der Polizei.

Die *Gleichstellung der Geschlechter* ist zwar noch nicht erreicht, aber die Entwicklung läuft deutlich zugunsten der Frauen. Mittlerweile ist jeder siebte Bezieher von Elterngeld und ebenso jeder siebte Teilzeitbeschäftigte ein Mann. Das Verdienstniveau der Frauen liegt bei 84,5 % des Durchschnittsverdienstes abhängig Beschäftigter, das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als ein Jahr zuvor. Diese Strukturen ändern sich nur langsam, aber sie ändern sich. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag Mitte 2009 sogar um 0,2 Prozentpunkte *unter* der der Männer. Am deutlichsten und auch am schnellsten verläuft die Entwicklung bei

den Bildungsindikatoren: 55,1 % der Hochschulabschlüsse, 43,7 % der Promotionen, 32,0 % der Habilitationen wurden 2007 von Frauen abgelegt – aber erst 20,9 % der Professoren sind weiblichen Geschlechts.

Dies alles sind Daten aus dem Jahr 2008, zum Teil aus 2007. Die wenigen aus 2009 vorliegenden Eckdaten geben das folgende Bild:

- Die gesamte Wirtschaftsleistung ging nach ersten vorläufigen Berechnungen in Folge der Krise preisbereinigt um - 6,3 % zurück. Dieser Rückgang war noch vergleichsweise moderat verglichen mit dem bundesweiten Minus von 6,8 %.
- Die Arbeitslosenquote im Juni stieg von 2008 auf 2009 um 0,3 Prozentpunkte auf 7,7 %. Das war immer noch deutlich weniger als die 9,1 % des Jahres 2004. Der Anstieg im Jahresvergleich verlief moderater als im nationalen Durchschnitt.
- Die Zahl der Empfänger von SGB II-Leistungen lag im April 2009 um 5 % unter der des Vorjahresmonats.
- Die Ergebnisse der kommunalen Kassenstatistik für das erste Halbjahr zeigen bundesweit einen kräftigen Rückgang der Steuereinnahmen um - 9,0 %, in Niedersachsen nur um - 4,8 %.

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben das Land Niedersachsen und seine Einwohner zumindest bis Mitte des Jahres 2009 anscheinend weniger stark getroffen als es in den anderen Ländern der Fall war.

Tabellenteil I

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung der Einwohnerzahl	
	in 1 000			Länderanteil			2008	31.12.08/03
	31.12.2003	31.12.2007	31.12.2008	2003	2008	Anzahl		
Anzahl (1 000)			%		Anzahl			
Baden-Württemberg	10 693	10 750	10 750	13,0	13,1	301	+ 0,5	- 0,0
Bayern	12 423	12 520	12 520	15,1	15,3	177	+ 0,8	- 0,0
Berlin	3 388	3 416	3 432	4,1	4,2	3 851	+ 1,3	+ 0,5
Brandenburg	2 575	2 536	2 522	3,1	3,1	86	- 2,0	- 0,5
Bremen	663	663	662	0,8	0,8	1 637	- 0,2	- 0,2
Hamburg	1 734	1 771	1 772	2,1	2,2	2 346	+ 2,2	+ 0,1
Hessen	6 089	6 073	6 065	7,4	7,4	287	- 0,4	- 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 732	1 680	1 664	2,1	2,0	72	- 3,9	- 0,9
Niedersachsen	7 993	7 972	7 947	9,7	9,7	167	- 0,6	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	18 080	17 997	17 933	21,9	21,9	526	- 0,8	- 0,4
Rheinland-Pfalz	4 059	4 046	4 028	4,9	4,9	203	- 0,7	- 0,4
Saarland	1 061	1 037	1 030	1,3	1,3	401	- 2,9	- 0,6
Sachsen	4 321	4 220	4 193	5,2	5,1	228	- 3,0	- 0,6
Sachsen-Anhalt	2 523	2 412	2 382	3,1	2,9	116	- 5,6	- 1,3
Schleswig-Holstein	2 823	2 837	2 834	3,4	3,5	179	+ 0,4	- 0,1
Thüringen	2 373	2 289	2 268	2,9	2,8	140	- 4,4	- 0,9
Deutschland	82 532	82 218	82 002	100,0	100,0	230	- 0,6	- 0,3
Westdeutschland	65 619	65 664	65 541	79,5	79,9	264	- 0,1	- 0,2
Ostdeutschland	16 913	16 554	16 461	20,5	20,1	152	- 2,7	- 0,6

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	97 596	92 823	91 909	9,1	8,6	8,5	- 5,8	- 1,0
Bayern	111 536	106 870	106 298	9,0	8,5	8,5	- 4,7	- 0,5
Berlin	28 723	31 174	31 936	8,5	9,2	9,3	+ 11,2	+ 2,4
Brandenburg	17 970	18 589	18 808	7,0	7,3	7,4	+ 4,7	+ 1,2
Bremen	5 577	5 591	5 569	8,4	8,4	8,4	- 0,1	- 0,4
Hamburg	15 916	16 727	16 751	9,2	9,5	9,5	+ 5,2	+ 0,1
Hessen	54 400	52 616	51 752	8,9	8,7	8,5	- 4,9	- 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	12 782	12 786	13 098	7,4	7,6	7,8	+ 2,5	+ 2,4
Niedersachsen	70 563	65 326	64 887	8,8	8,2	8,1	- 8,0	- 0,7
Nordrhein-Westfalen	159 883	151 168	150 007	8,8	8,4	8,3	- 6,2	- 0,8
Rheinland-Pfalz	34 083	32 536	32 223	8,4	8,0	8,0	- 5,5	- 1,0
Saarland	7 598	7 274	7 158	7,1	7,0	6,9	- 5,8	- 1,6
Sachsen	32 079	33 858	34 411	7,4	8,0	8,2	+ 7,3	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	16 889	17 387	17 697	6,7	7,2	7,4	+ 4,8	+ 1,8
Schleswig-Holstein	24 215	22 961	22 678	8,6	8,1	8,0	- 6,3	- 1,2
Thüringen	16 911	17 176	17 332	7,1	7,5	7,6	+ 2,5	+ 0,9
Deutschland	706 721	684 862	682 514	8,6	8,3	8,3	- 3,4	- 0,3
Westdeutschland	581 367	553 892	549 232	8,9	8,4	8,4	- 5,5	- 0,8
Ostdeutschland	125 354	130 970	133 282	7,4	7,9	8,1	+ 6,3	+ 1,8

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	367	- 1 256	- 4 522	0,0	- 0,1	- 0,4	- 4 889	- 3 266
Bayern	- 10 242	- 11 557	- 14 811	- 0,8	- 0,9	- 1,2	- 4 569	- 3 254
Berlin	- 4 423	189	25	- 1,3	0,1	0,0	+ 4 448	- 164
Brandenburg	- 8 892	- 8 077	- 7 999	- 3,5	- 3,2	- 3,2	+ 893	+ 78
Bremen	- 2 081	- 1 709	- 1 784	- 3,1	- 2,6	- 2,7	+ 297	- 75
Hamburg	- 2 156	- 308	- 340	- 1,2	- 0,2	- 0,2	+ 1 816	- 32
Hessen	- 7 108	- 6 521	- 8 331	- 1,2	- 1,1	- 1,4	- 1 223	- 1 810
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 933	- 4 809	- 4 720	- 2,8	- 2,9	- 2,8	+ 213	+ 89
Niedersachsen	- 14 773	- 16 951	- 19 987	- 1,8	- 2,1	- 2,5	- 5 214	- 3 036
Nordrhein-Westfalen	- 30 910	- 33 786	- 39 579	- 1,7	- 1,9	- 2,2	- 8 669	- 5 793
Rheinland-Pfalz	- 9 850	- 9 629	- 10 709	- 2,4	- 2,4	- 2,7	- 859	- 1 080
Saarland	- 5 254	- 5 053	- 5 389	- 4,9	- 4,9	- 5,2	- 135	- 336
Sachsen	- 18 590	- 15 212	- 14 586	- 4,3	- 3,6	- 3,5	+ 4 004	+ 626
Sachsen-Anhalt	- 12 743	- 12 005	- 12 208	- 5,0	- 4,9	- 5,1	+ 535	- 203
Schleswig-Holstein	- 6 328	- 6 973	- 8 041	- 2,2	- 2,5	- 2,8	- 1 713	- 1 068
Thüringen	- 9 309	- 8 636	- 8 944	- 3,9	- 3,8	- 3,9	+ 365	- 308
Deutschland	- 147 225	- 142 297	- 161 925	- 1,8	- 1,7	- 2,0	- 14 700	- 19 628
Westdeutschland	- 88 335	- 93 747	- 113 493	- 1,3	- 1,4	- 1,7	- 25 158	- 19 746
Ostdeutschland	- 58 890	- 48 550	- 48 432	- 3,5	- 2,9	- 2,9	+ 10 458	+ 118

4. Wanderungssaldo¹⁾

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner			Veränderung des Saldos	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl							
Baden-Württemberg	+ 31 213	+ 12 392	+ 4 407	2,9	1,2	0,4	- 26 806	- 7 985
Bayern	+ 46 441	+ 38 964	+ 14 049	3,7	3,1	1,1	- 32 392	- 24 915
Berlin	+ 477	+ 11 996	+ 15 310	0,1	3,5	4,5	+ 14 833	+ 3 314
Brandenburg	+ 1 034	- 3 968	- 5 280	0,4	-1,6	-2,1	- 6 314	- 1 312
Bremen	+ 3 112	+ 797	+ 560	4,7	1,2	0,8	- 2 552	- 237
Hamburg ²⁾	+ 7 652	+ 16 779	+ 1 751	4,4	9,5	1,0	- 5 901	- 15 028
Hessen	+ 4 579	- 404	- 1 409	0,8	-0,1	-0,2	- 5 988	- 1 005
Mecklenburg-Vorpommern	- 7 560	- 9 279	- 10 612	-4,3	-5,5	-6,3	- 3 052	- 1 333
Niedersachsen	+ 27 735	+ 5 905	- 4 337	3,5	0,7	-0,5	- 32 072	- 10 242
Nordrhein-Westfalen	+ 34 241	+ 1 618	- 23 910	1,9	0,1	-1,3	- 58 151	- 25 528
Rheinland-Pfalz	+ 10 805	+ 2 366	- 6 645	2,7	0,6	-1,6	- 17 450	- 9 011
Saarland	+ 1 642	- 1 521	- 884	1,5	-1,5	-0,9	- 2 526	+ 637
Sachsen	- 8 998	- 11 147	- 12 519	-2,1	-2,6	-3,0	- 3 521	- 1 372
Sachsen-Anhalt	- 13 227	- 17 508	- 18 566	-5,2	-7,2	-7,7	- 5 339	- 1 058
Schleswig-Holstein	+ 12 983	+ 10 230	+ 5 054	4,6	3,6	1,8	- 7 929	- 5 176
Thüringen	- 9 481	- 13 310	- 12 693	-4,0	-5,8	-5,6	- 3 212	+ 617
Deutschland	+ 142 648	+ 43 910	- 55 724	1,7	0,5	-0,7	- 198 372	- 99 634
Westdeutschland	+ 180 403	+ 87 126	- 11 364	2,8	1,3	-0,2	- 191 767	- 98 490
Ostdeutschland	- 37 755	- 43 216	- 44 360	-2,2	-2,6	-2,7	- 6 605	- 1 144

1) Einschl. unbekanntes Ausland, sowie einschl. Herkunfts-/Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten zahlreiche Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. - 2) 2008 einschl. ca. 7 000 Fortzüge des Jahres 2007, die erst in März 2008 berücksichtigt werden konnten.

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl							%
Baden-Württemberg	50 693	47 233	48 612	47,5	43,9	45,2	- 4,1	+ 2,9
Bayern	59 009	57 223	58 300	47,6	45,8	46,6	- 1,2	+ 1,9
Berlin	12 390	11 511	11 762	36,5	33,8	34,3	- 5,1	+ 2,2
Brandenburg	9 974	11 430	11 757	38,7	45,0	46,5	+ 17,9	+ 2,9
Bremen	3 094	2 762	2 804	46,7	41,7	42,4	- 9,4	+ 1,5
Hamburg	6 959	6 661	6 615	40,2	37,8	37,4	- 4,9	- 0,7
Hessen	29 613	26 931	26 685	48,6	44,4	44,0	- 9,9	- 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	7 872	9 747	10 464	45,3	57,8	62,5	+ 32,9	+ 7,4
Niedersachsen	40 827	38 036	39 234	51,1	47,6	49,2	- 3,9	+ 3,1
Nordrhein-Westfalen	87 768	80 092	81 515	48,6	44,5	45,4	- 7,1	+ 1,8
Rheinland-Pfalz	20 123	19 542	20 059	49,6	48,3	49,7	- 0,3	+ 2,6
Saarland	5 141	4 774	4 936	48,4	45,9	47,7	- 4,0	+ 3,4
Sachsen	14 778	16 965	17 397	34,1	40,1	41,4	+ 17,7	+ 2,5
Sachsen-Anhalt	9 314	10 117	10 515	36,7	41,7	43,8	+ 12,9	+ 3,9
Schleswig-Holstein	16 984	16 451	16 590	60,3	58,0	58,5	- 2,3	+ 0,8
Thüringen	8 372	9 454	9 810	35,1	41,1	43,1	+ 17,2	+ 3,8
Deutschland	382 911	368 929	377 055	46,4	44,8	45,9	- 1,5	+ 2,2
Westdeutschland	320 211	299 705	305 350	48,8	45,6	46,5	- 4,6	+ 1,9
Ostdeutschland	62 700	69 224	71 705	37,0	41,7	42,3	+ 14,4	+ 3,6

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl							%
Baden-Württemberg	25 046	22 145	22 792	23,5	20,6	21,2	- 9,0	+ 2,9
Bayern	29 992	27 154	27 566	24,2	21,7	22,0	- 8,1	+ 1,5
Berlin	10 102	7 760	7 716	29,8	22,8	22,5	- 23,6	- 0,6
Brandenburg	6 107	5 127	5 060	23,7	20,2	20,0	- 17,1	- 1,3
Bremen	1 797	1 595	1 647	27,1	24,1	24,9	- 8,3	+ 3,3
Hamburg	4 989	4 385	4 476	28,8	24,9	25,3	- 10,3	+ 2,1
Hessen	16 288	15 469	15 437	26,7	25,5	25,4	- 5,2	- 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 677	3 000	3 195	21,2	17,8	19,1	- 13,1	+ 6,5
Niedersachsen	21 921	19 682	20 368	27,4	24,6	25,6	- 7,1	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	50 962	43 104	46 098	28,2	23,9	25,7	- 9,5	+ 6,9
Rheinland-Pfalz	11 567	10 324	10 273	28,5	25,5	25,4	- 11,2	- 0,5
Saarland	2 867	2 802	2 734	27,0	27,0	26,4	- 4,6	- 2,4
Sachsen	8 946	7 749	7 716	20,6	18,3	18,3	- 13,7	- 0,4
Sachsen-Anhalt	5 863	4 924	4 994	23,1	20,3	20,8	- 14,8	+ 1,4
Schleswig-Holstein	8 293	7 434	7 459	29,4	26,2	26,3	- 10,1	+ 0,3
Thüringen	5 558	4 418	4 417	23,3	19,2	19,4	- 20,5	- 0,0
Deutschland	213 975	187 072	191 948	25,9	22,7	23,4	- 10,3	+ 2,6
Westdeutschland	173 722	154 094	158 850	26,5	23,5	24,2	- 8,6	+ 3,1
Ostdeutschland	40 253	32 978	33 098	23,7	19,9	20,0	- 17,8	+ 0,4

Familie und Beruf

7. Kindertagesbetreuung von unter Dreijährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	08/06	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	25 414	32 682	38 214	8,7	11,5	13,6	+ 50,4	+ 16,9
Bayern	27 234	35 037	42 704	8,2	10,7	13,2	+ 56,8	+ 21,9
Berlin	32 398	34 497	35 923	37,8	39,8	40,4	+ 10,9	+ 4,1
Brandenburg	22 467	23 984	24 880	40,4	43,4	44,8	+ 10,7	+ 3,7
Bremen	1 476	1 691	2 067	9,2	10,5	12,7	+ 40,0	+ 22,2
Hamburg	9 762	10 382	9 659	21,0	22,0	20,1	- 1,1	- 7,0
Hessen	14 525	19 630	22 349	9,0	12,4	14,2	+ 53,9	+ 13,9
Mecklenburg-Vorpommern	16 507	16 736	16 916	43,1	44,1	44,9	+ 2,5	+ 1,1
Niedersachsen	10 669	13 982	18 085	5,1	6,9	9,1	+ 69,5	+ 29,3
Nordrhein-Westfalen	30 480	31 796	42 390	6,5	6,9	9,3	+ 39,1	+ 33,3
Rheinland-Pfalz	9 527	11 849	14 606	9,4	12,0	15,0	+ 53,3	+ 23,3
Saarland	2 331	2 704	3 104	10,2	12,1	14,1	+ 33,2	+ 14,8
Sachsen	32 780	34 084	36 127	33,5	34,6	36,5	+ 10,2	+ 6,0
Sachsen-Anhalt	25 733	26 533	26 984	50,2	51,8	52,7	+ 4,9	+ 1,7
Schleswig-Holstein	5 455	5 811	8 096	7,5	8,2	11,6	+ 48,4	+ 39,3
Thüringen	19 259	18 819	19 519	37,9	37,5	38,9	+ 1,4	+ 3,7
Deutschland	286 017	320 217	361 623	13,6	15,5	17,6	+ 26,4	+ 12,9
Westdeutschland	136 873	165 564	201 274	7,9	9,8	12,1	+ 47,1	+ 21,6
Ostdeutschland	149 144	154 653	160 349	39,3	40,7	41,9	+ 7,5	+ 3,7

- 1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen jeweils am 15.03.
 2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

8. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ¹⁾			Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	08/06	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	21 631	24 139	27 638	6,9	8,0	9,3	+ 27,8	+ 14,5
Bayern	60 076	65 459	68 433	16,8	18,9	20,1	+ 13,9	+ 4,5
Berlin	41 968	42 793	44 481	50,9	52,4	53,7	+ 6,0	+ 3,9
Brandenburg	25 382	27 001	28 630	44,2	47,3	49,9	+ 12,8	+ 6,0
Bremen	3 119	3 108	3 139	18,7	19,4	20,0	+ 0,6	+ 1,0
Hamburg	11 359	12 239	13 153	25,5	27,5	29,2	+ 15,8	+ 7,5
Hessen	37 847	42 335	47 728	22,2	25,6	29,3	+ 26,1	+ 12,7
Mecklenburg-Vorpommern	18 134	18 957	20 187	47,3	49,9	52,9	+ 11,3	+ 6,5
Niedersachsen	18 653	21 579	23 653	8,0	9,6	10,9	+ 26,8	+ 9,6
Nordrhein-Westfalen	97 387	107 401	129 237	19,1	21,8	26,8	+ 32,7	+ 20,3
Rheinland-Pfalz	20 328	21 799	24 491	18,2	20,3	23,4	+ 20,5	+ 12,3
Saarland	3 707	3 864	4 440	14,8	16,2	19,0	+ 19,8	+ 14,9
Sachsen	57 224	59 416	63 782	59,6	62,3	66,0	+ 11,5	+ 7,3
Sachsen-Anhalt	26 948	27 390	27 826	50,7	53,1	54,5	+ 3,3	+ 1,6
Schleswig-Holstein	8 211	8 743	9 791	10,1	11,2	12,8	+ 19,2	+ 12,0
Thüringen	43 199	42 982	43 036	84,0	84,5	84,9	- 0,4	+ 0,1
Deutschland	495 173	529 205	579 645	22,1	24,3	27,1	+ 17,1	+ 9,5
Westdeutschland	282 318	310 666	351 703	15,2	17,3	19,9	+ 24,6	+ 13,2
Ostdeutschland	212 855	218 539	227 942	56,2	58,4	60,5	+ 7,1	+ 4,3

- 1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen jeweils am 15.03., die mehr als 7 Stunden täglich betreut werden. Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

9. Elterngeld

Land	Beendete Leistungsbezüge im Jahr 2008			Anteil der männlichen Leistungsbezieher 2008	Anteil der beendeten Leistungsbezüge 2008, deren Bezieher vor der Geburt erwerbstätig waren	
	insgesamt	davon Bezieher			männlich	weiblich
		männlich	weiblich			
Anzahl				%		
Baden-Württemberg	103 342	14 743	88 599	14,3	85,3	54,2
Bayern	126 515	23 642	102 873	18,7	86,8	58,5
Berlin	34 869	7 105	27 764	20,4	71,5	49,8
Brandenburg	21 145	3 951	17 194	18,7	79,1	59,9
Bremen	4 816	742	4 074	15,4	72,5	42,7
Hamburg	18 318	3 092	15 226	16,9	80,7	55,6
Hessen	58 683	8 789	49 894	15,0	80,7	52,6
Mecklenburg-Vorpommern	14 651	2 327	12 324	15,9	72,7	54,1
Niedersachsen	67 645	9 682	57 963	14,3	78,0	50,7
Nordrhein-Westfalen	160 816	21 751	139 065	13,5	74,8	45,2
Rheinland-Pfalz	34 203	4 732	29 471	13,8	79,4	51,9
Saarland	7 388	702	6 686	9,5	80,5	50,1
Sachsen	39 862	7 181	32 681	18,0	82,9	58,9
Sachsen-Anhalt	19 175	2 735	16 440	14,3	82,1	55,2
Schleswig-Holstein	25 419	3 618	21 801	14,2	80,8	58,0
Thüringen	20 214	3 560	16 654	17,6	80,8	59,0
Deutschland	757 061	118 352	638 709	15,6	80,5	52,8
Westdeutschland	607 145	91 493	515 652	15,1	81,2	52,0
Ostdeutschland	149 916	26 859	123 057	17,9	.	.

10. Sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze

Land	Teilzeitarbeitsplätze insgesamt am 30.06.			Darunter Frauen			Teilzeitarbeitsplätze je 1 000 Einwohner 2008	Veränderung der Teilzeitarbeitsplätze	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008		08/03	08/07
	1 000						Anzahl	%	
Baden-Württemberg	590	644	672	507	551	575	62,5	+ 13,9	+ 4,3
Bayern	691	777	812	591	656	687	64,9	+ 17,5	+ 4,5
Berlin	194	216	227	147	160	167	66,3	+ 17,0	+ 5,1
Brandenburg	100	118	128	84	97	104	50,6	+ 28,0	+ 8,5
Bremen	51	54	55	42	43	45	83,1	+ 7,8	+ 1,9
Hamburg	125	138	144	98	107	112	81,4	+ 15,2	+ 4,3
Hessen	356	395	407	297	326	335	67,1	+ 14,3	+ 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	72	89	95	61	75	80	56,8	+ 31,9	+ 6,7
Niedersachsen	416	454	478	364	391	409	60,0	+ 14,9	+ 5,3
Nordrhein-Westfalen	886	963	1 008	747	805	840	56,1	+ 13,8	+ 4,7
Rheinland-Pfalz	205	226	235	179	195	202	58,1	+ 14,5	+ 3,8
Saarland	51	56	59	44	48	50	57,1	+ 15,7	+ 5,4
Sachsen	202	244	261	171	204	217	62,1	+ 29,2	+ 7,0
Sachsen-Anhalt	103	125	132	90	106	112	55,0	+ 28,2	+ 5,6
Schleswig-Holstein	145	161	169	125	135	141	59,6	+ 16,6	+ 5,0
Thüringen	103	114	122	89	98	104	53,6	+ 18,4	+ 7,0
Deutschland	4 288	4 773	5 003	3 636	3 996	4 181	60,9	+ 16,7	+ 4,8
Westdeutschland	3 516	3 868	4 039	2 994	3 256	3 397	61,6	+ 14,9	+ 4,4
Ostdeutschland	774	906	965	641	741	784	58,5	+ 24,7	+ 6,5

Erwerbstätigkeit

11. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2008	Veränderung insgesamt	
	2003 (Mai)	2007	2008	2003 (Mai)	2007	2008		08/03	08/07
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	4 984	5 300	5 373	504	538	529	9,8	+ 7,8	+ 1,4
Bayern	5 864	6 169	6 301	679	751	754	12,0	+ 7,5	+ 2,1
Berlin	1 420	1 504	1 512	190	234	242	16,0	+ 6,5	+ 0,5
Brandenburg	1 117	1 203	1 229	104	123	132	10,7	+ 10,0	+ 2,2
Bremen	271	285	288	24	30	28	9,7	+ 6,3	+ 1,1
Hamburg	784	847	861	102	119	120	13,9	+ 9,8	+ 1,7
Hessen	2 743	2 832	2 872	304	313	309	10,8	+ 4,7	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	725	757	776	62	75	76	9,8	+ 7,0	+ 2,5
Niedersachsen	3 390	3 568	3 603	343	370	358	9,9	+ 6,3	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	7 515	7 966	8 093	716	802	804	9,9	+ 7,7	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	1 800	1 915	1 923	183	206	203	10,6	+ 6,8	+ 0,4
Saarland	426	444	455	40	37	38	8,4	+ 6,8	+ 2,5
Sachsen	1 809	1 913	1 937	179	212	202	10,4	+ 7,1	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	1 051	1 083	1 089	80	98	88	8,1	+ 3,6	+ 0,6
Schleswig-Holstein	1 244	1 310	1 334	141	144	150	11,2	+ 7,2	+ 1,8
Thüringen	1 030	1 067	1 088	92	109	111	10,2	+ 5,6	+ 2,0
Deutschland	36 172	38 163	38 734	3 744	4 160	4 143	10,7	+ 7,1	+ 1,5
Westdeutschland	29 021	30 636	31 102	3 036	3 308	3 292	10,6	+ 7,2	+ 1,5
Ostdeutschland	7 152	7 527	7 632	708	852	851	11,2	+ 6,7	+ 1,4

12. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung insgesamt	
	2003 (Mai)	2007	2008	2003 (Mai)	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 201	2 357	2 388	62,8	66,8	67,6	+ 8,5	+ 1,3
Bayern	2 568	2 724	2 789	62,8	66,0	67,5	+ 8,6	+ 2,4
Berlin	664	708	713	55,9	59,8	60,3	+ 7,4	+ 0,7
Brandenburg	523	557	568	59,8	66,2	67,9	+ 8,6	+ 2,0
Bremen	124	130	130	57,4	59,9	59,6	+ 4,8	+ 0,0
Hamburg	358	381	393	59,6	64,1	65,7	+ 9,8	+ 3,1
Hessen	1 209	1 260	1 286	60,1	62,9	64,1	+ 6,4	+ 2,1
Mecklenburg-Vorpommern	333	344	354	56,2	62,4	65,1	+ 6,3	+ 2,9
Niedersachsen	1 483	1 577	1 596	57,5	61,3	62,2	+ 7,6	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	3 257	3 523	3 557	55,0	59,7	60,4	+ 9,2	+ 1,0
Rheinland-Pfalz	773	843	845	59,0	64,4	64,7	+ 9,3	+ 0,2
Saarland	184	195	200	53,2	58,7	60,2	+ 8,7	+ 2,6
Sachsen	833	878	898	58,3	64,1	66,7	+ 7,8	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	481	504	502	56,3	62,8	64,3	+ 4,4	- 0,4
Schleswig-Holstein	555	582	597	60,5	63,5	64,8	+ 7,6	+ 2,6
Thüringen	466	481	488	58,3	63,5	65,6	+ 4,7	+ 1,5
Deutschland	16 014	17 046	17 305	58,8	63,1	64,2	+ 8,1	+ 1,5
Westdeutschland	12 711	13 574	13 781	59,1	63,1	64,1	+ 8,4	+ 1,5
Ostdeutschland	3 303	3 472	3 525	57,8	63,1	64,9	+ 6,7	+ 1,5

13. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen			Anteil der Frauen am Insgesamt 2008	Veränderung insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008		08/03	08/07
	Anzahl (1 000)						%		
Baden-Württemberg	3 787	3 804	3 891	1 664	1 663	1 708	43,9	+ 2,7	+ 2,3
Bayern	4 333	4 412	4 519	1 938	1 959	2 016	44,6	+ 4,3	+ 2,4
Berlin	1 065	1 048	1 082	547	540	556	51,4	+ 1,6	+ 3,2
Brandenburg	733	725	737	355	350	358	48,6	+ 0,5	+ 1,7
Bremen	281	279	285	120	119	122	42,8	+ 1,4	+ 2,2
Hamburg	750	772	798	341	349	363	45,5	+ 6,4	+ 3,4
Hessen	2 151	2 130	2 166	946	941	959	44,3	+ 0,7	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	526	512	521	268	262	266	51,1	- 1,0	+ 1,8
Niedersachsen	2 376	2 357	2 416	1 055	1 042	1 071	44,3	+ 1,7	+ 2,5
Nordrhein-Westfalen	5 736	5 666	5 798	2 475	2 436	2 505	43,2	+ 1,1	+ 2,3
Rheinland-Pfalz	1 175	1 179	1 203	527	527	540	44,9	+ 2,4	+ 2,0
Saarland	348	345	350	145	144	147	42,0	+ 0,6	+ 1,4
Sachsen	1 395	1 373	1 399	684	670	683	48,8	+ 0,3	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	763	734	744	382	363	367	49,3	- 2,5	+ 1,4
Schleswig-Holstein	793	795	813	373	372	381	46,9	+ 2,5	+ 2,3
Thüringen	741	726	737	361	348	352	47,8	- 0,5	+ 1,5
Deutschland	26 955	26 855	27 458	12 181	12 085	12 394	45,1	+ 1,9	+ 2,2
Westdeutschland	21 730	21 739	22 239	9 584	9 552	9 812	44,1	+ 2,3	+ 2,3
Ostdeutschland	5 223	5 118	5 220	2 597	2 533	2 582	49,5	- 0,1	+ 2,0

14. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2004	2008	2009	Juni 2004	Juni 2008	Juni 2009	09/04	09/08
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	324 666	216 615	288 772	5,9	3,9	5,2	- 11,1	+ 33,3
Bayern	411 920	252 636	310 881	6,4	3,8	4,7	- 24,5	+ 23,1
Berlin	297 401	229 023	236 159	17,6	13,6	14,0	- 20,6	+ 3,1
Brandenburg	249 753	169 227	162 519	18,6	12,6	12,2	- 34,9	- 4,0
Bremen	42 176	35 956	38 752	13,2	11,2	12,0	- 8,1	+ 7,8
Hamburg	84 392	71 117	78 067	9,7	7,9	8,5	- 7,5	+ 9,8
Hessen	243 058	200 524	210 806	7,9	6,5	6,8	- 13,3	+ 5,1
Mecklenburg-Vorpommern	175 006	118 237	113 507	19,6	13,5	13,1	- 35,1	- 4,0
Niedersachsen	357 732	292 678	305 592	9,1	7,4	7,7	- 14,6	+ 4,4
Nordrhein-Westfalen	880 079	753 507	811 479	10,0	8,4	9,0	- 7,8	+ 7,7
Rheinland-Pfalz	148 128	111 862	127 511	7,3	5,4	6,1	- 13,9	+ 14,0
Saarland	44 522	36 195	38 945	8,9	7,1	7,7	- 12,5	+ 7,6
Sachsen	385 482	268 860	275 277	17,4	12,4	12,8	- 28,6	+ 2,4
Sachsen-Anhalt	256 817	172 010	167 584	19,9	13,8	13,6	- 34,7	- 2,6
Schleswig-Holstein	132 222	102 402	107 779	9,4	7,2	7,6	- 18,5	+ 5,3
Thüringen	200 063	128 920	136 350	16,2	10,8	11,4	- 31,8	+ 5,8
Deutschland	4 233 417	3 159 769	3 409 980	10,2	7,5	8,1	- 19,5	+ 7,9
Westdeutschland	2 668 895	2 073 492	2 318 584	- 13,1	+ 11,8
Ostdeutschland	1 564 522	1 086 277	1 091 396	- 30,2	+ 0,5

1) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

15. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (im Juni)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren ¹⁾		Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2004	2008	2009	30.06.2008	30.06.2009	09/04	09/08
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	36 216	17 575	30 521	2,6	4,4	- 15,7	+ 73,7
Bayern	50 584	23 243	34 008	2,9	4,2	- 32,8	+ 46,3
Berlin	31 956	22 321	23 797	13,6	14,5	- 25,5	+ 6,6
Brandenburg	30 855	17 297	17 390	11,4	11,8	- 43,6	+ 0,5
Bremen	3 924	2 959	3 689	8,7	10,7	- 6,0	+ 24,7
Hamburg	7 545	5 476	7 105	6,0	7,6	- 5,8	+ 29,7
Hessen	27 191	20 698	22 077	6,2	6,6	- 18,8	+ 6,7
Mecklenburg-Vorpommern	20 151	12 259	11 822	10,8	10,8	- 41,3	- 3,6
Niedersachsen	37 141	27 597	32 661	6,3	7,4	- 12,1	+ 18,3
Nordrhein-Westfalen	84 907	70 040	84 939	7,1	8,5	+ 0,0	+ 21,3
Rheinland-Pfalz	18 647	13 153	16 108	5,3	6,3	- 13,6	+ 22,5
Saarland	5 370	3 262	4 152	5,8	7,3	- 22,7	+ 27,3
Sachsen	39 107	28 163	30 103	10,9	12,1	- 23,0	+ 6,9
Sachsen-Anhalt	26 532	16 817	17 839	11,7	12,7	- 32,8	+ 6,1
Schleswig-Holstein	16 814	11 024	11 891	7,1	7,6	- 29,3	+ 7,9
Thüringen	22 082	12 136	13 598	8,4	9,9	- 38,4	+ 12,0
Deutschland	459 022	304 020	361 700	6,3	7,5	- 21,2	+ 19,0
Westdeutschland	288 339	195 027	247 151	- 14,3	+ 26,7
Ostdeutschland	170 683	108 993	114 549	- 32,9	+ 5,1

16. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾		Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2004	2008	2009	30.06.2008	30.06.2009	09/04	09/08
	Anzahl			%			
Baden-Württemberg	146 970	113 007	130 374	4,4	5,0	- 11,3	+ 15,4
Bayern	192 919	132 615	143 665	4,3	4,6	- 25,5	+ 8,3
Berlin	123 877	98 579	100 845	12,3	12,6	- 18,6	+ 2,3
Brandenburg	119 057	82 537	73 938	12,8	11,6	- 37,9	- 10,4
Bremen	15 715	16 598	16 849	11,1	11,2	+ 7,2	+ 1,5
Hamburg	34 058	31 980	33 689	7,4	7,6	- 1,1	+ 5,3
Hessen	104 215	99 344	96 569	6,9	6,7	- 7,3	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	80 593	56 735	49 433	13,6	11,9	- 38,7	- 12,9
Niedersachsen	149 531	146 024	140 140	8,0	7,6	- 6,3	- 4,0
Nordrhein-Westfalen	353 843	367 910	364 096	8,9	8,8	+ 2,9	- 1,0
Rheinland-Pfalz	63 913	56 776	57 612	5,9	5,9	- 9,9	+ 1,5
Saarland	18 185	18 066	17 473	7,8	7,5	- 3,9	- 3,3
Sachsen	194 931	137 968	128 135	13,4	12,6	- 34,3	- 7,1
Sachsen-Anhalt	129 290	88 138	78 314	14,9	13,4	- 39,4	- 11,1
Schleswig-Holstein	53 583	49 638	47 921	7,4	7,1	- 10,6	- 3,5
Thüringen	102 117	68 852	66 193	12,1	11,8	- 35,2	- 3,9
Deutschland	1 882 797	1 564 767	1 545 246	8,0	7,8	- 17,9	- 1,2
Westdeutschland	1 132 932	1 031 958	1 048 388	- 7,5	+ 1,6
Ostdeutschland	749 865	532 809	496 858	- 33,7	- 6,7

1) Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird. Ab 2008 nur noch Anteil an allen zivilen Erwerbspersonen.

Wirtschaft und Einkommen

17. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	315 237	357 575	364 304	58 575	64 692	64 914	+ 10,4	+ 0,6
Bayern	381 810	433 041	444 806	60 445	66 197	66 983	+ 11,6	+ 1,5
Berlin	78 124	84 757	87 519	51 194	52 841	53 418	+ 5,0	+ 1,6
Brandenburg	46 919	53 173	54 947	46 369	51 392	52 473	+ 8,6	+ 1,0
Bremen	23 786	26 765	27 741	61 925	68 849	70 558	+ 9,1	+ 1,7
Hamburg	77 935	86 062	89 567	75 056	78 967	80 395	+ 7,2	+ 2,1
Hessen	195 783	215 190	220 814	64 707	69 678	70 597	+ 7,3	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	31 118	34 782	35 867	43 627	47 776	48 982	+ 8,9	+ 1,2
Niedersachsen	183 390	207 274	214 360	52 003	57 368	58 371	+ 10,3	+ 1,7
Nordrhein-Westfalen	471 275	524 720	541 066	56 222	61 141	62 153	+ 7,2	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	93 975	104 579	107 524	53 113	57 066	57 903	+ 9,0	+ 1,2
Saarland	25 448	30 297	31 186	50 584	59 595	60 822	+ 14,4	+ 1,6
Sachsen	83 166	92 747	95 119	43 602	47 719	48 518	+ 9,5	+ 0,9
Sachsen-Anhalt	46 057	51 617	53 788	45 703	51 030	52 790	+ 8,4	+ 1,8
Schleswig-Holstein	66 367	71 766	73 560	54 271	57 376	57 918	+ 6,4	+ 1,1
Thüringen	43 411	48 555	49 833	43 029	47 452	48 491	+ 9,3	+ 1,0
Deutschland	2 163 800	2 422 900	2 492 000	55 875	60 926	61 790	+ 9,0	+ 1,3
Westdeutschland	1 835 005	2 057 269	2 114 928	58 160	63 451	64 273	+ 9,2	+ 1,3
Ostdeutschland	328 795	365 631	377 072	45 824	49 779	50 785	+ 8,1	+ 1,2

18. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2003	2007	2008	2008			08/03	08/07
	1 000			%				
Baden-Württemberg	5 381,8	5 527,4	5 612,1	1,8	32,6	65,6	+ 4,3	+ 1,5
Bayern	6 316,7	6 541,7	6 640,6	2,9	28,9	68,3	+ 5,1	+ 1,5
Berlin	1 526,0	1 604,0	1 638,4	0,3	13,2	86,5	+ 7,3	+ 2,1
Brandenburg	1 011,9	1 034,6	1 047,1	3,6	22,9	73,5	+ 3,5	+ 1,2
Bremen	384,1	388,8	393,2	0,3	20,6	79,1	+ 2,4	+ 1,1
Hamburg	1 038,4	1 089,9	1 114,1	0,5	14,7	84,8	+ 7,3	+ 2,2
Hessen	3 025,7	3 088,3	3 127,8	1,4	22,5	76,1	+ 3,3	+ 1,3
Mecklenburg-Vorpommern	713,3	728,0	732,2	3,9	18,7	77,3	+ 2,7	+ 0,6
Niedersachsen	3 526,6	3 613,1	3 672,4	3,2	24,2	72,6	+ 4,2	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	8 382,3	8 582,1	8 705,3	1,5	24,2	74,4	+ 3,9	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	1 769,3	1 832,6	1 857,0	2,8	25,9	71,3	+ 5,0	+ 1,3
Saarland	503,1	508,4	512,7	0,8	28,4	70,8	+ 2,0	+ 0,9
Sachsen	1 907,4	1 943,6	1 960,5	2,1	26,8	71,0	+ 2,8	+ 0,9
Sachsen-Anhalt	1 007,8	1 011,5	1 018,9	2,9	23,9	73,2	+ 1,2	+ 0,7
Schleswig-Holstein	1 222,9	1 250,8	1 270,1	3,2	19,4	77,4	+ 3,9	+ 1,5
Thüringen	1 008,9	1 023,3	1 027,7	2,7	29,5	67,8	+ 1,9	+ 0,4
Deutschland	38 726,0	39 768,0	40 330,0	2,1	25,3	72,5	+ 4,1	+ 1,4
Westdeutschland	31 550,8	32 423,0	32 905,2	2,1	26,0	71,9	+ 4,2	+ 1,5
Ostdeutschland	7 175,2	7 345,0	7 424,8	2,3	22,4	75,3	+ 3,4	+ 1,1

19. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2003	2007	2008	2003	2008	2008		08/03	08/07
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	2 223	2 206	2 213	0,8	0,7	11,3	22 145	+ 7,1	+ 5,4
Bayern	3 628	3 917	3 951	1,1	1,0	20,2	20 811	+ 21,5	+ 6,3
Berlin	108	85	82	0,2	0,1	0,4	16 450	- 28,1	+ 4,3
Brandenburg	798	884	914	1,9	1,9	4,7	24 172	+ 27,5	+ 9,7
Bremen	62	56	56	0,3	0,2	0,3	42 668	- 30,8	- 2,3
Hamburg	126	133	129	0,2	0,2	0,7	23 988	+ 7,6	+ 4,3
Hessen	955	1 090	1 062	0,5	0,5	5,4	23 853	+ 21,1	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	967	800	843	3,4	2,6	4,3	29 205	- 1,2	+ 11,5
Niedersachsen	2 857	3 114	2 950	1,7	1,5	15,1	24 816	+ 18,2	+ 2,6
Nordrhein-Westfalen	2 698	2 890	2 734	0,6	0,6	14,0	21 199	+ 7,4	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	1 263	1 325	1 259	1,5	1,3	6,4	24 213	+ 15,0	+ 3,0
Saarland	70	64	67	0,3	0,2	0,3	17 503	+ 5,5	+ 12,0
Sachsen	793	925	856	1,1	1,0	4,4	20 509	+ 23,0	- 0,3
Sachsen-Anhalt	795	846	864	1,9	1,8	4,4	29 372	+ 24,6	+ 9,9
Schleswig-Holstein	1 082	998	966	1,8	1,5	4,9	23 482	- 0,3	+ 3,1
Thüringen	657	687	624	1,7	1,4	3,2	22 803	+ 6,8	- 4,0
Deutschland	19 080	20 020	19 570	1,0	0,9	100,0	22 862	+ 13,7	+ 4,0
Westdeutschland	14 963	15 793	15 387	0,9	0,8	78,6	22 436	+ 13,5	+ 3,5
Ostdeutschland	4 117	4 227	4 183	1,4	1,2	21,4	24 579	+ 14,5	+ 5,6

20. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2003	2007	2008	2003	2008			08/03	08/07
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	108 132	128 596	128 515	38,1	39,3	19,1	70 279	+ 18,1	- 0,8
Bayern	103 035	124 695	125 842	30,0	31,5	18,7	65 642	+ 23,9	+ 0,4
Berlin	12 947	14 165	14 531	18,4	18,5	2,2	67 350	+ 7,4	+ 1,1
Brandenburg	10 225	12 128	12 694	24,2	25,8	1,9	52 941	+ 12,3	+ 1,8
Bremen	5 988	6 345	6 583	27,9	26,5	1,0	81 454	+ 3,1	+ 2,4
Hamburg	12 201	13 100	13 181	17,4	16,4	2,0	80 358	+ 2,2	- 1,1
Hessen	43 879	47 196	48 174	24,9	24,3	7,1	68 577	+ 6,2	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	5 251	6 356	6 601	18,7	20,5	1,0	48 140	+ 18,1	+ 1,5
Niedersachsen	50 079	56 110	58 828	30,3	30,6	8,7	66 300	+ 10,2	+ 2,4
Nordrhein-Westfalen	120 064	141 566	146 104	28,3	30,1	21,7	69 483	+ 14,8	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	26 629	30 855	31 768	31,5	32,9	4,7	66 159	+ 16,3	+ 1,0
Saarland	7 125	9 720	10 052	31,1	35,9	1,5	69 004	+ 30,4	+ 2,7
Sachsen	20 888	25 473	26 240	27,9	30,8	3,9	49 855	+ 27,2	+ 1,7
Sachsen-Anhalt	11 126	14 137	15 216	26,8	31,5	2,3	62 430	+ 28,8	+ 4,9
Schleswig-Holstein	13 457	14 598	14 662	22,5	22,2	2,2	59 642	+ 5,1	- 1,6
Thüringen	11 594	14 231	14 787	29,6	33,1	2,2	48 720	+ 26,1	+ 2,8
Deutschland	562 620	659 270	673 780	28,9	30,1	100,0	65 921	+ 16,4	+ 0,8
Westdeutschland	490 589	572 781	583 711	29,7	30,8	86,6	68 232	+ 15,7	+ 0,6
Ostdeutschland	72 031	86 489	90 069	24,3	26,6	13,4	54 056	+ 20,9	+ 2,3

21. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2003	2007	2008	2003	2008			08/03	08/07
	Mio. €			%		€	%		
Baden-Württemberg	173 648	189 628	196 022	61,1	60,0	12,7	53 216	+ 7,6	+ 1,7
Bayern	237 318	259 445	269 161	69,0	67,5	17,5	59 370	+ 7,9	+ 2,1
Berlin	57 328	61 703	63 884	81,5	81,4	4,1	45 064	+ 5,9	+ 1,8
Brandenburg	31 247	34 637	35 674	73,9	72,4	2,3	46 358	+ 8,2	+ 0,7
Bremen	15 379	17 584	18 242	71,8	73,3	1,2	58 650	+ 13,3	+ 1,7
Hamburg	57 886	63 889	67 024	82,4	83,4	4,3	70 949	+ 9,7	+ 2,8
Hessen	131 550	144 550	148 816	74,6	75,1	9,7	62 507	+ 9,1	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	21 818	24 013	24 726	77,8	76,9	1,6	43 665	+ 8,4	+ 0,9
Niedersachsen	112 284	126 518	130 485	68,0	67,9	8,5	48 941	+ 11,7	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	301 819	325 756	336 454	71,1	69,3	21,8	51 973	+ 5,8	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	56 772	61 535	63 414	67,1	65,8	4,1	47 866	+ 7,2	+ 1,4
Saarland	15 732	17 366	17 851	68,6	63,8	1,2	49 149	+ 8,9	+ 1,1
Sachsen	53 245	56 715	58 218	71,1	68,2	3,8	41 810	+ 4,1	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	29 573	31 273	32 164	71,3	66,7	2,1	43 129	+ 1,9	+ 0,3
Schleswig-Holstein	45 252	48 715	50 350	75,7	76,3	3,3	51 215	+ 8,3	+ 1,9
Thüringen	26 859	28 593	29 285	68,7	65,5	1,9	42 028	+ 3,8	+ 0,3
Deutschland	1 367 710	1 491 920	1 541 770	70,2	69,0	100,0	52 705	+ 7,5	+ 1,6
Westdeutschland	1 147 640	1 254 987	1 297 819	69,4	68,4	84,2	54 842	+ 8,0	+ 1,8
Ostdeutschland	220 070	236 933	243 951	74,3	72,1	15,8	43 653	+ 5,3	+ 0,9

22. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2003	2007	2008	2003	2008 ¹⁾	08/03	08/07
	Anzahl			%		%	
Baden-Württemberg	3 235	2 137	2 202	79,7	51,2	- 31,9	+ 3,0
Bayern	4 818	3 831	3 397	93,6	60,2	- 29,5	- 11,3
Berlin	2 161	1 428	1 365	194,2	106,0	- 36,8	- 4,4
Brandenburg	1 195	801	710	153,8	81,7	- 40,6	- 11,4
Bremen	297	219	190	137,2	84,1	- 36,0	- 13,2
Hamburg	1 010	593	643	130,5	75,1	- 36,3	+ 8,4
Hessen	2 337	1 720	1 638	100,9	66,4	- 29,9	- 4,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 107	490	505	221,2	94,0	- 54,4	+ 3,1
Niedersachsen	3 115	2 507	2 333	125,2	86,9	- 25,1	- 6,9
Nordrhein-Westfalen	11 393	9 374	10 388	183,7	156,7	- 8,8	+ 10,8
Rheinland-Pfalz	1 549	1 383	1 279	103,7	82,0	- 17,4	- 7,5
Saarland	410	402	350	121,4	97,5	- 14,6	- 12,9
Sachsen	2 430	1 815	1 850	179,9	126,6	- 23,9	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	1 803	850	780	276,4	114,3	- 56,7	- 8,2
Schleswig-Holstein	1 420	1 095	1 114	141,7	103,4	- 21,5	+ 1,7
Thüringen	1 040	515	547	143,7	71,8	- 47,4	+ 6,2
Deutschland	39 320	29 160	29 291	134,9	93,3	- 25,5	+ 0,4
Westdeutschland	29 584	23 261	23 534	123,1	91,2	- 20,5	+ 1,2
Ostdeutschland	9 736	5 899	5 757	190,3	102,8	- 40,9	- 2,4

1) Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2007.

23. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2003	2006	2007	2003	2006	2007	07/03	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	405 797	426 470	429 858	404 439	424 783	428 047	+ 5,9	+ 0,8
Bayern	514 871	554 193	564 608	513 542	552 626	562 922	+ 9,7	+ 1,9
Berlin	111 301	124 357	128 717	111 111	124 133	128 501	+ 15,6	+ 3,5
Brandenburg	77 705	85 203	86 854	77 637	85 102	86 750	+ 11,8	+ 1,9
Bremen	21 650	22 434	22 581	21 515	22 278	22 420	+ 4,3	+ 0,7
Hamburg	77 408	84 183	85 658	76 999	83 711	85 163	+ 10,7	+ 1,8
Hessen	231 692	244 700	246 837	230 970	243 906	245 971	+ 6,5	+ 0,9
Mecklenburg-Vorpommern	50 044	52 918	53 746	50 000	52 850	53 674	+ 7,4	+ 1,6
Niedersachsen	248 860	267 156	268 524	248 146	266 309	267 631	+ 7,9	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	620 065	655 723	662 884	617 919	653 150	660 134	+ 6,9	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	149 398	155 368	155 936	149 103	155 004	155 529	+ 4,4	+ 0,4
Saarland	33 780	35 080	35 891	33 690	34 968	35 769	+ 6,2	+ 2,3
Sachsen	135 082	143 807	146 159	134 969	143 651	145 982	+ 8,2	+ 1,6
Sachsen-Anhalt	65 240	67 863	68 257	65 174	67 763	68 146	+ 4,6	+ 0,6
Schleswig-Holstein	100 214	104 321	107 771	99 951	104 029	107 466	+ 7,5	+ 3,3
Thüringen	72 375	75 717	76 228	72 320	75 638	76 137	+ 5,3	+ 0,7
Deutschland	2 915 482	3 099 493	3 140 509	2 907 485	3 089 901	3 130 242	+ 7,7	+ 1,3
Westdeutschland	2 403 735	2 549 628	2 580 548	2 396 274	2 540 764	2 571 052	+ 7,4	+ 1,2
Ostdeutschland	511 747	549 865	559 961	511 211	549 137	559 190	+ 9,4	+ 1,8

24. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a. d. Lieferungen u. Leistungen 2007
	2003	2006	2007	2003	2006	2007	07/03	07/06	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	693 126	810 195	872 465	264 327	290 255	294 580	+ 25,9	+ 7,7	33,8
Bayern	709 965	813 107	857 547	294 475	328 083	334 067	+ 20,8	+ 5,5	39,0
Berlin	110 502	137 554	138 358	46 880	52 582	55 615	+ 25,2	+ 0,6	40,2
Brandenburg	50 486	63 581	67 228	35 238	39 323	40 257	+ 33,2	+ 5,7	59,9
Bremen	51 584	59 490	56 686	18 816	20 819	21 301	+ 9,9	- 4,7	37,6
Hamburg	272 460	327 595	330 469	54 970	60 772	64 935	+ 21,3	+ 0,9	19,6
Hessen	371 698	419 726	433 719	135 714	144 306	146 345	+ 16,7	+ 3,3	33,7
Mecklenburg-Vorpommern	31 556	35 655	37 477	24 917	26 588	27 361	+ 18,8	+ 5,1	73,0
Niedersachsen	378 467	431 604	453 813	160 197	175 149	178 380	+ 19,9	+ 5,1	39,3
Nordrhein-Westfalen	1 105 156	1 273 331	1 312 300	411 423	439 681	449 857	+ 18,7	+ 3,1	34,3
Rheinland-Pfalz	151 554	174 782	182 646	79 573	84 868	85 131	+ 20,5	+ 4,5	46,6
Saarland	41 372	54 278	60 067	19 276	20 416	21 828	+ 45,2	+ 10,7	36,3
Sachsen	86 034	102 754	107 545	62 746	68 666	70 747	+ 25,0	+ 4,7	65,8
Sachsen-Anhalt	42 521	54 478	56 826	33 182	35 606	35 993	+ 33,6	+ 4,3	63,3
Schleswig-Holstein	107 942	122 098	128 727	57 810	63 230	65 740	+ 19,3	+ 5,4	51,1
Thüringen	43 652	49 772	52 392	35 494	38 859	39 843	+ 20,0	+ 5,3	76,0
Deutschland	4 248 074	4 930 000	5 148 265	1 735 037	1 889 203	1 931 980	+ 21,2	+ 4,4	37,5
Westdeutschland	3 883 323	4 486 206	4 688 439	1 496 580	1 627 579	1 662 164	+ 20,7	+ 4,5	35,5
Ostdeutschland	364 751	443 794	459 826	238 457	261 624	269 816	+ 26,1	+ 3,6	58,7

25. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten 2008	Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2003	2007	2008	2003	2008		08/03	08/07
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	241 544	283 635	283 443	17,9	17,5	225 995	+17,3	-0,1
Bayern	261 396	314 993	317 738	19,4	19,6	258 796	+21,6	+0,9
Berlin	30 015	29 740	26 057	2,2	1,6	261 048	-13,2	-12,4
Brandenburg	16 909	19 732	20 713	1,3	1,3	218 780	+22,5	+5,0
Bremen	20 676	17 571	20 000	1,5	1,2	366 240	-3,3	+13,8
Hamburg	68 803	72 734	76 945	5,1	4,7	840 819	+11,8	+5,8
Hessen	84 005	94 620	96 762	6,2	6,0	231 302	+15,2	+2,3
Mecklenburg-Vorpommern	8 489	10 967	11 616	0,6	0,7	193 700	+36,8	+5,9
Niedersachsen	138 524	168 958	180 241	10,3	11,1	345 815	+30,1	+6,7
Nordrhein-Westfalen	287 194	327 436	339 354	21,3	20,9	261 617	+18,2	+3,6
Rheinland-Pfalz	63 031	75 659	78 760	4,7	4,8	270 592	+25,0	+4,1
Saarland	18 045	24 403	26 114	1,3	1,6	263 930	+44,7	+7,0
Sachsen	37 320	51 129	51 951	2,8	3,2	204 916	+39,2	+1,6
Sachsen-Anhalt	23 393	34 640	35 961	1,7	2,2	278 134	+53,7	+3,8
Schleswig-Holstein	27 533	30 419	31 522	2,0	1,9	243 143	+14,5	+3,6
Thüringen	21 665	25 960	27 100	1,6	1,7	166 317	+25,1	+4,4
Deutschland	1 348 542	1 582 596	1 624 274	100,0	100,0	262 631	+20,4	+2,6
Westdeutschland	1 210 751	1 410 428	1 450 879	89,8	89,3	269 459	+19,8	+2,9
Ostdeutschland	137 791	172 168	173 398	10,2	10,7	216 688	+25,8	+0,7

26. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet		Umsatz je Beschäftigten	Veränderung	
	2003	2007	2008	2003	2008		2008	08/03
	Mio. €			%		€	%	
Baden-Württemberg	9 896	10 414	11 023	11,7	12,7	129 093	+11,4	+5,8
Bayern	16 159	15 772	16 761	19,2	19,3	130 332	+3,7	+6,3
Berlin	2 501	2 124	2 274	3,0	2,6	125 512	-9,1	+7,1
Brandenburg	3 705	3 282	3 342	4,4	3,8	101 935	-9,8	+1,8
Bremen	587	465	656	0,7	0,8	169 739	+11,8	+41,1
Hamburg	1 659	1 457	1 870	2,0	2,2	213 832	+12,7	+28,3
Hessen	5 637	5 627	5 771	6,7	6,6	119 998	+2,4	+2,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 001	1 846	1 641	2,4	1,9	100 185	-18,0	-11,1
Niedersachsen	8 601	8 453	9 175	10,2	10,6	125 064	+6,7	+8,5
Nordrhein-Westfalen	13 658	13 738	14 754	16,2	17,0	127 221	+8,0	+7,4
Rheinland-Pfalz	4 021	4 224	4 493	4,8	5,2	121 794	+11,7	+6,4
Saarland	993	961	1 049	1,2	1,2	115 822	+5,6	+9,2
Sachsen	6 292	5 454	5 647	7,5	6,5	101 851	-10,3	+3,5
Sachsen-Anhalt	3 406	2 975	3 156	4,0	3,6	108 700	-7,3	+6,1
Schleswig-Holstein	2 311	2 246	2 353	2,7	2,7	111 831	+1,8	+4,8
Thüringen	2 872	2 870	2 874	3,4	3,3	99 502	+0,1	+0,1
Deutschland	84 269	81 908	86 839	100,0	100,0	122 023	+3,0	+6,0
Westdeutschland	63 522	63 357	67 905	75,4	78,2	127 878	+6,9	+7,2
Ostdeutschland	20 777	18 551	18 934	24,7	21,8	104 813	-8,9	+2,1

27. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ²⁾			08/03	08/07
	2003	2007	2008	2003	2007	2008		
	Anzahl (1 000)						%	
Baden-Württemberg	39 919	42 405	43 617	2,8	2,7	2,6	+9,3	+2,9
Bayern	73 780	76 258	76 910	3,2	2,9	2,9	+4,2	+0,9
Berlin	11 425	17 286	17 770	2,3	2,3	2,2	+55,5	+2,8
Brandenburg	9 288	9 935	10 172	2,9	2,7	2,7	+9,5	+2,4
Bremen ¹⁾	1 313	1 531	1 651	1,8	1,7	1,8	+25,7	+7,8
Hamburg ¹⁾	5 445	7 402	7 728	1,8	1,9	1,9	+41,9	+4,4
Hessen	24 931	26 882	27 326	2,5	2,4	2,4	+9,6	+1,6
Mecklenburg-Vorpommern	25 942	26 320	27 502	4,3	4,2	4,2	+6,0	+4,5
Niedersachsen	35 461	35 884	36 902	3,4	3,3	3,2	+4,1	+2,8
Nordrhein-Westfalen	36 606	40 404	41 521	2,5	2,3	2,3	+13,4	+2,8
Rheinland-Pfalz	19 882	19 940	20 233	2,9	2,7	2,7	+1,8	+1,5
Saarland	2 189	2 285	2 264	3,1	2,9	2,9	+3,4	-0,9
Sachsen	14 697	16 052	16 182	2,8	2,7	2,7	+10,1	+0,8
Sachsen-Anhalt	5 667	6 521	6 700	2,5	2,5	2,5	+18,2	+2,7
Schleswig-Holstein	23 276	23 595	23 855	4,6	4,3	4,2	+2,5	+1,1
Thüringen	8 591	9 140	9 247	2,9	2,8	2,8	+7,6	+1,2
Deutschland	338 414	361 840	369 580	3,0	2,8	2,8	+9,2	+2,1
Westdeutschland	262 803	276 586	282 007	+7,3	+2,0
Ostdeutschland	75 611	85 254	87 573	+15,8	+2,7

1) Bremen und Hamburg 2003 ohne Campingplätze. - 2) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

28. Verfügbares Einkommen pro Einwohner

Land	Verfügbares Einkommen pro Einwohner			Deutschland = 100		Veränderung je Arbeitnehmer (in)	
	2002	2006	2007	2006	2007	07/02	07/06
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	18 276	19 801	20 196	109,4	109,7	+ 10,5	+ 2,0
Bayern	17 637	19 348	19 670	106,9	106,8	+ 11,5	+ 1,7
Berlin	14 377	15 216	15 342	84,0	83,3	+ 6,7	+ 0,8
Brandenburg	14 162	15 306	15 545	84,5	84,4	+ 9,8	+ 1,6
Bremen	19 154	20 322	20 646	112,2	112,1	+ 7,8	+ 1,6
Hamburg	20 677	22 937	23 366	126,7	126,9	+ 13,0	+ 1,9
Hessen	17 356	18 744	19 026	103,5	103,3	+ 9,6	+ 1,5
Mecklenburg-Vorpommern	13 385	14 439	14 610	79,8	79,4	+ 9,2	+ 1,2
Niedersachsen	16 181	17 370	17 689	95,9	96,1	+ 9,3	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	17 789	18 984	19 290	104,9	104,8	+ 8,4	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	16 371	17 541	17 855	96,9	97,0	+ 9,1	+ 1,8
Saarland	16 032	17 774	18 110	98,2	98,4	+ 13,0	+ 1,9
Sachsen	14 268	15 091	15 291	83,4	83,1	+ 7,2	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	13 635	14 427	14 634	79,7	79,5	+ 7,3	+ 1,4
Schleswig-Holstein	16 344	17 461	17 779	96,4	96,6	+ 8,8	+ 1,8
Thüringen	13 867	14 666	14 898	81,0	80,9	+ 7,4	+ 1,6
Deutschland	16 794	18 105	18 411	100,0	100,0	+ 9,6	+ 1,7
Westdeutschland	17 515	18 913	19 242	104,5	104,5	+ 9,9	+ 1,7
Ostdeutschland	14 031	14 926	15 121	82,4	82,1	+ 7,8	+ 1,3

29. Bruttoverdienste von Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttjahresverdienste ³⁾		Bruttostundenverdienste ³⁾		Veränderung der Brutto-	
	2007	2008	2007	2008	jahresverdienste	stundenverdienste
					08/07	08/07
€				%		
Baden-Württemberg	43 025	44 123	21,23	21,75	+ 2,6	+ 2,4
Bayern	42 157	43 488	20,77	21,41	+ 3,2	+ 3,1
Berlin	40 271	40 382	19,89	19,92	+ 0,3	+ 0,2
Brandenburg	31 462	32 785	15,27	15,89	+ 4,2	+ 4,1
Bremen	41 403	43 428	20,77	21,76	+ 4,9	+ 4,8
Hamburg	45 203	46 447	22,30	22,86	+ 2,8	+ 2,5
Hessen	45 884	47 186	22,59	23,16	+ 2,8	+ 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	29 336	30 368	14,26	14,72	+ 3,5	+ 3,2
Niedersachsen	38 191	39 402	18,93	19,46	+ 3,2	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	41 724	42 770	20,53	21,05	+ 2,5	+ 2,5
Rheinland-Pfalz	39 529	40 689	19,47	20,04	+ 2,9	+ 2,9
Saarland	38 876	39 672	19,16	19,65	+ 2,0	+ 2,6
Sachsen	30 242	31 429	14,74	15,28	+ 3,9	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	29 970	30 876	14,50	14,90	+ 3,0	+ 2,8
Schleswig-Holstein	36 882	37 924	18,04	18,51	+ 2,8	+ 2,6
Thüringen	29 010	30 117	14,09	14,59	+ 3,8	+ 3,5
Deutschland	40 134	41 260	19,74	20,27	+ 2,8	+ 2,7
Westdeutschland ¹⁾	41 767	42 905	20,59	21,13	+ 2,7	+ 2,6
Ostdeutschland ²⁾	30 082	31 201	14,62	15,12	+ 3,7	+ 3,4

30. Bruttoverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttjahresverdienste ³⁾		Bruttostundenverdienste ³⁾		Veränderung der Brutto-	
	2007	2008	2007	2008	jahresverdienste	stundenverdienste
					08/07	08/07
€				%		
Baden-Württemberg	34 142	35 006	17,01	17,44	+ 2,5	+ 2,5
Bayern	34 651	35 680	17,21	17,69	+ 3,0	+ 2,8
Berlin	36 166	36 042	18,00	17,91	- 0,3	- 0,5
Brandenburg	30 726	32 131	14,99	15,65	+ 4,6	+ 4,4
Bremen	32 973	34 785	16,70	17,63	+ 5,5	+ 5,6
Hamburg	38 039	39 280	18,91	19,49	+ 3,3	+ 3,1
Hessen	38 270	39 509	18,95	19,51	+ 3,2	+ 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	27 750	28 906	13,66	14,19	+ 4,2	+ 3,9
Niedersachsen	32 188	33 312	16,12	16,64	+ 3,5	+ 3,2
Nordrhein-Westfalen	35 236	36 116	17,55	17,99	+ 2,5	+ 2,5
Rheinland-Pfalz	33 635	34 684	16,73	17,25	+ 3,1	+ 3,1
Saarland	32 659	33 390	16,21	16,58	+ 2,2	+ 2,3
Sachsen	28 969	30 152	14,26	14,79	+ 4,1	+ 3,7
Sachsen-Anhalt	29 566	30 648	14,54	15,06	+ 3,7	+ 3,6
Schleswig-Holstein	31 565	32 289	15,62	15,95	+ 2,3	+ 2,1
Thüringen	27 512	28 775	13,44	14,01	+ 4,6	+ 4,2
Deutschland	33 831	34 800	16,80	17,25	+ 2,9	+ 2,7
Westdeutschland ¹⁾	34 831	35 752	17,34	17,77	+ 2,6	+ 2,5
Ostdeutschland ²⁾	28 993	30 200	14,23	14,78	+ 4,2	+ 3,9

31. Bruttostundenverdienste von Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich

Land	Bruttostundenverdienste ³⁾		Veränderung der Bruttostunden- verdienste
	2007	2008	
	€		08/07
		%	
Baden-Württemberg	16,37	16,66	+ 1,8
Bayern	16,41	16,71	+ 1,8
Berlin	15,51	15,35	- 1,0
Brandenburg	13,21	13,59	+ 2,9
Bremen	15,39	16,50	+ 7,2
Hamburg	17,31	17,77	+ 2,7
Hessen	16,95	17,35	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	13,75	14,17	+ 3,1
Niedersachsen	15,09	15,59	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	15,91	16,34	+ 2,7
Rheinland-Pfalz	16,00	16,34	+ 2,1
Saarland	15,47	15,70	+ 1,5
Sachsen	12,72	13,15	+ 3,4
Sachsen-Anhalt	11,86	12,31	+ 3,8
Schleswig-Holstein	15,33	15,60	+ 1,8
Thüringen	13,32	13,99	+ 5,0
Deutschland	15,54	15,91	+ 2,4
Westdeutschland ¹⁾	16,07	16,42	+ 2,2
Ostdeutschland ²⁾	12,88	13,35	+ 3,6

1) Einschließlich Berlin. - 2) Ohne Berlin. - 3) Einschließlich Sonderzahlungen.

Globalisierung

32. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2008	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2003	2007	2008		08/03	08/07
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	107 682	149 799	151 229	18,7	+40,4	+1,0
Bayern	106 702	152 449	155 730	19,3	+45,9	+2,2
Berlin	9 137	12 330	11 484	1,4	+25,7	-6,9
Brandenburg	5 098	10 302	11 877	1,5	+133,0	+15,3
Bremen	10 737	11 718	13 553	1,7	+26,2	+15,7
Hamburg	19 667	28 487	32 379	4,0	+64,6	+13,7
Hessen	34 278	49 089	51 352	6,4	+49,8	+4,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 926	4 902	5 973	0,7	+104,1	+21,8
Niedersachsen	51 285	73 694	76 729	9,5	+49,6	+4,1
Nordrhein-Westfalen	120 698	174 453	172 087	21,3	+42,6	-1,4
Rheinland-Pfalz	28 591	40 931	45 034	5,6	+57,5	+10,0
Saarland	9 493	13 410	14 191	1,8	+49,5	+5,8
Sachsen	15 144	23 433	23 205	2,9	+53,2	-1,0
Sachsen-Anhalt	5 381	11 353	12 810	1,6	+138,1	+12,8
Schleswig-Holstein	11 668	16 926	18 403	2,3	+57,7	+8,7
Thüringen	6 323	10 654	11 076	1,4	+75,2	+4,0
Deutschland¹⁾	664 392	965 169	994 802	100,0	+49,7	+3,1
Westdeutschland	500 801	710 956	730 687	90,5	+45,9	+2,8
Ostdeutschland	44 009	72 974	76 425	9,5	+73,7	+4,7

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

33. Einfuhr

Land	Einfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Einfuhr 2008	Veränderung der Einfuhr insgesamt	
	2003	2007	2008		08/03	08/07
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	83 700	121 919	130 323	16,5	+55,7	+6,9
Bayern	87 521	123 787	129 934	16,4	+48,5	+5,0
Berlin	6 702	8 300	8 466	1,1	+26,3	+2,0
Brandenburg	5 718	11 601	14 099	1,8	+146,6	+21,5
Bremen	9 450	13 201	12 830	1,6	+35,8	-2,8
Hamburg	38 253	55 891	61 966	7,8	+62,0	+10,9
Hessen	49 094	67 019	70 762	8,9	+44,1	+5,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 117	3 796	4 385	0,6	+107,1	+15,5
Niedersachsen	46 810	67 644	74 794	9,5	+59,8	+10,6
Nordrhein-Westfalen	129 680	180 082	189 589	24,0	+46,2	+5,3
Rheinland-Pfalz	18 703	25 774	26 835	3,4	+43,5	+4,1
Saarland	9 353	10 920	11 511	1,5	+23,1	+5,4
Sachsen	9 007	14 862	15 351	1,9	+70,4	+3,3
Sachsen-Anhalt	4 750	10 932	11 804	1,5	+148,5	+8,0
Schleswig-Holstein	13 458	20 245	21 581	2,7	+60,4	+6,6
Thüringen	4 601	7 229	7 199	0,9	+56,5	-0,4
Deutschland¹⁾	537 975	773 538	823 110	100,0	+53,0	+6,4
Westdeutschland	486 022	686 482	730 125	92,3	+50,2	+6,4
Ostdeutschland	32 895	56 720	61 304	7,7	+86,4	+8,1

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Importe. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

34. Bestand an Auslandsinvestitionen

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2002	2006	2007	2002	2007	07/02	07/06
	Mio. €			%		%	
Baden-Württemberg	88 227	103 194	112 984	14,7	13,7	+ 28,1	+ 9,5
Bayern	147 965	162 449	196 413	24,7	23,9	+ 32,7	+ 20,9
Berlin	6 444	7 250	9 669	1,1	1,2	+ 50,0	+ 33,4
Brandenburg	162	187	251	0,0	0,0	+ 54,9	+ 34,2
Bremen	953	635	713	0,2	0,1	- 25,2	+ 12,3
Hamburg	14 321	28 718	41 746	2,4	5,1	+ 191,5	+ 45,4
Hessen	87 379	111 635	123 350	14,6	15,0	+ 41,2	+ 10,5
Mecklenburg-Vorpommern	264	319	453	0,0	0,1	+ 71,6	+ 42,0
Niedersachsen	35 511	48 196	54 941	5,9	6,7	+ 54,7	+ 14,0
Nordrhein-Westfalen	183 806	227 652	242 370	30,7	29,4	+ 31,9	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	29 041	29 365	31 762	4,8	3,9	+ 9,4	+ 8,2
Saarland	1 800	2 971	3 155	0,3	0,4	+ 75,3	+ 6,2
Sachsen	508	1 023	988	0,1	0,1	+ 94,5	- 3,4
Sachsen-Anhalt	64	194	447	0,0	0,1	+ 598,4	+ 130,4
Schleswig-Holstein	2 407	3 728	3 262	0,4	0,4	+ 35,5	- 12,5
Thüringen	676	612	782	0,1	0,1	+ 15,7	27,8
Deutschland	599 528	728 129	823 285	100,0	100,0	+ 37,3	+ 13,1
Westdeutschland	591 410	718 543	810 696	98,6	98,5	+ 37,1	+ 12,8
Ostdeutschland	8 118	9 585	12 590	1,4	1,5	+ 55,1	+ 31,4

Quelle: Deutsche Bundesbank

35. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2002	2006	2007	2002	2007	07/02	07/06
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	59 974	79 730	84 392	11,7	13,3	+ 40,7	+ 5,8
Bayern	63 805	82 919	102 020	12,4	16,1	+ 59,9	+ 23,0
Berlin	12 348	20 999	24 684	2,4	3,9	+ 99,9	+ 17,5
Brandenburg	1 095	962	1 682	0,2	0,3	+ 53,6	+ 74,8
Bremen	3 873	4 754	4 454	0,8	0,7	+ 15,0	- 6,3
Hamburg	49 867	70 416	72 664	9,7	11,5	+ 45,7	+ 3,2
Hessen	94 889	109 996	113 903	18,5	18,0	+ 20,0	+ 3,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 119	2 884	2 745	0,2	0,4	+ 145,3	- 4,8
Niedersachsen	11 554	16 611	17 197	2,3	2,7	+ 48,8	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	185 940	167 575	175 598	36,2	27,7	- 5,6	+ 4,8
Rheinland-Pfalz	11 431	12 269	13 159	2,2	2,1	+ 15,1	+ 7,3
Saarland	1 540	2 008	2 466	0,3	0,4	+ 60,1	+ 22,8
Sachsen	1 839	2 305	3 165	0,4	0,5	+ 72,1	+ 37,3
Sachsen-Anhalt	3 565	4 084	5 272	0,7	0,8	+ 47,9	+ 29,1
Schleswig-Holstein	9 208	9 612	9 070	1,8	1,4	- 1,5	- 5,6
Thüringen	988	1 311	1 734	0,2	0,3	+ 75,5	32,3
Deutschland	513 034	588 437	634 204	100,0	100,0	+ 23,6	+ 7,8
Westdeutschland	492 081	555 890	594 923	95,9	93,8	+ 20,9	+ 7,0
Ostdeutschland	20 954	32 545	39 282	4,1	6,2	+ 87,5	+ 20,7

Quelle: Deutsche Bundesbank

36. Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Auslandsumsatz			Anteil am Gesamtumsatz			Veränderung Auslandsumsatz	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	104 656	145 111	141 681	43,3	51,3	49,9	+35,4	-2,4
Bayern	115 555	156 281	156 740	44,2	49,5	49,1	+35,6	+0,3
Berlin	7 497	10 247	10 563	25,0	34,5	38,0	+40,9	+3,1
Brandenburg	3 342	5 072	5 282	19,8	25,6	25,4	+58,0	+4,1
Bremen	10 795	8 976	10 470	52,2	51,1	52,4	-3,0	+16,6
Hamburg	10 203	16 730	18 386	14,8	23,5	23,9	+80,2	+9,9
Hessen	34 430	46 397	47 389	41,0	48,7	48,9	+37,6	+2,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 087	2 917	3 129	24,6	26,6	26,9	+49,9	+7,3
Niedersachsen	55 731	74 528	79 520	40,2	44,1	44,0	+42,7	+6,7
Nordrhein-Westfalen	103 146	143 056	146 847	35,9	43,5	43,3	+42,4	+2,7
Rheinland-Pfalz	28 427	38 038	39 162	45,1	50,2	49,8	+37,8	+3,0
Saarland	7 008	11 743	12 575	38,8	48,2	48,2	+79,4	+7,1
Sachsen	10 701	19 569	19 168	28,7	38,2	36,8	+79,1	-2,0
Sachsen-Anhalt	4 639	9 771	10 599	19,8	28,3	29,3	+128,5	+8,5
Schleswig-Holstein	9 709	12 955	13 280	35,3	42,2	41,9	+36,8	+2,5
Thüringen	5 540	8 740	8 868	25,6	33,6	32,7	+60,1	+1,5
Deutschland	513 467	710 130	723 660	38,1	44,8	44,4	+40,9	+1,9
Westdeutschland	479 660	653 815	666 050	39,6	46,3	45,8	+38,9	+1,9
Ostdeutschland	33 806	56 316	57 609	24,5	32,7	32,8	+70,4	+2,3

37. Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland						Durchschnittliche Aufenthalts- dauer 2008	Veränderung der Über- nachtungen insgesamt	
	insgesamt			in Prozent von allen Übernachtungen				08/03	08/07
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	%		
	Anzahl (1 000)			%					
Baden-Württemberg	5 824	7 437	7 692	14,6	17,5	17,6	2,3	+32,1	+3,4
Bayern	9 493	12 803	12 830	12,9	16,8	16,7	2,1	+35,1	+0,2
Berlin	3 390	6 614	7 045	29,7	38,3	39,6	2,6	+107,8	+6,5
Brandenburg	514	706	741	5,5	7,1	7,3	2,1	+44,1	+5,0
Bremen ¹⁾	265	370	378	20,2	24,2	22,9	2,0	+42,4	+2,1
Hamburg ¹⁾	1 104	1 536	1 612	20,3	20,8	20,9	2,1	+46,1	+4,9
Hessen	4 636	5 382	5 308	18,6	20,0	19,4	1,9	+14,5	-1,4
Mecklenburg-Vorpommern	621	754	837	2,4	2,9	3,0	2,7	+34,8	+11,1
Niedersachsen	2 185	2 734	2 856	6,2	7,6	7,7	2,4	+30,7	+4,5
Nordrhein-Westfalen	6 172	7 755	8 055	16,9	19,2	19,4	2,3	+30,5	+3,9
Rheinland-Pfalz	4 497	4 824	5 120	22,6	24,2	25,3	2,9	+13,9	+6,2
Saarland	243	299	264	11,1	13,1	11,7	2,4	+8,5	-11,7
Sachsen	968	1 345	1 465	6,6	8,4	9,1	2,3	+51,3	+8,9
Sachsen-Anhalt	314	417	464	5,5	6,4	6,9	2,3	+47,8	+11,5
Schleswig-Holstein	1 016	1 276	1 345	4,4	5,4	5,6	2,1	+32,5	+5,4
Thüringen	456	530	524	5,3	5,8	5,7	2,3	+15,0	-1,0
Deutschland	41 699	54 779	56 537	12,3	15,1	15,3	2,3	+35,6	+3,2
Westdeutschland	35 436	44 415	45 460	13,5	16,1	16,1	...	+28,3	+2,4
Ostdeutschland	6 263	10 365	11 077	8,3	12,2	12,6	...	+76,9	+6,9

1) Bremen und Hamburg 2003 ohne Campingplätze.

38. Wanderungssalden über die Grenzen des Bundesgebiets

Land	Wanderungssaldo						Zu- oder Abnahme des Saldos	
	insgesamt			je 1 000 Einwohner			07/02	07/06
	2002	2006	2007	2002	2006	2007		
	Anzahl							
Baden-Württemberg	16 841	- 1 743	2 353	1,6	-0,2	0,2	-14 488	+4 096
Bayern	22 197	3 183	7 490	1,8	0,3	0,6	-14 707	+4 307
Berlin	9 735	8 724	4 619	2,9	2,6	1,4	-5 116	-4 105
Brandenburg	3 009	- 248	53	1,2	-0,1	0,0	-2 956	+ 301
Bremen	3 446	811	1 089	5,2	1,2	1,6	-2 357	+ 278
Hamburg	258	2 855	5 451	0,1	1,6	3,1	+5 193	+2 596
Hessen	9 665	- 15 752	- 3 920	1,6	-2,6	-0,6	-13 585	+11 832
Mecklenburg-Vorpommern	2 538	878	879	1,4	0,5	0,5	-1 659	+ 1
Niedersachsen	99 228	13 149	11 727	12,5	1,6	1,5	-87 501	-1 422
Nordrhein-Westfalen	29 176	9 666	10 046	1,6	0,5	0,6	-19 130	+ 380
Rheinland-Pfalz	4 136	- 1 004	3 085	1,0	-0,2	0,8	-1 051	+4 089
Saarland	2 908	298	338	2,7	0,3	0,3	-2 570	+ 40
Sachsen	6 899	974	40	1,6	0,2	0,0	-6 859	- 934
Sachsen-Anhalt	2 662	1 068	- 50	1,0	0,4	0,0	-2 712	-1 118
Schleswig-Holstein	4 300	422	690	1,5	0,1	0,2	-3 610	+ 268
Thüringen	2 290	- 490	22	1,0	-0,2	0,0	-2 268	+ 512
Deutschland	219 288	22 791	43 912	2,7	0,3	0,5	-175 376	+21 121
Westdeutschland	192 155	11 885	38 349	2,9	0,2	0,6	-153 806	+26 464
Ostdeutschland	27 133	3 715	- 971	1,6	0,2	-0,1	-28 104	-4 686

Finanzen

39. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Bereinigte Ausgaben/BIP
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	44 199	45 589	47 805	4 138	4 242	4 445	+8,2	+4,9	13,1
Bayern	52 046	53 936	59 875	4 198	4 314	4 783	+15,0	+11,0	13,5
Berlin	20 619	20 715	20 862	6 080	6 083	6 091	+1,2	+0,7	23,8
Brandenburg	11 978	12 127	12 308	4 651	4 771	4 866	+2,8	+1,5	22,4
Bremen	4 253	4 028	4 103	6 417	6 076	6 200	-3,5	+1,9	14,8
Hamburg	10 606	10 416	11 135	6 124	5 917	6 296	+5,0	+6,9	12,4
Hessen	28 337	30 688	31 324	4 654	5 055	5 161	+10,5	+2,1	14,2
Mecklenburg-Vorpommern	8 621	8 110	8 212	4 960	4 807	4 909	-4,7	+1,3	22,9
Niedersachsen	31 920	32 369	33 233	3 996	4 053	4 171	+4,1	+2,7	15,5
Nordrhein-Westfalen	76 882	79 399	79 881	4 254	4 409	4 446	+3,9	+0,6	14,8
Rheinland-Pfalz	16 310	16 731	17 816	4 021	4 132	4 411	+9,2	+6,5	16,6
Saarland	4 378	4 547	4 587	4 119	4 374	4 437	+4,8	+0,9	14,7
Sachsen	20 133	18 939	19 400	4 645	4 473	4 613	-3,6	+2,4	20,4
Sachsen-Anhalt	12 661	11 623	11 703	4 993	4 786	4 880	-7,6	+0,7	21,8
Schleswig-Holstein	11 388	11 871	12 622	4 042	4 188	4 452	+10,8	+6,3	17,2
Thüringen	10 762	10 640	10 787	4 516	4 625	4 735	+0,2	+1,4	21,6
Deutschland	357 249	363 403	376 473	4 329	4 418	4 584	+5,4	+3,6	15,1
Westdeutschland	280 319	289 574	302 381	4 276	4 410	4 608	+7,9	+4,4	14,3
Ostdeutschland	84 774	82 154	83 272	4 999	4 950	5 044	-1,8	+1,4	22,1

1) Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

40. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	18 477	18 935	19 443	1 730	1 762	1 808	+5,2	+2,7	40,7
Bayern	20 823	21 808	22 627	1 680	1 744	1 807	+8,7	+3,8	37,8
Berlin	7 009	6 235	6 293	2 067	1 831	1 837	-10,2	+0,9	30,2
Brandenburg	3 891	3 528	3 600	1 511	1 388	1 423	-7,5	+2,0	29,2
Bremen	1 343	1 266	1 287	2 026	1 910	1 945	-4,2	+1,7	31,4
Hamburg	3 352	3 187	3 289	1 936	1 810	1 860	-1,9	+3,2	29,5
Hessen	10 204	10 624	10 913	1 676	1 750	1 798	+6,9	+2,7	34,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 849	2 371	2 401	1 639	1 405	1 435	-15,7	+1,3	29,2
Niedersachsen	12 619	12 495	12 870	1 580	1 564	1 615	+2,0	+3,0	38,7
Nordrhein-Westfalen	29 515	29 338	29 230	1 633	1 629	1 627	-1,0	-0,4	36,6
Rheinland-Pfalz	6 652	6 700	6 925	1 640	1 655	1 715	+4,1	+3,4	38,9
Saarland	1 892	1 746	1 781	1 780	1 680	1 723	-5,9	+2,0	38,8
Sachsen	6 407	5 968	6 161	1 478	1 410	1 465	-3,8	+3,2	31,8
Sachsen-Anhalt	4 286	3 615	3 677	1 690	1 489	1 533	-14,2	+1,7	31,4
Schleswig-Holstein	4 536	4 330	4 414	1 610	1 528	1 557	-2,7	+1,9	35,0
Thüringen	3 690	3 519	3 315	1 548	1 530	1 455	-10,2	-5,8	30,7
Deutschland	137 543	135 663	138 226	1 667	1 649	1 683	+0,5	+1,9	36,7
Westdeutschland	109 413	110 429	112 779	1 669	1 682	1 719	+3,1	+2,1	37,3
Ostdeutschland	28 132	25 236	25 447	1 659	1 520	1 541	-9,5	+0,8	30,6

41. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitionsquote 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	4 161	3 972	4 434	390	370	412	+6,6	+11,6	9,3
Bayern	5 604	5 981	6 339	452	478	506	+13,1	+6,0	10,6
Berlin	299	307	274	88	90	80	-8,4	-10,7	1,3
Brandenburg	1 303	1 066	932	506	419	368	-28,5	-12,6	7,6
Bremen	223	96	95	336	145	144	-57,4	-1,0	2,3
Hamburg	488	401	496	282	228	280	+1,6	+23,7	4,5
Hessen	2 234	2 250	2 219	367	371	366	-0,7	-1,4	7,1
Mecklenburg-Vorpommern	848	727	643	488	431	384	-24,2	-11,6	7,8
Niedersachsen	2 094	1 650	1 922	262	207	241	-8,2	+16,5	5,8
Nordrhein-Westfalen	3 952	3 463	3 366	219	192	187	-14,8	-2,8	4,2
Rheinland-Pfalz	1 321	1 108	1 199	326	274	297	-9,2	+8,2	6,7
Saarland	248	262	268	233	252	259	+8,1	+2,3	5,8
Sachsen	2 488	2 111	2 170	574	499	516	-12,8	+2,8	11,2
Sachsen-Anhalt	1 164	852	836	459	351	349	-28,2	-1,9	7,1
Schleswig-Holstein	885	884	956	314	312	337	+8,0	+8,1	7,6
Thüringen	1 157	1 024	1 031	486	445	453	-10,9	+0,7	9,6
Deutschland	28 469	26 155	27 181	345	318	331	-4,5	+3,9	7,2
Westdeutschland	21 210	20 067	21 294	324	306	325	+0,4	+6,1	7,0
Ostdeutschland	7 259	6 087	5 886	428	367	357	-18,9	-3,3	7,1

42. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Zinsausgaben insgesamt			Zinsausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Zins-Steuer-Quote 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	2 232	2 242	2 151	209	209	200	-3,6	-4,1	5,4
Bayern	1 912	1 648	1 581	154	132	126	-17,3	-4,1	3,4
Berlin	2 255	2 457	2 303	665	722	672	+2,1	-6,3	21,6
Brandenburg	873	895	912	339	352	361	+4,5	+1,9	12,9
Bremen	496	571	600	748	861	907	+21,0	+5,1	25,9
Hamburg	1 015	987	1 026	586	561	580	+1,1	+4,0	11,1
Hessen	1 817	1 892	1 899	298	312	313	+4,5	+0,4	7,8
Mecklenburg-Vorpommern	593	565	539	341	335	322	-9,1	-4,6	12,1
Niedersachsen	2 812	2 737	2 756	352	343	346	-2,0	+0,7	11,3
Nordrhein-Westfalen	6 120	6 392	6 451	339	355	359	+5,4	+0,9	10,6
Rheinland-Pfalz	1 384	1 461	1 598	341	361	396	+15,5	+9,4	12,8
Saarland	455	510	531	428	491	514	+16,7	+4,1	16,8
Sachsen	860	706	659	198	167	157	-23,4	-6,7	5,6
Sachsen-Anhalt	1 049	1 084	1 152	414	446	480	+9,8	+6,3	17,7
Schleswig-Holstein	1 027	1 051	1 055	365	371	372	+2,7	+0,4	12,2
Thüringen	817	822	796	343	357	349	-2,6	-3,2	12,8
Deutschland	25 714	26 019	26 009	312	316	317	+1,1	-0,0	9,4
Westdeutschland	19 270	19 491	19 648	294	297	299	+2,0	+0,8	8,5
Ostdeutschland	6 447	6 529	6 361	380	393	385	-1,3	-2,6	13,6

43. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahme-Quote 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	41 523	49 316	50 927	3 888	4 589	4 736	+22,6	+3,3	77,9
Bayern	48 184	58 857	61 547	3 887	4 708	4 916	+27,7	+4,6	75,6
Berlin	16 210	25 360	21 705	4 780	7 447	6 338	+33,9	-14,4	49,2
Brandenburg	10 729	12 867	12 970	4 166	5 062	5 127	+20,9	+0,8	54,3
Bremen	3 480	3 319	3 657	5 251	5 006	5 526	+5,1	+10,2	63,4
Hamburg	8 762	10 651	11 025	5 059	6 051	6 233	+25,8	+3,5	83,8
Hessen	25 588	31 336	31 338	4 202	5 162	5 163	+22,5	+0,0	77,5
Mecklenburg-Vorpommern	7 577	8 578	8 765	4 359	5 084	5 239	+15,7	+2,2	50,7
Niedersachsen	27 626	32 591	33 445	3 458	4 080	4 197	+21,1	+2,6	72,9
Nordrhein-Westfalen	67 200	79 081	80 603	3 718	4 391	4 486	+19,9	+1,9	75,2
Rheinland-Pfalz	14 383	16 192	16 756	3 546	3 999	4 149	+16,5	+3,5	74,7
Saarland	3 822	4 123	4 073	3 596	3 966	3 940	+6,6	-1,2	77,6
Sachsen	19 515	21 393	21 546	4 503	5 053	5 124	+10,4	+0,7	54,4
Sachsen-Anhalt	10 856	12 010	12 106	4 281	4 945	5 048	+11,5	+0,8	53,7
Schleswig-Holstein	9 986	11 526	11 944	3 544	4 066	4 213	+19,6	+3,6	72,5
Thüringen	9 555	11 111	11 426	4 010	4 830	5 016	+19,6	+2,8	54,5
Deutschland	317 151	379 985	384 651	3 843	4 619	4 684	+21,3	+1,2	72,3
Westdeutschland	250 554	296 992	305 315	3 822	4 523	4 653	+21,9	+2,8	75,8
Ostdeutschland	74 442	91 319	88 518	4 390	5 502	5 362	+18,9	-3,1	52,7

1) Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

44. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmen / BIP 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	29 975	38 025	39 668	2 807	3 538	3 689	+32,3	+4,3	10,9
Bayern	33 503	43 501	46 515	2 702	3 479	3 715	+38,8	+6,9	10,5
Berlin	7 706	10 085	10 685	2 272	2 962	3 120	+38,7	+5,9	12,2
Brandenburg	5 048	6 736	7 047	1 960	2 650	2 786	+39,6	+4,6	12,8
Bremen	1 873	2 105	2 320	2 826	3 175	3 506	+23,9	+10,2	8,4
Hamburg	7 146	8 501	9 244	4 126	4 829	5 226	+29,4	+8,7	10,3
Hessen	18 373	24 211	24 272	3 017	3 988	3 999	+32,1	+0,3	11,0
Mecklenburg-Vorpommern	3 418	4 207	4 446	1 966	2 494	2 658	+30,1	+5,7	12,4
Niedersachsen	17 960	22 793	24 393	2 248	2 854	3 061	+35,8	+7,0	11,4
Nordrhein-Westfalen	46 619	58 782	60 587	2 579	3 264	3 372	+30,0	+3,1	11,2
Rheinland-Pfalz	9 182	11 856	12 516	2 264	2 928	3 099	+36,3	+5,6	11,6
Saarland	2 334	3 094	3 159	2 196	2 976	3 056	+35,3	+2,1	10,1
Sachsen	8 867	11 067	11 722	2 046	2 614	2 788	+32,2	+5,9	12,3
Sachsen-Anhalt	4 958	6 171	6 501	1 955	2 541	2 711	+31,1	+5,3	12,1
Schleswig-Holstein	6 867	8 285	8 655	2 437	2 923	3 053	+26,0	+4,5	11,8
Thüringen	4 675	5 888	6 222	1 962	2 559	2 731	+33,1	+5,7	12,5
Deutschland	208 502	265 308	277 954	2 527	3 225	3 384	+33,3	+4,8	11,2
Westdeutschland	173 832	221 153	231 329	2 652	3 368	3 525	+33,1	+4,6	10,9
Ostdeutschland	34 672	44 154	46 623	2 045	2 660	2 824	+34,5	+5,6	12,4

45. Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	LFA und BEZ insgesamt			LFA und BEZ je Einwohner			Veränderung insgesamt		(LFA + BEZ) ber. Einnahmen 2008
	2003	2007	2008 ¹⁾	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	- 2 169	- 2 316	- 2 521	- 203	- 215	- 234	- 352	- 205	-5,0
Bayern	- 1 859	- 2 311	- 2 938	- 150	- 185	- 235	- 1 079	- 627	-4,8
Berlin	5 194	5 829	6 129	1 532	1 712	1 790	+ 935	+ 300	+28,2
Brandenburg	2 329	2 667	2 586	904	1 049	1 022	+ 257	- 81	+19,9
Bremen	1 006	685	731	1 518	1 033	1 105	- 275	+ 46	+20,0
Hamburg	- 656	- 368	- 375	- 379	- 209	- 212	+ 281	- 7	-3,4
Hessen	- 1 876	- 2 885	- 2 489	- 308	- 475	- 410	- 613	+ 396	-7,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 758	1 987	2 014	1 011	1 178	1 204	+ 256	+ 27	+23,0
Niedersachsen	1 033	484	490	129	61	61	- 543	+ 6	+1,5
Nordrhein-Westfalen	- 50	- 38	50	- 3	- 2	3	+ 100	+ 88	+0,1
Rheinland-Pfalz	806	569	618	199	141	153	- 188	+ 49	+3,7
Saarland	604	248	238	568	239	230	- 366	- 10	+5,8
Sachsen	4 111	4 661	4 632	948	1 101	1 102	+ 521	- 29	+21,5
Sachsen-Anhalt	2 511	2 743	2 728	990	1 129	1 137	+ 217	- 15	+22,5
Schleswig-Holstein	147	262	328	52	92	116	+ 181	+ 66	+2,7
Thüringen	2 326	2 606	2 585	976	1 133	1 135	+ 259	- 21	+22,6
Deutschland	15 215	14 823	14 806	184	180	180	- 409	- 17	+3,8
Westdeutschland	- 3 014	- 5 670	- 5 868	- 46	- 86	- 89	- 2 854	- 198	-1,9
Ostdeutschland	18 229	20 493	20 674	1 075	1 235	1 252	+ 2 445	+ 181	+23,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
1) Vorläufige Angaben

46. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Saldo insgesamt			Saldo je Einwohner			Veränderung insgesamt		Finanzierungs-saldo / BIP
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			Mio. €		%
Baden-Württemberg	- 2 676	3 727	3 122	- 251	347	290	+ 5 798	- 605	0,9
Bayern	- 3 862	4 921	1 672	- 312	394	134	+ 5 534	- 3 249	0,4
Berlin	- 4 409	4 645	843	- 1 300	1 364	246	+ 5 252	- 3 802	1,0
Brandenburg	- 1 249	740	662	- 485	291	262	+ 1 911	- 78	1,2
Bremen	- 773	- 709	- 446	- 1 166	- 1 069	- 674	+ 327	+ 263	-1,6
Hamburg	- 1 844	235	- 110	- 1 065	133	- 62	+ 1 734	- 345	-0,1
Hessen	- 2 749	648	14	- 451	107	2	+ 2 763	- 634	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	- 1 044	468	553	- 601	277	331	+ 1 597	+ 85	1,5
Niedersachsen	- 4 294	222	212	- 538	28	27	+ 4 506	- 10	0,1
Nordrhein-Westfalen	- 9 682	- 318	722	- 536	- 18	40	+ 10 404	+ 1 040	0,1
Rheinland-Pfalz	- 1 927	- 539	- 1 060	- 475	- 133	- 262	+ 867	- 521	-1,0
Saarland	- 556	- 424	- 514	- 523	- 408	- 497	+ 42	- 90	-1,6
Sachsen	- 618	2 454	2 146	- 143	580	510	+ 2 764	- 308	2,3
Sachsen-Anhalt	- 1 805	387	403	- 712	159	168	+ 2 208	+ 16	0,7
Schleswig-Holstein	- 1 402	- 345	- 678	- 498	- 122	- 239	+ 724	- 333	-0,9
Thüringen	- 1 207	471	639	- 506	205	280	+ 1 846	+ 168	1,3
Deutschland	- 40 098	16 582	8 178	- 486	202	100	+ 48 276	- 8 404	0,3
Westdeutschland	- 29 765	7 418	2 934	- 454	113	45	+ 32 699	- 4 484	0,1
Ostdeutschland	- 10 332	9 165	5 246	- 609	552	318	+ 15 578	- 3 919	1,4

47. Kreditmarktschulden der Kernhaushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner			Veränderung insgesamt		Kreditfin. -quote ¹⁾ 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	42 256	47 751	47 217	3 956	4 443	4 391	+11,7	-1,1	-1,1
Bayern	34 586	36 700	35 127	2 790	2 935	2 806	+1,6	-4,3	-2,6
Berlin	48 727	56 645	55 961	14 368	16 634	16 340	+14,8	-1,2	-3,3
Brandenburg	18 048	18 914	18 737	7 007	7 441	7 407	+3,8	-0,9	-1,4
Bremen	10 606	14 305	15 277	16 003	21 578	23 084	+44,0	+6,8	23,7
Hamburg	19 355	21 619	21 618	11 176	12 281	12 223	+11,7	-0,0	0,0
Hessen	34 934	37 712	38 029	5 737	6 212	6 266	+8,9	+0,8	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	11 595	11 818	11 522	6 671	7 005	6 887	-0,6	-2,5	-3,6
Niedersachsen	51 244	56 792	57 293	6 414	7 110	7 190	+11,8	+0,9	1,5
Nordrhein-Westfalen	119 654	137 313	136 822	6 620	7 624	7 615	+14,3	-0,4	-0,6
Rheinland-Pfalz	26 721	30 494	30 490	6 587	7 531	7 549	+14,1	-0,0	0,0
Saarland	7 884	10 097	10 453	7 418	9 712	10 112	+32,6	+3,5	7,8
Sachsen	16 541	14 998	13 261	3 816	3 542	3 154	-19,8	-11,6	-9,0
Sachsen-Anhalt	20 005	23 115	22 700	7 889	9 518	9 465	+13,5	-1,8	-3,5
Schleswig-Holstein	20 871	24 296	24 502	7 408	8 571	8 642	+17,4	+0,8	1,6
Thüringen	15 995	18 295	17 762	6 712	7 952	7 797	+11,0	-2,9	-4,9
Deutschland	499 022	560 864	556 771	6 047	6 818	6 779	+11,6	-0,7	-1,1
Westdeutschland	368 111	417 079	416 828	5 615	6 352	6 352	+13,2	-0,1	-0,1
Ostdeutschland	130 911	143 785	139 943	7 720	8 663	8 477	+6,9	-2,7	-4,6

1) Kreditfinanzierungsquote = (Schuldenaufnahme abzgl. Schuldentilgung am Kreditmarkt) / bereinigte Gesamtausgaben.

48. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt, der öffentlichen Unternehmen sowie Kassenkredite

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner			Veränderung insgesamt		Schulden/BIP 2008
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	57 217	70 784	72 057	5 357	6 586	6 700	+25,9	+1,8	19,8
Bayern	48 446	52 000	50 387	3 908	4 159	4 025	+4,0	-3,1	11,3
Berlin	61 795	66 996	66 552	18 221	19 674	19 432	+7,7	-0,7	76,0
Brandenburg	25 465	26 425	25 887	9 887	10 396	10 234	+1,7	-2,0	47,1
Bremen	12 692	16 374	17 097	19 151	24 699	25 834	+34,7	+4,4	61,6
Hamburg	31 027	32 781	31 569	17 916	18 622	17 849	+1,7	-3,7	35,2
Hessen	47 997	54 782	57 482	7 883	9 024	9 471	+19,8	+4,9	26,0
Mecklenburg-Vorpommern	17 382	17 785	17 334	10 000	10 542	10 361	-0,3	-2,5	48,3
Niedersachsen	62 067	74 484	75 416	7 769	9 325	9 464	+21,5	+1,3	35,2
Nordrhein-Westfalen	154 654	186 774	187 782	8 557	10 371	10 451	+21,4	+0,5	34,7
Rheinland-Pfalz	34 745	40 772	41 061	8 565	10 070	10 167	+18,2	+0,7	38,2
Saarland	12 199	15 769	16 543	11 479	15 168	16 003	+35,6	+4,9	53,0
Sachsen	28 199	23 965	21 884	6 506	5 660	5 204	-22,4	-8,7	23,0
Sachsen-Anhalt	26 623	29 905	29 277	10 499	12 314	12 207	+10,0	-2,1	54,4
Schleswig-Holstein	23 110	28 523	28 980	8 202	10 062	10 221	+25,4	+1,6	39,4
Thüringen	21 926	23 616	23 052	9 201	10 265	10 119	+5,1	-2,4	46,3
Deutschland	665 544	761 735	762 360	8 065	9 260	9 283	+14,5	+0,1	30,6
Westdeutschland	484 154	573 043	578 374	7 385	8 727	8 814	+19,5	+0,9	27,3
Ostdeutschland	181 390	188 692	183 986	10 696	11 369	11 145	+1,4	-2,5	48,8

Innovation

49. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	2003	2007	2008		2003	2008	08/03	08/07
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl			
Baden-Württemberg	101 975	106 566	105 476	9,8	81 598	82 998	+ 3,4	- 1,0
Bayern	133 107	142 885	143 103	11,4	109 556	116 871	+ 7,5	+ 0,2
Berlin	37 374	44 290	41 143	12,0	32 008	36 714	+ 10,1	- 7,1
Brandenburg	24 012	23 555	23 464	9,3	20 790	19 197	- 2,3	- 0,4
Bremen	5 822	6 407	6 156	9,3	5 057	5 504	+ 5,7	- 3,9
Hamburg	19 992	21 918	22 781	12,9	17 485	19 914	+ 14,0	+ 3,9
Hessen	67 046	77 768	75 938	12,5	56 041	62 775	+ 13,3	- 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	16 236	14 666	14 588	8,7	14 199	12 356	- 10,2	- 0,5
Niedersachsen	72 099	73 703	70 636	8,9	60 392	58 069	- 2,0	- 4,2
Nordrhein-Westfalen	170 712	180 727	175 014	9,7	145 148	147 682	+ 2,5	- 3,2
Rheinland-Pfalz	39 338	41 540	40 706	10,1	33 510	34 080	+ 3,5	- 2,0
Saarland	8 761	8 788	9 047	8,8	7 539	7 602	+ 3,3	+ 2,9
Sachsen	41 952	39 038	39 526	9,4	37 542	33 628	- 5,8	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	19 645	17 868	16 622	6,9	17 618	14 404	- 15,4	- 7,0
Schleswig-Holstein	31 587	30 781	31 074	11,0	25 624	24 884	- 1,6	+ 1,0
Thüringen	21 050	18 061	18 007	7,9	18 095	15 034	- 14,5	- 0,3
Deutschland	810 706	848 561	833 281	10,1	682 202	691 712	+ 2,8	- 1,8
Westdeutschland	650 439	691 083	679 931	10,4	541 950	560 379	+ 4,5	- 1,6
Ostdeutschland	160 269	157 478	153 350	9,3	140 252	131 333	- 4,3	- 2,6

50. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	2003	2007	2008		2003	2008	08/03	08/07
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl			
Baden-Württemberg	86 112	90 762	94 838	8,8	63 955	72 083	+ 10,1	+ 4,5
Bayern	101 071	113 734	116 132	9,3	75 792	88 397	+ 14,9	+ 2,1
Berlin	29 654	32 782	31 974	9,3	24 324	27 656	+ 7,8	- 2,5
Brandenburg	17 058	22 040	21 773	8,6	13 517	17 766	+ 27,6	- 1,2
Bremen	4 636	5 446	5 240	7,9	3 925	4 514	+ 13,0	- 3,8
Hamburg	13 964	14 890	16 972	9,6	11 850	14 546	+ 21,5	+ 14,0
Hessen	57 612	64 525	67 453	11,1	45 017	54 007	+ 17,1	+ 4,5
Mecklenburg-Vorpommern	14 232	13 480	14 091	8,4	12 132	11 825	- 1,0	+ 4,5
Niedersachsen	56 376	60 766	62 812	7,9	45 098	49 463	+ 11,4	+ 3,4
Nordrhein-Westfalen	143 085	154 119	158 905	8,8	114 922	130 388	+ 11,1	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	31 896	35 043	37 126	9,2	25 479	30 291	+ 16,4	+ 5,9
Saarland	7 447	7 656	8 161	7,9	6 145	6 752	+ 9,6	+ 6,6
Sachsen	32 600	34 964	36 696	8,7	27 783	30 448	+ 12,6	+ 5,0
Sachsen-Anhalt	16 499	16 989	16 944	7,1	14 532	14 695	+ 2,7	- 0,3
Schleswig-Holstein	23 654	24 926	25 523	9,0	17 783	19 893	+ 7,9	+ 2,4
Thüringen	17 227	17 007	17 635	7,7	13 813	14 214	+ 2,4	+ 3,7
Deutschland	653 123	709 130	732 275	8,9	516 067	586 938	+ 12,1	+ 3,3
Westdeutschland	525 853	571 867	593 162	9,0	409 966	470 334	+ 12,8	+ 3,7
Ostdeutschland	127 270	137 262	139 113	8,4	106 101	116 604	+ 9,3	+ 1,3

51. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		je tätige Person		07/02	07/06
	2002	2006	2007			
	Mio. €		€		%	
Baden-Württemberg	8 924,9	9 312,8	10 399,3	8 460	+16,5	+11,7
Bayern	9 761,9	10 311,9	11 918,1	9 894	+22,1	+15,6
Berlin	888,3	971,3	840,5	8 513	-5,4	-13,5
Brandenburg	872,0	1 016,0	1 046,3	11 549	+20,0	+3,0
Bremen	497,1	563,4	583,2	10 531	+17,3	+3,5
Hamburg	830,8	952,6	869,1	9 270	+4,6	-8,8
Hessen	3 108,5	2 727,1	3 177,2	7 693	+2,2	+16,5
Mecklenburg-Vorpommern	350,7	610,1	624,8	10 707	+78,2	+2,4
Niedersachsen	4 646,7	3 708,3	4 535,2	8 832	- 2,4	+ 22,3
Nordrhein-Westfalen	9 787,8	8 654,7	10 504,1	8 185	+7,3	+21,4
Rheinland-Pfalz	2 801,0	2 153,1	2 550,3	9 079	-9,0	+18,4
Saarland	1 029,1	650,9	1 027,2	10 551	-0,2	+57,8
Sachsen	2 574,9	3 323,4	3 370,7	13 862	+30,9	+1,4
Sachsen-Anhalt	1 220,9	1 446,7	1 776,8	14 417	+45,5	+22,8
Schleswig-Holstein	769,9	864,2	922,9	7 208	+19,9	+6,8
Thüringen	1 192,1	1 305,8	1 451,6	9 326	+21,8	+11,2
Deutschland	49 256,6	48 572,3	55 597,3	9 161	+ 12,9	+ 14,5
Westdeutschland	42 157,7	39 899,0	46 486,6	8 773	+10,3	+16,5
Ostdeutschland	7 098,9	8 673,3	9 110,7	11 836	+28,3	+5,0

52. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen insgesamt ¹⁾	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%			%	
Baden-Württemberg	13 888	13 638	15 081	130	127	140	+ 8,6	+ 10,6
Bayern	14 279	13 616	13 528	115	109	108	- 5,3	- 0,6
Berlin	1 101	992	891	32	29	26	- 19,1	- 10,2
Brandenburg	386	389	366	15	15	14	- 5,2	- 5,9
Bremen	164	178	144	25	27	22	- 12,2	- 19,1
Hamburg	998	973	1 100	58	55	62	+ 10,2	+ 13,1
Hessen	3 981	2 963	2 678	65	49	44	- 32,7	- 9,6
Mecklenburg-Vorpommern	231	170	186	13	10	11	- 19,5	9,4
Niedersachsen	2 983	2 715	3 351	37	34	42	+ 12,3	+ 23,4
Nordrhein-Westfalen	8 796	8 190	7 797	49	45	43	- 11,4	- 4,8
Rheinland-Pfalz	2 531	1 235	1 274	62	31	32	- 49,7	+ 3,2
Saarland	330	331	295	31	32	29	- 10,6	- 10,9
Sachsen	824	923	998	19	22	24	+ 21,1	+ 8,1
Sachsen-Anhalt	455	327	356	18	13	15	- 21,8	+ 8,9
Schleswig-Holstein	647	615	590	23	22	21	- 8,8	- 4,1
Thüringen	831	598	605	35	26	27	- 27,2	+ 1,2
Deutschland	52 425	47 853	49 240	64	58	60	- 6,1	+ 2,9
Westdeutschland	48 597	44 454	45 838	74	68	70	- 5,7	+ 3,1
Ostdeutschland	3 828	3 399	3 402	23	20	21	- 11,1	+ 0,1

1) Bedingt durch die Reform des internationalen Patentrechtsabkommens von 2004 sind die Werte ab 2004 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

53. Internet-Domains

Land	Internet-Domains insgesamt			Anteil am Deutschlandwert		Internet-Domains je 1 000 Einwohner		Veränderung der Domains je 1 000 Einwohner	
	2006	2007	2008	2006	2008	2006	2008	08/06	08/07
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	1 253 170	1 290 803	1 440 617	13,1	12,8	116,7	134,0	+ 14,8	+ 11,5
Bayern	1 669 989	1 830 209	2 034 612	17,4	18,1	133,8	162,5	+ 21,4	+ 11,0
Berlin	547 762	604 161	674 161	5,7	6,0	161,1	196,8	+ 22,2	+ 11,0
Brandenburg	181 208	192 063	209 532	1,9	1,9	71,0	82,8	+ 16,7	+ 9,6
Bremen	75 441	77 340	85 481	0,8	0,8	113,6	129,2	+ 13,7	+ 10,7
Hamburg	385 927	414 063	475 748	4,0	4,2	220,9	269,0	+ 21,8	+ 14,4
Hessen	820 296	900 563	972 000	8,6	8,6	135,0	160,1	+ 18,6	+ 8,0
Mecklenburg-Vorpommern	104 500	110 607	125 720	1,1	1,1	61,4	75,1	+ 22,3	+ 14,6
Niedersachsen	799 844	826 223	911 931	8,4	8,1	100,0	114,4	+ 14,4	+ 10,6
Nordrhein-Westfalen	2 251 478	2 346 601	2 614 099	23,5	23,2	124,8	145,5	+ 16,6	+ 11,7
Rheinland-Pfalz	440 049	457 210	502 322	4,6	4,5	108,5	124,4	+ 14,6	+ 10,1
Saarland	98 441	101 044	112 752	1,0	1,0	94,0	109,1	+ 16,0	+ 12,2
Sachsen	317 144	339 857	379 148	3,3	3,4	74,4	90,2	+ 21,2	+ 12,3
Sachsen-Anhalt	124 169	131 790	144 234	1,3	1,3	50,5	60,1	+ 19,0	+ 10,8
Schleswig-Holstein	351 417	365 576	404 307	3,7	3,6	124,1	142,6	+ 14,9	+ 10,6
Thüringen	151 100	164 429	178 299	1,6	1,6	65,0	78,3	+ 20,3	+ 9,5
Deutschland	9 571 935	10 152 539	11 264 963	100,0	100,0	116,2	137,2	+ 18,0	+ 11,1
Westdeutschland	8 146 052	8 609 632	9 553 869	85,1	84,8	124,0	145,6	+ 17,4	+ 11,0
Ostdeutschland	1 425 883	1 542 907	1 711 094	14,9	15,2	85,4	103,6	+ 21,4	+ 11,5

Wissenschaft

54. Studienanfänger und Anteil der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung und Land des Studienortes

Land	Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester ¹⁾			Studienanfängerquote ²⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	50 424	48 128	47 674	40,4	38,0	37,4	- 3,0	- 0,6
Bayern	48 389	51 916	52 833	33,9	35,8	36,0	+ 2,1	+ 0,2
Berlin	22 696	20 318	22 339	51,9	46,6	50,9	- 1,0	+ 4,3
Brandenburg	7 671	7 565	8 571	22,7	23,1	26,6	+ 3,8	+ 3,5
Bremen	5 228	4 810	5 483	66,4	56,5	64,9	- 1,5	+ 8,4
Hamburg	12 487	11 920	12 729	60,1	56,5	59,4	- 0,7	+ 2,9
Hessen	28 284	28 576	28 911	42,1	42,7	42,9	+ 0,9	+ 0,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 641	6 249	6 766	23,0	26,1	28,7	+ 5,7	+ 2,6
Niedersachsen	29 686	24 524	26 689	33,6	27,7	29,9	- 3,7	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	80 697	75 144	77 568	40,4	36,4	37,2	- 3,1	+ 0,8
Rheinland-Pfalz	17 841	17 725	19 222	39,4	37,8	40,6	+ 1,2	+ 2,8
Saarland	3 783	3 653	3 617	32,6	31,3	31,0	- 1,6	- 0,3
Sachsen	20 087	18 600	20 847	35,2	33,3	37,9	+ 2,7	+ 4,6
Sachsen-Anhalt ³⁾	8 505	8 487	9 346	26,0	26,4	29,6	+ 3,5	+ 3,2
Schleswig-Holstein	8 197	7 925	8 616	27,8	26,7	28,4	+ 0,6	+ 1,7
Thüringen	9 176	9 282	10 149	28,2	30,0	33,6	+ 5,4	+ 3,6
Deutschland	358 792	344 822	361 360	37,3	35,5	37,1	- 0,2	+ 1,5
Westdeutschland	285 016	274 321	283 342	38,6	36,5	37,4	- 1,2	+ 0,8
Ostdeutschland	73 776	70 501	78 018	32,9	32,1	36,0	+ 3,1	+ 3,9

1) Sommersemester und darauf folgendes Wintersemester. - 2) Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung am 31.12. (19 bis unter 25 Jahre). - 3) In Sachsen-Anhalt 2007 doppelter Abiturientenjahrgang.

55. Zahl der Studierenden und Anteil der Bildungsausländer

Land	Studierende im WS			Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden			Veränderung des Anteils an den Studierenden	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	217 784	245 143	233 452	11,3	11,4	11,0	+ 7,2	- 4,8
Bayern	230 434	257 898	253 366	8,7	8,9	8,3	+ 10,0	- 1,8
Berlin	140 177	132 822	134 504	10,2	11,8	11,9	- 4,0	+ 1,3
Brandenburg	37 500	42 331	44 032	11,2	11,1	10,5	+ 17,4	+ 4,0
Bremen	30 472	30 686	31 107	9,0	14,7	13,9	+ 2,1	+ 1,4
Hamburg	69 180	70 761	69 009	8,4	8,9	8,2	- 0,2	- 2,5
Hessen	164 608	163 476	151 033	8,8	9,5	8,9	- 8,2	- 7,6
Mecklenburg-Vorpommern	29 370	34 681	35 930	4,9	5,7	5,5	+ 22,3	+ 3,6
Niedersachsen	154 619	146 248	137 765	7,9	9,3	9,0	- 10,9	- 5,8
Nordrhein-Westfalen	523 283	476 384	468 747	7,3	9,1	8,6	- 10,4	- 1,6
Rheinland-Pfalz	91 123	103 156	105 630	8,5	8,9	8,9	+ 15,9	+ 2,4
Saarland	20 279	19 795	19 594	12,1	14,6	13,9	- 3,4	- 1,0
Sachsen	96 241	106 776	107 576	7,0	8,6	8,6	+ 11,8	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	43 364	51 446	51 341	6,4	8,1	8,0	+ 18,4	- 0,2
Schleswig-Holstein	43 719	47 730	48 052	5,7	6,2	6,2	+ 9,9	+ 0,7
Thüringen	46 658	49 710	50 267	4,4	5,7	6,0	+ 7,7	+ 1,1
Deutschland	1 938 811	1 979 043	1 941 405	8,4	9,5	9,1	+ 0,1	- 1,9
Westdeutschland	1 545 501	1 561 277	1 517 755
Ostdeutschland	393 310	417 766	423 650

56. Absolventen (Erststudium)

Land	Absolventen (Erststudium) insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Absolventen insgesamt	
	2002	2006	2007	2002	2007	Anteil in Prozent		07/02	07/06
	Anzahl					2002	2007	%	
Baden-Württemberg	23 506	29 841	32 842	10 087	16 071	42,9	48,9	+ 39,7	+ 10,1
Bayern	26 096	31 168	33 687	12 282	17 282	47,1	51,3	+ 29,1	+ 8,1
Berlin	12 693	16 233	15 641	6 568	8 250	51,7	52,7	+ 23,2	- 3,6
Brandenburg	2 668	4 535	4 722	1 350	2 403	50,6	50,9	+ 77,0	+ 4,1
Bremen	2 185	3 191	3 619	1 098	1 903	50,3	52,6	+ 65,6	+ 13,4
Hamburg	5 798	7 179	7 295	2 556	3 626	44,1	49,7	+ 25,8	+ 1,6
Hessen	13 935	17 039	19 175	6 528	10 142	46,8	52,9	+ 37,6	+ 12,5
Mecklenburg-Vorpommern	2 663	3 689	3 752	1 428	2 010	53,6	53,6	+ 40,9	+ 1,7
Niedersachsen	14 942	19 351	20 473	7 279	11 277	48,7	55,1	+ 37,0	+ 5,8
Nordrhein-Westfalen	37 732	49 144	55 287	18 593	28 861	49,3	52,2	+ 46,5	+ 12,5
Rheinland-Pfalz	7 909	9 937	11 198	4 072	6 183	51,5	55,2	+ 41,6	+ 12,7
Saarland	1 821	1 859	2 132	806	966	44,3	45,3	+ 17,1	+ 14,7
Sachsen	9 143	11 942	13 286	4 504	6 505	49,3	49,0	+ 45,3	+ 11,3
Sachsen-Anhalt	3 603	4 852	5 023	1 986	2 801	55,1	55,8	+ 39,4	+ 3,5
Schleswig-Holstein	4 381	4 817	5 654	2 056	2 844	46,9	50,3	+ 29,1	+ 17,4
Thüringen	3 531	6 005	6 091	1 807	3 130	51,2	51,4	+ 72,5	+ 1,4
Deutschland	172 606	220 782	239 877	83 000	124 254	48,1	51,8	+ 39,0	+ 8,6
Westdeutschland	138 305	173 526	191 362	65 357	99 155	47,3	51,8	+ 38,4	+ 10,3
Ostdeutschland	34 301	47 256	48 515	17 643	25 099	51,4	51,7	+ 41,4	+ 2,7

57. Promotionen nach Geschlecht

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Promotionen insgesamt	
	2003	2006	2007	2003	2007	Anteil in Prozent		07/03	07/06
						2003	2007		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	3 678	3 793	3 969	1 302	1 576	35,4	39,7	+ 7,9	+ 4,6
Bayern	3 455	3 778	3 810	1 363	1 570	39,5	41,2	+ 10,3	+ 0,8
Berlin	1 984	2 011	1 910	872	905	44,0	47,4	- 3,7	- 5,0
Brandenburg	194	284	323	57	141	29,4	43,7	+ 66,5	+ 13,7
Bremen	272	272	338	90	139	33,1	41,1	+ 24,3	+ 24,3
Hamburg	810	974	645	339	298	41,9	46,2	- 20,4	- 33,8
Hessen	1 802	1 985	1 935	738	788	41,0	40,7	+ 7,4	- 2,5
Mecklenburg-Vorpommern	382	379	408	152	205	39,8	50,2	+ 6,8	+ 7,7
Niedersachsen	2 049	2 029	1 755	771	767	37,6	43,7	- 14,3	- 13,5
Nordrhein-Westfalen	4 714	4 926	4 721	1 612	1 877	34,2	39,8	+ 0,1	- 4,2
Rheinland-Pfalz	949	961	952	348	414	36,7	43,5	+ 0,3	- 0,9
Saarland	293	267	313	106	117	36,2	37,4	+ 6,8	+ 17,2
Sachsen	827	1 090	1 073	306	455	37,0	42,4	+ 29,7	- 1,6
Sachsen-Anhalt	424	361	505	166	208	39,2	41,2	+ 19,1	+ 39,9
Schleswig-Holstein	690	654	643	304	338	44,1	52,6	- 6,8	- 1,7
Thüringen	520	523	543	198	270	38,1	49,7	+ 4,4	+ 3,8
Deutschland	23 043	24 287	23 843	8 724	10 068	37,9	42,2	+ 3,5	- 1,8
Westdeutschland	18 712	19 639	19 081	6 973	7 884	37,3	41,3	+ 2,0	- 2,8
Ostdeutschland	4 331	4 648	4 762	1 751	2 184	40,4	45,9	+ 10,0	+ 2,5

58. Habilitationen nach Geschlecht

Land	Habilitationen insgesamt			Davon weiblich				Veränderung der Habilitationen insgesamt	
	2003	2005	2007	2003	2007	Anteil in Prozent		07/03	07/06
						2003	2007		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	340	314	311	66	64	19,4	20,6	- 8,5	- 1,0
Bayern	387	364	313	94	79	24,3	25,2	- 19,1	- 14,0
Berlin	185	168	155	61	49	33,0	31,6	- 16,2	- 7,7
Brandenburg	29	33	28	6	8	20,7	28,6	- 3,4	- 15,2
Bremen	30	21	17	7	4	23,3	23,5	- 43,3	- 19,0
Hamburg	77	79	58	22	15	28,6	25,9	- 24,7	- 26,6
Hessen	142	154	148	26	39	18,3	26,4	+ 4,2	- 3,9
Mecklenburg-Vorpommern	39	30	41	7	6	17,9	14,6	+ 5,1	+ 36,7
Niedersachsen	139	143	150	30	48	21,6	32,0	+ 7,9	+ 4,9
Nordrhein-Westfalen	426	365	332	87	69	20,4	20,8	- 22,1	- 9,0
Rheinland-Pfalz	74	54	67	18	19	24,3	28,4	- 9,5	+ 24,1
Saarland	31	27	31	6	9	19,4	29,0	+ 0,0	+ 14,8
Sachsen	111	81	85	23	16	20,7	18,8	- 23,4	+ 4,9
Sachsen-Anhalt	62	51	41	9	8	14,5	19,5	- 33,9	- 19,6
Schleswig-Holstein	66	66	56	9	14	13,6	25,0	- 15,2	- 15,2
Thüringen	61	43	48	15	10	24,6	20,8	- 21,3	+ 11,6
Deutschland	2 199	1 993	1 881	486	457	22,1	24,3	- 14,5	- 5,6
Westdeutschland	1 712	1 587	1 483	365	360	21,3	24,3	- 13,4	- 6,6
Ostdeutschland	487	406	398	121	97	24,8	24,4	- 18,3	- 2,0

59. Professoren an Hochschulen nach Geschlecht

Land	Professoren insgesamt ¹⁾			Davon weiblich				Veränderung der Professoren insgesamt	
	2003	2006	2007	2003	2007	Anteil in Prozent		07/03	07/06
						2003	2007		
Anzahl					%				
Baden-Württemberg	5 188	5 245	5 357	561	783	10,8	14,6	+ 3,3	+ 2,1
Bayern	5 248	5 276	5 249	476	632	9,1	12,0	+ 0,0	- 0,5
Berlin	2 470	2 515	2 696	415	643	16,8	23,9	+ 9,1	+ 7,2
Brandenburg	760	829	842	131	155	17,2	18,4	+ 10,8	+ 1,6
Bremen	687	667	642	101	131	14,7	20,4	- 6,6	- 3,7
Hamburg	1 577	1 407	1 399	252	274	16,0	19,6	- 11,3	- 0,6
Hessen	3 125	3 134	3 170	395	573	12,6	18,1	+ 1,4	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	856	836	825	103	114	12,0	13,8	- 3,6	- 1,3
Niedersachsen	3 195	3 108	3 167	536	659	16,8	20,8	- 0,9	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	7 398	7 379	7 388	942	1 170	12,7	15,8	- 0,1	+ 0,1
Rheinland-Pfalz	1 698	1 678	1 675	202	222	11,9	13,3	- 1,4	- 0,2
Saarland	405	418	416	44	59	10,9	14,2	+ 2,7	- 0,5
Sachsen	2 251	2 191	2 178	313	344	13,9	15,8	- 3,2	- 0,6
Sachsen-Anhalt	1 096	1 025	1 007	162	168	14,8	16,7	- 8,1	- 1,8
Schleswig-Holstein	960	926	953	96	106	10,0	11,1	- 0,7	+ 2,9
Thüringen	1 051	1 060	1 056	130	140	12,4	13,3	+ 0,5	- 0,4
Deutschland	37 965	37 694	38 020	4 859	6 173	12,8	16,2	+ 0,1	+ 0,9
Westdeutschland	29 481	29 238	29 416	3 605	4 609	12,2	15,7	- 0,2	+ 0,6
Ostdeutschland	8 484	8 456	8 604	1 254	1 564	14,8	18,2	+ 1,4	+ 1,8

1) Professoren: ohne Gastprofessoren und Emeriti; Insgesamt: einschließlich zentrale Einrichtungen und sonstige Fächer.

Humanpotenzial

60. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	9 146	7 932	7 434	7,8	6,3	6,0	- 18,7	- 6,3
Bayern	12 717	10 463	9 862	9,4	7,2	7,0	- 22,5	- 5,7
Berlin	4 211	3 390	3 295	10,8	11,0	12,1	- 21,8	- 2,8
Brandenburg	3 283	3 555	3 024	8,9	13,6	16,2	- 7,9	- 14,9
Bremen	607	580	586	8,6	9,0	9,4	- 3,5	+ 1,0
Hamburg	1 747	1 802	1 684	11,6	11,3	10,9	- 3,6	- 6,5
Hessen	5 419	5 435	5 435	8,8	8,2	8,5	+ 0,3	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 886	2 768	2 113	10,7	15,6	17,1	- 26,8	- 23,7
Niedersachsen	8 675	7 749	6 931	9,7	8,2	7,5	- 20,1	- 10,6
Nordrhein-Westfalen	13 685	14 444	14 581	7,0	6,8	7,0	+ 6,5	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	4 049	3 613	3 572	9,0	7,5	7,6	- 11,8	- 1,1
Saarland	1 020	889	847	9,2	7,5	7,4	- 17,0	- 4,7
Sachsen	5 951	4 316	3 744	10,1	10,9	13,3	- 37,1	- 13,3
Sachsen-Anhalt	4 893	3 486	2 768	14,2	14,3	15,9	- 43,4	- 20,6
Schleswig-Holstein	3 144	3 164	2 953	10,7	9,6	9,2	- 6,1	- 6,7
Thüringen	3 881	2 311	1 711	11,7	10,3	10,7	- 55,9	- 26,0
Deutschland	85 314	75 897	70 540	9,1	8,2	8,2	- 17,3	- 7,1
Westdeutschland	60 209	56 071	53 885	8,5	7,4	7,3	- 10,5	- 3,9
Ostdeutschland	25 105	19 826	16 655	10,9	12,3	13,9	- 33,7	- 16,0

1) Durchschnitt der 14- bis unter 16-Jährigen am 1.1.

61. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen¹⁾

Land	Allgemeine Hochschulreife						Veränderung der Quoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ²⁾			07/02	07/06
	2002	2006	2007	2002	2006	2007		
Anzahl			%			Prozentpunkte		
Baden-Württemberg	36 705	41 719	43 433	30,5	33,7	34,2	+ 3,7	+ 0,5
Bayern	27 623	30 838	32 953	20,1	22,2	22,9	+ 2,8	+ 0,7
Berlin	12 418	13 756	13 691	32,2	36,3	35,6	+ 3,4	- 0,7
Brandenburg	11 607	11 803	12 303	31,2	32,5	34,4	+ 3,2	+ 1,9
Bremen	2 174	2 602	2 558	30,8	35,4	34,2	+ 3,4	- 1,2
Hamburg	5 353	6 108	6 488	31,0	35,2	36,5	+ 5,5	+ 1,3
Hessen ³⁾	18 674	19 975	19 975	29,0	30,9	30,1	+ 1,1	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 453	7 149	7 259	24,1	27,6	28,7	+ 4,6	+ 1,1
Niedersachsen	21 568	24 925	27 686	24,7	27,8	30,0	+ 5,3	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	54 811	65 448	67 450	27,9	32,0	32,0	+ 4,1	+ 0,0
Rheinland-Pfalz	11 080	13 473	14 165	24,5	29,1	29,4	+ 4,9	+ 0,3
Saarland	2 426	3 050	2 891	21,1	26,0	24,2	+ 3,1	- 1,8
Sachsen	16 075	16 805	16 209	27,5	30,3	30,2	+ 2,7	- 0,1
Sachsen-Anhalt	9 472	8 750	15 775	26,8	25,8	47,7	+ 20,9	+ 21,9
Schleswig-Holstein	7 420	9 052	9 828	25,7	30,0	31,1	+ 5,4	+ 1,1
Thüringen	9 397	10 176	9 923	27,4	31,9	32,4	+ 5,0	+ 0,5
Deutschland	253 256	285 629	302 587	26,7	29,9	31,1	+ 4,4	+ 1,2
Westdeutschland	187 834	217 190	227 427
Ostdeutschland	65 422	68 439	75 160

1) Quelle: Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 186 - März 2009. - 2) Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1.
3) Hessen: 2007 Vorjahresangaben

62. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	359 226	397 626	418 159	9,5	10,5	10,7	+16,4	+5,2
Bayern	386 806	430 933	452 002	8,9	9,8	10,0	+16,9	+4,9
Berlin	137 855	144 275	150 706	12,9	13,8	13,9	+9,3	+4,5
Brandenburg	71 148	69 633	70 639	9,7	9,6	9,6	-0,7	+1,4
Bremen	28 737	30 867	32 032	10,2	11,1	11,2	+11,5	+3,8
Hamburg	86 383	97 284	103 340	11,5	12,6	12,9	+19,6	+6,2
Hessen	232 880	247 416	253 235	10,8	11,6	11,7	+8,7	+2,4
Mecklenburg-Vorpommern	46 368	45 774	46 115	8,8	8,9	8,9	-0,5	+0,7
Niedersachsen	163 604	182 726	191 993	6,9	7,8	7,9	+17,4	+5,1
Nordrhein-Westfalen	490 161	527 482	553 387	8,5	9,3	9,5	+12,9	+4,9
Rheinland-Pfalz	78 621	85 973	89 516	6,7	7,3	7,4	+13,9	+4,1
Saarland	25 147	26 625	27 584	7,2	7,7	7,9	+9,7	+3,6
Sachsen	175 845	177 888	182 158	12,6	13,0	13,0	+3,6	+2,4
Sachsen-Anhalt	64 817	64 361	65 394	8,5	8,8	8,8	+0,9	+1,6
Schleswig-Holstein	44 859	49 695	51 966	5,7	6,3	6,4	+15,8	+4,6
Thüringen	76 418	73 335	74 274	10,3	10,1	10,1	-2,8	+1,3
Deutschland¹⁾	2 468 875	2 651 893	2 762 500	9,2	9,9	10,1	+11,9	+4,2
Westdeutschland ¹⁾	1 896 424	2 076 627	2 173 214	8,7	9,6	9,8	+14,6	+4,7
Ostdeutschland ¹⁾	572 451	575 266	589 286	11,0	11,2	11,3	+2,9	+2,4

1) Durch Bereinigung um den Zahlungsverkehr zwischen den Ländern ergibt die Summe der einzelnen Länder nicht die Gesamtsumme für Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland.

Umwelt

63. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12.			Flächenverbrauch			Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	km ²			Hektar pro Tag			%	
Baden-Württemberg	4 800	4 936	4 974	10,6	9,4	10,3	+ 3,6	+ 0,8
Bayern	7 489	7 740	7 799	18,0	20,6	16,1	+ 4,1	+ 0,8
Berlin	618	621	623	0,4	0,1	0,5	+ 0,7	+ 0,3
Brandenburg	2 480	2 607	2 632	8,0	8,4	6,8	+ 6,1	+ 1,0
Bremen	227	229	231	0,1	0,1	0,4	+ 1,5	+ 0,6
Hamburg	435	448	449	1,0	0,8	0,1	+ 3,2	+ 0,1
Hessen	3 166	3 222	3 238	4,8	3,3	4,2	+ 2,2	+ 0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 617	1 730	1 754	10,9	7,3	6,7	+ 8,5	+ 1,4
Niedersachsen	6 121	6 327	6 363	11,8	11,5	10,0	+ 4,0	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7 265	7 471	7 522	16,0	14,4	14,1	+ 3,5	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	2 694	2 790	2 807	5,0	5,4	4,7	+ 4,2	+ 0,6
Saarland	511	521	523	0,5	0,5	0,6	+ 2,4	+ 0,4
Sachsen	2 123	2 176	2 217	5,8	4,5	11,2	+ 4,4	+ 1,9
Sachsen-Anhalt	1 971	2 235	2 238	4,4	11,7	0,8	+ 13,5	+ 0,1
Schleswig-Holstein	.	1 924	1 951	.	6,5	7,4	.	+ 1,4
Thüringen	1 441	1 461	1 469	3,8	1,6	2,0	+ 2,0	+ 0,5
Deutschland¹⁾	44 780	46 438	46 789	109,5	106,1	96,2	+ 4,5	+ 0,8
Westdeutschland ¹⁾	34 530	35 608	35 857	67,8	72,5	68,1	+ 3,8	+ 0,7
Ostdeutschland	10 250	10 830	10 932	33,3	33,6	28,1	+ 6,7	+ 0,9

1) Für Schleswig-Holstein gehen für 2002 geschätzte Zahlen in das Ergebnis ein.
Quelle: UGRdL-Tabelle 10.1 (Stand Oktober 2008)

64. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	07/03	07/05
	ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	92 947	92 834	94 593	6,4	6,4	6,6	+ 0,2	+ 0,2
Bayern	128 509	127 696	146 468	3,9	3,9	4,5	+ 0,6	+ 0,6
Berlin	31	31	249	1,7	1,3	11,1	+ 9,4	+ 9,8
Brandenburg	115 849	131 431	133 805	8,7	9,8	10,1	+ 1,4	+ 0,2
Bremen	218	329	424	2,5	3,9	5,0	+ 2,6	+ 1,1
Hamburg	891	898	963	6,5	6,4	6,9	+ 0,4	+ 0,5
Hessen	53 434	54 302	61 143	7,0	7,0	7,8	+ 0,8	+ 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	109 215	109 879	119 968	8,1	8,1	8,8	+ 0,7	+ 0,8
Niedersachsen	55 485	64 108	74 810	2,1	2,4	2,9	+ 0,7	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	38 104	42 430	48 930	2,5	2,8	3,3	+ 0,8	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	16 874	19 297	25 782	2,4	2,7	3,6	+ 1,2	+ 0,9
Saarland	5 216	6 146	7 164	6,7	7,8	9,1	+ 2,3	+ 1,2
Sachsen	30 797	31 191	32 033	3,4	3,4	3,5	+ 0,1	+ 0,1
Sachsen-Anhalt	37 456	49 344	44 742	3,2	4,2	3,8	+ 0,6	- 0,4
Schleswig-Holstein	22 561	28 136	29 684	2,2	2,8	2,9	+ 0,7	+ 0,2
Thüringen	23 589	24 421	40 403	3,0	3,1	5,1	+ 2,1	+ 2,0
Deutschland	731 177	782 475	861 161	4,3	4,6	5,1	+ 0,8	+ 0,5
Westdeutschland	414 239	436 176	489 961	3,6	3,8	4,3	+ 0,7	+ 0,5
Ostdeutschland	316 937	346 297	371 200	5,7	6,2	6,7	+ 1,0	+ 0,5

1) Nachgewiesen wird die gesamte bewirtschaftete Landfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist, sich in Umstellung befindet oder konventionell bewirtschaftet wird.
Quelle: UGR-Tabelle 10.11

65. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe an Letztverbraucher								
	insgesamt		darunter an Haushalte und Kleingewerbe					Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
			Wassermenge		Pro-Kopf-Verbrauch ¹⁾				
	2001	2007	2001	2007	2001	2004	2007	07/01	07/04
in Mio. m ³				Liter je Einwohner und Tag			%		
Baden-Württemberg	593	567	477	455	124	123	117	- 6,0	- 5,3
Bayern	781	743	595	601	134	135	133	- 0,7	- 1,4
Berlin	206	189	154	138	124	124	112	- 10,0	- 10,0
Brandenburg	110	109	94	90	102	100	98	- 3,5	- 1,6
Bremen	41	38	34	31	138	136	127	- 8,1	- 6,8
Hamburg	114	94	104	86	150	142	133	- 11,1	- 6,1
Hessen	335	315	282	272	128	127	123	- 4,1	- 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	83	83	65	62	102	102	100	- 1,6	- 1,6
Niedersachsen	472	464	376	371	131	130	128	- 2,1	- 1,4
Nordrhein-Westfalen	1 177	1 105	916	877	141	139	135	- 4,0	- 2,7
Rheinland-Pfalz	235	221	185	174	124	122	118	- 4,6	- 3,0
Saarland	58	55	47	44	121	118	116	- 4,2	- 1,8
Sachsen	187	178	142	131	90	88	85	- 5,2	- 3,1
Sachsen-Anhalt	109	115	89	80	95	92	90	- 5,4	- 2,3
Schleswig-Holstein	173	173	144	136	152	143	133	- 12,4	- 6,9
Thüringen	98	94	76	76	87	90	90	+ 3,8	+ 0,3
Deutschland	4 774	4 543	3 779	3 623	127	126	122	- 4,3	- 3,5
Westdeutschland	3 981	3 774	3 159	3 046	134	131	128	- 4,2	- 2,2
Ostdeutschland	793	769	620	576	100	100	96	- 4,3	- 4,0

1) Verhältnis der Wasserabgabe an Haushalte und Kleingewerbe zu den angeschlossenen Einwohnern.

66. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾						Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
	2003	2006	2007	2003	2006	2007	07/03	07/06
	1 000 Tonnen			kg/Einwohner ²⁾			%	
Baden-Württemberg	4 520	4 576	4 601	422,7	426,0	428,0	+ 1,8	+ 0,5
Bayern	5 601	5 731	5 743	450,8	459,0	459,0	+ 2,5	+ 0,2
Berlin	1 412	1 479	1 472	416,7	435,0	431,0	+ 4,2	- 0,5
Brandenburg	840	985	1 001	326,3	387,0	395,0	+ 19,2	+ 1,6
Bremen	314	310	310	473,5	466,0	467,0	- 1,4	- 0,1
Hamburg	849	818	836	489,6	466,0	472,0	- 1,6	+ 2,2
Hessen	2 804	2 877	2 842	460,5	474,0	468,0	+ 1,4	- 1,2
Mecklenburg-Vorpommern	743	715	720	428,9	422,0	429,0	- 3,0	+ 0,8
Niedersachsen	3 937	3 977	4 033	492,5	498,0	506,0	+ 2,4	+ 1,4
Nordrhein-Westfalen	8 592	8 478	8 533	475,2	470,0	474,0	- 0,7	+ 0,7
Rheinland-Pfalz	1 949	2 031	2 028	480,2	501,0	501,0	+ 4,0	- 0,2
Saarland	539	526	525	507,8	504,0	506,0	- 2,6	- 0,2
Sachsen	1 508	1 444	1 407	349,0	340,0	333,0	- 6,7	- 2,6
Sachsen-Anhalt	1 176	1 075	1 054	466,1	440,0	437,0	- 10,4	- 2,0
Schleswig-Holstein	1 402	1 364	1 357	496,6	481,0	478,0	- 3,2	- 0,5
Thüringen	983	949	895	414,2	411,0	391,0	- 8,9	- 5,6
Deutschland	37 169	37 337	37 357	450,4	454,0	454,0	+ 0,5	+ 0,1
Westdeutschland	30 507	30 688	30 807	464,9	467,3	469,2	+ 1,0	+ 0,4
Ostdeutschland	6 662	6 647	6 550	393,9	399,3	395,7	- 1,7	- 1,5

1) Daten ab 2006 ohne Elektroaltgeräte. - 2) Einwohner zum 31.12.
Quelle: Abfallentsorgung - Fachserie 19, Reihe 1; Statistisches Bundesamt

67. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2000	2004	2006		2000	2004	2006	06/00	06/04
	Mio. kWh			2006	%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	433 487	448 478	2,8	5,0
Bayern	565 923	559 546	6,4	7,8
Berlin	92 088	84 931	84 276	1 470	0,7	0,9	1,7	+ 1,0	+ 0,8
Brandenburg	171 640	174 759	187 224	19 444	1,8	6,2	10,4	+ 8,6	+ 4,2
Bremen	46 163	42 932	41 990	1 611	1,8	2,2	3,8	+ 2,0	+ 1,6
Hamburg ³⁾	66 667	61 156	63 189	2 342	1,7	3,1	3,7	+ 2,0	+ 0,6
Hessen	286 788	294 244	291 026	14 056	2,0	3,2	4,8	+ 2,9	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	46 427	48 700	4,5	10,2
Niedersachsen	405 483	401 169	406 197	31 900	1,7	5,0	7,9	+ 6,1	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	1 098 516	1 125 121	1 134 615	38 787	0,9	2,0	3,4	+ 2,5	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	180 066	179 693	1,9	3,2
Saarland	75 329	77 838	79 174	1 762	0,8	1,7	2,2	+ 1,4	+ 0,5
Sachsen	160 733	171 518	179 650	8 739	0,6	2,5	4,9	+ 4,2	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	122 998	125 980	140 771	14 083	1,1	4,5	10,0	+ 8,9	+ 5,5
Schleswig-Holstein	162 955	158 797	162 195	8 491	1,8	3,7	5,2	+ 3,4	+ 1,6
Thüringen	62 244	68 660	69 618	10 756	3,5	13,2	15,4	+ 12,0	+ 2,2
Deutschland¹⁾	4 000 223	4 071 137	4 098 896	242 390	2,3	4,2	5,9	+ 3,7	+ 1,8
Westdeutschland ²⁾	3 321 377	3 348 976	2,4	4,0
Ostdeutschland ²⁾	656 130	674 548	1,6	5,3

1) Die Werte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands weichen aufgrund einer geringfügig abweichenden Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab, die Werte für 2006 sind vorläufig. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer. - 3) Werte für 2000 geschätzt.

68. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter: Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils der erneuerbaren Energien		
	2004	2005	2006	2006	2004	2005	2006	06/04	06/05
	Mio. kWh			2006	Anteil in %			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	70 031	71 893	8,8	10,0
Bayern	79 431	84 884	19,7	18,8
Berlin	8 509	9 246	9 287	154	1,1	1,2	1,7	+ 0,6	+ 0,5
Brandenburg	45 199	46 156	45 410	6 111	9,3	10,8	13,5	+ 4,2	+ 2,7
Bremen	7 048	7 646	7 832	252	2,1	2,9	3,2	+ 1,1	+ 0,3
Hamburg	2 062	2 085	1 865	147	6,7	6,6	7,9	+ 1,1	+ 1,3
Hessen	33 345	28 481	29 690	1 811	4,1	5,4	6,1	+ 2,0	+ 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 881	6 849	29,4	32,2
Niedersachsen	66 418	.	69 185	10 980	12,6	.	15,9	+ 3,2	...
Nordrhein-Westfalen	183 837	180 582	185 528	7 381	3,7	4,1	4,0	+ 0,2	- 0,1
Rheinland-Pfalz	10 675	12 032	20,4	19,6
Saarland	11 005	12 799	11 062	465	3,1	2,6	4,2	+ 1,1	+ 1,6
Sachsen	36 800	35 784	37 077	2 200	4,9	5,5	5,9	+ 1,1	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	16 561	17 927	18 840	4 184	16,2	19,2	22,2	+ 6,0	+ 3,0
Schleswig-Holstein	36 166	37 568	38 423	4 347	11,4	11,4	11,3	- 0,1	- 0,1
Thüringen	5 852	6 372	6 437	1 818	26,0	25,6	28,2	+ 2,3	+ 2,7
Deutschland¹⁾	615 279	620 574	636 770	72 069	9,4	10,2	11,3	+ 2,0	+ 1,1
Westdeutschland ²⁾	500 018	9,0
Ostdeutschland ²⁾	119 802	122 334	10,3	11,7

1) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Summe der zugeordneten Bundesländer.

69. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz*)

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Davon ^{5/6)}				Veränderungsrate der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
				Umwandlungs- bereich ²⁾	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	Verkehr	Haushalte, GHD ⁴⁾ , übrige Verbraucher		
	2000	2005	2006					2006	
				1 000 t				%	
Baden-Württemberg	74 940	77 222	...	25 031	7 280	21 748	23 164
Bayern	88 705	80 780	...	15 168	8 920	30 623	26 069
Berlin	23 661	19 998	19 915	8 154	659	4 475	6 627	- 15,8	- 0,4
Brandenburg	60 564	59 910	58 273	43 344	4 405	5 478	5 047	- 3,8	- 2,7
Bremen	14 079	12 222	12 704	6 679	3 359	1 287	1 379	- 9,8	+ 3,9
Hamburg		11 343	11 451	3 041	1 156	4 330	2 924	...	+ 1,0
Hessen ⁷⁾	56 011	54 787	...	10 054	3 755	26 466	14 512
Mecklenburg-Vorpommern	10 256	10 216	...	3 781	493	3 127	2 815
Niedersachsen	74 228	70 032	70 032	22 730	12 610	16 432	18 259	- 5,7	...
Nordrhein-Westfalen	293 987	282 533	287 140	178 884	34 877	34 504	38 874	- 2,3	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	28 853	26 399	...	4 050	3 963	9 372	9 015
Saarland	23 459	24 799	23 577	8 797	10 418	1 846	2 516	+ 0,5	- 4,9
Sachsen	41 552	47 019	48 295	32 783	2 512	6 492	6 508	+ 16,2	+ 2,7
Sachsen-Anhalt	26 301	27 846	27 821	14 662	4 270	3 898	4 991	+ 5,8	- 0,1
Schleswig-Holstein	21 378	19 356	19 339	6 165	1 904	5 342	5 929	- 9,5	- 0,1
Thüringen	12 059	11 450	11 283	1 771	1 340	3 843	4 329	- 6,4	- 1,5
Deutschland¹⁾	800 409	798 893	799 359	366 139	101 394	160 642	171 185	- 0,1	+ 0,1
Westdeutschland									
Ostdeutschland									

*) einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom. - 1) Die Zahlen für Deutschland weichen aufgrund der Berechnungsmethodik von der Summe der Bundesländer ab. - 2) Energiewirtschaft, Sonstige Energieerzeuger, Energieverbrauch im Umwandlungsbereich. - 3) Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe. - 4) Gewerbe, Handel, Dienstleistungen. - 5) Daten für Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz aus 2005. - 6) Daten für Hessen aus 2004. - 7) Daten für Hessen statt aus 2005 aus 2004.

Soziale Probleme, Sicherheit

70. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 385	12 359	12 020	147	133	131	-11,3	-1,8
Bayern	15 563	13 364	12 736	140	125	120	-14,1	-4,2
Berlin	10 881	9 621	9 648	379	309	302	-20,3	-2,1
Brandenburg	4 483	4 113	4 066	249	221	216	-13,3	-2,3
Bremen	1 763	1 682	1 551	316	301	279	-11,9	-7,4
Hamburg	4 141	4 011	3 882	260	240	232	-10,9	-3,4
Hessen	11 130	9 334	9 288	205	177	179	-12,3	+1,2
Mecklenburg-Vorpommern	3 490	3 094	3 111	273	242	238	-13,0	-1,8
Niedersachsen	10 439	9 997	9 734	148	153	150	+1,4	-2,0
Nordrhein-Westfalen	26 038	24 500	24 120	163	162	161	-1,3	-0,8
Rheinland-Pfalz	4 458	4 444	4 471	131	137	139	+6,1	+1,6
Saarland	1 459	1 380	1 336	192	190	187	-2,8	-1,6
Sachsen	6 580	6 353	6 199	205	188	180	-12,2	-4,0
Sachsen-Anhalt	4 725	4 389	4 338	280	252	245	-12,4	-2,9
Schleswig-Holstein	3 675	3 708	3 609	152	161	159	+4,9	-1,5
Thüringen	4 289	3 966	3 655	254	231	211	-16,9	-8,7
Deutschland	127 499	116 315	113 764	180	170	167	-7,6	-1,9
Westdeutschland	93 051	84 779	82 747	160	153	151	-5,9	-1,6
Ostdeutschland	34 448	31 536	31 017	275	241	233	-15,3	-3,4

71. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2005	2007	2008	2005	2007	2008	08/03	08/07
	1 000			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	308	309	305	29	29	28	-1,0	-1,3
Bayern	361	384	394	29	31	31	+9,1	+2,6
Berlin	149	149	155	44	44	45	+4,0	+4,0
Brandenburg	100	103	101	39	41	40	+1,0	-1,9
Bremen	25	24	28	38	36	42	+12,0	+16,7
Hamburg	63	60	66	36	34	37	+4,8	+10,0
Hessen	175	186	191	29	31	31	+9,1	+2,7
Mecklenburg-Vorpommern	75	69	63	44	41	38	-16,0	-8,7
Niedersachsen	224	238	246	28	30	31	+9,8	+3,4
Nordrhein-Westfalen	524	532	541	29	30	30	+3,2	+1,7
Rheinland-Pfalz	121	123	131	30	30	32	+8,3	+6,5
Saarland	37	38	39	35	37	38	+5,4	+2,6
Sachsen	144	144	142	34	34	34	-1,4	-1,4
Sachsen-Anhalt	90	92	91	36	38	38	+1,1	-1,1
Schleswig-Holstein	88	84	89	31	30	31	+1,1	+6,0
Thüringen	88	92	85	38	40	37	-3,4	-7,6
Deutschland	2 572	2 628	2 669	31	32	32	+3,8	+1,6
Westdeutschland	1 926	1 979	2 031	29	30	31	+5,5	+2,6
Ostdeutschland	646	649	638	39	39	39	-1,2	-1,7

72. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 691	2 106	2 736	8	11	14	+ 61,8	+ 29,9
Bayern	1 668	2 129	2 554	7	9	12	+ 53,1	+ 20,0
Berlin	1 467	1 315	1 265	28	27	26	- 13,8	- 3,8
Brandenburg	1 621	1 235	1 310	40	36	39	- 19,2	+ 6,1
Bremen	285	390	483	26	38	47	+ 69,5	+ 23,8
Hamburg	1 266	1 224	1 240	46	45	46	- 2,1	+ 1,3
Hessen	2 138	2 010	2 605	19	19	25	+ 21,8	+ 29,6
Mecklenburg-Vorpommern	906	966	972	32	43	45	+ 7,3	+ 0,6
Niedersachsen	2 151	2 235	2 933	14	15	20	+ 36,4	+ 31,2
Nordrhein-Westfalen	8 095	8 499	9 347	23	26	29	+ 15,5	+ 10,0
Rheinland-Pfalz	615	792	904	8	11	13	+ 47,0	+ 14,1
Saarland	206	234	357	11	14	22	+ 73,3	+ 52,6
Sachsen	2 405	2 042	2 005	38	37	38	- 16,6	- 1,8
Sachsen-Anhalt	1 098	828	973	29	27	33	- 11,4	+ 17,5
Schleswig-Holstein	939	1 231	1 408	18	24	28	+ 49,9	+ 14,4
Thüringen	827	956	1 161	23	32	41	+ 40,4	+ 21,4
Deutschland	27 378	28 192	32 253	18	20	24	+ 17,8	+ 14,4
Westdeutschland	19 054	20 850	24 567	15	18	21	+ 28,9	+ 17,8
Ostdeutschland	8 324	7 342	7 686	32	33	36	- 7,7	+ 4,7

73. Soziale Mindestsicherung am 31.12.

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung		Empfänger/-innen je 100 Einwohner		Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen
	2006	2007	2006	2007	
	Anzahl				%
Baden-Württemberg	606 819	576 501	5,6	5,4	- 5,0
Bayern	659 664	620 563	5,3	5,0	- 5,9
Berlin	681 756	681 037	20,1	20,0	- 0,1
Brandenburg	371 170	353 740	14,5	13,9	- 4,7
Bremen	116 003	112 900	17,5	17,0	- 2,7
Hamburg	242 300	240 216	13,9	13,6	- 0,9
Hessen	546 056	532 824	9,0	8,8	- 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	300 870	282 031	17,7	16,7	- 6,3
Niedersachsen	821 177	796 821	10,3	10,0	- 3,0
Nordrhein-Westfalen	1 951 494	1 931 247	10,8	10,7	- 1,0
Rheinland-Pfalz	304 471	293 131	7,5	7,2	- 3,7
Saarland	101 759	99 036	9,7	9,5	- 2,7
Sachsen	599 596	574 525	14,1	13,6	- 4,2
Sachsen-Anhalt	407 925	394 143	16,6	16,2	- 3,4
Schleswig-Holstein	295 520	286 458	10,4	10,1	- 3,1
Thüringen	294 133	279 384	12,7	12,1	- 5,0
Deutschland	8 300 713	8 054 557	10,1	9,8	- 3,0
Westdeutschland	5 645 263	5 489 697	8,6	8,4	- 2,8
Ostdeutschland	2 655 450	2 564 860	15,9	15,5	- 3,4

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

74. Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger nach SGB II (April)			Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger im April	
	2005	2008	2009	2005	2008	2009 ¹⁾	09/05	09/08
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	467 141	481 271	468 969	44	45	44	+ 0,4	- 2,6
Bayern	514 521	515 523	492 925	41	41	39	- 4,2	- 4,4
Berlin	530 705	609 929	594 664	156	178	174	+ 12,1	- 2,5
Brandenburg	321 578	332 134	306 475	126	131	121	- 4,7	- 7,7
Bremen	93 616	98 070	93 676	141	148	142	+ 0,1	- 4,5
Hamburg	186 049	203 882	196 665	107	115	111	+ 5,7	- 3,5
Hessen	417 721	453 663	440 763	69	75	73	+ 5,5	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	272 009	261 564	236 586	159	156	141	- 13,0	- 9,5
Niedersachsen	635 024	688 103	653 851	79	86	82	+ 3,0	- 5,0
Nordrhein-Westfalen	1 509 875	1 670 775	1 611 817	84	93	90	+ 6,8	- 3,5
Rheinland-Pfalz	233 231	252 930	243 614	57	63	60	+ 4,5	- 3,7
Saarland	79 776	85 121	81 869	76	82	79	+ 2,6	- 3,8
Sachsen	529 684	545 753	507 375	124	130	121	- 4,2	- 7,0
Sachsen-Anhalt	372 178	370 092	344 689	150	154	144	- 7,4	- 6,9
Schleswig-Holstein	239 093	249 204	236 150	85	88	83	- 1,2	- 5,2
Thüringen	262 011	259 833	237 908	112	114	104	- 9,2	- 8,4
Deutschland	6 664 212	7 077 847	6 747 996	81	86	82	+ 1,3	- 4,7
Westdeutschland	4 376 047	4 698 542	4 520 299	67	72	69	+ 3,3	- 3,8
Ostdeutschland	2 288 165	2 379 305	2 227 697	136	144	135	- 2,6	- 6,4

1) Einwohner am 30.06.2008. - Quelle: Bundesagentur für Arbeit

75. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2003	2007 ¹⁾	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	3 038	9 696	9 600	2,8	9,0	8,9	+ 216,0	- 1,0
Bayern	3 361	10 962	10 624	2,7	8,8	8,5	+ 216,1	- 3,1
Berlin	1 541	6 023	4 389	4,5	17,7	12,8	+ 184,8	- 27,1
Brandenburg	923	4 563	4 087	3,6	18,0	16,2	+ 342,8	- 10,4
Bremen	587	1 222	1 321	8,9	18,4	20,0	+ 125,0	+ 8,1
Hamburg	1 281	2 837	2 516	7,4	16,1	14,2	+ 96,4	- 11,3
Hessen	2 080	6 755	6 733	3,4	11,1	11,1	+ 223,7	- 0,3
Mecklenburg-Vorpommern	628	1 991	1 903	3,6	11,8	11,4	+ 203,0	- 4,4
Niedersachsen	4 319	13 625	13 299	5,4	17,1	16,7	+ 207,9	- 2,4
Nordrhein-Westfalen	9 147	24 355	23 004	5,1	13,5	12,8	+ 151,5	- 5,5
Rheinland-Pfalz	1 856	4 450	4 258	4,6	11,0	10,5	+ 129,4	- 4,3
Saarland	928	1 681	1 600	8,7	16,2	15,5	+ 72,4	- 4,8
Sachsen	1 145	5 251	4 552	2,6	12,4	10,8	+ 297,6	- 13,3
Sachsen-Anhalt	803	4 173	3 597	3,2	17,2	15,0	+ 347,9	- 13,8
Schleswig-Holstein	1 222	4 592	4 223	4,3	16,2	14,9	+ 245,6	- 8,0
Thüringen	750	3 062	2 434	3,1	13,3	10,7	+ 224,5	- 20,5
Deutschland	33 609	105 238	98 140	4,1	12,8	11,9	+ 192,0	- 6,7
Westdeutschland	27 819	80 175	77 178	4,2	12,2	11,8	+ 177,4	- 3,7
Ostdeutschland	5 790	25 063	20 962	3,4	15,1	12,7	+ 262,0	- 16,4

1) Nachträgliche Änderungen der Länder wurden nicht berücksichtigt.

76. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige			Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2003	2005	2007	2003	2005	2007	07/03	07/05
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	224 184	225 367	236 998	2,1	2,1	2,2	+ 5,7	+ 5,2
Bayern	297 781	302 706	314 282	2,4	2,4	2,5	+ 5,5	+ 3,8
Berlin	89 692	96 134	95 870	2,6	2,8	2,8	+ 6,9	- 0,3
Brandenburg	69 266	74 600	85 129	2,7	2,9	3,3	+ 22,9	+ 14,1
Bremen	18 946	20 306	20 686	2,9	3,1	3,1	+ 9,2	+ 1,9
Hamburg	41 959	41 416	43 140	2,4	2,4	2,5	+ 2,8	+ 4,2
Hessen	155 002	163 291	175 836	2,5	2,7	2,9	+ 13,4	+ 7,7
Mecklenburg-Vorpommern	48 817	51 168	56 939	2,8	3,0	3,4	+ 16,6	+ 11,3
Niedersachsen	218 363	227 923	242 196	2,7	2,8	3,0	+ 10,9	+ 6,3
Nordrhein-Westfalen	459 489	458 433	484 801	2,5	2,5	2,7	+ 5,5	+ 5,8
Rheinland-Pfalz	94 754	97 882	102 441	2,3	2,4	2,5	+ 8,1	+ 4,7
Saarland	28 723	28 406	29 402	2,7	2,7	2,8	+ 2,4	+ 3,5
Sachsen	118 401	119 905	127 064	2,7	2,8	3,0	+ 7,3	+ 6,0
Sachsen-Anhalt	73 029	75 614	80 751	2,9	3,0	3,3	+ 10,6	+ 6,8
Schleswig-Holstein	74 264	77 503	79 081	2,6	2,7	2,8	+ 6,5	+ 2,0
Thüringen	63 597	67 027	72 213	2,7	2,9	3,1	+ 13,5	+ 7,7
Deutschland¹⁾	2 076 935	2 128 550	2 246 829	2,5	2,6	2,7	+ 8,2	+ 5,6
Westdeutschland	1 613 465	1 643 233	1 728 863	2,5	2,5	2,6	+ 7,2	+ 5,2
Ostdeutschland	462 802	484 448	517 966	2,7	2,9	3,1	+ 11,9	+ 6,9

1) 2003 und 2005: Einschließlich der im Ausland lebenden Pflegegeldempfänger.

77. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt			Häufigkeitszahl ¹⁾	Aufklärungsquote		Veränderung der Straftaten	
	2003	2007	2008	2008	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	581 727	611 433	591 736	5 502	59,5	58,8	+ 1,7	- 3,2
Bayern	707 218	666 807	651 436	5 203	64,3	64,7	- 7,9	- 2,3
Berlin	563 905	496 163	482 765	14 096	50,4	49,5	- 14,4	- 2,7
Brandenburg	245 713	226 466	209 075	8 265	57,4	51,9	- 14,9	- 7,7
Bremen	95 086	96 121	94 703	14 310	40,6	43,7	- 0,4	- 1,5
Hamburg	271 393	237 048	236 444	13 368	45,9	45,5	- 12,9	- 0,3
Hessen	454 550	420 725	407 357	6 712	55,9	57,1	- 10,4	- 3,2
Mecklenburg-Vorpommern	187 763	150 736	147 099	8 793	59,9	58,3	- 21,7	- 2,4
Niedersachsen	593 616	607 075	589 987	7 404	56,9	58,5	- 0,6	- 2,8
Nordrhein-Westfalen	1 497 948	1 495 333	1 453 503	8 089	49,2	49,3	- 3,0	- 2,8
Rheinland-Pfalz	287 747	288 398	293 701	7 272	61,4	62,3	+ 2,1	+ 1,8
Saarland	74 662	73 813	78 162	7 561	52,7	53,4	+ 4,7	+ 5,9
Sachsen	352 866	308 106	295 814	7 035	58,4	56,8	- 16,2	- 4,0
Sachsen-Anhalt	229 209	216 704	206 669	8 617	57,6	54,2	- 9,8	- 4,6
Schleswig-Holstein	263 276	242 615	240 392	8 479	46,8	47,7	- 8,7	- 0,9
Thüringen	165 456	147 118	142 620	6 260	64,2	64,5	- 13,8	- 3,1
Deutschland	6 572 135	6 284 661	6 121 463	7 454	55,0	54,9	- 6,9	- 2,6
Westdeutschland	4 827 223	4 739 368	4 637 421	7 067	54,6	55,0	- 3,9	- 2,2
Ostdeutschland	1 744 912	1 545 293	1 484 042	8 989	56,3	54,3	- 15,0	- 4,0

1) Straftaten je 1 000 Einwohner am 30.06.2008 - Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

78. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2003	2007	2008	2003	2007	2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	56 025	53 889	49 656	525	501	462	- 11,4	- 7,9
Bayern	83 138	75 654	71 898	671	605	574	- 13,5	- 5,0
Berlin	16 770	17 306	17 685	494	508	516	+ 5,5	+ 2,2
Brandenburg	14 348	12 191	10 891	557	480	431	- 24,1	- 10,7
Bremen	3 798	3 629	3 775	573	547	570	- 0,6	+ 4,0
Hamburg	11 481	10 603	10 725	663	602	606	- 6,6	+ 1,2
Hessen	35 148	32 909	30 406	577	542	501	- 13,5	- 7,6
Mecklenburg-Vorpommern	10 728	8 829	8 332	617	523	498	- 22,3	- 5,6
Niedersachsen	48 309	45 905	44 612	605	575	560	- 7,7	- 2,8
Nordrhein-Westfalen	89 172	85 923	80 842	493	477	450	- 9,3	- 5,9
Rheinland-Pfalz	24 862	21 756	21 081	613	537	522	- 15,2	- 3,1
Saarland	6 817	6 280	5 995	641	604	580	- 12,1	- 4,5
Sachsen	22 560	20 293	19 048	521	479	453	- 15,6	- 6,1
Sachsen-Anhalt	14 305	13 310	12 302	564	548	513	- 14,0	- 7,6
Schleswig-Holstein	17 943	16 464	15 853	637	581	559	- 11,6	- 3,7
Thüringen	13 379	11 427	10 423	561	497	458	- 22,1	- 8,8
Deutschland	468 783	436 368	413 524	568	530	504	- 11,8	- 5,2
Westdeutschland	376 693	353 012	334 843	575	538	510	- 11,1	- 5,1
Ostdeutschland	92 090	83 356	78 681	543	502	477	- 14,6	- 5,6

Textteil II

Niedersachsen in Europa

Die Europäische Union (EU) umfasst mittlerweile 27 Mitgliedsstaaten mit fast einer halben Milliarde EU-Bürger. Deutschland und speziell das Bundesland Niedersachsen profitieren mit ihrer stark exportorientierten Wirtschaft besonders vom EU-Binnenmarkt. Gerade in der Finanzkrise 2008/2009 hat sich gezeigt, wie wichtig dieser einheitliche Wirtschaftsraum und der Euro als gemeinsame europäische Währung als Stabilitätsanker der Wirtschaft sind. Die Bedeutung der EU erschöpft sich aber nicht im rein Wirtschaftlichen:

- Die Freiheitsrechte jedes einzelnen Bürgers sind durch die europäische Niederlassungsfreiheit, Aufenthaltsrechte und Freizügigkeit erheblich erweitert worden. Lästige Grenzformalitäten sind weitestgehend abgeschafft. Gerade junge Menschen nutzen verstärkt die durch die europäische Einigung gebotenen Möglichkeiten durch Praktika, Arbeits- und Studienaufenthalte im Ausland.
- Die EU spielt eine große Rolle für die Sicherung von Frieden, Freiheit, Demokratie und politischer Stabilität in ihren Mitgliedsstaaten. Es ist eine große und gar nicht selbstverständliche Errungenschaft, dass die Nationen Europas keine Kriege mehr miteinander führen, sondern in der EU zu aller Nutzen zusammenarbeiten und ihre Konflikte im Rahmen der EU friedlich lösen.
- Die EU-Gesetzgebung spielt eine immer größere Rolle. Viele Bundes- und Landesgesetze basieren letztlich auf EU-Vorschriften, die in nationales Recht transformiert werden.
- Die EU-Strukturfonds fördern die europäischen Regionen und auch das Land Niedersachsen mit erheblichen Beträgen.

Die Bedeutung der EU für Niedersachsen und seine Menschen kann also kaum überschätzt werden. Der *Niedersachsen-Monitor* stellt daher in seinem 2. Teil einige wichtige Daten für die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Vergleich zu Niedersachsen und seinen Statistischen Regionen dar. Ergänzend werden einige Basisinformationen zur europäischen Förderpolitik gegeben, soweit sie Niedersachsen betreffen.

Niedersachsen und die Bundesländer im EU-Vergleich

Die folgenden sechs Tabellen basieren auf Daten von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU. Sie sind in einer öffentlich zugänglichen Datenbank (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>) gespeichert. Da Eurostat die nationalen Daten der 27 Mitgliedsstaaten

harmonisieren muss – was keine leichte Aufgabe ist – kann es zum Teil Abweichungen von anderweitig publizierten Angaben geben. Diese Abweichungen können auf unterschiedliche Berechnungsstände, aber auch auf unvermeidliche definitorische Unterschiede zurückgehen.

Während die Tabelle 1 alle 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie alle 16 Bundesländer aufführt, stellen die nach Sachgebieten gegliederten Tabellen 2 bis 6 die EU, Deutschland, Niedersachsen sowie seine 4 „Statistischen Regionen“ im Vergleich dar. Die Statistischen Regionen Niedersachsens entsprechen den ehemaligen Regierungsbezirken. Sie sind in Niedersachsen nicht-administrative Gebietseinheiten der europäischen Statistik auf der hierarchischen Ebene „NUTS II“¹⁾. Diese Ebene der europäischen Regionalstatistik ist relevant für grenzüberschreitende Regionalvergleiche²⁾ und für die europäische Förderpolitik.

Bevölkerung

In der EU lebten am 31.12.2007 497 659 814 Menschen. 16,5 % davon lebten in Deutschland, auf Niedersachsen mit seinen knapp 8 Millionen Einwohnern entfielen 1,6 %. Niedersachsen wäre damit ein mittelgroßes EU-Mitglied: Das Land hat mehr Einwohner als 11 der 27 EU-Mitglieder, es liegt größtmäßig zwischen Bulgarien (7,6 Mio. Einwohner) und Österreich (8,3 Mio. Einwohner).

Die Besiedlungsdichte Niedersachsens liegt mit 167 Einwohnern je km² zwar unter der Deutschlands (230), aber deutlich über dem EU-Durchschnitt von 113. Überdurchschnittlich hohe Besiedlungsdichten gibt es – außer in Deutschland – in Großbritannien, den Benelux-Staaten, in Italien, Polen und Tschechien. Den höchsten Wert weist die Mittelmeerinsel Malta mit 1 300 Einwohnern je km² auf. In der nordöstlichen Peripherie der EU ist die Besiedlungsdichte relativ niedrig. Am geringsten ist sie in Finnland (16 Einwohner je km²) sowie in einigen anderen Ostsee-Anrainern. Auch die am südlichen und südöstlichen Rand der EU liegenden Mittelmeeranrainer Spanien, Griechenland und Zypern sowie Bulgarien und Rumänien, die jüngsten EU-Mitglieder, sind im Durchschnitt relativ dünn besiedelt.

Von 2005 bis 2007 nahm die Bevölkerung der EU um 1,0 % zu. Aufgrund der demographischen Entwicklung und nachlassender Zuwanderung schrumpfte demgegenüber die Bevölkerungszahl in Deutschland und Niedersachsen jeweils um - 0,3 %. Außer in Deutschland gab es nur im

1) Näheres in: Lothar Eichhorn, Die Europäische Regionalsystematik NUTS und Niedersachsens Regionen, in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 6/2009, S. 268-272. – 2) Die Regionalveröffentlichungen von Eurostat erfolgen immer auf der Ebene NUTS II, so vor allem das „Jahrbuch der Regionen“, letzte Ausgabe 2008.

osteuropäischen Raum Bevölkerungsrückgänge, und zwar in den drei baltischen Staaten sowie in Rumänien, Ungarn, Polen und vor allem mit einem Minus von einem Prozent in Bulgarien. In allen anderen EU-Mitgliedern wuchs die Bevölkerung in diesem Zeitraum, am kräftigsten in Irland (+ 4,6 %), Spanien (+ 3,5 %), Luxemburg (+ 3,1 %) und Zypern (+ 3,0 %). Insgesamt ergibt sich damit das Bild einer im Osten rückläufigen und im Westen zunehmenden Bevölkerung. Zu dieser Entwicklung tragen sowohl die Wanderungssalden als auch der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung bei. Wie die Tabelle 2 anhand der Bevölkerungsentwicklung von 2000 bis 2007 zeigt, kann man diese Entwicklung auch innerhalb Niedersachsens feststellen: Rückläufigen Bevölkerungszahlen im Osten des Landes (Statistische Region Braunschweig) stehen Gewinne im Westen (Statistische Region Weser-Ems) gegenüber. Die landesinterne Entwicklung ist eingebettet in ein europäisches Gesamtmuster.

Wirtschaft

Niedersachsens Bruttoinlandsprodukt (BIP) von ca. 199 Mrd. Euro (Stand 2006) stellt einen Anteil von 1,7 % am BIP der gesamten EU von gut 11 671 Mrd. Euro dar. Dieser Prozentwert entspricht in etwa dem Bevölkerungsanteil des Landes von 1,6 %. Auch nach seinem wirtschaftlichen Gewicht wäre Niedersachsen ein mittelgroßer EU-Staat: Das BIP von 15 der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist niedriger als das des Landes. Niedersachsens Wirtschaftsleistung ist in etwa vergleichbar mit der von Dänemark (218 Mrd. Euro) und Irland (177 Mrd. Euro).

Die Tabellen 3 und 4 stellen die Entwicklung des BIP (in laufenden Preisen) und des BIP pro Einwohner in der EU, Deutschland, Niedersachsen und seinen Statistischen Regionen von 2001 bis 2006 dar. Dabei zeigt sich, dass Deutschland insgesamt wie auch Niedersachsen ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum als die EU insgesamt aufweisen (Tab. 3). Ohne Inflationsbereinigung, also nominal, wuchs das BIP der EU von 2001 bis 2006 um 21,8 %. Der entsprechende Zuwachs fiel in Deutschland (+ 9,9 %) und Niedersachsen (+ 9,4 %) deutlich niedriger aus. Innerhalb des Landes gab es in der Statistischen Region Hannover (+ 14,6 %) die relativ höchsten, in der Statistischen Region Braunschweig (+ 4,0 %) die niedrigsten Zuwächse.

Der Indikator „BIP je Einwohner“ (Tab. 4) ist aufgrund der starken Pendlerverflechtung Niedersachsens mit den Stadtstaaten Hamburg und Bremen verzerrt: Viele Niedersachsen pendeln in die Stadtstaaten und erarbeiten das dortige Bruttoinlandsprodukt mit, ohne dort im Nenner der Beziehungszahl „BIP je Einwohner“ zu erscheinen. Trotz dieser Verzerrung lag dieser Wert in Niedersachsen 2006 mit 24 900 Euro pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt von 23 600 Euro. Die Statistische Region Hanno-

ver weist mit 28 000 Euro pro Kopf den höchsten Wert innerhalb des Landes auf; dieser liegt aber immer noch leicht unter dem Deutschland-Wert von 28 200 Euro. Die Statistische Region Lüneburg weist aufgrund der oben erwähnten Effekte mit 20 500 Euro den niedrigsten Wert auf.

Arbeitsmarkt

Da die EU für alle 27 Mitgliedsstaaten vergleichbare Daten über Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit benötigt, muss es dafür eine eigene spezielle Erhebung geben, denn die jeweiligen nationalen Definitionen dessen, was ein Arbeitsloser ist, gehen weit auseinander. Daher basieren die Tabellen 4 und 5 auf Daten der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union; diese wird in Deutschland im Rahmen des Mikrozensus, einer einprozentigen Bevölkerungsstichprobe, durchgeführt. Tabelle 4 bringt Informationen über die „Beschäftigungsquoten“, Tabelle 5 über die „Arbeitslosenquoten“. Streng genommen sind diese Begriffe nicht ganz zutreffend, denn es handelt sich um Daten über Erwerbstätige bzw. Erwerbslose, jeweils bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahre. Alle Daten sind auf den jeweiligen Wohnort der Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten bezogen.

Die etwas unscharfe Nomenklatur wurde darum gewählt, weil dies die Nomenklatur der Eurostat-Regionaldatenbank ist. Dies wiederum geht auf die politischen Zielsetzungen der europäischen „Lissabon-Strategie“ zurück, die die gebräuchlichen Begriffe „Beschäftigung“ und „Arbeitslosigkeit“ benutzt, im statistisch-exakten Sinne aber immer „Erwerbstätigkeit“ bzw. „Erwerbslosigkeit“ meint. Die Lissabon-Strategie (vgl. http://ec.europa.eu/growthandjobs/faqs/background/index_de.htm#bg04) benennt als politisches Ziel für 2010 eine Beschäftigungsquote von 70 %.

Die Beschäftigungsquote wird einerseits vom Erwerbsverhalten der Menschen bestimmt. Wie viele Menschen streben eine Erwerbstätigkeit an? Für die meisten Männer ist nach altem Rollenmuster dies in der Regel eine Selbstverständlichkeit, aber bei den Frauen gab und gibt es hier wichtige Entwicklungen, die in einer starken Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit münden. Die Beschäftigungsquote wird andererseits natürlich vom Arbeitsmarkt bzw. der Erwerbslosenquote beeinflusst: Wie viele derjenigen, die arbeiten wollen, finden auch Arbeit?

Die Tabelle 4 zeigt, dass Deutschland und Niedersachsen relativ nahe am 70 %-Ziel sind. Niedersachsens Beschäftigungsquote von 68,2 % (2007) liegt zwar leicht unter der von Gesamt-Deutschland (69,4 %), aber deutlich über dem EU-Durchschnitt von 65,3 %. Im Zeitverlauf ist seit

2003 eine klare Zunahme der Beschäftigungsquote feststellbar. Innerhalb des Landes weist die Statistische Region Lüneburg mit 69,5 % die weitaus besten, die Statistische Region Braunschweig mit 66,5 % die schwächsten Werte auf.

Die Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit von 2003 bis 2007. Diese ging im EU-Durchschnitt, in Deutschland sowie auch in Niedersachsen und seinen Regionen im Zeitverlauf zurück, wobei auffällig ist, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit im europäischen Durchschnitt sich deutlich schneller als in Deutschland und Niedersachsen vollzog. Die Quote von 7,9 % in Niedersachsen liegt deutlich unter der von Gesamtdeutschland (8,6 %), wobei die Statistischen Regionen Weser-Ems (7,1 %) und Lüneburg (7,4 %) klar günstigere Werte aufweisen als die Statistischen Regionen Hannover (8,4 %) und Braunschweig (8,9 %). Der auf den ersten Blick verblüffende Effekt, dass Niedersachsen bei der Erwerbslosenquote und der Beschäftigungsquote im Europavergleich überdurchschnittliche Werte aufweist, kommt durch eine überdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen zustande.

EU-Fördermittel in Niedersachsen

In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 werden die deutschen Regionen mit über 23 Milliarden Euro aus den EU-Strukturfonds unterstützt. Davon entfallen auf die „neuen Länder“ über 13 Milliarden Euro und auf die „al-

ten Länder“ rd. 9 Milliarden Euro. Zusätzlich werden im Rahmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit weitere Mittel in Höhe von rd. 900 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderstruktur richtet sich auf die thematischen Schwerpunkte der EU aus. Sie konzentriert sich auf die am stärksten benachteiligten Regionen („Kohäsion“). Es gibt drei Hauptziele der Strukturmaßnahmen der EU:

- **ZIEL 1: Konvergenz**
Beschleunigung der Konvergenz der Mitgliedsstaaten und Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand durch Verbesserung der Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung
- **ZIEL 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Regionen sowie der Beschäftigung und Stärkung des wirtschaftlichen Wandels
- **ZIEL 3: Europäische territoriale Zusammenarbeit**
Stärkung der grenzübergreifenden, der länderübergreifenden und der interregionalen Zusammenarbeit

Niedersachsen wird in der Förderperiode 2007 bis 2013 über 2,6 Mrd. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) erhalten. Damit stehen rd. 1 Mrd. Euro mehr als in der vorangegangenen EU-Förderperiode zur Verfügung.

EU-Fonds	Ziel 1	Ziel 2	Insgesamt
Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)	589 Mio. Euro	638 Mio. Euro	1 227 Mio. Euro
Europäischer Sozialfonds (ESF)	210 Mio. Euro	237 Mio. Euro	447 Mio. Euro
Fonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	278 Mio. Euro	697 Mio. Euro	975 Mio. Euro
Europäischer Fischereifonds (EFF)	13 Mio. Euro	12 Mio. Euro	25 Mio. Euro
Insgesamt	1 090 Mio. Euro	1 584 Mio. Euro	2 674 Mio. Euro

Quelle: Internetportal der Niedersächsischen Landesregierung, http://www.niedersachsen.de/master/C434028_N403313_L20_D0_I198.html

Im Rahmen der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) leistet der ELER einen zentralen Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Räume in Niedersachsen, die ca. 80 % der Landesfläche ausmachen. Die Zielsetzung des Fonds besteht darin, die Entwicklung einer nachhaltigen, umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zu unterstützen, zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft beizutragen sowie die ländlichen Infrastrukturen weiter zu entwickeln. Das Förderangebot umfasst sowohl investive als auch nichtinvestive Projekte.

Von den 1,67 Milliarden Euro für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung entfallen fast 800 Millionen Euro auf die Region Lüneburg. Als einziges westdeutsches Gebiet gehört sie künftig zur höchsten EU-Förderkategorie (Ziel 1, Konvergenz). Die eigens für die Lüneburger Region erarbeiteten EFRE- und ESF-Programme sind eingebettet in die landesweite Strategie für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und berücksichtigen ebenso die regionalen Besonderheiten wie auch die zusätzlichen Fördermöglichkeiten der EU. Einen besonderen Schwerpunkt legen die

Programme für den Lüneburger Raum deshalb auf die Infrastrukturförderung und auf Arbeitsmarktprojekte, die der Bewältigung des demographischen Wandels und der Steigerung der Internationalität dienen. Die Statistischen Regionen Braunschweig, Hannover und Weser-Ems gehören zum Ziel 2, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Be-

schäftigung“. Dort liegt der Schwerpunkt der Förderung im Gegensatz zum Lüneburger Raum auf Darlehens- und Beteiligungsfonds, einer breit angelegten Förderung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Jugendförderung und dem Ausbau von Weiterbildung und lebenslangem Lernen.

Tabellenteil II

1. Eckdaten der Mitgliedsstaaten der EU und der deutschen Länder

Staat / Land	Bevölkerung am 31.12.			Veränderung 2005- 2007	Fläche	Besied- lungs- dichte	Bevölke- rungs- anteil an EU 27	Bruttoinlandsprodukt 2006	
	2005	2006	2007					insgesamt	Anteil an EU 27
	Anzahl			%	km ²	Einwohner je km ²	%	Mio. Euro	%
Belgien	10 511 382	10 584 534	10 666 866	+1,5	30 528,0	349,4	2,1	318 223,3	2,7
Bulgarien	7 718 750	7 679 290	7 640 238	-1,0	111 001,9	68,8	1,5	25 238,2	0,2
Tschechische Republik	10 251 079	10 287 189	10 381 130	+1,3	78 867,0	131,6	2,1	113 458,5	1,0
Dänemark	5 427 459	5 447 084	5 475 791	+0,9	43 098,3	127,1	1,1	218 341,4	1,9
Deutschland	82 437 995	82 314 906	82 217 837	-0,3	357 092,9	230,2	16,5	2 321 500,0	19,9
Baden-Württemberg	10 735 701	10 738 753	10 749 755	+0,1	35 751,7	300,7	2,2	337 515,9	2,9
Bayern	12 468 726	12 492 658	12 520 332	+0,4	70 551,6	177,5	2,5	414 664,0	3,6
Berlin	3 395 189	3 404 037	3 416 255	+0,6	891,9	3 830,3	0,7	80 551,2	0,7
Brandenburg	2 559 483	2 547 772	2 535 737	-0,9	29 478,6	86,0	0,5	50 193,4	0,4
Bremen	663 467	663 979	663 082	-0,1	404,3	1 640,1	0,1	25 366,5	0,2
Hamburg	1 743 627	1 754 182	1 770 629	+1,5	755,2	2 344,6	0,4	85 035,2	0,7
Hessen	6 092 354	6 075 359	6 072 555	-0,3	21 114,8	287,6	1,2	209 144,7	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 266	1 693 754	1 679 682	-1,6	23 180,1	72,5	0,3	32 645,1	0,3
Niedersachsen	7 993 946	7 982 685	7 971 684	-0,3	47 624,2	167,4	1,6	198 928,8	1,7
Nordrhein-Westfalen	18 058 105	18 028 745	17 996 621	-0,3	34 085,3	528,0	3,6	505 727,3	4,3
Rheinland-Pfalz	4 058 843	4 052 860	4 045 643	-0,3	19 853,4	203,8	0,8	99 868,6	0,9
Saarland	1 050 293	1 043 167	1 036 598	-1,3	2 568,7	403,5	0,2	28 598,9	0,2
Sachsen	4 273 754	4 249 774	4 220 200	-1,3	18 415,5	229,2	0,8	88 440,0	0,8
Sachsen-Anhalt	2 469 716	2 441 787	2 412 472	-2,3	20 446,3	118,0	0,5	48 689,9	0,4
Schleswig-Holstein	2 832 950	2 834 254	2 837 373	+0,2	15 799,4	179,6	0,6	69 947,7	0,6
Thüringen	2 334 575	2 311 140	2 289 219	-1,9	16 172,1	141,6	0,5	46 182,8	0,4
Estland	1 344 684	1 342 409	1 340 935	-0,3	45 288,0	29,6	0,3	13 104,3	0,1
Irland	4 209 019	4 312 526	4 401 335	+4,6	69 797,0	63,1	0,9	177 286,4	1,5
Griechenland	11 125 179	11 171 740	11 213 785	+0,8	131 957,0	85,0	2,3	213 206,7	1,8
Spanien	43 758 250	44 474 631	45 283 259	+3,5	505 987,0	89,5	9,1	982 303,0	8,4
Frankreich	62 998 773	63 392 140	63 983 000	+1,6	632 833,6	101,1	12,9	1 807 462,0	15,5
Italien	58 751 711	59 131 287	59 619 290	+1,5	301 336,0	197,8	12,0	1 479 981,1	12,7
Zypern	766 414	778 684	789 258	+3,0	9 250,0	85,3	0,2	14 673,2	0,1
Lettland	2 294 590	2 281 305	2 270 894	-1,0	64 589,0	35,2	0,5	16 046,7	0,1
Litauen	3 403 284	3 384 879	3 366 357	-1,1	65 300,0	51,6	0,7	23 978,5	0,2
Luxemburg	469 086	476 187	483 799	+3,1	2 586,0	187,1	0,1	33 921,1	0,3
Ungarn	10 076 581	10 066 158	10 045 401	-0,3	93 028,4	108,0	2,0	90 007,0	0,8
Malta	404 346	407 810	410 290	+1,5	315,6	1 300,0	0,1	5 101,2	0,0
Niederlande	16 334 210	16 357 992	16 405 399	+0,4	41 543,1	394,9	3,3	539 929,0	4,6
Österreich	8 265 925	8 298 923	8 331 930	+0,8	83 843,7	99,4	1,7	257 294,5	2,2
Polen	38 157 055	38 125 479	38 115 641	-0,1	312 685,0	121,9	7,7	272 088,9	2,3
Portugal	10 569 592	10 599 095	10 617 575	+0,5	92 117,5	115,3	2,1	155 446,3	1,3
Rumänien	21 610 213	21 565 119	21 528 627	-0,4	238 391,0	90,3	4,3	97 751,0	0,8
Slowenien	2 003 358	2 010 377	2 025 866	+1,1	20 273,0	99,9	0,4	31 013,6	0,3
Slowakei	5 389 180	5 393 637	5 400 998	+0,2	49 033,8	110,1	1,1	44 566,7	0,4
Finnland	5 255 580	5 276 955	5 300 484	+0,9	338 436,1	15,7	1,1	167 009,0	1,4
Schweden	9 047 752	9 113 257	9 182 927	+1,5	441 369,5	20,8	1,8	313 449,8	2,7
Vereinigtes Königreich	60 393 100	60 816 701	61 193 524	+1,3	243 069,0	251,8	12,3	1 938 978,8	16,6
Europäische Union (27 Länder)	492 975 207	495 090 294	497 659 814	+1,0	4 403 356,7	113,0	100,0	11 671 360,3	100,0

Quelle: Eurostat; Bevölkerungsangaben 2007 für Frankreich, Vereinigtes Königreich und daher auch Eurozone und EU 27 vorläufig. Fläche: 2006.

2. Bevölkerung 2000 bis 2007

Region	Bevölkerung am 31.12.							
	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Europäische Union	497 659 814	495 090 294	492 975 207	491 023 535	488 751 251	486 617 424	484 613 561	483 781 678
Deutschland	82 217 837	82 314 906	82 437 995	82 500 849	82 531 671	82 536 680	82 440 309	82 259 540
Niedersachsen	7 971 684	7 982 685	7 993 946	8 000 909	7 993 415	7 980 472	7 956 416	7 926 193
Statistische Region Braunschweig	1 633 318	1 641 776	1 650 435	1 658 918	1 662 595	1 665 368	1 666 864	1 668 603
Statistische Region Hannover	2 156 841	2 160 253	2 163 919	2 166 626	2 167 157	2 167 876	2 163 904	2 158 307
Statistische Region Lüneburg	1 701 132	1 702 938	1 704 133	1 702 971	1 698 434	1 692 192	1 683 438	1 672 467
Statistische Region Weser-Ems	2 480 393	2 477 718	2 475 459	2 472 394	2 465 229	2 455 036	2 442 210	2 426 816

3. Bruttoinlandsprodukt 2001 bis 2006

Region	2006	2005	2004	2003	2002	2001
	Mio. Euro					
Europäische Union	11 671 360,3	11 061 981,8	10 602 783,3	10 108 232,4	9 941 652,9	9 579 756,8
Deutschland	2 321 500,0	2 243 200,0	2 210 900,0	2 163 800,0	2 143 180,0	2 113 160,0
Niedersachsen	198 928,8	192 600,3	187 114,5	183 390,3	181 670,2	181 851,3
Statistische Region Braunschweig	43 453,8	42 490,7	41 814,5	41 170,3	40 549,0	41 764,9
Statistische Region Hannover	60 533,2	58 548,4	55 120,5	54 282,5	53 605,3	52 828,4
Statistische Region Lüneburg	34 866,0	33 468,4	32 908,6	32 475,1	32 184,5	31 844,4
Statistische Region Weser-Ems	60 075,7	58 092,7	57 270,8	55 462,5	55 331,4	55 413,6

4. Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2001 bis 2006

Region	2006	2005	2004	2003	2002	2001
	Euro je Einwohner					
Europäische Union	23 600	22 500	21 600	20 700	20 500	19 800
Deutschland	28 200	27 200	26 800	26 200	26 000	25 700
Niedersachsen	24 900	24 100	23 400	23 000	22 800	22 900
Statistische Region Braunschweig	26 400	25 700	25 200	24 700	24 300	25 100
Statistische Region Hannover	28 000	27 000	25 400	25 000	24 700	24 400
Statistische Region Lüneburg	20 500	19 600	19 400	19 200	19 100	19 000
Statistische Region Weser-Ems	24 300	23 500	23 200	22 500	22 600	22 800

5. Beschäftigungsquoten der 15- bis unter 65-Jährigen (%) 2003 bis 2007

Region	2007	2006	2005	2004	2003
	%				
Europäische Union	65,3	64,4	63,5	62,7	62,5
Deutschland	69,4	67,5	66,0	64,3	64,9
Niedersachsen	68,2	66,1	65,0	63,2	64,3
Statistische Region Braunschweig	66,5	65,4	62,9	62,0	63,5
Statistische Region Hannover	68,3	66,0	65,5	62,9	64,8
Statistische Region Lüneburg	69,5	67,9	65,9	64,9	64,9
Statistische Region Weser-Ems	68,4	65,6	65,4	63,0	64,0

6. Arbeitslosenquoten (15 Jahre und älter) 2003 bis 2007

Region	2007	2006	2005	2004	2003
	%				
Europäische Union	7,2	8,2	8,9	9,2	9,1
Deutschland	8,6	10,2	11,1	10,7	9,8
Niedersachsen	7,9	9,7	10,4	9,5	8,5
Statistische Region Braunschweig	8,9	10,1	11,5	10,4	10,0
Statistische Region Hannover	8,4	10,5	10,4	9,9	8,1
Statistische Region Lüneburg	7,4	9,0	9,7	8,8	8,1
Statistische Region Weser-Ems	7,1	9,3	10,1	9,0	8,1

Quelle: Eurostat

